

Einblick 2016

Über die RBI

Interview mit dem Vorstand	6
Vorstand der RBI	9
Bericht des Aufsichtsrats	10
Verschmelzung von RBI und RZB	12
Raiffeisen im Überblick	15
Strategie der RBI	17
RBI auf dem Kapitalmarkt	18
Corporate-Governance-Bericht	21
Nachhaltigkeitsmanagement	35

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Ergebnis- und Finanzentwicklung	42
Bilanz	51
Forschung und Entwicklung	54
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	54
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	57
Risikomanagement	59
Human Resources	60
Ausblick	62
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	63

Segmentberichte

Segmentüberblick	66
Entwicklung der Segmente	67

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	86
Bilanz	89
Eigenkapitalveränderungsrechnung	90
Kapitalflussrechnung	91
Segmentberichterstattung	93
Anhang	100
Risikobericht	148
Bestätigungsvermerk	233

Service

Glossar	242
Adressen	244
Impressum	246

Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)						
Monetäre Werte in € Millionen	2016	Ver- änderung	2015	2014	2013	2012
	1.1.-31.12.		1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.
Erfolgsrechnung	1.1.-31.12.		1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.
Zinsüberschuss	2.935	- 11,8%	3.327	3.789	3.729	3.472
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 754	- 40,3%	- 1.264	- 1.750	- 1.149	- 1.009
Provisionsüberschuss	1.497	- 1,5%	1.519	1.586	1.626	1.516
Handelsergebnis	215	>500,0%	16	- 30	321	215
Verwaltungsaufwendungen	- 2.848	- 2,3%	- 2.914	- 3.024	- 3.340	- 3.258
Ergebnis vor Steuern	886	24,6%	711	- 105	835	1.037
Ergebnis nach Steuern	574	31,9%	435	- 587	603	752
Konzernergebnis	463	22,2%	379	- 617	557	730
Bilanz	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
Forderungen an Kreditinstitute	9.900	- 8,6%	10.837	15.573	22.243	22.323
Forderungen an Kunden	70.514	0,8%	69.921	77.925	80.635	83.343
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.816	- 21,7%	16.369	22.408	30.105	30.186
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71.538	3,7%	68.991	66.094	66.437	66.297
Eigenkapital	9.232	8,6%	8.501	8.178	10.364	10.873
Bilanzsumme	111.864	- 2,2%	114.427	121.500	130.640	136.116
Kennzahlen	1.1.-31.12.		1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.
Return on Equity vor Steuern	10,3%	1,9 PP	8,5%	-	7,8%	9,7%
Konzern-Return-on-Equity	5,8%	1,0 PP	4,8%	-	4,9%	7,4%
Cost/Income Ratio	60,7%	1,6 PP	59,1%	56,5%	58,3%	61,5%
Return on Assets vor Steuern	0,79%	0,19 PP	0,60%	-	0,63%	0,73%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,78%	- 0,22 PP	3,00%	3,24%	3,11%	2,66%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	1,05%	- 0,59 PP	1,64%	2,17%	1,39%	1,21%
Bankspezifische Kennzahlen	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
NPL Ratio	9,2%	- 2,7 PP	11,9%	11,4%	10,7%	9,8%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	60.061	- 5,1%	63.272	68.721	79.897	82.822
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	4.805	- 5,1%	5.062	5.498	6.392	6.626
Gesamte Eigenmittel	11.537	5,0%	10.987	10.970	12.686	12.885
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	13,9%	1,8 PP	12,1%	10,8%	10,7%	10,7%
Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)	13,6%	2,1 PP	11,5%	10,0%	-	-
Eigenmittelquote (transitional)	19,2%	1,8 PP	17,4%	16,0%	15,9%	15,6%
Eigenmittelquote (fully loaded)	18,9%	2,2 PP	16,8%	15,1%	-	-
Aktienkennzahlen	1.1.-31.12.		1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.	1.1.-31.12.
Ergebnis je Aktie in €	1,58	22,2%	1,30	- 2,17	1,83	2,72
Schlusskurs in € (31.12.)	17,38	27,7%	13,61	12,54	25,62	31,46
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	18,29	16,6%	15,69	31,27	33,59	33,36
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	10,21	13,4%	9,01	11,51	19,96	18,64
Anzahl der Aktien in Millionen (31.12.)	292,98	0,0%	292,98	292,98	195,51	195,51
Marktkapitalisierung in € Millionen (31.12.)	5.092	27,7%	3.986	3.672	5.009	6.150
Dividende je Aktie in €	-	-	-	-	1,02	1,17
Ressourcen	31.12.		31.12.	31.12.	31.12.	31.12.
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	48.556	- 5,7%	51.492	54.730	57.901	60.084
Geschäftsstellen	2.506	- 7,4%	2.705	2.866	3.025	3.106
Kunden in Millionen	14,1	- 5,0%	14,9	14,8	14,6	14,2

Mit Raiffeisen Bank International (RBI) wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Dies gilt analog für die RZB und die RZB AG.

Über die RBI

Interview mit dem Vorstand	6
Vorstand der RBI	9
Bericht des Aufsichtsrats	10
Verschmelzung von RBI und RZB	12
Raiffeisen im Überblick	15
Strategie der RBI	17
RBI auf dem Kapitalmarkt	18
Corporate-Governance-Bericht	21
Nachhaltigkeitsmanagement	35

„Die RBI ist auf dem richtigen Weg“

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Karl Sevelda und dem designierten Vorstandsvorsitzenden Dr. Johann Strobl

Bis Ende März 2017 soll die Verschmelzung der RBI mit ihrer Muttergesellschaft RZB, an der Sie bereits seit geraumer Zeit arbeiten, abgeschlossen sein. Was bringt dieser Zusammenschluss?

SEVELDA: Das primäre Ziel der Verschmelzung ist eine bessere Gesamtkapitalisierung der obersten Gruppenebene. Das ist angesichts ständig steigender Eigenkapitalanforderungen von großer Bedeutung. Vor allem die regulatorischen Minderheitenabzüge auf RZB-Ebene sollen damit beseitigt werden, da sie das Wachstum der RBI einschränken. Indem wir uns der Minderheitenabzüge entledigen, schaffen wir Spielraum für Neugeschäft, damit wir in attraktiven Märkten und Geschäftsfeldern wachsen können. Zusätzlich werden Kapitalplanung und -allokation durch die Zusammenlegung vereinfacht. Der Wegfall einer Ebene führt zu weniger Komplexität und in der Folge zu mehr Transparenz. Das wirkt sich intern wie extern aus: In der RBI ergibt sich daraus eine effizientere Struktur, die unter anderem schnellere Entscheidungen erlaubt. Das wird die Position der RBI klar verbessern, mit einer nur leichten Anpassung des bewährten Geschäftsmodells. Und extern wird es für die Bankenaufsicht, die künftig nur noch ein Institut im Auge behalten muss, leichter.

Wie sieht diese Fusion genau aus?

SEVELDA: Es handelt sich um eine Verschmelzung der RZB in die RBI. Um den Aktionären der RZB ihre Anteile abzugelten, begibt die RBI neue Aktien, wodurch die Gesamtzahl ihrer Aktien steigt. Dadurch würde sich der Anteil des derzeitigen RBI-Streubesitzes von bisher 39,3 Prozent auf rechnerisch rund 35 Prozent verringern. Da jedoch einige ehemalige RZB-Aktionäre nach der Transaktion dem Streubesitz zurechenbar sind, steigt dieser auf 41,2 Prozent. Die Raiffeisen Landesbanken, die Parteien eines neuen Syndikatsvertrags für die RBI sein werden, werden nach der Transaktion 58,8 Prozent am fusionierten Institut halten. Wie viele RBI-Aktien einem RZB-Aktionär zustehen, regelt das Umtauschverhältnis, das auf vergleichenden Unternehmensbewertungen für RBI und RZB basiert. Diese Bewertungen wurden von zwei renommierten internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erstellt. Die Angemessenheit des von den Vorständen der RZB und RBI beschlossenen Umtauschverhältnisses wurde durch Fairnessgutachten von internationalen Investmentbanken sowie einem unabhängigen Verschmelzungsprüfer bestätigt.

STROBL: Natürlich haben sich auch die Aufsichtsräte von RBI und RZB diese Bewertungen genau angesehen und die Angemessenheit des Umtauschverhältnisses bestätigt. Was den zeitlichen Horizont dieses Projekts betrifft, möchte ich noch festhalten, dass kapitalmarktrechtliche Bestimmungen – hier ist die Börsennotiz der RBI entscheidend – uns gezwungen haben, die Prüfung der Verschmelzung recht früh bekanntzugeben. Nämlich schon im Mai 2016.

Wie geht es nach der Verschmelzung weiter?

STROBL: Wie Ende November 2016 bekanntgegeben, werde ich mit Eintragung der Verschmelzung im Firmenbuch Karl Sevelda als CEO nachfolgen. Meinen bisherigen Posten als Risikovorstand übernimmt Hannes Mösenbacher, bislang Leiter des Risk Controlling in der RBI und somit bestens vorbereitet für diese Aufgabe. Die weiteren RBI-Vorstandsmitglieder bleiben der Bank erhalten, was in Kombination mit den internen Nachbesetzungen ein hohes Maß an Kontinuität gewährleistet. Auch die Tatsache, dass der Stellvertreter zum Vorstandsvorsitzenden wird – zwischen uns beiden besteht naturgemäß ein enges Vertrauensverhältnis –, ist ein Zeichen für Stetigkeit. Kontinuität zeigen wir außerdem beim Namen des fusionierten Instituts, das Raiffeisen Bank International heißt und damit einen bewährten Namen trägt.

SEVELDA: Zu Johann Strobls Person möchte ich noch sagen, dass er als langjähriger Vorstand für das Risikomanagement der RBI wie auch zuvor der RZB nicht nur die beiden Banken, die verschmolzen werden, sehr gut kennt. Auch unsere Märkte in Zentral- und Osteuropa sowie Österreich sind ihm bestens vertraut. Mit diesem Hintergrund sowie seiner langjährigen Bankerfahrung, auch als CFO, freue ich mich sehr, dass er mein Nachfolger wird.

Wie darf man sich die neue Bank vorstellen?

STROBL: Das fusionierte Institut wird nach wie vor in attraktiven Märkten tätig sein: Für Zentral- und Osteuropa, wo die RBI in 14 Ländern mit Banktöchtern aktiv ist, erwarten wir im Schnitt ein doppelt so starkes Wirtschaftswachstum wie im Euroraum und das voraussichtlich über die nächsten drei bis vier Jahre. Außerdem sinkt in der Region die Arbeitslosigkeit parallel zu steigenden Löhnen – das sind sehr gute Aussichten. In 9 dieser Märkte zählen unsere Töchter zu den jeweils 5 größten Banken.



Und in Österreich hat die RBI ein solides Geschäft, das die Vertriebskanäle der lokalen Raiffeisenbanken nutzt. Bei Großkunden mit Verbindungen nach CEE genießen wir eine besonders gute Stellung, weil wir ihnen ein weitreichendes Netzwerk und unsere Präsenz vor Ort bieten können.

Ergänzt wird das Österreich-Geschäft künftig um die Dienstleistungen der Verbundunternehmen, die beispielsweise auf Vermögensverwaltung und Immobilienfinanzierungen spezialisiert sind. Es handelt sich hierbei um Bereiche, die in Zentral- und Osteuropa auf eine gute Nachfrage stoßen, was uns interessante Wachstumsaussichten eröffnet. Dabei beginnen diese Kooperationen nicht bei Null: Die RBI arbeitet zum Beispiel mit der Raiffeisen Bausparkasse und der UNIQA, an der die RBI nach der Verschmelzung mit knapp 11 Prozent beteiligt ist, schon erfolgreich in CEE zusammen. Was ich im Zusammenhang mit der Zukunft der RBI noch betonen möchte: In allen Märkten bleiben wir eine klassische Relationship-Bank, das heißt, für uns steht die langfristige Kundenbeziehung und damit die Nähe zum Kunden ganz klar im Mittelpunkt. Während wir das bei unseren Corporate-Kunden mithilfe unseres Netzwerks erreichen, setzen wir bei unseren Retail-Kunden dafür auf ein Multi-Channel-Angebot. Außerdem werden wir das Augenmerk weiterhin auf eine komfortable Kapitalisierung und eine hohe Effizienz legen.

Und welche Stellung wird die neue Bank im Raiffeisen-Sektor haben?

STROBL: Die neue RBI wird wie die RZB das Zentralinstitut der Raiffeisen Bankengruppe sein. Die Hauptverantwortlichkeiten als Zentralinstitut umfassen die Verwaltung und Veranlagung der Liquiditätsreserve sowie den Ausgleich der Liquiditätsspitzen in der Raiffeisen Bankengruppe. Außerdem wird die RBI für die Raiffeisen Landesbanken ausgewählte Dienstleistungen anbieten. Diese Services werden selbstverständlich nach dem Grundsatz „Dealing at arm's length“ erfolgen. Das heißt, es müssen externe Marktpreise für diese Leistungen verrechnet werden.

Wird die RBI auch mit Landesbanken fusionieren oder bleibt es beim aktuellen Zusammenschluss mit der RZB?

SEVELDA: Natürlich wurden verschiedene Modelle gedanklich durchexerziert, wie man ob des nicht ganz einfachen Marktumfelds für Banken sowie der steigenden Regulierung den Raiffeisen-Sektor fit für die Zukunft machen kann. Weitere Zusammenführungen von Banken aus dem Sektor mit der RBI sind aber derzeit nicht geplant.

Herr Dr. Strobl, wird es Ihnen schwerfallen, Ihren Fokus auf das Risikomanagement zugunsten eines weiteren Blicks als CEO aufzugeben?

STROBL: Nein. Das Risikomanagement war gerade in jüngerer Vergangenheit eine sehr wichtige Aufgabe in allen Banken. Ein moderner Risikomanager einer Bank muss also einen breiten Blick haben. Er muss die wichtigsten Kunden der Bank kennen und einen engen Dialog mit den Aufsichtsbehörden pflegen. Als Karl Seveldas Stellvertreter war ich bereits bisher stark in strategische Themen wie beispielsweise unser Transformationsprogramm eingebunden. Zukünftig werde ich mich noch stärker um die Strategie und die Weiterentwicklung unseres Geschäftsmodells kümmern. Unter anderem freue ich mich dabei auf das spannende Thema Digitalisierung. Hier wollen wir das Know-how, das schon im Netzwerk vorhanden ist, voll ausschöpfen. Ein Vorreiter auf dem Gebiet, von dessen Erfahrungen und Wissen andere Tochterbanken profitieren können, ist beispielsweise unsere slowakische Tatra banka. Und natürlich darf der Dialog mit unseren Kunden nicht zu kurz kommen.

Sie haben 2015 ein Transformationsprogramm implementiert. Das Ziel war eine CET1 Ratio (fully loaded) von mindestens 12 Prozent. Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt?

SEVELDA: Wir haben die Raiffeisen-Leasing Polska für rund 200 Millionen Euro an die PKO, Polens größte Bank, verkauft. Dabei konnten wir nicht nur einen Veräußerungserlös erzielen, sondern auch unsere risikogewichteten Aktiva (RWA) um etwa 1,3 Milliarden Euro reduzieren. Unsere RWA haben wir außerdem in Asien und den USA um bisher schon 85 bzw. 65 Prozent – gerechnet ab Ende 2014 – abgebaut. Weiters haben wir Mitte 2016 unsere slowenische Tochterbank verkauft. Dazu kommen eine Filialnetzoptimierung und Geschäftsreduktion in Russland, Belarus und der Ukraine, eine gänzliche Umstrukturierung der Raiffeisen Bank Ungarn sowie eine substantielle Kostensenkung in der gesamten Gruppe. Wir haben damit eine sehr gute Basis für die Zukunft geschaffen. In Polen liegt das Hauptaugenmerk auf der Optimierung des Geschäftsmodells und auf dem Börsegang.

STROBL: Für mich ist das Entscheidende dabei, dass wir unser im Februar 2015 gesetztes Gesamtziel, nämlich eine CET1 Ratio (fully loaded) von mindestens 12 Prozent bis Ende 2017, schon über ein Jahr vor Ablauf der Frist erreicht haben. Bereits Ende September 2016 lag die CET1 Ratio der RBI bei 12,3 Prozent, im Gesamtjahr 2016 sogar bei 13,6 Prozent. Selbst für das fusionierte Institut lagen wir zum Jahresende bei diesem Ziel, nämlich bei 12,4 Prozent.

Die RBI ist also auf dem richtigen Weg. Wie sieht es mit Dividenden aus?

STROBL: In dieser Sache stehen wir vor der Herausforderung, den regulatorischen Kapitalanforderungen auf der einen Seite und den berechtigten Wünschen unserer Eigentümer auf der anderen Seite gerecht zu werden. Während die Aufsicht einen immer größeren Eigenkapitalpolster und damit auch die Thesaurierung von Gewinnen von uns verlangt, erwarten die Aktionäre naturgemäß eine Dividende. Für das Geschäftsjahr 2016 wird keine Dividende ausgeschüttet werden. Für die Zukunft bin ich angesichts der optimistischen volkswirtschaftlichen Prognosen in Zentral- und Osteuropa zuversichtlich.

Zum Abschluss eine Frage, die ebenfalls Ihren Aktionären geschuldet ist: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der RBI-Aktie im Jahr 2016?

STROBL: Die Kursentwicklung im Jahr 2016 kann sich durchaus sehen lassen: Mit einem Plus von fast 30 Prozent hat das Wachstum unserer Aktie sowohl jenes des ATX als auch jenes des Euro Stoxx Banks übertroffen. In letztgenanntem Index waren wir mit Abstand der beste Wert. Offensichtlich honoriert der Kapitalmarkt unsere Anstrengungen.

Vorstand der RBI



Dr. Karl Sevelda

Group Communications
Group Compliance¹
Group Strategy
Human Resources
Internal Audit
International Banking Units
Legal Services
Management Secretariat
Marketing &
Event Management

¹ Ausgelagert an die RZB/berichtet an den Gesamtvorstand



Dr. Johann Strobl

Credit Management
Corporates
Financial Institutions, Country &
Portfolio Risk Management
Retail Risk Management
Risk Controlling
Risk Excellence & Projects
Special Exposures
Management



Dkfm. Klemens Breuer

Business Management &
Development
Consumer &
Small Business Banking
Group Capital Markets
Institutional Clients
Investment Banking
Raiffeisen Research
Retail Strategy & Products
Premium & Private Banking



Mag. Martin Grill

Active Credit Management
Group Investor Relations
Participations
Planning & Finance
Tax Management
Treasury



Mag. Andreas Gschwenter

Group & Austrian IT
Group Efficiency Management
Group Procurement, Cost &
Real Estate Management
Head Office Operations
Project Portfolio & Security



Mag. Peter Lennkh

Corporate Customers
Corporate Finance
Corporate Sales Management
& Development
International Business Support
Leasing Steering &
Product Management
Trade Finance &
Transaction Banking

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

die Mitglieder des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden im Geschäftsjahr 2016 vom Vorstand in den Sitzungen zeitnah und umfassend über die einzelnen Geschäftsbereiche, die Risikoentwicklung und die relevanten Aspekte der Geschäftsentwicklung der RBI sowie der Konzernunternehmen schriftlich und mündlich informiert. Dadurch konnte der Aufsichtsrat seiner Aufgabe der Überwachung und Beratung des Vorstands ordnungsgemäß nachkommen.

In den Aufsichtsratsitzungen wurden dem Vorstand Arbeitsaufträge erteilt, über deren Umsetzung und Ergebnisse in den folgenden Sitzungen berichtet wurde. Darüber hinaus forderte der Aufsichtsrat vom Vorstand laufende Berichterstattung zu den wesentlichen politischen und rechtlichen Entwicklungen sowie zu regulatorischen, makroökonomischen und anderen möglichen Risiken. Schwerpunkte bildeten beispielsweise die in einigen CEE-Ländern bestehende Fremdwährungsthematik sowie die Situation in Russland, insbesondere der Status der anhaltenden Sanktionen und deren Auswirkungen auf die Netzwerkbank vor Ort. Der Vorstand wurde auch gebeten, zu Themen laufend zu berichten, die aufgrund ihrer unternehmensspezifischen oder strategischen Bedeutung für den Aufsichtsrat im Vordergrund standen. Dies betraf neben der Umsetzung des Transformationsprogramms, des Kostensenkungsprogramms und der größten IT-Projekte vor allem die Verschmelzung der RBI mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft (RZB). Der Aufsichtsrat wurde laufend und im Detail über die Bewertungsanalysen und die Projektentwicklung informiert. Nach der Evaluierungsphase beschlossen die Vorstände und Aufsichtsräte von RBI und RZB am 5. Oktober 2016 grundsätzlich die Zusammenführung der RZB mit der RBI. Details zur Verschmelzung von RBI und RZB finden Sie im nächsten Kapitel dieses Berichts. Durch diese Form der laufenden Berichterstattung über besonders wichtige Themen wurde der Aufsichtsrat in die Lage versetzt, sich über das gesamte Geschäftsjahr hinweg ein ganzheitliches Bild von der Entwicklung der RBI zu machen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende führte überdies außerhalb der regulär abgehaltenen Sitzungen zahlreiche Gespräche mit dem Vorstand. Damit wurden die offene Kommunikation und der laufende Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsräten und den Vorstandsmitgliedern weiter gestärkt.

Neben den ordentlichen Aufsichtsratsitzungen trat der Aufsichtsrat situationsbedingt fünfmal zu außerordentlichen Sitzungen zusammen:

- In der außerordentlichen Sitzung vom 22. Jänner 2016 wurden die Themen vorläufiges Ergebnis 2015, Budget der RBI-Gruppe und Mittelfristplanung, Status des Transformations- und des Kostensenkungsprogramms sowie Status des geplanten Verkaufsprozesses der Raiffeisen-Leasing Polska S.A. (RLPL) und der Raiffeisen Bank Polska S.A. (RBPL) behandelt bzw. beschlossen.
- Nach der ordentlichen Hauptversammlung am 16. Juni 2016 wurde eine außerordentliche Sitzung abgehalten. Einziger Tagesordnungspunkt war die Wiederwahl von Dr. Walter Rothensteiner als Vorsitzender des RBI Aufsichtsrats und seine Wiederwahl in die Aufsichtsratsausschüsse.
- Die außerordentlichen Sitzungen vom 5. Oktober 2016 sowie vom 16. Dezember 2016 beschäftigten sich primär mit dem Thema der Verschmelzung von RBI und RZB.
- In der außerordentlichen Sitzung vom 30. November 2016 wurde der Vorstand ermächtigt, den geplanten Verkauf der RBPL final zu verhandeln und abzuschließen. Ebenfalls in dieser Sitzung wurden Dr. Johann Strobl zum Vorstandsvorsitzenden, Dkfm. Klemens Breuer zum stellvertretenden Vorsitzenden und Mag. Dr. Hannes Mösenbacher zum Risikovorstand bestellt. Die Bestellung tritt mit Eintragung der Verschmelzung der RZB auf die RBI im Firmenbuch in Kraft.

Wie in den vergangenen Jahren auch hatten die Mitglieder des Aufsichtsrats die Möglichkeit, sich vor den Sitzungen im Rahmen von Expertengesprächen im Detail über den Inhalt der Tagesordnungspunkte der bevorstehenden Sitzung zu informieren. Insgesamt konnten die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Kontrollpflicht dadurch gewissenhaft erfüllen und Entscheidungen begründet treffen.

Im Prüfungs- und Risikoausschuss wurde die Vorsitzführung neu geregelt. Der jeweilige Vorsitzende des Arbeits-, Prüfungs-, Vergütungs-, Personal-, Risiko- und Nominierungsausschusses berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit des jeweiligen Ausschusses. Eine detaillierte Aufstellung über Art und Zusammensetzung der Ausschüsse sowie deren Tätigkeitsbereiche findet sich im Corporate-Governance-Bericht.

Der Aufsichtsrat nahm auch 2016 eine Effizienzprüfung mit dem Ziel einer Überprüfung seiner Organisation und Arbeitsweise vor, um seine Aufgaben im Interesse der Aktionäre und aller weiteren Stakeholder entsprechend wahrnehmen zu können. Die Auswertung der mittels Selbstevaluierung durchgeführten Effizienzprüfung wurde von einer externen Stelle durchgeführt. Die Ergebnisse der Selbstevaluierung wurden im Detail präsentiert. Die Gewährleistung einer offenen Kommunikation sowie einer zeitnahen und ausreichenden Informationsversorgung haben dabei Priorität.

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 wurde Dr. Walter Rothensteiner als Mitglied des Aufsichtsrats wiedergewählt, in der im Anschluss abgehaltenen außerordentlichen Aufsichtsratssitzung erfolgte erneut seine Wahl zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Martin Prater als Vorsitzender des Betriebsrats und Aufsichtsratsmitglied trat per 1. Februar 2016 in den Vorruhestand. Seine Entsendung wurde daher vom Betriebsrat widerrufen. Für sein langjähriges Engagement im Dienst der RBI und die stets gute Zusammenarbeit möchte ich mich im Namen des Aufsichtsrats sehr herzlich bedanken. Dr. Natalie Egger-Grunicke wurde mit Wirkung vom 18. Februar 2016 vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandt. Neuer Betriebsratsvorsitzender wurde Mag. Rudolf Kortenhof.

Der vorliegende Konzernabschluss (Erfolgsrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang) sowie der Jahresabschluss der RBI wurden von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) geprüft. Vertreter der Prüfungsgesellschaft haben in jener Sitzung des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats, in der die Abschlüsse behandelt wurden, die Ergebnisse ihrer Prüfung präsentiert.

Die Prüfung gab keinerlei Anlass zu Beanstandungen. Den gesetzlichen Vorschriften wurde voll entsprochen, somit wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Einklangsprüfung des Corporate-Governance-Berichts nach § 243c des österreichischen Unternehmensgesetzbuchs (UGB) wurde ebenfalls von der KPMG durchgeführt. In ihrem abschließenden Ergebnisbericht fand sie keinen Anlass zu Beanstandungen.

Nach eingehender Prüfung und Erörterung des Konzern- sowie des Jahresabschlusses im Aufsichtsrat und im vorgelagerten Prüfungsausschuss billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss der RBI. Dieser wurde damit gemäß § 96 Abs. 4 AktG festgestellt. Der Konzernabschluss wurde vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr wurde maßgeblich von zwei Themenkomplexen geprägt. Zum einen zeigte sich das Marktumfeld mit einem sehr niedrigen Zinsniveau und einem anhaltend hohen regulatorischen und politischen Druck weiterhin herausfordernd. Zum anderen erfolgte der Startschuss zur Prüfung eines Zusammenschlusses von RBI und RZB. Durch das große Engagement des Vorstands sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein respektables positives Ergebnis und eine solide Kapitalisierung erzielt. Im Namen des Aufsichtsrats möchte ich daher den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Vorstandsmitgliedern meinen besonderen Dank für ihr Mitwirken in diesem besonders arbeitsintensiven Geschäftsjahr aussprechen.



Für den Aufsichtsrat
Dr. Walter Rothensteiner, Vorsitzender



Verschmelzung von RBI und RZB

Gründe für den Zusammenschluss

Das Marktumfeld für Banken hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert: Die Anforderungen an die Kapitalausstattung von Banken wurden infolge der Finanzkrise 2008 deutlich erhöht, hinzu kamen umfangreiche regulatorische Verschärfungen seitens der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden. Das europäische Finanzsystem hat dadurch zwar insgesamt an Stabilität gewonnen, doch gleichzeitig nahmen der Verwaltungsaufwand und die Komplexität für die Banken merklich zu. So erfordern die strengeren Vorgaben und die regelmäßigen Banken-Stresstests umfangreiche Vorbereitungen und binden Ressourcen. Hinzu kamen weitere Belastungen wie beispielsweise Bankenabgaben in zahlreichen Ländern Zentral- und Osteuropas. Diese tragen zwar nicht zur Stabilisierung des Finanzsystems bei, belasten aber die Substanz der Banken und schmälern damit die Möglichkeit, das Eigenkapital aus eigener Kraft zu stärken.

Der Vorstand sieht es vor diesem Hintergrund mehr denn je zuvor als seine Aufgabe an, die Situation und die Perspektiven des Unternehmens laufend zu evaluieren und nach Möglichkeiten zu suchen, sich auf das veränderte Marktumfeld und die daraus erwachsenden Herausforderungen einzustellen und für die Zukunft bestmöglich zu positionieren. Teil dieser Überlegungen war es auch, einen Zusammenschluss von RBI und RZB und daraus allenfalls resultierende Vorteile für den Gesamtkonzern zu prüfen.

Die Stärken der fusionierten Bank

Wichtigste Ziele der Transaktion sind es, einerseits weiter auf das bewährte Geschäftsmodell zu setzen und andererseits die Organisation optimal für die beschriebenen Herausforderungen aufzustellen. Dabei stehen drei Themen im Mittelpunkt:

- Erstens soll die Kapitalisierung der regulatorisch maßgeblichen Gruppe verbessert werden. So werden die Kapitalplanung und -allokation durch die Verschmelzung optimiert. Zusätzlich entfällt der so genannte Minderheitenabzug für die fusionierte Bank und schont somit das Kapital. Dieser musste nach Einführung von Basel III seitens der RZB angewendet werden.
- Zweitens wird die Transparenz der Gruppe im Innen- und Außenverhältnis erhöht: Die Harmonisierung von Eigentümerinteressen und regulatorischen Anforderungen wird erheblich vereinfacht. Gleichzeitig steigt die Transparenz für alle Stakeholder, indem der bisher hohe Komplexitätsgrad der Gruppenstruktur reduziert wird.
- Drittens hat der Zusammenschluss positive Auswirkungen auf die Grundsätze guter Unternehmensführung (Corporate Governance): Durch gestraffte Organisations- und Governance-Strukturen werden Entscheidungsprozesse innerhalb der gesamten Organisation zielgerichteter und effizienter. Bisherige Funktionsüberschneidungen zwischen den beiden Unternehmen werden wegfallen.

Die Stärken des fusionierten Instituts knüpfen an das bisher Erreichte an. Dazu gehören die geografische Präsenz in den attraktiven CEE-Wachstumsmärkten mit Top-5-Marktpositionen in 9 von insgesamt 14 Märkten sowie ein stabiles Geschäft in Österreich. Der Fokus wird weiterhin auf langfristig angelegten Kundenbeziehungen in den jeweiligen lokalen Märkten liegen. Konsequenterweise werden die Bedürfnisse der Firmenkunden ausgerichtete Lösungen auf Basis des lokalen Marktzugangs und des weitreichenden Netzwerks sowie ein umfassendes Multi-Kanal-Angebot für Privatkunden in CEE tragen zum Selbstverständnis einer kundenorientierten Universalbank bei.

Der Kostenkontrolle wird weiterhin hohe Priorität eingeräumt, die schlankere Organisationsstruktur trägt zu einer Verbesserung von Effizienz und Transparenz bei.

Schritte der Verschmelzung

Die Vorstände der RBI und der RZB beschlossen am 10. Mai 2016, eine Zusammenführung von RBI und RZB zu prüfen. Zielsetzung einer Zusammenführung ist die Vereinfachung der Konzernstruktur und die Anpassung der Gruppe an die erhöhten regulatorischen Anforderungen.

Nach einer eingehenden Evaluierungsphase beschlossen die Vorstände und die Aufsichtsräte von RBI und RZB am 5. Oktober 2016 grundsätzlich die Verschmelzung der RZB mit der RBI. In diesem Zusammenhang wurden auch die vorläufigen Bewertungsspannen der zu verschmelzenden Einheiten festgelegt. Die RZB als übertragende Gesellschaft soll dabei zur Aufnahme durch Übertragung des Vermögens als Ganzem mit Stichtag zum 30. Juni 2016 und auf Grundlage der Schlussbilanz der RZB zum 30. Juni 2016 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die RBI als übernehmende Gesellschaft mit Kapitalerhöhung bei dieser verschmolzen werden. Das fusionierte Unternehmen wird – wie bisher die RBI – als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse gelistet sein.

Am 21. Dezember 2016 wurden die zur Abstimmung in der außerordentlichen Hauptversammlung über die Verschmelzung erforderlichen Unterlagen – nach Veröffentlichung des endgültigen Umtauschverhältnisses am 16. Dezember 2016 und Vornahme der gesetzlich erforderlichen Prüfungen durch den Verschmelzungsprüfer und durch die Aufsichtsräte der beteiligten Gesellschaften – veröffentlicht. Am 23. Jänner bzw. am 24. Jänner 2017 fanden außerordentliche Hauptversammlungen der RZB bzw. der RBI zur Beschlussfassung über die Verschmelzung statt. Für die Beschlussfassung über die Verschmelzung war zumindest eine Dreiviertelmehrheit des anwesenden Kapitals erforderlich, die in beiden Fällen bei Weitem erreicht wurde. Die außerordentliche Hauptversammlung der RBI ist als Webcast auch im Internet unter www.rbinational.com → Investor Relations → Präsentationen & Webcasts abrufbar. Die Eintragung der Verschmelzung im Firmenbuch soll voraussichtlich am 18. März 2017 erfolgen.

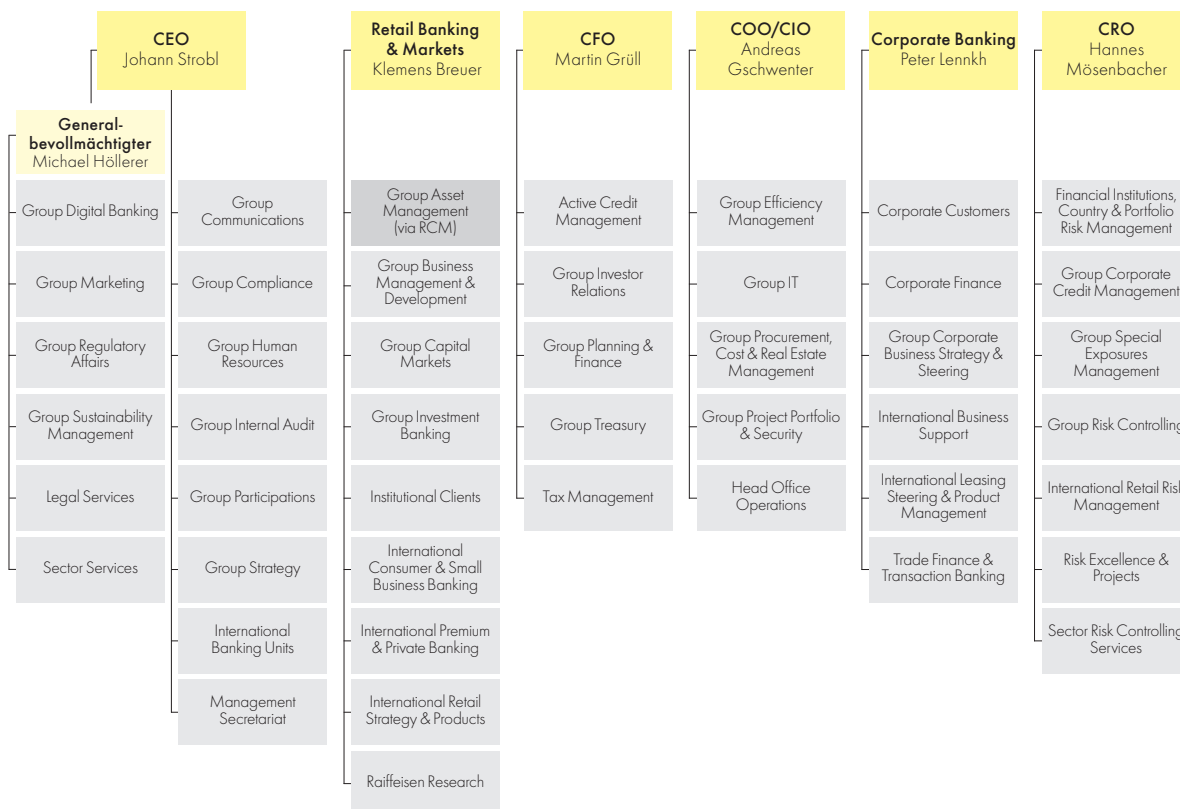
Das festgelegte Umtauschverhältnis wurde durch vergleichende Unternehmensbewertungen von zwei renommierten internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften untermauert. Die Angemessenheit des Umtauschverhältnisses wurde aufgrund des österreichischen Verschmelzungsrechts zudem von einem gerichtlich bestellten unabhängigen Verschmelzungsprüfer – gleichfalls eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – geprüft. Um den Aktionären der RZB ihre Anteile an diesem Institut abzugelten, begibt die RBI neue Aktien, wodurch die Gesamtzahl ihrer Aktien von 292.979.038 auf 328.939.621 Stück steigt.

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Zusammensetzung des Vorstands der fusionierten Bank zeugt von hoher personeller Kontinuität. Dr. Karl Sevelda legt sein Vorstandsmandat in der RBI mit Wirksamkeit der Verschmelzung von RBI und RZB zurück und tritt in den Ruhestand. Zum neuen Vorstandsvorsitzenden wurde Dr. Johann Strobl bestellt. Die Bestellung wird mit Eintragung der Verschmelzung im Firmenbuch wirksam. Bereits 2007 war Dr. Johann Strobl als Risikovorstand (CRO) zur RZB gewechselt. Seit 2010 ist er Mitglied des Vorstands der RBI (CRO) und seit 2013 stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

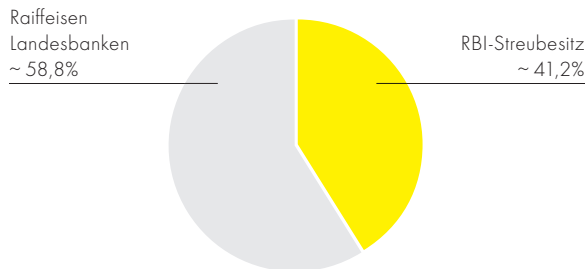
Darüber hinaus werden dem Vorstand mit Wirksamkeit der Verschmelzung Dkfm. Klemens Breuer (stellvertretender CEO sowie Retail Banking & Markets), Mag. Martin Grüll (CFO), Mag. Andreas Gschwenter (COO/CIO) und Mag. Peter Lennkh (Corporate Banking) angehören. Neues Vorstandsmitglied für das Risikomanagement wird Mag. Dr. Hannes Mösenbacher (CRO), der bisher den Bereich Risk Controlling der RBI leitete und dem Unternehmen bereits seit 2008 angehört.

Vorstand der RBI nach der Verschmelzung



Aktionärsstruktur nach der Verschmelzung

Nach der Verschmelzung von RBI und RZB werden ehemalige RZB-Aktionäre zu direkten Anteilshabern der RBI. Die Raiffeisen Landesbanken werden rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien halten, 41,2 Prozent werden sich im Streubesitz befinden.



Segmentierung ab dem 1. Quartal 2017

Durch den Zusammenschluss der RBI mit der RZB ergibt sich eine Veränderung der Segmentierung. Die bisherigen RBI-Segmente Zentraleuropa, Südosteuropa, Osteuropa und Corporate Center werden um die Anteile aus der RZB erweitert. Neu eingeführt wird das Segment Group Corporates & Markets für in Österreich gebuchtes operatives Geschäft. Dazu zählen primär das Finanzierungsgeschäft mit von Wien aus betreuten österreichischen und internationalen Firmenkunden, Group Markets, Financial Institutions & Sovereigns sowie das Geschäft mit RBG-Instituten. Des Weiteren sind in diesem Segment Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften enthalten, wie z. B. Raiffeisen Centrobank, Kathrein Privatbank, Raiffeisen Leasing, Raiffeisen Factorbank, Raiffeisen Bausparkasse und Raiffeisen Capital Management.

Das Segment Corporate Center umfasst die zentralen Steuerungsfunktionen der RBI (z. B. Treasury) sowie ihre Minderheitsbeteiligungen (u. a. UNIQA, Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG).

Unabhängig davon wird das Segment Non-Core aufgrund des Abschlusses des Transformationsprogramms im ersten Quartal 2017 aufgelöst und das verbleibende Geschäft auf die regionalen Segmente aufgeteilt.

Damit wird von einem Mischsystem auf eine ausschließlich regionale Segmentierung umgestellt, da nunmehr alle in einer Region gebuchten operativen Geschäfte in einem Segment zusammengefasst sind. Diese Änderungen werden mit dem Bericht zum ersten Quartal 2017 wirksam.

Übersicht der Segmente	
Zentraleuropa	Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn
Südosteuropa	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien, Serbien
Osteuropa	Belarus, Russland, Ukraine
Group Corporates & Markets	In Österreich gebuchtes Geschäft: österreichische und internationale Firmenkunden, Group Markets, Financial Institutions & Sovereigns, RBG; Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften
Corporate Center	Zentrale Steuerungsfunktionen (z. B. Treasury), Minderheitsbeteiligungen
Non-Core (bis 31.12.2016)	Polen, Slowenien, Zuno (ab 2017 zu Zentraleuropa); Asien und USA (restliches Abbaugeschäft ab 2017 in Group Corporates & Markets gebucht)

Raiffeisen im Überblick

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG)

Die RBG ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrieunternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft. Österreichweit beschäftigt die RBG rund 29.000 Mitarbeiter.

Die dreistufig aufgebaute RBG besteht aus autonomen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RZB AG (3. Stufe).

Die 434 autonomen Raiffeisenbanken mit ihren 1.500 Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die autonomen Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale sind.

Die Raiffeisen-Landeszentralen (Raiffeisen Landesbanken bzw. Raiffeisenverband) übernehmen den Liquiditätsausgleich und bieten weitere zentrale Dienstleistungen für die Raiffeisenbanken ihres Wirkungsbereichs an. Trotz der klaren Zuordnung im Aufbau der RBG beschränkt sich das Geschäftsgebiet nicht auf geografische Grenzen. Darüber hinaus agieren die Raiffeisen-Landeszentralen als selbständige Universalbanken und waren zum 31. Dezember 2016 Aktionäre der RZB AG. Rund 90 Prozent des Grundkapitals der RZB AG wurden Ende 2016 von den regional tätigen Raiffeisen-Landeszentralen gehalten.

Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB AG) wurde 1927 als „Girozentrale der österreichischen Genossenschaften“ gegründet und diente damals, der Idee des Sozialreformers Friedrich Wilhelm Raiffeisen folgend, als Liquiditätsausgleichsstelle der landwirtschaftlichen Genossenschaften Österreichs.

Durch die seit 2005 börselistete Tochter Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) verfügte die RZB AG über eines der größten Banknetzwerke in CEE. Die RZB AG hielt Ende 2016 rund 60,7 Prozent der RBI-Aktien, die verbleibenden Aktien befanden sich im Streubesitz. Die RZB AG selbst stand überwiegend im Besitz der acht Raiffeisen-Landeszentralen und war gemäß Bankwesengesetz deren Zentralinstitut. Mit der rückwirkend per 30. Juni 2016 umgesetzten Verschmelzung zwischen RZB AG und RBI AG wird Letztere im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge die Rolle des Zentralinstituts der RBG einnehmen.

Raiffeisen Bank International

Die RBI betrachtet CEE (inklusive Österreich) als Heimmarkt. In CEE ist die RBI seit über 30 Jahren tätig und verfügt dort heute über ein engmaschiges Netzwerk an Tochterbanken, Leasinggesellschaften und zahlreichen spezialisierten Finanzdienstleistungsunternehmen. Als Universalbank zählt sie in mehreren Ländern zu den Top-5-Bankinstituten. Unterstützt wird diese Rolle durch die Marke Raiffeisen, die zu den bekanntesten Marken der Region zählt. Die RBI positioniert sich in CEE als voll integrierte Corporate- und Retail-Bankengruppe mit einem umfassenden Produktangebot. In CEE betreuten Ende 2016 rund 46.000 Mitarbeiter der RBI etwa 14,1 Millionen Kunden in rund 2.500 Geschäftsstellen. In Österreich ist die RBI eine der führenden Kommerz- und Investmentbanken. Sie betreut vor allem österreichische, aber auch internationale Kunden sowie multinationale Großkunden, die in CEE tätig sind. Insgesamt beschäftigt die RBI rund 49.000 Mitarbeiter und verfügt über eine Bilanzsumme von rund € 112 Milliarden.

Die Märkte der RBI				
2016	Bilanzsumme in € Millionen	Veränderung ¹	Geschäftsstellen	Mitarbeiter
Slowakei	11.388	1,5%	196	3.910
Tschechische Republik	11.966	29,2%	142	3.158
Ungarn	6.606	3,3%	72	1.983
Überleitung	- 468	-	-	0
Segment Zentraleuropa	29.492	9,7%	410	9.051
Albanien	2.002	- 5,6%	81	1.291
Bosnien und Herzegowina	2.057	5,6%	98	1.268
Bulgarien	3.350	- 2,6%	138	2.569
Kosovo	896	5,7%	52	731
Kroatien	4.689	1,6%	78	2.128
Rumänien	7.605	5,1%	480	5.322
Serbien	2.097	7,6%	87	1.522
Überleitung	- 1	-	-	0
Segment Südosteuropa	22.694	2,6%	1.014	14.831
Belarus	1.524	5,1%	91	2.005
Kasachstan	3	- 79,4%	1	7
Russland	11.768	10,2%	181	7.742
Ukraine	1.999	- 1,9%	498	8.073
Überleitung	- 3	-	-	0
Segment Osteuropa	15.291	7,8%	771	17.827
Segment Group Corporates	15.201	9,6%	1	
Segment Group Markets	12.149	- 9,7%	5	2.274²
Segment Corporate Center	20.936	- 23,3%	0	
Asien	852	- 59,8%	3	108
Polen	12.055	- 16,9%	299	4.242
USA	262	- 58,3%	1	32
Überleitung/Sonstige	660	-	2	191
Segment Non-Core	13.828	- 26,6%	305	4.573
Überleitung	- 17.728	-	-	-
Gesamt	111.864	- 2,2%	2.506	48.556

¹ Die Veränderung der Bilanzsumme in lokalen Währungen gegenüber dem 31. Dezember 2015 weicht durch die Euro-Wechselkurse ab.

² Eine Zuordnung der Mitarbeiter zu den Segmenten Group Corporates, Group Markets und Corporate Center ist nicht möglich.

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich

Die Einlagensicherung und die Anlegerentschädigung sind in Österreich im Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz - ESAEG) geregelt. Für die Raiffeisenbanken, die Raiffeisen Landesbanken, die RZB AG und die RBI AG nimmt die Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE) die Funktion der gesetzlichen Einlagensicherung und Anlegerentschädigung wahr. Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) ergänzt seit dem Jahr 2000 die gesetzliche Einlagensicherung der RBG nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken. In der RKÖ haben sich die Landes-Kundengarantiegemeinschaften mit der RZB AG und der RBI AG auf Bundesebene zusammengeschlossen. Derzeit sind Raiffeisenbanken und Raiffeisen Landesbanken aus sieben Bundesländern, die RZB AG und die RBI AG Mitglieder der RKÖ. Im Anfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise herangezogen. Den Kunden werden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der RBG angeboten.

Institutionelles Sicherungssystem

In der RBG sind seit Ende 2014 von der Finanzmarktaufsicht genehmigte institutionelle Sicherungssysteme (IPS) etabliert. Dazu wurden vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen, die die teilnehmenden Institute absichern und insbesondere bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellen. Basis für diese IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung gemäß Artikel 49 CRR (Capital Requirements Regulation). Entsprechend der Aufbauorganisation der RBG wurden auch die IPS in zwei Stufen konzipiert (Bundes- bzw. Landes-IPS).

Die RZB AG als Spitzeninstitut der RBG ist dabei Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisen-Landeszentralen die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, die Posojilnica Bank (ehemals ZVEZA Bank), die Raiffeisen Wohnbaubank sowie die Raiffeisen Bausparkasse teilnehmen. Das Bundes-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des Bundes-IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des Bundes-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der RZB AG. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einem Gewicht von null Prozent angesetzt werden. Es ist geplant, dass die RBI AG nach Eintragung der Verschmelzung von RZB AG und RBI AG Mitglied im Bundes-IPS wird.

Basis für das Bundes-IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen des Früherkennungssystems der ÖRE. Das IPS ergänzt somit als weiterer Baustein die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der RBG im Fall wirtschaftlicher Probleme eines Mitgliedsinstituts.

Strategie der RBI

Langfristige Wertschaffung als übergeordnetes Ziel

Die RBI ist eine führende Universalbank in der Region CEE und in Österreich. Ihre Geschäftsaktivitäten umfassen das Kundengeschäft, Finanzdienstleistungen für Privatkunden in CEE sowie das Geschäft mit Banken und anderen institutionellen Kunden. Die laufenden Veränderungen und Herausforderungen im Geschäftsumfeld von Finanzinstituten – insbesondere verschärfte aufsichtsrechtliche Auflagen, bankenspezifische Abgaben und politisch motivierte Marktinterventionen, das fortdauernde Niedrigzinsumfeld, neue technologische Herausforderungen und Wettbewerber – erfordern Flexibilität in der Anpassung von Strukturen und Geschäftsmodellen. Die RBI begegnete diesen Entwicklungen mit zwei wichtigen strategischen Maßnahmen: einerseits mit dem bereits im Februar 2015 gestarteten Transformationsprogramm, andererseits mit der Verschmelzung zwischen RBI und RZB.

Im Februar 2015 wurde ein Transformationsprogramm zur Stärkung der Kapitalbasis – Ziel war eine CET1 Ratio (fully loaded) von mindestens 12 Prozent – sowie zur Reduktion der Risikoaktiva implementiert. Mit einer CET1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent zum 31. Dezember 2016 hat die RBI dieses Ziel vorzeitig erreicht.

Im Oktober 2016 haben die Vorstände der RBI und der RZB den Grundsatzbeschluss getroffen, die RZB in die RBI einzubringen. Diese Verschmelzung wird (durch den Entfall des Minderheitenabzugs vom harten Kernkapital auf Gruppenebene) zu einer Stärkung der regulatorischen Kapitalquote der Gruppe führen, vereinfachte Entscheidungsstrukturen bringen und die Bereinigung von Doppelgleisigkeiten zwischen RBI und RZB zum Ergebnis haben. Die RBI wird weiterhin auf die Region CEE fokussieren, die strukturell höhere Wachstumsraten als Westeuropa bietet und damit ein attraktiveres Zins- und Ertragsniveau aufweist. Das Geschäftsportfolio der RBI wird durch die Ergänzung um führende Spezialinstitute in Österreich – insbesondere Bausparkasse, Vermögensverwaltung und Pensionskasse – gestärkt. Zudem profitiert die RBI von der Stabilität der österreichischen Geschäftsfelder, die durch die Verschmelzung weiter gestärkt werden. In Summe ergibt sich ein ausgewogenes, attraktives Geschäftsportfolio.

Das Geschäftsmodell der RBI beruht auf folgenden Kernkompetenzen:

- Die RBI pflegt und entwickelt eine starke und vertrauenswürdige Marke, die Basis für das Geschäftsmodell ist.
- Die RBI stellt allen Privatkundensegmenten umfassende Finanzdienstleistungen über den vom Kunden jeweils präferierten Vertriebs- und Kommunikationskanal zur Verfügung.
- Die RBI ist ein verlässlicher Geschäftspartner für Kommerzkunden und institutionelle Kunden mit Bezug zur Zielregion und bietet Finanzdienstleistungen entsprechend internationalen Standards an.
- Die RBI zeichnet sich durch eine starke lokale Verankerung, Kundennähe und nachhaltige Geschäftsbeziehungen aus.
- Die RBI nutzt die Stärken länderspezifischer Geschäftsansätze kombiniert mit Elementen zentraler Steuerungsvorgaben.

Darauf aufbauend betreut die RBI derzeit rund 14 Millionen Privatkunden, Private-Banking-Kunden sowie Kleinunternehmen, rund 90.000 Firmenkunden (mittelständische Unternehmen, lokale Großunternehmen und internationale Konzerne) sowie rund 8.000 institutionelle Kunden (Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltungen, Staaten und öffentliche Organisationen). Die Bedürfnisse der Kunden, als deren „Financial Advisor“ sich die RBI sieht, stehen dabei immer im Mittelpunkt. Zielsetzung ist es, die Kunden entsprechend ihren Bedürfnissen möglichst umfassend mit den passenden Finanzdienstleistungen zu betreuen und damit langfristige Geschäftspartnerschaften aufzubauen. Typischerweise werden dabei von den Kunden ganze Produktbündel genutzt. Wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts sind hochwertige Beratungsleistungen sowie innovative Lösungen.

Bei Privatkunden können dies z. B. Video- oder Telefonberatung oder modernste Mobile-Banking-Optionen sein. Mithilfe dieser Vertriebs- und Betreuungskanäle bietet die RBI den Kunden – neben den rund 2.500 Geschäftsstellen, die nach wie vor das Rückgrat der Kundenbetreuung darstellen – ein breites Produktspektrum an (z. B. Kontokorrent-Pakete, Zahlungsverkehr, Konsumentenfinanzierung sowie Hypothekarkredite), aus dem sie entsprechend ihren Bedürfnissen wählen können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf verständlichen und kundenfreundlichen Lösungen sowie kurzen Informations- und Entscheidungswegen.

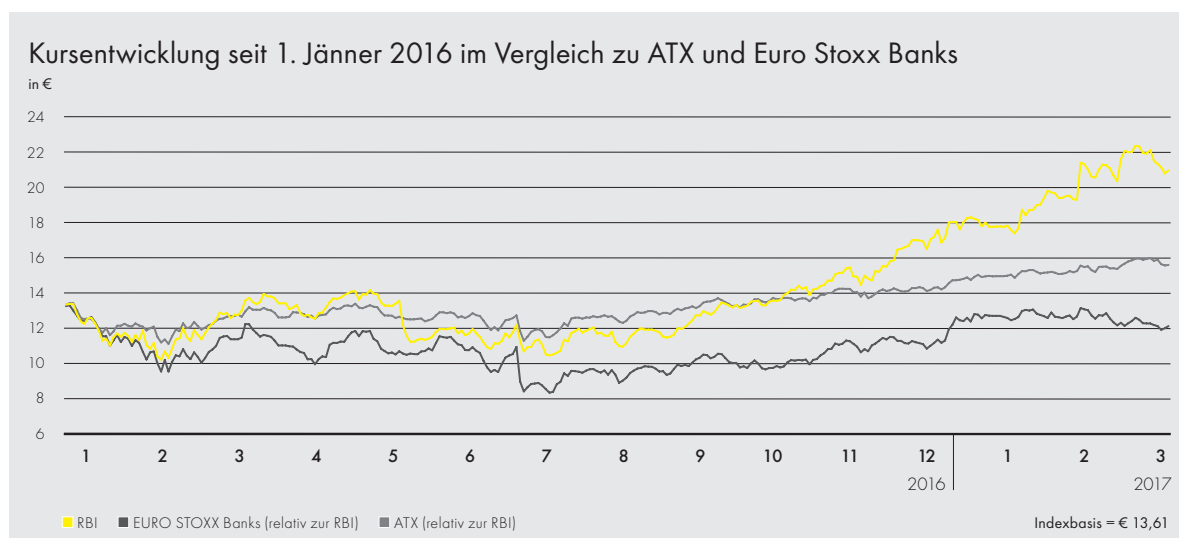
Bei Firmenkunden und institutionellen Kunden gilt das Augenmerk vor allem konzernübergreifenden Vertriebs- und Steuerungsinstrumenten mit Fokus auf kapital- und liquiditätsschonenden Produkten (insbesondere Handelsfinanzierungen, Kapitalmarktprodukten, Absicherung von Währungs-, Zins- und Kreditrisiken, Zahlungsverkehr). Konzernübergreifende Produktkompetenzzentren erhöhen dabei die Effizienz durch Bündelung von Know-how und erleichtern den Kunden den Zugang zu komplexen Finanzierungsprodukten (z. B. im Bereich der Projekt-, Immobilien- und Exportfinanzierung oder von Kapitalmarkttransaktionen).

RBI auf dem Kapitalmarkt

Entwicklung der RBI-Aktie

Die RBI-Aktie startete mit einem Kurs von € 13,61 in das Jahr 2016 und verzeichnete vor dem Hintergrund eines weltweit schwachen Börsenauftritts mit € 10,21 bereits im Februar ihren niedrigsten Schlusskurs. Belastend für die europäischen Aktienmärkte und insbesondere Bankaktien wirkte sich auch das überraschende Abstimmungsergebnis des Referendums für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union Ende Juni aus. Die Märkte erholten sich in der zweiten Jahreshälfte aber wieder zügig von diesem Rückschlag.

Mit der Konkretisierung der Pläne zur Verschmelzung von RBI und RZB Anfang Oktober setzte eine deutliche Kurserholung der RBI-Aktie ein, die sich mit der Publikation der Geschäftsergebnisse für das dritte Quartal noch einmal beschleunigte. Der Aktienkurs koppelte sich seit Jahresmitte zunächst vom Euro Stoxx Banks und ab Anfang Oktober auch vom ATX deutlich nach oben ab. Ihren höchsten Kurs markierte die Aktie mit € 18,29 im Dezember. Zum Jahresende notierte sie bei € 17,38 und legte im Jahresverlauf um 28 Prozent zu. Damit übertraf die Wertentwicklung der RBI-Aktie jene des ATX (plus 9 Prozent) bzw. des Euro Stoxx Banks (minus 8 Prozent) deutlich. Sie war 2016 die mit Abstand erfolgreichste Aktie im Euro-Stoxx-Banks-Index.



Zum Redaktionsschluss dieses Berichts am 28. Februar 2017 lag der Aktienkurs der RBI bei € 20,96. Damit verzeichnete die Aktie einen Wertgewinn von 20,6 Prozent gegenüber dem Jahresultimo 2016 und schnitt deutlich besser als der ATX (plus 4,9 Prozent) und der Euro Stoxx Banks (minus 3,2 Prozent) ab.

Zum Jahresultimo 2016 belief sich die Marktkapitalisierung – bei einer gegenüber dem Jahresbeginn unveränderten Anzahl von rund 293 Millionen ausgegebenen Aktien – auf € 5,1 Milliarden. Zum Redaktionsschluss lag dieser Wert bei € 6,1 Milliarden.

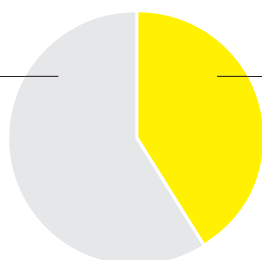
Im Jahr 2016 wurden rund 187 Millionen Aktien der RBI gehandelt. Dies bedeutet ein Umsatzvolumen von € 2,4 Milliarden und einen durchschnittlichen Tagesumsatz von 752.512 Aktien.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie	
Kurs zum 31. Dezember 2016	€ 17,38
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) 2016	€ 18,29/€ 10,21
Ergebnis je Aktie 2016	€ 1,58
Buchwert je Aktie zum 31. Dezember 2016	€ 29,53
Marktkapitalisierung zum 31. Dezember 2016	€ 5,1 Milliarden
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) 2016	752.512 Stück
Börseumsatz (Einzelzählung) 2016	€ 2.441 Millionen
Streubesitz zum 31. Dezember 2016	rund 39,3%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse)
	RBI AV (Bloomberg)
	RBI.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2016	292.979.038

Aktionärsstruktur nach der Verschmelzung

Die Raiffeisen Landesbanken werden nach der Verschmelzung von RBI und RZB rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien halten, 41,2 Prozent werden sich im Streubesitz befinden. Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf. Institutionelle Anleger kommen vor allem aus Nordamerika und Europa sowie zunehmend aus Asien und Australien. Darunter befinden sich auch Staatsfonds und supranationale Organisationen, die aufgrund ihrer bevorzugt langfristigen Investitionsstrategien Stabilität versprechen. Ebenso befindet sich eine große Anzahl von österreichischen Kleinanlegern unter den Investoren.

Raiffeisen
Landesbanken
~ 58,8%



RBI-Streubesitz
~ 41,2%

Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien	22,6%
Raiffeisenlandesbank Steiermark	10,0%
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	9,5%
Raiffeisen-Landesbank Tirol	3,7%
Raiffeisenverband Salzburg	3,6%
Raiffeisenlandesbank Kärnten	3,5%
Raiffeisenlandesbank Burgenland	3,0%
Raiffeisenlandesbank Vorarlberg	2,9%
Gesamt Raiffeisen Landesbanken	58,8%

Rating der RBI

Im vergangenen Jahr wurde die RBI durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet. Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analysten der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen.

Rating-Agentur	Langfrist-Rating	Kurzfrist-Rating	Ausblick
Moody's Investors Service	Baa2	P-2	positive
Standard & Poor's	BBB+	A-2	negative

Hauptversammlung und Dividende

Die ordentliche Hauptversammlung der RBI am 16. Juni 2016 stimmte allen Beschlussvorschlägen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten zu. Am 24. Jänner 2017 fand eine außerordentliche Hauptversammlung statt, die der Verschmelzung von RBI und RZB mit klarer Mehrheit zustimmte. Die nächste ordentliche Hauptversammlung findet am 22. Juni 2017 statt. Für das Geschäftsjahr 2016 wird keine Dividende ausgeschüttet werden.

Kapitalmarktkommunikation

Im Jahr 2016 bot die RBI institutionellen Investoren auf 27 Roadshows bzw. Konferenzen vielfältige Möglichkeiten zur persönlichen Information. Im Jahresverlauf reisten Unternehmensvertreter und teils auch Vorstandsmitglieder nach Frankfurt, Genf, London, New York, Paris, ins österreichische Stegersbach, Stockholm, Tallinn, Zürich und ins österreichische Zürs. Anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse lädt die RBI regelmäßig österreichische Investoren zu einem Investor Lunch in Wien ein.

Am 1. Februar 2016 gab die RBI die vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2015 bekannt. Bei der anschließenden Telefonkonferenz wurden rund 270 Teilnehmer gezählt. Anlässlich der Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2015 Mitte März traf der Vorstand der RBI Investoren in Wien und hielt zudem eine Telefonkonferenz mit über 250 Teilnehmern ab. Am darauffolgenden Tag lud die RBI institutionelle Investoren und Analysten zur Investoren-Präsentation in London. Die Veranstaltung, die bereits seit einigen Jahren jeweils am Tag nach der Publikation des Jahresergebnisses stattfindet, stieß bei den über 100 Teilnehmern auf großes Interesse.

Am 10. Mai 2016 gab die RBI neben dem Ergebnis für das erste Quartal die Prüfung einer Zusammenführung von RBI und RZB bekannt. An der Telefonkonferenz am darauffolgenden Tag nahmen über 300 internationale Analysten und Investoren teil.

Am 29. Juli 2016 wurden die Ergebnisse des EBA-Stresstests veröffentlicht. Die RZB und somit auch die RBI waren als Teil der Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH Gegenstand des Stresstests. In einem Conference Call zum Ergebnis dieses Stresstests stellten sich RBI- und RZB-Vorstandsmitglieder den Fragen der über 260 internationalen Analysten und Investoren.

Ende September lud die RBI zum jährlichen Analysten-Gespräch in London, an dem nahezu alle Equity-Analysten teilnahmen, die regelmäßig über die RBI berichten. Ebenfalls in London fand zu dieser Zeit eine internationale Investorenkonferenz statt, bei der der Vorstand das Unternehmen vor rund 60 Teilnehmern präsentierte und sich den Fragen der Eigen- und Fremdkapitalinvestoren stellte. Darüber hinaus nahmen Vorstand und Group-IR-Team an zahlreichen Gruppen- und Einzelgesprächen mit weiteren rund 50 hochrangigen Investoren teil.

Eine weitere kurzfristig angesetzte Telefonkonferenz nebst Webcast fand am 6. Oktober 2016 statt. In dieser informierten RBI- und RZB-Vorstandsmitglieder über den Grundsatzbeschluss zur Verschmelzung der RZB mit der RBI, die vorläufige Bewertungsspanne der zu verschmelzenden Einheiten sowie das geplante weitere Procedere. Mit über 350 Teilnehmern bewies diese Konferenz das große Interesse für die Ausführungen des Vorstands zu diesem Schritt. Am darauffolgenden Tag präsentierten dieselben Vorstandsmitglieder im Rahmen eines Investoren-Gesprächs in London vor rund 50 Teilnehmern die Details zum beabsichtigten Zusammenschluss von RBI und RZB und standen auch hier im Anschluss für Fragen zur Verfügung.

Neben 26 Aktienanalysten geben 20 Anleiheanalysten (Stand: 31. Dezember 2016) regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab. Damit ist die RBI jenes Unternehmen in Österreich, über das die größte Anzahl von Analystenhäusern regelmäßig berichtet. 2016 wurden 545 Analystenreports über die RBI publiziert.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind jederzeit im Internet unter www.rbiinternational.com → Investor Relations → Präsentationen & Webcasts abrufbar.

Finanzkalender 2017	
15. März 2017	Geschäftsbericht 2016, Conference Call
16. März 2017	RBI Investor Presentation, London
3. Mai 2017	Beginn der Quiet Period
17. Mai 2017	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
12. Juni 2017	Nachweisstichtag Hauptversammlung
22. Juni 2017	Hauptversammlung
27. Juli 2017	Beginn der Quiet Period
10. August 2017	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
31. Oktober 2017	Beginn der Quiet Period
14. November 2017	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

Kontakt für Eigen- und Fremdkapitalgeber

E-Mail: ir@rbinternational.com
 Internet: www.rbinternational.com → Investor Relations
 Telefon: +43-1-71 707-2089
 Telefax: +43-1-71 707-2138

Raiffeisen Bank International AG
 Group Investor Relations
 Am Stadtpark 9
 1030 Wien, Österreich

Corporate - Governance - Bericht

Im vorliegenden Corporate-Governance-Bericht sind der Corporate-Governance-Bericht der RBI AG und der konsolidierte Corporate-Governance-Bericht der RBI gemäß § 267a Unternehmensgesetzbuch (UGB) in Verbindung mit § 251 UGB in einem Bericht zusammengefasst.

Die RBI legt großen Wert auf eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung, um das Verständnis und das Vertrauen ihrer verschiedenen Interessengruppen – nicht zuletzt der Kapitalmarktteilnehmer – zu pflegen. Daher verpflichtet sie sich zur Einhaltung des Österreichischen Corporate Governance Kodex (ÖCGK) in seiner Fassung vom Jänner 2015. Der ÖCGK ist auf der Website des Österreichischen Arbeitskreises für Corporate Governance (www.corporate-governance.at) und auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance) öffentlich zugänglich. Die RBI hat keine kapitalmarktorientierten Tochterunternehmen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften lokal zur Veröffentlichung eines Corporate-Governance-Berichts verpflichtet sind.

Transparenz ist ein Kernthema der Corporate Governance und damit auch von besonderer Bedeutung für die RBI. Der vorliegende Corporate-Governance-Bericht gliedert sich dabei nach den gesetzlichen Vorgaben des § 243c UGB und orientiert sich an dem in Anhang 2a des ÖCGK vorgegebenen Aufbau.

Der ÖCGK gliedert sich in L-, C- und R-Regeln. L-Regeln (Legal Requirement) beruhen auf zwingenden Rechtsvorschriften. C-Regeln (Comply or Explain) sollen eingehalten werden; eine Abweichung muss erklärt und begründet werden, um ein kodexkonformes Verhalten zu erreichen. R-Regeln (Recommendation) haben Empfehlungscharakter; eine Nichteinhaltung muss weder offengelegt noch begründet werden.

Die RBI weicht von folgender C-Regel ab, erreicht aber durch nachstehende Erklärung und Begründung kodexkonformes Verhalten:

C-Regel 45: Wettbewerbsverbot für Aufsichtsratsmitglieder

Die RBI AG ist ein Unternehmen der Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG), die über ihr Spitzeninstitut RZB auch Mehrheitsgesellschafterin ist. Einige Mitglieder des Aufsichtsrats üben daher in ihrer Funktion als Eigentümerversorger auch Organfunktionen in Banken der RBG aus. Manche Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Organfunktionen in anderen Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen inne. Dadurch kann der Aufsichtsrat bei der Wahrnehmung seiner Kontrollfunktion zum Wohl des Unternehmens auf umfassendes branchenspezifisches Know-how und Erfahrung zurückgreifen.

Entsprechend der C-Regel 62 des ÖCGK beauftragte die RBI AG die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG), die Einhaltung der C-Regeln des Kodex extern zu evaluieren. Der Bericht über diese externe Evaluierung ist auf www.rbinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance → Evaluierung zum CG-Kodex öffentlich zugänglich.

Zusammensetzung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2016 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

Vorstandsmitglied	Geburtsjahr	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Karl Sevelda Vorsitzender	1950	22. September 2010 ¹	Mit Eintragung der Verschmelzung der RZB AG auf die RBI AG (voraussichtlich am 18. März 2017) ²
Dr. Johann Strobl Stellvertretender Vorsitzender	1959	22. September 2010 ¹	28. Februar 2022 ³
Dkfm. Klemens Breuer	1967	16. April 2012	31. Dezember 2020
Mag. Martin Grill	1959	3. Jänner 2005	28. Februar 2020 ³
Mag. Andreas Gschwenter	1969	1. Juli 2015	30. Juni 2018
Mag. Peter Lennkh	1963	1. Oktober 2004	31. Dezember 2020

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

² Aufgrund der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG legt Dr. Karl Sevelda sein Mandat als Mitglied des Vorstands mit Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurück.

³ Die Mandate von Dr. Johann Strobl und Mag. Martin Grill als Mitglieder des Vorstands werden mit Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG verlängert.

In der Aufsichtsratssitzung vom 30. November 2016 wurde im Zusammenhang mit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG beschlossen, Dr. Johann Strobl mit Wirksamkeit der Verschmelzung zum Vorstandsvorsitzenden, Dkfm. Klemens Breuer zum stellvertretenden Vorsitzenden und Mag. Dr. Hannes Mösenbacher zum Vorstandsmitglied zu bestellen.

Mitglieder des Vorstands hatten Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in den folgenden nicht in den Konzernabschluss einbezogenen in- und ausländischen Gesellschaften inne:

Dr. Karl Sevelda	Oesterreichische Kontrollbank AG, Siemens AG Österreich
Dkfm. Klemens Breuer	FMS Wertmanagement AöR (bis 5. Jänner 2017)
Mag. Peter Lennkh	Raiffeisen-Leasing Management GmbH (bis 9. April 2016)

Neben der Leitung und Steuerung der RBI AG übten die Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2016 Überwachungs- und Leitungsaufgaben bei folgenden wesentlichen Tochterunternehmen als Aufsichtsräte und Geschäftsführer aus:

	Aufsichtsratsmandat	Geschäftsführung
Dr. Karl Sevelda	Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, Vorsitz Raiffeisenbank Austria d.d., Kroatien, Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Vorsitz Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Vorsitz AO Raiffeisenbank, Russland, Vorsitz Raiffeisen banka a.d., Serbien, Vorsitz Tatra banka, a.s., Slowakei, Vorsitz Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Vorsitz Raiffeisen Bank Aval JSC, Ukraine, Vorsitz Raiffeisen Bank Zrt., Ungarn, stellvertretender Vorsitz Priorbank JSC, Belarus, Mitglied	
Dr. Johann Strobl	Raiffeisen Bank Zrt., Ungarn, Vorsitz DAV Holding Kft., Ungarn, Vorsitz AO Raiffeisenbank, Russland, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied	
Dkfm. Klemens Breuer	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Vorsitz Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Österreich, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied	
Mag. Martin Grill	Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, stellvertretender Vorsitz AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied	Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, Österreich, Geschäftsführer Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, Österreich, Geschäftsführer
Mag. Andreas Gschwenter	RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Österreich, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, Mitglied Raiffeisen Bank Zrt., Ungarn, Mitglied	
Mag. Peter Lennkh	Raiffeisen Bank d.d., Bosnien und Herzegowina, stellvertretender Vorsitz Raiffeisenbank Austria d.d., Kroatien, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen banka a.d., Serbien, stellvertretender Vorsitz Raiffeisenbank a.s., Tschechische Republik, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Aval JSC, Ukraine, stellvertretender Vorsitz Raiffeisen Bank Polska S.A., Polen, Mitglied Raiffeisen Bank S.A., Rumänien, Mitglied AO Raiffeisenbank, Russland, Mitglied Tatra banka, a.s., Slowakei, Mitglied	

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2016 folgende Mitglieder an:

Aufsichtsratsmitglied	Geburtsjahr	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Walter Rothensteiner Vorsitzender	1953	11. Mai 2001	Ordentliche Hauptversammlung 2017 ³
Mag. Erwin Hameseder Erster stellvertretender Vorsitzender	1956	8. Juli 2010 ¹	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Dr. Heinrich Schaller Zweiter stellvertretender Vorsitzender	1959	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2017
MMag. Martin Schaller Dritter stellvertretender Vorsitzender	1965	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	1964	26. Juni 2013	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Dr. Kurt Geiger	1946	9. Juni 2009	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Michael Höllerer	1978	17. Juni 2015	Mit Eintragung der Verschmelzung von RZB AG auf die RBI AG (voraussichtlich am 18. März 2017) ⁴
Dr. Günther Reibersdorfer	1954	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2017
Dr. Johannes Schuster	1970	8. Juli 2010 ¹	Mit Eintragung der Verschmelzung von RZB AG auf die RBI AG (voraussichtlich am 18. März 2017) ⁴
Mag. Bettina Selden	1952	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Rudolf Kortenhof ²	1961	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Martin Prater ²	1953	10. Oktober 2010	31. Jänner 2016
Mag. Peter Anzeletti-Reikl ²	1965	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Susanne Unger ²	1961	18. Jänner 2012	Bis auf Weiteres
Mag. Helge Rechberger ²	1967	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Natalie Egger-Grunicke ²	1973	18. Februar 2016	Bis auf Weiteres

¹ Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010 ² Vom Betriebsrat entsendet ³ Aufgrund der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG legt Dr. Walter Rothensteiner sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats mit Ende der ordentlichen Hauptversammlung am 22. Juni 2017 zurück.

⁴ Mag. Michael Höllerer und Dr. Johannes Schuster legen mit Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG ihre Aufsichtsratsfunktionen zurück.

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der RBI AG legte im Sinn und unter Berücksichtigung der C-Regel 53 und des Anhangs 1 des ÖCGK folgende Kriterien für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaft fest:

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zur Gesellschaft oder zu einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im vergangenen Jahr unterhalten haben. Das gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 ÖCGK führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Konzernsachverhalte sowie die bloße Ausübung der Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds oder Geschäftsführers durch ein Aufsichtsratsmitglied führen in der Regel nicht dazu, dass das betreffende Unternehmen als „Unternehmen, an dem ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat“ anzusehen ist, sofern nicht nach den Umständen zu vermuten ist, dass das Aufsichtsratsmitglied aus einem Geschäft mit diesem Unternehmen einen unmittelbaren persönlichen Vorteil zieht.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft bzw. Beteiligter oder Angestellter der Prüfungsgesellschaft gewesen sein.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll dem Aufsichtsrat nicht länger als 15 Jahre angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkter Nachkomme, Ehegatte, Lebensgefährte, Vater, Mutter, Onkel, Tante, Bruder, Schwester, Nefte, Nichte) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Im Sinn der vorstehenden Kriterien für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern sind sämtliche Aufsichtsratsmitglieder der RBI AG als unabhängig anzusehen.

Mag. Bettina Selden und Dr. Kurt Geiger sind als Mitglieder des Aufsichtsrats weder Anteilseigner mit einer Beteiligung von mehr als 10 Prozent, noch vertreten sie Interessen solcher Anteilseigner. Sie sind daher „Streubesitzvertreter“ im Sinn der C-Regel 54 des ÖCGK.

Mitglieder des Aufsichtsrats hatten folgende weitere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften inne:

Dr. Walter Rothensteiner	UNIQA Insurance Group AG (Vorsitzender)
Mag. Erwin Hameseder	AGRANA Beteiligungs-AG (Vorsitzender), STRABAG SE, UNIQA Insurance Group AG, Südzucker AG, Flughafen Wien AG
Dr. Heinrich Schaller	voestalpine AG, AMAG Austria Metall AG
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	BayWa AG, AGRANA Beteiligungs-AG
Dr. Kurt Geiger	Demir Bank OJSC
Dr. Johannes Schuster	UNIQA Insurance Group AG

Neben ihren Funktionen als Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG wurden im Geschäftsjahr 2016 auch Aufsichtsratsmandate bei wesentlichen Tochterunternehmen ausgeübt:

Dr. Walter Rothensteiner	Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Österreich, Vorsitz
Dr. Kurt Geiger	Raiffeisen Bank AVAL JSC, Ukraine, Mitglied
Mag. Michael Höllner	Raiffeisen Centrobank AG, Österreich, Mitglied
Dr. Johannes Schuster	RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Österreich, Mitglied

Leitungsfunktionen in wesentlichen Tochtergesellschaften der RBI AG wurden von keinem der Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen.

Mitglieder der Ausschüsse

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt dessen Organisation und weist bestimmte Aufgaben dem Arbeits-, Prüfungs-, Vergütungs-, Risiko-, Nominierungs- bzw. Personalausschuss zu. Diese Ausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

	Arbeits- ausschuss	Prüfungs- ausschuss	Personal- ausschuss	Vergütungs- ausschuss	Risikoausschuss	Nominierungs- ausschuss
Vorsitzender	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Michael Höllner ¹	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Johannes Schuster ¹	Dr. Walter Rothensteiner
1. Stellvertreter	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner ²	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner ²	Mag. Erwin Hameseder
2. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder ³	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder ³	Dr. Heinrich Schaller
3. Stellvertreter	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller ⁴	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller ⁴	MMag. Martin Schaller
4. Stellvertreter	-	MMag. Martin Schaller ⁵	-	-	MMag. Martin Schaller ⁵	-
Mitglied	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster ⁶	Dr. Johannes Schuster
Mitglied	Mag. Rudolf Kortenhofer	Mag. Rudolf Kortenhofer	-	Mag. Rudolf Kortenhofer	Mag. Rudolf Kortenhofer	Mag. Rudolf Kortenhofer
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger ⁷	Dr. Susanne Unger ⁷	-	Dr. Susanne Unger ⁷	Dr. Susanne Unger ⁷	Dr. Susanne Unger ⁷

¹ Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 Dr. Walter Rothensteiner

⁴ Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 MMag. Martin Schaller

⁶ Bis 15. März 2016

² Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 Mag. Erwin Hameseder

⁵ Seit 15. März 2016

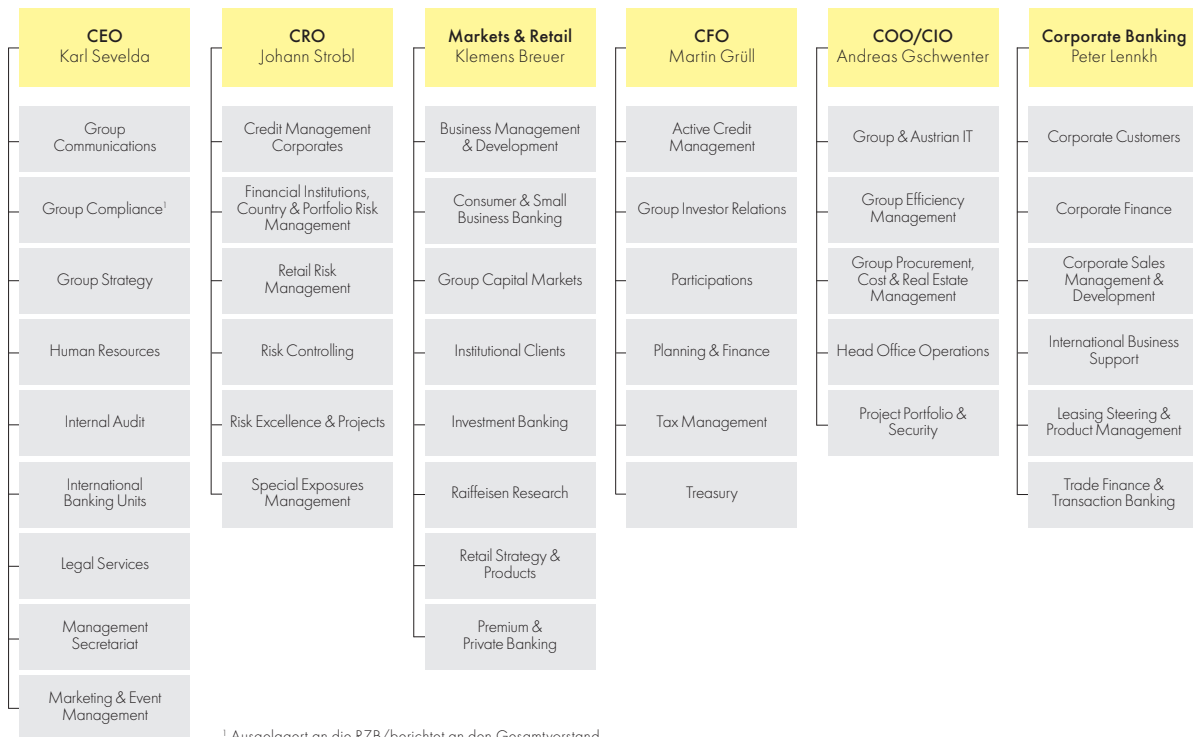
⁷ Seit 1. Februar 2016; bis 31. Jänner 2016 Martin Prater

³ Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 Dr. Heinrich Schaller

Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats

Kompetenzverteilung und Arbeitsweise im Vorstand

Der Vorstand der RBI AG leitet die Gesellschaft nach klaren Zielvorgaben, Plänen und Richtlinien in eigener Verantwortung im Sinn einer zukunftsgerichteten und den modernen unternehmerischen Grundsätzen entsprechenden Unternehmensführung. Dabei verfolgt er stets das Wohl des Unternehmens und berücksichtigt die Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer. Die Aufgabenbereiche der Vorstandsmitglieder wurden vom Aufsichtsrat unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands wie folgt festgelegt (Stand 31. Dezember 2016):



¹ Ausgelagert an die RZB/berichtet an den Gesamtvorstand

Im Geschäftsjahr 2016 kam es unter anderem zu folgenden wesentlichen Organisationsänderungen auf der zweiten Führungsebene (B-1):

- Vorstandsbereich Corporate Banking: Durch die Eingliederung der Mitarbeiter der RLI Holding Gesellschaft m.b.H. in die RBI AG wurde der neue Bereich „Leasing Steering & Product Management“ unter Mag. Peter Lennkh geschaffen.
- Vorstandsbereich Chief Operation Officer/Chief Information Officer (COO/CIO): Durch die Auflösung des Bereichs „Lean“ und die neue Organisation der Aufgaben des Bereichs „Operations“ wurden zwei neue Bereiche gegründet: „Group Efficiency Management“ und „Head Office Operations“. Der Bereich „Procurement & Cost Management“ wurde mit „Real Estate Management“ zu „Group Procurement, Cost & Real Estate Management“ zusammengefasst.
- Vorstandsbereich Markets & Retail: Nach der Auflösung der Bereiche „Consumer Banking“ und „Small Businesses & Premium Banking“ wurden drei neue Bereiche geschaffen: „Retail Strategy & Products“, „Consumer & Small Business Banking“ sowie „Private & Premium Banking“.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft gemäß dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Die wöchentlichen Vorstandssitzungen werden vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Sie dienen der wechselseitigen Information, Beratung und Entscheidungsfindung in allen Angelegenheiten, die der Genehmigung dieses Organs bedürfen. Die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Vorstands enthalten Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sowie einen Katalog jener Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Entscheidungsbefugnisse und Tätigkeiten der Ausschüsse des Aufsichtsrats

In den Geschäftsordnungen des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sind jene Geschäftsführungsmaßnahmen geregelt, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des zuständigen Ausschusses bedürfen.

Der **Arbeitsausschuss** behandelt jene Angelegenheiten, die ihm vom Gesamtaufsichtsrat übertragen wurden. Dies sind insbesondere die Genehmigung der Errichtung, Stilllegung und Auflösung von Tochtergesellschaften sowie der Erwerb von oder die Verfügung über Beteiligungen, sofern die Veränderung im aktivierten Buchwert des Beteiligungsansatzes durch den Geschäftsfall eine bestimmte Höhe übersteigt (bis zur Betragsgrenze für die Zuständigkeit des gesamten Aufsichtsrats). Darüber hinaus behandelt der Arbeitsausschuss die Übernahme von Organfunktionen in anderen Unternehmen durch Vorstandsmitglieder. Ferner genehmigt der Arbeitsausschuss die Übernahme bankgeschäftlicher Risiken und Risikolimits gegenüber Dritten ab einer bestimmten Höhe bis zur Betragsgrenze für die Zuständigkeit des gesamten Aufsichtsrats.

Der **Personalausschuss** befasst sich mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder und dem Inhalt ihrer Anstellungsverträge. Im Speziellen genehmigt er die Bonuszuweisung und die Zuteilung der Aktien aus dem Share Incentive Program an die Vorstandsmitglieder. Darüber hinaus gibt er auch seine Zustimmung bei einer allfälligen Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder.

Der **Prüfungsausschuss** überwacht den Rechnungslegungsprozess. Er erteilt diesbezügliche Empfehlungen oder Vorschläge zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit und beaufsichtigt die Wirksamkeit der internen Kontroll-, Revisions- und Risikomanagement-Systeme der Gesellschaft. Die Aufgaben des Prüfungsausschusses umfassen die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung sowie die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Konzern-Abschlussprüfers, insbesondere im Hinblick auf die für die geprüfte Gesellschaft erbrachten zusätzlichen Leistungen. Der Ausschuss prüft den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss sowie den Konzern-Lagebericht und ist für die Vorbereitung von dessen Feststellung verantwortlich; ebenso prüft er den Vorschlag für die Gewinnverteilung und den konsolidierten Corporate-Governance-Bericht. Über die Ergebnisse seiner Prüfungen erstattet er Bericht an den Aufsichtsrat. Ferner führt er nach Maßgabe der rechtlichen Vorgaben ein Verfahren zur Auswahl des (Konzern-)Abschlussprüfers/Bankprüfers durch und legt dem Aufsichtsrat eine Empfehlung für die Bestellung vor. Im Prüfungsausschuss werden darüber hinaus der Management Letter sowie der Bericht über die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems inhaltlich diskutiert. Die Interne Revision hat dem Prüfungsausschuss über die Prüfungsgebiete und allfällige Prüfungsfeststellungen aufgrund durchgeführter Prüfungen unter Bedachtnahme auf § 42 (3) Bankwesengesetz (BWG) quartalsweise Bericht zu erstatten. Ebenso berichtet der Bereich Organisation & Prozesse zweimal jährlich über den Status des internen Kontrollsystems sowie dessen Wirksamkeit.

Zu den Aufgaben des **Vergütungsausschusses** gehört in erster Linie die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken der Gesellschaft, insbesondere auf Grundlage des BWG und unter Berücksichtigung der diesbezüglich anwendbaren Bestimmungen des ÖCGK. Der Vergütungsausschuss überwacht und prüft zudem regelmäßig die Vergütungspolitik, die Vergütungspraktiken und die vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß BWG sowie der Eigenmittelausstattung und Liquidität. Dabei werden auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität berücksichtigt. Der Vergütungsausschuss überprüft weiters unmittelbar die Vergütung des höheren Managements in Risikomanagement- und Compliance-Funktionen.

In die Zuständigkeit des **Risikoausschusses** fallen die Beratung des Vorstands hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie, die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß BWG sowie die Beobachtung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität. Weiters fällt in seine Zuständigkeit die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der angebotenen Dienstleistungen und Produkte, das Geschäftsmodell sowie die Risikostrategie angemessen berücksichtigt wurden, sowie gegebenenfalls die Vorlage eines Plans mit Abhilfemaßnahmen. Der Risikoausschuss überwacht auch, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit sowie der Zeitpunkt realisierter Gewinne berücksichtigt werden.

Der **Nominierungsausschuss** befasst sich mit der Besetzung frei werdender Stellen im Vorstand und im Aufsichtsrat. Dabei werden die Ausgewogenheit und die Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung aller Mitglieder des betroffenen Organs berücksichtigt. Der Nominierungsausschuss legt auch eine Zielquote für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat sowie eine Strategie zur Erreichung des definierten Ziels fest. Bei der Entscheidungsfindung achtet er darauf, dass Vorstand und Aufsichtsrat nicht durch eine einzelne Person oder eine kleine Gruppe von Personen in einer den Interessen der Gesellschaft zuwider laufenden Art und Weise dominiert werden. Weitere Aufgaben des Nominierungsausschusses sind,

- regelmäßig, jedenfalls jedoch, wenn Ereignisse die Notwendigkeit zur Neubeurteilung anzeigen, eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats durchzuführen und dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten;

- regelmäßig, jedoch zumindest jährlich eine Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung der einzelnen Mitglieder sowohl des Vorstands als auch des Aufsichtsrats sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit durchzuführen und diese dem Aufsichtsrat mitzuteilen;
- den Kurs des Vorstands im Hinblick auf die Auswahl des höheren Managements zu überprüfen und den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an den Vorstand zu unterstützen.

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Im Berichtszeitraum trat der Aufsichtsrat zu neun Sitzungen zusammen. Daneben informierte der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements der Gesellschaft und wesentlicher Konzernunternehmen, insbesondere bei wichtigem Anlass.

Der Arbeitsausschuss trat im Geschäftsjahr 2016 zu acht Sitzungen zusammen. Der Prüfungsausschuss tagte dreimal, der Personalausschuss dreimal, der Vergütungsausschuss dreimal, der Risikoausschuss fünfmal und der Nominierungsausschuss fünfmal.

Kein Mitglied des Aufsichtsrats war an der persönlichen Teilnahme an mehr als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats verhindert.

Der Aufsichtsrat sowie der Arbeits- und der Vergütungsausschuss trafen darüber hinaus ihre Beschlüsse auch im Umlaufverfahren.

Weitere Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrats finden sich im Bericht des Aufsichtsrats.

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung des Vorstands

An den Vorstand der RBI AG wurden insgesamt folgende Bezüge bezahlt:

in € Tausend	2016	2015
Fixe Bezüge	5.017	5.007
Boni (inkl. Anteile für Vorjahre)	1.467	1.759
Aktienbasierte Zahlungen	220	0
Sonstige Bezüge	2.456	2.477
Gesamt	9.160	9.243

Die in der Tabelle dargestellten fixen Bezüge enthalten Gehälter und Sachbezüge. Die erfolgsabhängigen Bestandteile der Vorstandsbezüge umfassen grundsätzlich Bonuszahlungen und aktienbasierte Vergütungen im Rahmen des Share Incentive Program (SIP).

2016 wurden aufgeschobene Bonusanteile aus dem Jahr 2013 und Vorjahren sowie sofort fällige Bonusanteile für das Jahr 2015 ausbezahlt. Für das Jahr 2014 wurde kein Bonus bezahlt. Im Jahr 2016 kam es zu einer Zuteilung einer aktienbasierten Vergütung aus der SIP-Tranche 2011 (Details siehe unten).

Die Zahlung eines Bonus ist an die Erreichung jährlich vereinbarter Ziele geknüpft, die in einem Balanced-Scorecard-Ansatz aus vier oder fünf Bereichen kommen. Es handelt sich dabei um gewichtete Finanzziele (angepasst an die jeweilige Funktion z. B. Return on Risk-Adjusted Capital, Gesamtkosten, risikogewichtete Aktiva), Kunden-, Mitarbeiter- und Prozess-/Effizienz-/Infrastruktur-Ziele sowie allenfalls weitere Ziele. Die Höhe des Bonus wird nach dem Konzernergebnis und der Cost/Income Ratio bestimmt, wobei im Sinn einer mehrere Jahre umfassenden Ausrichtung die zu erreichenden Zielwerte vom mittelfristigen Return-on-Equity-Ziel der RBI-Gruppe abgeleitet wurden. Die Auszahlung erfolgt zeitlich verschoben nach den geltenden Bestimmungen des BWG, umgesetzt gemäß den internen Regelungen.

In den Verträgen der Vorstände ist ein Maximalbonus festgelegt. Ebenso beinhaltet das SIP einen Cap in Höhe des dreifachen Zuteilungswerts. Damit sind für alle variablen Vergütungsbestandteile Höchstgrenzen vorgesehen. Die sonstigen Bezüge umfassen Entgelte für Organfunktionen bei verbundenen Unternehmen, Zahlungen an Pensionskassen und Rückdeckungsversicherungen, sonstige Versicherungen sowie Zuschüsse.

Im Folgenden sind die Bezüge des Vorstands für 2016 im Detail dargestellt:

in € Tausend	Fixe Bezüge	Bonusanteile für 2015 und Vorjahre	Aktienbasierte Zahlungen	Sonstige	Summe
Dr. Karl Sevelda	1.111	359	65	471	2.006
Dr. Johann Strobl	900	312	60	444	1.716
Dkfm. Klemens Breuer	823	236	0	518	1.577
Mag. Martin Grill	762	275	52	430	1.519
Mag. Andreas Gschwenter	659	65	0	159	883
Mag. Peter Lennkh	762	220	43	434	1.459
Summe	5.017	1.467	220	2.456	9.160

Zusätzlich zu den in der Tabelle angeführten Beträgen wurden an Dr. Herbert Stepic, Aris Bogdaneris und Patrick Butler, M.A. zeitlich verschobene Bonusanteile aufgrund ihrer früheren Vorstandstätigkeit in Höhe von insgesamt TEUR 382 sowie TEUR 111 im Rahmen der Auszahlung der SIP-Tranche 2011 bezahlt.

Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken in Umsetzung von § 39 (2) i. V. m. § 39b BWG

Der Aufsichtsrat der RBI AG genehmigte in Umsetzung von § 39 (2) i. V. m. § 39b BWG samt Anlage im Jahr 2011 die „Allgemeinen Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken“. Die Vergütung aller Mitarbeiter, inklusive des Vorstands und des weiteren „Risikopersonals“, hat im Einklang mit diesen Grundsätzen zu erfolgen. Diese Grundsätze wurden auch auf die Bonuszahlungen für das Jahr 2011 und alle Folgejahre angewendet. Der Vergütungsausschuss überprüft diese Grundsätze regelmäßig und ist für die Überwachung ihrer Umsetzung verantwortlich. Unter Berücksichtigung der in Umsetzung der Richtlinie 2013/36/EU aktualisierten Fassung von § 39 (2) i. V. m. § 39b BWG samt Anlage hat der Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats der RBI AG im Jahr 2014 eine Neufassung dieser „Allgemeinen Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken“ genehmigt, die ab dem Jahr 2014 zur Anwendung kam. Diese wurde zuletzt im Jahr 2015 adaptiert.

Durch diese Adaptierung kann bei Funktionen mit sehr geringem oder nur indirektem Einfluss auf das Geschäftsergebnis die variable Komponente auch ganz entfallen. Je nach lokalen Gegebenheiten wurden in unterschiedlicher Form positionsbezogene fixe Zulagen eingeführt. Für bestimmte Business- und Managementfunktionen wird, um Teamarbeit zu fördern, bei der Bonusfestlegung mehr Gewicht auf das Ergebnis der RBI und der jeweiligen Organisationseinheit gelegt und weniger auf funktionale Bereiche.

Allgemeine Vergütungsgrundsätze der RBI-Gruppe – Zusammenfassung

Die RBI-Gruppe verwendet ein einfaches und transparentes Vergütungssystem, das die Geschäftsstrategie der Gruppe widerspiegelt und im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen steht. Dabei unterstützen die Vergütungsgrundsätze die langfristigen Ziele, Interessen und Werte des Unternehmens und enthalten gleichzeitig Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Das Vergütungssystem der RBI-Gruppe ermutigt nicht zur Übernahme von unverhältnismäßigen Risiken, sondern unterstützt ein solides und wirksames Risikomanagement (z. B. mittels Performance-Management-Prozess mit finanziellen und nicht-finanziellen Zielen sowie qualitativen und quantitativen Key Performance Indicators und der Verwendung eines Bonuspoolansatzes). Dies erfolgt insbesondere auch durch die Begrenzung der variablen Vergütung durch Schwellenwerte und Obergrenzen, was gleichzeitig zu einer langfristig genaueren Kostenplanung führt. Darüber hinaus gelten für die Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeiten wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Unternehmens bzw. der Gruppe haben („Risikopersonal“), besondere Regelungen.

Bei der Gesamtvergütung stehen fixe und variable Bestandteile in einem angemessenen Verhältnis, um Mitarbeitern eine adäquate Lebensführung auf der Grundlage des Fixeinkommens zu ermöglichen. Damit soll eine flexible Politik bei der Auswahl und Umsetzung der variablen Vergütungskomponenten uneingeschränkt möglich sein, und es soll auch zur Gänze auf die Gewährung einer variablen Vergütung verzichtet werden können. Der Gesamtbetrag der variablen Vergütung schränkt die Fähigkeit der RBI-Gruppe zur Verbesserung ihrer Eigenmittelausstattung nicht ein. Die Grundlage aller variablen Vergütungsprogramme ist die Leistung, die auf Konzern-, Unternehmens- sowie individueller Ebene gemessen wird.

Das Vergütungssystem der RBI-Gruppe unterstützt die Überwindung des „Silo-Denkens“, weil ein erheblicher Teil der variablen Vergütung mit der Leistung des Konzerns – unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – verknüpft wird. Durch das Vergütungs- und Performance-Management-System wird eine hohe Qualität gewährleistet, und es sollen die Kundenbeziehungen langfristig gestärkt werden.

Share Incentive Program

Die enorm gestiegene Komplexität der regulatorischen Vorschriften für variable Vergütungen hat den Vorstand veranlasst, den Nutzen und die Sinnhaftigkeit der aktienbasierten Vergütung zu überprüfen. Ursprünglich als variables Langzeit-Vergütungselement mit Bezug zum Markt und Unternehmenserfolg gedacht, hat das SIP diese Bedeutung verloren, weil der Jahresbonus für dieselbe Zielgruppe an Top-Führungskräften nunmehr über 3 bis 5 Jahre verschoben und zur Hälfte in Instrumenten (z. B. Aktien) auszuzahlen ist. Es wurde daher beschlossen, ab dem Geschäftsjahr 2014 keine SIP-Tranchen mehr zu begeben.

Im Jahr 2016 kam es zum Abreifen der SIP-Tranche 2011. Gemäß den Programmbedingungen wurde die in der folgenden Tabelle dargestellte Anzahl an Aktien tatsächlich übertragen:

SIP 2011

Personengruppe	Anzahl fälliger Aktien	Wert zum Aktienkurs von € 13,92 am Zuteilungstag (2.5.2016)	Anzahl tatsächlich übertragener Aktien
Vorstandsmitglieder der RBI AG	24.493	€ 340.943	12.809
Vorstandsmitglieder der mit der RBI AG verbundenen Bank-Tochterunternehmen	30.050	€ 418.296	23.125
Führungskräfte der RBI AG und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	19.839	€ 276.159	11.384

Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten wurde entsprechend den Programmbedingungen für die berechtigten Mitarbeiter in drei Ländern anstelle der Übertragung von Aktien eine Wertabfindung in bar vorgenommen. In Österreich wurde den Berechtigten die Möglichkeit eingeräumt, anstelle der Hälfte der fälligen Aktien ebenfalls eine Barabfindung zu beziehen, um daraus die zum Übertragungszeitpunkt fällige Lohnsteuer zu begleichen. Aus diesen Gründen ergibt sich die geringere Anzahl an tatsächlich übertragenen Aktien verglichen mit den fälligen. Der Bestand an eigenen Aktien wurde folglich um die niedrigere Anzahl der tatsächlich übertragenen Aktien vermindert.

Zum Bilanzstichtag waren jeweils bedingte Aktien für zwei Tranchen zugeteilt. Per 31. Dezember 2016 belief sich die Anzahl dieser bedingten Aktien auf 693.462 (davon entfielen 367.977 auf die Zuteilung 2012 und 325.485 auf die Zuteilung 2013). Die ursprünglich bekannt gegebene Anzahl an bedingt zugeteilten Aktien veränderte sich durch diverse Personalwechsel in den Konzerneinheiten. Sie ist in folgender Tabelle aggregiert dargestellt:

SIP 2012 und 2013

Personengruppe	Anzahl bedingt zugeteilter Aktien per 31.12.2016	Mindestzuteilung von Aktien	Maximalzuteilung von Aktien
Vorstandsmitglieder der RBI AG	214.091	64.227	321.137
Vorstandsmitglieder der mit der RBI AG verbundenen Unternehmen und Zweigstellen	291.910	87.573	437.865
Führungskräfte der RBI AG und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	187.461	56.238	281.192

Im Jahr 2016 wurden keine Aktien für das SIP zurückgekauft.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

Für die Vorstandsmitglieder gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Mitarbeiter. Diese sehen einen Grundbeitrag des Unternehmens zu einer Pensionskasse und einen Zusatzbeitrag vor, wenn der Mitarbeiter Eigenbeiträge in derselben Höhe leistet. Für drei Vorstandsmitglieder bestehen zusätzlich individuelle Pensionszusagen, die über eine Rückdeckungsversicherung finanziert werden.

Im Fall der Beendigung der Funktion bzw. des Dienstverhältnisses hat ein Mitglied des Vorstands Abfertigungsansprüche gemäß Angestelltengesetz und Bankenkollektivvertrag, ein Mitglied gemäß vertraglicher Vereinbarung, und für vier Mitglieder richten sich die Ansprüche nach dem Betrieblichen Mitarbeiterversorgungsgesetz. Die Abfertigungsansprüche gemäß Angestelltengesetz oder gemäß vertraglicher Vereinbarung verfallen grundsätzlich bei Kündigung durch das Vorstandsmitglied.

Zudem besteht über eine Pensionskasse und/oder aufgrund einer individuellen Pensionszusage, die durch eine Rückdeckungsversicherung abgesichert ist, ein Schutz gegen das Berufsunfähigkeitsrisiko. Die Vorstandsverträge sind für die Dauer der jeweiligen Funktionsperiode oder befristet auf maximal 5 Jahre abgeschlossen. Die Regelungen über Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit basieren auf den im ÖCGK genannten Grundsätzen, und auch die vom ÖCGK vorgeschriebenen Höchstgrenzen (bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund maximal 2 Jahresgesamtvergütungen, jedoch nicht mehr als die Restlaufzeit; keine Abfindung bei vorzeitiger Beendigung aus einem vom Vorstandsmitglied zu vertretenden wichtigen Grund) werden eingehalten.

Vergütung des Aufsichtsrats

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurde für das Geschäftsjahr 2015 gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung eine Vergütung in Höhe von gesamt € 525.000 gewährt. Davon entfallen auf den Aufsichtsratsvorsitzenden € 70.000, auf die Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden jeweils € 60.000 und auf jedes weitere Mitglied des Aufsichtsrats jeweils € 50.000. Entsprechend der zeitlichen Gremienzugehörigkeit des jeweiligen Aufsichtsratsmitglieds wurde die Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 aliquot oder zur Gänze ausbezahlt.

Die Aufsichtsratsvergütungen für das Geschäftsjahr 2016 teilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder auf. Angeführt werden die in der Bilanz rückgestellten Beträge, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung 2017. Sitzungsgelder wurden nicht bezahlt. Entsprechend der Dauer des jeweiligen Aufsichtsratsmandats wurde die Rückstellung für das Geschäftsjahr 2016 aliquot oder zur Gänze gebildet.

Aufsichtsratsmitglied	in €
Dr. Walter Rothensteiner	70.000
Mag. Erwin Hameseder	60.000
Dr. Heinrich Schaller	60.000
MMag. Martin Schaller	60.000
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	50.000
Dr. Kurt Geiger	50.000
Mag. Michael Höllner	50.000
Dr. Günther Reibersdorfer	50.000
Dr. Johannes Schuster	50.000
Mag. Bettina Selden	50.000

D&O-Versicherung

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde für Aufsichtsrat, Vorstand und leitende Angestellte eine D&O (Directors & Officers)-Vermögensschadens- und Haftpflichtversicherung mit der UNIQA Sachversicherung AG abgeschlossen, deren Kosten von der Gesellschaft getragen werden. Die Deckung umfasst sowohl Ansprüche Dritter (Deckung im Außenverhältnis) als auch Ansprüche des Unternehmens selbst (Deckung im Innenverhältnis) gegen die Manager. Die Deckung im Innenverhältnis schützt auch das Unternehmen.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2015 wurde am 16. Juni 2016 in Wien abgehalten. Am 24. Jänner 2017 fand zudem eine außerordentliche Hauptversammlung der RBI AG statt, die die Verschmelzung zwischen RZB AG und RBI AG beschloss. Die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2016 findet am 22. Juni 2017 statt. Die Einberufung wird spätestens am 28. Tag vor der ordentlichen Hauptversammlung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung und in elektronischer Form bekannt gemacht.

Die Aktionäre als Eigentümer des Unternehmens üben ihre Rechte durch Abstimmung in der Hauptversammlung aus. Es gilt grundsätzlich das Prinzip „Eine Aktie, eine Stimme“. Demnach bestehen keine Stimmrechtsbeschränkungen, alle Aktionäre sind vollkommen gleichberechtigt. Jede ausgegebene Stückaktie gewährt eine Stimme, Namensaktien wurden nicht ausgegeben. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst oder durch Bevollmächtigte ausüben. Das der RZB satzungsmäßig eingeräumte Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurde nicht ausgeübt, sodass die Ausgestaltung der Aktie dem Prinzip „Eine Aktie, eine Stimme“ entspricht. In der außerordentlichen Hauptversammlung der RBI AG am 24. Jänner 2017 wurde die Streichung des Entsendungsrechts in § 9 der Satzung der RBI AG beschlossen. Das Entsendungsrecht wird daher mit Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch gegenstandslos.

Bericht über die von der Gesellschaft gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen (§ 80 AktG) nach § 243c (2) Z 2 UGB

Vorurteile und Diskriminierung haben in der RBI keinen Platz. Dies ist auch klar im konzernweit geltenden Code of Conduct festgehalten. Vielmehr setzt sich die RBI für Gleichberechtigung ein, und es entspricht ihrem Selbstverständnis, für gleiche Leistung im Unternehmen unabhängig vom Geschlecht oder anderen Faktoren gleiche Chancen zu bieten. Dies beginnt bereits bei der Mitarbeiterauswahl, die vorurteilsfrei zu sein hat und bei der unabhängig vom Geschlecht stets die gleichen Maßstäbe anzulegen sind.

Die Anteile von Frauen in Führungspositionen (Positionen mit Mitarbeiterverantwortung) bis zur dritten Führungsebene stellen sich in der RBI AG per 31. Dezember 2016 wie folgt dar: Aufsichtsrat 13 Prozent, Vorstand 0 Prozent, zweite Führungsebene 12 Prozent und 29 Prozent in der dritten Führungsebene, dies bei einer Gesamtquote von Mitarbeiterinnen in Höhe von 45 Prozent.

In der RBI sind insgesamt 67 Prozent der Beschäftigten Frauen. Der Frauenanteil in Vorstandsfunktionen beträgt 16 Prozent, in der zweiten Führungsebene 36 Prozent und in der dritten Führungsebene 47 Prozent. Der Frauenanteil in Aufsichtsräten liegt bei 8 Prozent. Die genannten Zahlen beinhalten die RBI AG und 14 Netzwerkbanken in CEE sowie die Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft und die Raiffeisen Centrobank AG.

Um die Rahmenbedingungen für Beruf und Karriere weiter zu verbessern, arbeitet die RBI laufend an der Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeitsmodelle wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeit- oder Telearbeit werden den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend in fast allen Ländern angeboten, ebenso wie Betriebskindergärten mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten. Diese Angebote zielen unter anderem darauf ab, ein gezieltes Karenzmanagement zu ermöglichen, das den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben fördern soll. Väterkarenz steht die RBI positiv gegenüber und sieht diese als wichtige Möglichkeit, Gleichberechtigung privat und beruflich zu forcieren.

Um die Kompetenzen im Bereich Mitarbeiterführung weiter auszubauen, bietet die RBI gezielt Aus- und Weiterbildungsprogramme an, die auch von weiblichen Mitarbeitern sehr positiv angenommen werden. So waren 27 Prozent der Teilnehmer des konzernweiten Top-Management-Programms „Execute“ Frauen, im Basic-Leadership-Programm der RBI AG betrug der Frauenanteil 2016 26 Prozent und im Talent Lab für Führungskräfte 32 Prozent.

In der RBI AG wurde im Jahr 2016 die Initiative „Vielfalt 2020“ gestartet. Der erste Schwerpunkt dieser Diversity-Initiative ist das Empowerment von Frauen. Damit soll insbesondere die Anzahl der Frauen im Top-Management erhöht werden. Um das Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas weiter zu schärfen und größtmögliche Transparenz für die Initiative zu gewährleisten, wurden umfangreiche Kommunikationsmaßnahmen gesetzt. So wurde für interne Nachbesetzungen eine Wartefrist im Besetzungsprozess beschlossen und zusätzlich werden qualifizierte Kandidatinnen aktiv von HR-Mitarbeitern angesprochen. Ein wesentlicher Faktor, der unter anderem die vermehrte Besetzung bzw. Bestellung von Frauen in Managementpositionen behindert, sind unbewusste Vorurteile. Dieser Themenbereich stand im Fokus von zwei „Führungskräfte-Breakfasts“ und von Impulsreferaten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Mentoring für Frauen sieht die RBI AG als ein wesentliches Instrument, um die Frauenquote im Management zu erhöhen. Deswegen soll dieser Bereich weiter ausgebaut werden. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Stärkung der Selbstkompetenz von weiblichen Führungskräften. Erste Trainingsmaßnahmen dazu haben bereits stattgefunden.

Dem Vorstand ist bewusst, dass es der konsequenten Fortführung der bestehenden und auch der Offenheit gegenüber neuen Maßnahmen bedarf, um den Frauenanteil in höher qualifizierten Positionen weiter zu steigern. Er ruft Frauen dazu auf, die Möglichkeiten dafür bewusst zu nutzen und sich bei der Weiterentwicklung aktiv einzubringen.

Transparenz

Das Internet und insbesondere die Website des Unternehmens spielen für die RBI im Sinn einer offenen Kommunikation gegenüber Aktionären und deren Vertretern, Kunden, Analysten, Mitarbeitern und der interessierten Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Daher werden u. a. folgende Informationen bzw. Services auf der Website angeboten und laufend aktualisiert: Geschäfts- und Zwischenberichte, Unternehmenspräsentationen, Telefonkonferenzen via Webcast, Ad-hoc-Mitteilungen, Pressemitteilungen, Investor-Relations-Mitteilungen, Kursinformationen und Daten zur Aktie, Informationen für Fremdkapitalgeber, der Finanzkalender mit großem zeitlichem Vorlauf für wichtige Termine, Informationen über meldepflichtige Wertpapiergeschäfte von Vorstand und Aufsichtsrat (Directors' Dealings), die Satzung der RBI AG, der Corporate-Governance-Bericht, Einschätzungen von Analysten, ein Bestellservice für schriftliche Informationen sowie eine Anmeldeöglichkeit für die automatische Zusendung der „Investor Relations News“ per E-Mail.

Interessenkonflikte

Sowohl für den Vorstand als auch für den Aufsichtsrat der RBI AG gilt die Verpflichtung zur Offenlegung allfälliger Interessenkonflikte.

So müssen Vorstandsmitglieder wesentliche persönliche Interessen an Transaktionen der Gesellschaft und von Konzernunternehmen sowie sonstige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat mitteilen. Zudem besteht eine Informationspflicht den anderen Vorstandsmitgliedern gegenüber. Mitglieder des Vorstands, die bei anderen Unternehmen Geschäftsführungsfunktionen ausüben, sind verpflichtet darauf hinzuwirken, dass es zu einem fairen Ausgleich der Interessen der beteiligten Unternehmen kommt.

Aufsichtsratsmitglieder müssen allfällige Interessenkonflikte unverzüglich dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats mitteilen, der in der Evaluierung seitens Compliance unterstützt wird. Gerät der Vorsitzende selbst in einen Interessenkonflikt, hat er dies unverzüglich seinem Stellvertreter offenzulegen. Verträge der Gesellschaft mit Mitgliedern des Aufsichtsrats, durch die sich diese außerhalb ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat gegenüber der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) zu einer Leistung gegen ein nicht bloß geringfügiges Entgelt verpflichten, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Dies gilt auch für Verträge mit Unternehmen, an denen ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat. Des Weiteren bedürfen Organgeschäfte im Sinn des § 28 BWG der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Konzernabschluss der RBI wird gemäß den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Des Weiteren werden die Vorschriften des BWG in Verbindung mit dem UGB – sofern sie auf den Konzernabschluss anzuwenden sind – eingehalten. Der Konzernabschluss wird innerhalb der ersten 4 Monate des auf den Berichtszeitraum folgenden Geschäftsjahrs veröffentlicht, Zwischenberichte spätestens 2 Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums nach IFRS.

Die Hauptversammlung vom 17. Juni 2015 wählte als Abschluss- und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2016 die KPMG. Die KPMG bestätigte gegenüber der RBI AG, dass ihr eine Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Qualitätsprüfungssystem vorliegt. Ebenso wurde erklärt, dass keine Ausschluss- und Befangenheitsgründe vorliegen. Der Aufsichtsrat wird über das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung durch den Abschlussprüfer in Form des gesetzlich vorgeschriebenen Berichts über die Prüfung des Konzernabschlusses sowie durch den Bericht des Prüfungsausschusses informiert. Darüber hinaus hat der Abschlussprüfer auf Grundlage der vorgelegten Dokumente und der zur Verfügung gestellten Unterlagen die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements gemäß ÖCGK zu beurteilen. Der daraus resultierende Bericht wird dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zur Kenntnis gebracht. Dieser trägt dafür Sorge, dass der Bericht im Prüfungsausschuss behandelt und im Aufsichtsrat darüber berichtet wird.



Karl Sevelda



Klemens Breuer



Andreas Gschwentner

Der Vorstand



Johann Strobl



Martin Grill



Peter Lennkh

Nachhaltigkeits- management

Seit der Gründung durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen sind nachhaltiges Handeln sowie unternehmerische Verantwortung Programm und Selbstverständnis aller Raiffeisen-Unternehmen und zählen auch zu den integralen Bestandteilen der Geschäftstätigkeit. In diesem Sinn forciert das Nachhaltigkeitsmanagement die wirtschaftliche, ökologische und soziale Einheit der Wertschöpfung. Dabei achtet die RBI auf die Einhaltung der zehn Prinzipien des United Nations Global Compact. Diese Prinzipien umfassen die Kernbereiche Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Vor diesem Hintergrund erwartet die RBI eine entsprechende Haltung nicht nur von allen Mitarbeitern, sondern auch von Partnern und Lieferanten. Ausführliche Informationen zu den Entwicklungen im Nachhaltigkeitsmanagement finden Sie im aktuellen Nachhaltigkeitsbericht sowie unter www.rbinternational.com → Über uns → Nachhaltigkeitsmanagement auf der Website.

Die RBI verfügt in neun Tochterbanken über ein Umwelt- und Sozialmanagement-System (ESMS) und eine entsprechende Umwelt- und Sozialpolitik (E&S-Politik), die die Grundsätze des ökologischen und sozialen Risikomanagements der Bank definiert. Diese basieren auf den Standards der International Finance Corporation (IFC) und/oder der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA).

Die RBI ist darüber hinaus Mitglied der „Green Bond Principles“ der International Capital Market Association (ICMA), die durch Festlegen eines einheitlichen Emissionsprozesses die Transparenz und Integrität dieses schnell wachsenden Markts fördern.

Mit den Rating-Agenturen für Nachhaltigkeit oekom research, Sustainalytics, MSCI und VIGEO EIRIS arbeitet die RBI bei der Erstellung der Beurteilungsunterlagen kontinuierlich zusammen. Beim Nachhaltigkeits-Rating von oekom research erfolgte im November 2016 in Anerkennung der durchgeführten Maßnahmen die Anpassung von „C-“ auf das Level „C“ und damit die Einstufung „Prime“. Unter anderem wurde damit der steigenden Bedeutung von Umwelt- und Sozialmanagement in der Gruppe, der strategischen Herangehensweise hinsichtlich Diversität sowie der ausgezeichneten Performance bei CDP (ehemals Carbon Disclosure Project) Rechnung getragen. Die derzeit rund 550 Unternehmen, die oekom research mit „Prime“ bewertet, bilden eine umfassende Grundlage für die Gestaltung von nachhaltigen Kapitalanlagen bzw. Anlageprodukten – das so genannte oekom Prime Universe. Von Sustainalytics wurde die RBI im Herbst 2016 erneut als „Outperformer“ bewertet.

Darüber hinaus wurde die RBI 2016 bereits zum elften Mal in Folge im VÖNIX (VBV Österreichischer Nachhaltigkeitsindex) gelistet. Dieser Index beinhaltet österreichische börsennotierte Unternehmen, die hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Leistung führend sind. Die RBI ist auch weiterhin Bestandteil der STOXX® Global ESG Leaders-Indizes.

Im Frühjahr 2016 startete die RBI die Diversity-Initiative „Vielfalt 2020“. Der erste Schwerpunkt des Projekts widmet sich dem Empowerment von Frauen (Details dazu finden Sie im Corporate-Governance-Bericht). Organisatorisch wurde das Thema mit der Einrichtung eines Diversity-Ausschusses, der Ernennung von Diversity-Ambassadors und der Nominierung einer Diversity-Beauftragten verankert.

Rund 9 Prozent von mehr als 1.800 börsennotierten Unternehmen weltweit errangen dieses Jahr einen Platz in der A-Liste der Non-Profit-Organisation CDP. Die RBI wurde erneut in die A-Liste aufgenommen und rangierte 2016 zum zweiten Mal in Folge als das beste heimische Unternehmen im Sektor „Financials“. Der CO₂-Fußabdruck pro Mitarbeiter lag 2015 bei 2.693 kg CO₂e und konnte damit seit dem Jahr 2011 um 24 Prozent reduziert werden.

Im November fand das siebente Stakeholder Council statt, bei dem in Workshop-Gruppen die Erwartungen und Bedürfnisse der internen und externen Teilnehmer zu folgenden Themenfeldern diskutiert wurden: Nachhaltige Investments und Engagement-Aktivitäten, Bewusstseinsbildung für Mitarbeiter, Auswirkungen der Klimakonferenz, Investitionen in die Gemeinschaft, Diversität im Kerngeschäft: Auswirkungen der gesellschaftlichen Transformation sowie Nachhaltigkeit in der Lieferkette. Die umfangreichen Erkenntnisse dieser Veranstaltung fließen in die verschiedenen Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie 2017 ein und sollen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung im Bereich Nachhaltigkeit beitragen.

Als wesentliches Kommunikationsinstrument im offenen und transparenten Dialog mit den Stakeholdern kommt dem jährlichen Nachhaltigkeitsbericht eine besondere Stellung zu. Der Nachhaltigkeitsbericht 2015 wurde beim österreichischen ASRA (Austrian Sustainability Reporting Award) als bester Nachhaltigkeitsbericht in der Kategorie „Große Unternehmen“ mit Gold ausgezeichnet. Dieser Award wird jährlich von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder für die besten Nachhaltigkeitsberichte österreichischer Unternehmen vergeben.

Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Ergebnis- und Finanzentwicklung	42
Wesentliche Ereignisse	42
Überblick des Geschäftsjahres	43
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	44
Ergebnis im Quartalsvergleich	49
Bilanz	51
Eigenkapital	53
Forschung und Entwicklung	54
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	54
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	57
Risikomanagement	59
Corporate Governance	59
Human Resources	60
Ausblick	62
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	63

Entwicklung der Märkte

Märkte im Bann der Geldpolitik

Die Politik der internationalen Notenbanken dominierte auch im vergangenen Jahr die Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten. So beschloss die Europäische Zentralbank (EZB) im Frühjahr 2016 unter anderem, ihr Anleihekaufprogramm von € 60 Milliarden auf € 80 Milliarden pro Monat auszuweiten, den Banken langfristige Refinanzierungsgeschäfte anzubieten und die Leitzinsen zu senken. Bei der letzten Sitzung des Jahres adjustierte die Notenbank dann ihren Maßnahmenmix. Die Mindestlaufzeit der Anleihekäufe wurde bis Ende 2017 verlängert, das Volumen soll dabei ab April 2017 wieder € 60 Milliarden pro Monat betragen. Die Geldmarktsätze lagen während des gesamten Jahres zwischen dem Einlage- und dem Hauptrefinanzierungssatz der Notenbank und seit Mitte Jänner 2016 über alle Laufzeiten hinweg im negativen Bereich. Nachdem die Rendite zweijähriger deutscher Staatsanleihen bereits 2015 im negativen Bereich notiert hatte, setzte sich der Renditerückgang am kurzen Ende auch im Jahr 2016 fort. Auch die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen verringerte sich in der ersten Jahreshälfte aufgrund sinkender Inflationserwartungen und der Aufstockung der EZB-Anleihekäufe. Ab Herbst verzeichneten zehnjährige deutsche Staatsanleihen hingegen steigende Renditen. In den USA erhöhte die Notenbank im Dezember die Leitzinsspanne nach einer einjährigen Pause um 25 Basispunkte auf 0,50 Prozent bis 0,75 Prozent.

Laut vorläufigen Daten legte das reale BIP in der Eurozone im Jahr 2016 um 1,7 Prozent zu. Damit setzte sich der Aufschwung in der Währungsunion trotz wiederholt aufgekommener Konjunktursorgen im abgelaufenen Jahr fort. Das Wirtschaftswachstum wurde vor allem vom privaten Konsum und – in geringerem Maß – vom staatlichen Konsum sowie von den Bruttoanlageinvestitionen getragen. Auf Länderebene stellte sich die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin sehr unterschiedlich dar. Denn während das BIP in Spanien mit 3,3 Prozent expandierte, betrug der Zuwachs in Italien lediglich 1,0 Prozent. Das durchschnittliche Preisniveau von Konsumgütern blieb dabei in der Eurozone über weite Strecken des Jahres nahezu unverändert. Der fehlende allgemeine Preisauftrieb bei Konsumgütern erklärte sich durch die fallenden Preise bei Energie bzw. Importgütern. Erst als gegen Ende des Jahres die Energiepreise im Vorjahresvergleich zulegten, löste sich die Inflationsrate merklich von der Null-Prozent-Marke.

Die österreichische Volkswirtschaft verzeichnete 2016 eine moderate Konjunkturbelebung, das reale BIP nahm um 1,5 Prozent zu. Tragende Säule der Konjunkturentwicklung war die Binnennachfrage. Einerseits profitierte der private Konsum von der Anfang 2016 in Kraft getretenen Steuerreform, andererseits legten die Ausrüstungsinvestitionen eine vergleichsweise dynamische Entwicklung an den Tag. Die Bauinvestitionen wurden erstmals seit mehreren Jahren wieder ausgeweitet. Demgegenüber unterstützten die Nettoexporte das reale BIP-Wachstum nicht.

Die US-Wirtschaft startete schwach ins Jahr 2016. Verantwortlich dafür waren in erster Linie ungewöhnlich niedrige Lagerinvestitionen sowie aufgrund der stark gesunkenen Rohstoffpreise rückläufige Investitionen in den Bereichen Bergbau sowie Öl- und Gasförderung. Im zweiten Halbjahr klangen diese belastenden Effekte dann ab, und die Wirtschaft wuchs wieder dynamisch. Erfreulich entwickelte sich insbesondere der private Konsum. Wegen des schwachen Jahresauftakts legte das reale BIP im Gesamtjahr 2016 dennoch nur um 1,6 Prozent zu.

Das chinesische Wirtschaftswachstum stabilisierte sich 2016 bei voraussichtlich 6,7 Prozent. Die wirtschaftlichen Stützungsinitiativen der Regierung dürften zwar gegriffen haben, in erster Linie profitierten davon aber die großen Staatsbetriebe über Infrastrukturinvestitionen. Wachstumsimpulse gingen daneben weiterhin vom Immobiliensektor aus.

Solides Wachstum in CE und SEE, abflachende Rezession in Russland

Die niedrigen, teils negativen Inflationsraten in Zentral- und Südosteuropa (CE und SEE) und die Niedrigzinspolitik der EZB erlaubten es, die Leitzinsen in der Region im vergangenen Jahr auf einem niedrigen Niveau zu halten. In einigen Ländern wurden sogar weitere geldpolitische Lockerungsmaßnahmen vollzogen bzw. fortgesetzt. In Polen und Rumänien stützten zudem fiskalische Wachstumsimpulse den privaten Konsum.

Die Region CE war 2016 durch eine etwas schwächere Wirtschaftsentwicklung mit einem BIP-Wachstum von 2,7 Prozent gekennzeichnet. Zwar profitierte CE weiter von der soliden Konjunktur in Deutschland, der Erholung in der Eurozone und der expansiven Geld- und Währungspolitik mancher CE-Länder. Allerdings lag das Wirtschaftswachstum in CE unter jenem des Vorjahres. Ein Faktor dafür war ein Nachlassen der Investitionstätigkeit aufgrund temporär niedrigerer EU-Transferzahlungen in die Region. Polen, die Wachstumslokomotive von CE, verlor deutlich an Fahrt und zeigte nur mehr ein Wachstum von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt deuten die Wirtschaftsdaten jedoch auf ein ausbalanciertes Wachstum mit solider Exportentwicklung und Dynamik in der Binnenwirtschaft hin.

SEE wies 2016 mit 3,9 Prozent ein im Jahresvergleich starkes Wirtschaftswachstum auf. Besonders die Volkswirtschaften Serbiens und Kroatiens steigerten ihr Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich. Die kroatische Wirtschaft profitierte dabei von einer politischen Stabilisierung. In Rumänien wiederum wurde die Nachfrage der privaten Haushalte von Steuersenkungen stimuliert. Bulgarien holte mit einem BIP-Wachstum von 3,3 Prozent gegenüber Rumänien etwas auf. Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum in SEE so stark wie schon seit mehreren Jahren nicht mehr. Zum Teil ist dies zwar vorübergehenden Faktoren geschuldet, unterstreicht jedoch andererseits, dass die Schwächephase der Vorjahre überwunden ist.

Die wirtschaftliche Lage in Osteuropa (EE) verbesserte sich 2016. Russland profitierte von einer Erholung des Ölpreises im Jahresverlauf, zudem wirkte die umsichtige Geld- und Fiskalpolitik Moskaus stabilisierend, lieferte jedoch keinen zusätzlichen Wachstumsimpuls. Im Ergebnis flachte die Rezession in Russland deutlich ab, und die Wirtschaftsleistung sank 2016 nur mehr um 0,2 Prozent im Jahresvergleich. Gegen Jahresende hellte sich die Lage im verarbeitenden Gewerbe Russlands etwas auf, die private Haushaltsnachfrage blieb jedoch weiterhin schwach. Die ukrainische Wirtschaft durchschritt bereits 2015 die Talsohle und kehrte 2016 zu einem Wachstum von 2,2 Prozent zurück. Die von Finanzunterstützung aus Russland sowie Exporten dorthin stark abhängige belarussische Wirtschaft verharrte weiterhin in der Rezession. Die Inflationsraten in EE gingen bei einer stabileren Währungsentwicklung und schwacher Inlandsnachfrage von hohen Niveaus ausgehend teils deutlich zurück.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2015	2016e	2017f	2018f
Polen	3,9	2,8	3,3	3,0
Slowakei	3,8	3,3	3,3	4,0
Slowenien	2,3	2,5	2,7	2,5
Tschechische Republik	4,6	2,3	2,7	2,5
Ungarn	2,9	2,0	3,2	3,4
Zentraleuropa	3,8	2,7	3,1	3,0
Albanien	2,6	3,5	4,0	4,0
Bosnien und Herzegowina	3,0	2,5	3,0	3,5
Bulgarien	3,6	3,3	3,3	3,3
Kroatien	1,6	2,9	3,3	2,8
Kosovo	4,1	3,5	3,5	3,5
Rumänien	3,9	4,8	4,2	3,5
Serbien	0,7	2,8	3,0	3,0
Südosteuropa	3,1	3,9	3,7	3,3
Belarus	-3,8	-2,6	-0,5	1,5
Russland	-2,8	-0,2	1,0	1,5
Ukraine	-9,9	2,2	2,0	3,0
Osteuropa	-3,3	-0,1	1,0	1,6
Österreich	1,0	1,5	1,7	1,5
Deutschland	1,5	1,8	1,7	1,5
Eurozone	2,0	1,7	1,9	1,7

Entwicklung des Bankensektors in CEE

Viele Indikatoren zeugten 2016 von einer handfesten Erholung des Bankensektors gegenüber der verhaltenen Entwicklung des Vorjahres. Positive Trends bei der Neukreditvergabe oder beim Aktivawachstum in einigen Ländern in CE und SEE setzten sich 2016 fort (z. B. in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Rumänien). Auch in Russland erholte sich der Bankensektor deutlich. Fast alle CEE-Bankenmärkte weisen nun eine komfortable Kredit-Einlagen-Relation (von meist deutlich unter 100 Prozent) auf, die eine solide Basis für zukünftiges Wachstum darstellt. Zudem konnten viele in den letzten Jahren herausfordernde Bankenmärkte 2016 auf Sektorebene wieder ansehnliche Gewinne ausweisen (z. B. Ungarn, Rumänien, Kroatien und Russland). Vor allem auf den herausfordernden osteuropäischen Bankenmärkten (Russland, Ukraine, Belarus) haben die führenden Auslandsbanken zudem die allgemeinen Markttrends deutlich übertroffen. Unterstützt wurde die positive Profitabilitätsentwicklung auch durch eine nachhaltige Stabilisierung oder sogar deutliche Rückführung der Non-performing Loans (NPL) in CE und SEE (mit deutlichen Unterschieden auf Länderebene). Insgesamt ging die NPL Ratio in CE und SEE damit 2016 von zuvor 8,3 auf 7,4 Prozent zurück. Angesichts der positiven Entwicklungen in CE und SEE sowie der Stabilisierung der NPL und der Profitabilität in Russland stieg die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor 2016 wieder deutlich über den Vergleichswert in der Eurozone.

Bankensektor in Österreich

Der Bankensektor in Österreich entwickelte sich 2016 verglichen mit der Eurozone in Bezug auf das Kreditwachstum (vor allem im Firmenkundengeschäft) weiterhin unterdurchschnittlich. Die Kreditvergabe konzentrierte sich insbesondere auf Privatkunden- und Immobilienfinanzierungen. Die Profitabilität des österreichischen Bankensektors auf konsolidierter Ebene konnte indes, vor allem unterstützt durch das CEE-Geschäft, spürbar zulegen. Dadurch verbesserte der österreichische Bankensektor in Relation zu wichtigen westeuropäischen Ländern auch seine Kapitalisierung deutlich. Allerdings sind die ausgewiesenen regulatorischen Kapitalquoten im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Zieht man die Leverage Ratio als Vergleichsmaßstab heran, schneiden die österreichischen Banken deutlich besser ab. Die Kapitalanforderungen werden sich durch die Einführung des Systemrisikopuffers und des Andere Systemrelevante Institute-Puffers (O-SII), die das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) empfohlen hat, graduell erhöhen. Positiv sollte sich in den folgenden Jahren auch die 2016 vollzogene Entlastung bei der Bankensteuer auswirken.

Das im Jahr 2012 lancierte Nachhaltigkeitspaket trägt zur Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken in CEE bei. Die Kredit-Einlagen-Relation sank von 117 Prozent im Jahr 2008 auf 88 Prozent im ersten Quartal 2016, was hauptsächlich auf einen Anstieg der lokalen Spareinlagen zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.

Mit 1. Jänner 2016 wurde der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) in vollem Umfang umgesetzt. Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board) ist zentral für alle abwicklungsrelevanten Entscheidungen für ausfallgefährdete oder ausfallende Großbanken verantwortlich. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt gemeinsam mit den betroffenen nationalen Abwicklungsbehörden.

Im ersten Halbjahr 2016 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein positives konsolidiertes Periodenergebnis in Höhe von rund € 2,9 Milliarden und damit um € 0,3 Milliarden mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das positive Ergebnis sorgten vor allem die stark gesunkenen Risikovorsorgen, die nicht nur die deutlichen Rückgänge beim Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente, sondern auch die geringeren Erträge aus den Provisionen und dem Handelsergebnis mehr als ausgleichen konnten. Die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CEE verbesserte sich im ersten Quartal 2016 deutlich. Österreichische Tochterbanken verzeichneten in allen CEE-Ländern positive Gewinnbeiträge. Die höchsten Gewinne konnten in der Tschechischen Republik, Rumänien und Russland erwirtschaftet werden, wobei die Gewinne in Russland im Vergleich zum Vorjahresquartal rückläufig waren.

Regulatorisches Umfeld

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Der Konzern beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit laufenden oder bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen.

Gesetzesvorschlag zur Europäischen Einlagensicherung (EDIS)

Die Europäische Kommission schlug 2015 ein Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme – EDIS) vor, das die Bankenunion unterstützen, den Einlegerschutz stärken, die Finanzstabilität erhöhen und die Verbindung zwischen Banken und Staaten weiter lösen soll. Das EDIS ist Teil der Europäischen Abwicklungsbehörde (SRB), umfasst alle nationalen Einlagensicherungssysteme (auch das IPS) und soll bis 2024 schrittweise in drei Stufen entstehen. Zu Beginn soll es eine Rückversicherung der nationalen Einlagensicherungssysteme beinhalten, aus der dann nach drei Jahren eine Mitversicherung

werden soll, bei der der Beitrag des EDIS mit der Zeit immer stärker anwachsen soll. In der letzten Stufe ist für 2024 ein vollumfängliches EDIS geplant. Mit der endgültigen Annahme und Veröffentlichung des Gesetzes wird frühestens im vierten Quartal 2017 gerechnet.

Bankensanierung und Bankenabwicklung

2015 ist das Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSAG), die nationale Umsetzung der Richtlinie der EU zur Bankensanierung und -abwicklung (BRRD) aus dem Jahr 2014, in Kraft getreten. Der Konzern untersteht hinsichtlich der Sanierungsagenden im Rahmen des Single Supervisory Mechanismus (SSM) der direkten Aufsicht der EZB sowie hinsichtlich der Abwicklungsagenden im Rahmen des Single Resolution Mechanismus (SRM) der direkten Aufsicht des Single Resolution Board.

Entsprechend der Anforderungen aus dem BaSAG verfügt der Konzern über einen Gruppensanierungsplan. Im Sanierungsplan werden potenzielle Maßnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in finanziellen Stresssituationen beschrieben. Begleitet durch das Monitoring wesentlicher KPIs (Key Performance Indicators) zur Früherkennung etabliert der Sanierungsplan eine umfängliche Governance-Struktur für Stresssituationen. Der Sanierungsplan wird vom Konzern erstellt, regelmäßig aktualisiert und von der Aufsichtsbehörde (EZB) geprüft.

Die Abwicklungspläne werden durch die Abwicklungsbehörde samt Befugnissen zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen erstellt. In den Abwicklungsplänen werden auch die Abwicklungsstrategien für die Banken festgelegt. Im Rahmen der Abwicklung von Banken werden den Abwicklungsbehörden bestimmte Abwicklungsinstrumente zur Verfügung gestellt. So hat der Konzern, schon vor Einführung des BIRG (Banken Interventions- und Restrukturierungsgesetz) und des BaSAG, konzerninterne Beziehungen limitiert um Klumpenrisiken und unbeschränkte Restrisiken für sich selbst als auch seine Eigentümer zu reduzieren.

Neben der Erstellung von Abwicklungsplänen wird auch die Verpflichtung zur Einhaltung einer MREL-Quote (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities) festgelegt, die für jede Bank/Abwicklungseinheit individuell vorgeschrieben wird. Aktuell arbeitet der Konzern eng mit dem Single Resolution Board und den nationalen Abwicklungsbehörden zusammen, um einen Abwicklungsplan gemäß den gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erstellen. Ein Instrument des möglichen Abwicklungskonzepts stellt die Beteiligung von Gläubigern dar (Bail-in tool). Auf Basis der Abwicklungsstrategie geschieht das für jedes Institut bzw. Abwicklungseinheit oder die gesamte Bankengruppe. Die Kalibrierung der MREL-Zielquote ist von den Aufsichtsbehörden auf Basis der gesetzlichen Regelungen, den Abwicklungsplänen sowie den einzelnen Aspekten des jeweiligen Instituts (z. B. Größe, Geschäftsmodell und Risikoprofil) vorzunehmen. Als MREL-fähig werden im Wesentlichen die regulatorischen Eigenmittel eines Instituts und darüber hinaus das langfristige und unbesicherte Fremdkapital, welches nicht der Einlagensicherung oder ähnlichen Beschränkungen unterliegt, angesehen.

Novellierung der europäischen Regelungen

Die Europäische Kommission veröffentlichte im November 2016 einen Legislativvorschlag zur Änderung der prudentiellen Anforderungen (CRD IV/CRR) sowie des Sanierungs- und Abwicklungsrahmenwerks (BRRD, SRM). Die Dokumente bilden die Ausgangsbasis für die sich anschließenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat und erlauben einen ersten Ausblick auf die regulatorischen Herausforderungen für die Jahre nach 2017.

Inhaltlich lassen sich die vorgesehenen Änderungen der CRR einerseits nach Themen unterscheiden, die als Finalisierung von Basel III klassifiziert werden können. Dies umfasst etwa die Einführung einer verbindlichen Mindestquote für die Leverage Ratio und die Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Ergänzung der Regelungen für die Sanierung und Abwicklung von Instituten, um die Vorgaben zur Total Loss Absorbing Capacity (TLAC) für global systemrelevante Banken zu erfüllen. Andererseits enthalten die Entwürfe Anpassungen, die inhaltlich bereits Basel IV zuzurechnen sind, beispielsweise die Einführung eines Standardverfahrens für Kontrahentenrisiken, die Neufassung der Regelungen für Marktpreisrisiken im Rahmen des Fundamental Review of the Trading Book (FRTB) oder auch Regelungen für Investmentfonds. Im Vergleich zur bisherigen Umsetzung von Regelungen aus Basel ist zu erkennen, dass der Proportionalität deutlich mehr Bedeutung beigemessen wird, um insbesondere den zahlreichen kleineren Banken in der EU entgegenzukommen. Die neuen Regeln sollen nach derzeitigem Stand ab 2019 zur Anwendung kommen.

Aktionsplan zur Kapitalmarktunion

Ziel der EU-Kommission ist die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln auf den Kapitalmärkten für alle Unternehmen, insbesondere aber für Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Grenzüberschreitende Hürden für Investitionen am Kapitalmarkt sollen beseitigt werden. Der Aktionsplan vom 30. September 2015 sieht ein Maßnahmenbündel bis 2017 vor, darunter etwa konkrete Gesetzesvorschläge im Zusammenhang mit Verbriefungen und Konsultationen zu Pfandschuldverschreibungen. 2016 wurden die Arbeitspakete des Aktionsplans abgearbeitet bzw. vorangetrieben. Die grundsätzliche Zielrichtung, grenzüberschreitende Investitionen zu forcieren, kann sicherlich begrüßt werden. Sie kann aber keine realistische Alternative zur Kreditfinanzierung für KMU durch Banken sein, sondern wohl nur als ergänzende Maßnahmen zur Bankfinanzierung gesehen werden.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWVG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWVG geforderten Angaben wird auf den Anhang, Punkt (46) Sonstige Angaben gemäß BWVG, verwiesen.

Wesentliche Ereignisse

Verschmelzung von RBI AG und RZB AG

Nachdem die Vorstände und Aufsichtsräte von RBI AG und RZB AG am 5. Oktober 2016 grundsätzlich die Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG beschlossen hatten, wurde diese auch in den jeweiligen außerordentlichen Hauptversammlungen der beteiligten Gesellschaften im Jänner 2017 mit klarer Mehrheit genehmigt. Die RZB AG wird demnach im ersten Quartal 2017 durch Eintragung im Firmenbuch auf die RBI AG verschmolzen. Die Berichterstattung wird daher ab dem ersten Quartal 2017 auf Basis des fusionierten Instituts erfolgen. Das Unternehmen wird unverändert als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse notiert sein. Der Anteil des RBI-Streubesitzes wird nach der Verschmelzung 41,2 Prozent betragen. Die Raiffeisen Landesbanken werden rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien halten. Diese sind im Rahmen eines Syndikatsvertrags verbunden, der unter anderem Lock-up-Verpflichtungen beinhaltet.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) des Konzerns würden nach der Verschmelzung auf Basis einer Pro-forma-Berechnung zum Jahresende 2016 um 13 Prozent auf € 68 Milliarden steigen. Die Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) der verschmolzenen Einheit betrage zum Jahresende 2016 12,7 Prozent, die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) 12,4 Prozent.

Transformationsprogramm

Am 1. Dezember 2016 wurde der Verkauf der Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, um € 193 Millionen an die PKO Leasing S.A., Warschau, abgeschlossen. Dies führte inklusive der umgegliederten realisierten Währungseffekte zu einem positiven Effekt auf das RBI-Konzernergebnis von rund € 18 Millionen im vierten Quartal. Die Transaktion führte weiters zu einer Verbesserung der CET1 Ratio (fully loaded) der RBI um 33 Basispunkte. Die RWA reduzierten sich um rund € 1.272 Millionen.

Am 7. Dezember 2016 wurden die Verhandlungen mit der Alior Bank über den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, (Raiffeisen Polbank) beendet. Die RBI wird nun die mit der Aufsicht vereinbarte Abgabe von 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Polbank über die Börse vorbereiten und arbeitet parallel dazu an der Optimierung des Geschäftsmodells.

Nach dem ergebnislos verlaufenen Verkaufsprozess für die ZUNO BANK AG, Wien, werden Teile des vorhandenen Geschäfts in der Tschechischen Republik und in der Slowakei in die dortigen Tochterbanken integriert. Der Abschluss dieser Integration wird für Mitte 2017 angepeilt.

Im Rahmen der geplanten Reduktion der RWA wurden in Asien mit einer Rückführung der RWA um rund 84 Prozent auf € 395 Millionen seit Ende 2014 deutliche Fortschritte erzielt. Auch in den USA kommt der Rückzug gut voran, die RWA sanken hier seit Ende 2014 um rund 66 Prozent auf € 347 Millionen. Das verbliebene Geschäft wird nun abgewickelt, die Filialen in Asien und die Geschäftsstelle in den USA werden auf ein Mindestmaß reduziert und betreiben kein aktives Geschäft mehr.

Mit den beschriebenen Maßnahmen hat die RBI ihr Ziel einer CET1 Ratio (fully loaded) von mindestens 12 Prozent bis Ende 2017 bereits vorzeitig erreicht und mit 13,6 Prozent zum Ende 2016 auch deutlich übertroffen. Damit findet das Transformationsprogramm einen vorzeitigen Abschluss, und das Segment Non-Core wird mit Beginn 2017 aufgelöst. Das verbleibende Geschäft wird in die bestehenden Segmente eingegliedert.

Verschmelzung der Konzernobergesellschaften

Das bisher oberste Mutterunternehmen der RBI, die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, Wien, und deren 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH, Wien, in denen 82,4 Prozent der Anteile an der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG gebündelt waren, wurden Ende September 2016 in die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG verschmolzen. Somit fungiert diese bis zur Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG als oberstes Mutterunternehmen der RBI und bildet einen Konsolidierungskreis. Mit der Verschmelzung von der RZB AG in die RBI AG wird die RBI AG selbst das oberste Mutterunternehmen.

Neuregelung der Bankenabgabe in Österreich

Im Juli 2016 einigte sich die österreichische Bundesregierung auf die Neuregelung der Bankenabgabe ab dem Jahr 2017. Sie beinhaltet eine Reduktion der jährlichen Bankenabgabe, gleichzeitig sollen Österreichs Banken eine Einmalabgabe leisten, die für den fusionierten RBI-Konzern rund € 163 Millionen betragen wird. Die Zahlung erfolgt über vier Jahre verteilt, beginnend im Jahr 2017. Nachdem die österreichische Bankenabgabe für die RBI im Jahr 2016 rund € 85 Millionen betrug (€ 1 Million weniger als 2015), wird sie für den fusionierten Konzern von 2017 bis 2020 inklusive anteiliger Einmalabgabe etwa € 58 Millionen pro Jahr betragen.

Überblick des Geschäftsjahres

Neben dem weiterhin niedrigen Zinsniveau, das auch in der RBI zu einem Rückgang der Betriebsergebnisse führte, stand das Geschäftsjahr 2016 vor allem unter dem Einfluss deutlich niedrigerer Kreditrisikovorsorgen. In CEE waren hier Rückgänge in nahezu allen Märkten zu verzeichnen, und auch in Asien fielen die Kreditrisikovorsorgen um € 118 Millionen geringer aus als im Vorjahr. Insgesamt sanken die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen im Jahresvergleich um 40 Prozent oder € 509 Millionen auf € 754 Millionen. Die größten Rückgänge wurden dabei in der Ukraine, in Asien und in der Konzernzentrale verzeichnet. Das Konzernergebnis lag bei € 463 Millionen und verbesserte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent oder € 84 Millionen.

Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Rückgang um 5 Prozent oder € 237 Millionen auf € 4.692 Millionen, zum Teil hervorgerufen durch Währungsabwertungen in Osteuropa. Der Zinsüberschuss fiel dabei um 12 Prozent oder € 391 Millionen auf € 2.935 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren das anhaltend niedrige Marktzinsniveau in zahlreichen Ländern des Konzerns, die vorhandene Überschussliquidität sowie ein – insbesondere in Russland entstandener – Rückgang um € 215 Millionen bei den Zinserträgen aus zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten. Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Jahresvergleich trotz der Währungsabwertungen in Osteuropa und geringerer Umsätze in Zentraleuropa nur um 1 Prozent oder € 22 Millionen auf € 1.497 Millionen, während das Handelsergebnis im Jahresvergleich um € 198 Millionen auf € 215 Millionen zunahm. Im währungsbezogenen Geschäft ergab sich ein Ergebnisanstieg um € 176 Millionen auf € 116 Millionen. Hauptgrund dafür war eine geringere Währungsabwertung der ukrainischen Hryvna als im Vorjahr (Anstieg um € 81 Millionen).

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 66 Millionen auf € 2.848 Millionen. Dies war einerseits auf die Währungsabwertungen in Osteuropa zurückzuführen, andererseits gingen die Beiträge zur Einlagensicherung vorwiegend in Polen, in der Tschechischen Republik, in Rumänien und in Bulgarien um insgesamt € 34 Millionen zurück. Darüber hinaus sanken die Raumaufwendungen aufgrund von Filialschließungen um € 26 Millionen. Aufwandserhöhend wirkten hingegen die Aufwendungen für den Bankenabwicklungsfonds (Anstieg um € 10 Millionen) und die IT-Aufwendungen (Anstieg um € 6 Millionen). Beim Personalaufwand kam es zu einem Anstieg um 1 Prozent oder € 20 Millionen auf € 1.410 Millionen. Den Einsparungen durch die Mitarbeiterreduktion um 7 Prozent standen Zuwächse durch den Zukauf des Privatkundengeschäfts der Citibank in der Tschechischen Republik und durch Wachstum in der Slowakei gegenüber. Außerdem waren 2015 keine Bonuszahlungen für das Jahr 2014 angefallen, sodass rund € 76 Millionen an Rückstellungen aufzulösen waren. Dieser Effekt wiederholte sich im Geschäftsjahr 2016 nicht.

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nahm weiter ab und verringerte sich im Jahresabstand um 3.906 auf 50.186. Die Zahl der Geschäftsstellen sank gleichzeitig um 199 auf 2.506.

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Jahresverlauf um 2 Prozent oder € 2.563 Millionen auf € 111.864 Millionen. Dabei waren Konsolidierungskreisveränderungen für einen Rückgang der Konzernbilanzsumme um rund € 2.400 Millionen verantwortlich, der hauptsächlich aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft und der slowenischen Tochterbank resultierte. Aufgrund der Währungsentwicklung – vor allem durch die Aufwertung des russischen Rubels (plus 25 Prozent) und des US-Dollars gegenüber dem Euro (plus 3 Prozent) – ergab sich umgekehrt ein Anstieg um rund € 1.700 Millionen.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile nahm um 9 Prozent oder €731 Millionen auf € 9.232 Millionen zu. Kapitalerhöhend wirkten dabei das Ergebnis nach Steuern mit € 574 Millionen sowie das sonstige Ergebnis mit € 190 Millionen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf € 291 Millionen beliefen (2015: minus € 194 Millionen).

Auf Seite des regulatorischen Kapitals veränderten sich die wesentlichen Stellgrößen wie folgt: Das harte Kernkapital nach Abzugsposten betrug zum Jahresende € 8.339 Millionen. Der hier gegenüber dem Vergleichswert 2015 verzeichnete Anstieg betrug € 668 Millionen. Die gesamten Eigenmittel nach CRR beliefen sich auf € 11.537 Millionen. Dies entspricht einer Erhöhung um € 550 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2015. Die gesamten Risikoaktiva reduzierten sich wegen der Verkäufe der slowenischen Tochterbank und der polnischen Leasinggesellschaft sowie durch Ratingverbesserungen in der Ukraine und Belarus um € 3.212 Millionen auf € 60.061 Millionen. Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 13,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 19,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von 18,9 Prozent.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird keine Dividende ausgeschüttet werden, um die Kapitalquote weiter nachhaltig zu stärken.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

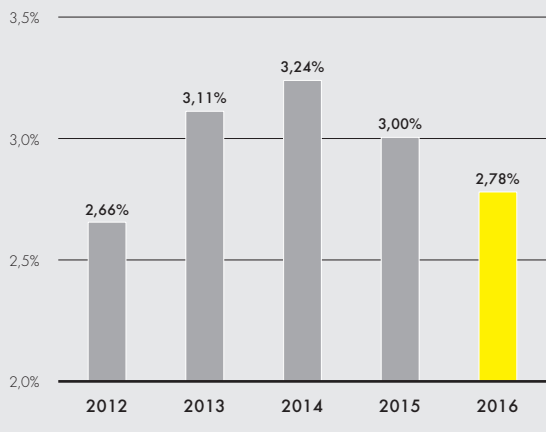
in € Millionen	2016	2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	2.935	3.327	- 391	- 11,8%
Provisionsüberschuss	1.497	1.519	- 22	- 1,5%
Handelsergebnis	215	16	198	>500,0%
laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	45	66	- 21	- 31,8%
Betriebserträge	4.692	4.929	- 237	- 4,8%
Personalaufwand	- 1.410	- 1.389	- 20	1,5%
Sachaufwand	- 1.107	- 1.173	66	- 5,6%
davon regulatorischer Sachaufwand	- 144	- 167	24	- 14,1%
Abschreibungen	- 331	- 351	20	- 5,8%
Verwaltungsaufwendungen	- 2.848	- 2.914	66	- 2,3%
Betriebsergebnis	1.844	2.015	- 171	- 8,5%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 754	- 1.264	509	- 40,3%
Übrige Ergebnisse	- 204	- 40	- 164	409,8%
Ergebnis vor Steuern	886	711	175	24,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 312	- 276	- 36	13,1%
Ergebnis nach Steuern	574	435	139	31,9%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 111	- 56	- 54	96,8%
Konzernergebnis	463	379	84	22,2%

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss reduzierte sich 2016 um 12 Prozent oder € 391 Millionen auf € 2.935 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren das anhaltend niedrige Marktzinsniveau in zahlreichen Ländern des Konzerns, die vorhandene Überschussliquidität sowie ein - insbesondere in Russland entstandener - Rückgang um € 215 Millionen bei den Zinserträgen aus zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten. Dies war eine Folge des niedrigeren Zinsniveaus im Jahr 2016 (die Interbankenzinssätze waren in Russland im ersten Halbjahr 2015 außerordentlich hoch gewesen) sowie eines geringeren Volumens an US-Dollar-Swaps. Zusätzlich trug die Reduktion der Kreditportfolios in Asien zur negativen Entwicklung des Zinsüberschusses bei. Konzernweit reduzierte sich das Volumen der zinstragenden Aktivposten im Jahresabstand um 5 Prozent.

Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



Im Segment Zentraleuropa sank der Zinsüberschuss um 4 Prozent oder € 25 Millionen auf € 629 Millionen. Niedrigere Zinssätze führten hier in der Slowakei zu einer Reduktion um € 23 Millionen und in Ungarn um € 14 Millionen. Dagegen verzeichnete die Tschechische Republik einen volumenbedingten Anstieg um € 12 Millionen. Im Segment Südosteuropa sank der Zinsüberschuss um 5 Prozent oder € 42 Millionen auf € 738 Millionen. Dabei gab es in allen Ländern - mit Ausnahme von Bosnien und Herzegowina - Rückgänge, auch hier hauptsächlich bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau. Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Rückgang des Zinsüberschusses um 9 Prozent oder € 82 Millionen auf € 866 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein um 12 Prozent oder € 80 Millionen auf € 567 Millionen gesunkener Zinsüberschuss in Russland, hervorgerufen durch um € 175 Millionen geringere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten. Dagegen ergaben sich deutlich verbesserte Margen aus dem Kerngeschäft, speziell passivseitig. In der Ukraine war währungsbedingt ein Rückgang des Zinsüberschusses um 3 Prozent oder € 5 Millionen auf € 171 Millionen zu verbuchen, während hier in lokaler Währung

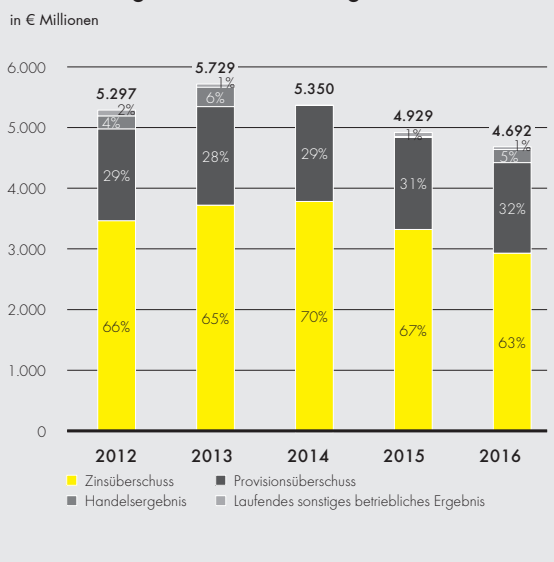
ein Anstieg um 14 Prozent erzielt werden konnte. In Belarus nahm der Zinsüberschuss ebenfalls um € 3 Millionen auf € 128 Millionen zu. Im Segment Non-Core sank er hingegen um 14 Prozent oder € 54 Millionen auf € 331 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei Asien, dessen Beitrag volumenbedingt um 56 Prozent oder € 47 Millionen auf € 37 Millionen abnahm. In den USA sank der Zinsüberschuss - bedingt durch den Abbau des Geschäftsvolumens - ebenfalls um € 11 Millionen auf € 14 Millionen. Dagegen kam es in Polen aufgrund von Repricing-Maßnahmen im Einlagengeschäft zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um 4 Prozent oder € 9 Millionen auf € 262 Millionen.

Die Nettozinsspanne des Konzerns reduzierte sich im Jahresabstand um 22 Basispunkte auf 2,78 Prozent. Davon entfielen 6 Basispunkte auf Wechselkurseffekte im Segment Osteuropa. Der Rückgang der Nettozinsspanne ist auf das bereits erwähnte niedrige Marktzinzniveau insbesondere in den Segmenten Zentral- und Südosteuropa zurückzuführen. Weiters reduzierte sich das Geschäftsvolumen (durchschnittliche zinstragende Aktiva) um 5 Prozent.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Jahresvergleich trotz der Währungsabwertungen in Osteuropa und geringerer Umsätze in Zentraleuropa nur um 1 Prozent oder € 22 Millionen auf € 1.497 Millionen. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft gab dabei um € 28 Millionen auf € 170 Millionen nach. Verantwortlich dafür waren - abgesehen von den Währungseffekten - Volumenrückgänge in Asien und Slowenien, eine gesetzliche Einschränkung der Gebühren für vorzeitige Kreditrückzahlungen in der Slowakei, geringere Garantieerträge in der Konzernzentrale und in Kroatien sowie niedrigere Provisionserträge in Ungarn. Ebenso sank das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds überwiegend in der Slowakei um € 5 Millionen auf € 38 Millionen. Dagegen verzeichnete das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft einen Zuwachs um 3 Prozent oder € 11 Millionen auf € 392 Millionen, vorrangig bedingt durch höhere Erträge in der Tschechischen Republik und in der Konzernzentrale. Das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten verbesserte sich - vor allem in Polen und Rumänien - ebenso um 15 Prozent oder € 8 Millionen auf € 60 Millionen. Margen- und volumenbedingt stieg auch das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr vor allem in der Konzernzentrale und in Russland um € 7 Millionen auf € 651 Millionen.

Entwicklung der Betriebserträge



Handelsergebnis

Das Handelsergebnis nahm im Jahresvergleich um € 198 Millionen auf € 215 Millionen zu. Im währungsbezogenen Geschäft ergab sich dabei ein Ergebnisanstieg um € 176 Millionen auf € 116 Millionen. Hauptgrund dafür war eine geringere Währungsabwertung der ukrainischen Hryvna als im Vorjahr (Anstieg um € 81 Millionen). Ein positiver Effekt resultierte auch aus dem Entfall eines Absicherungsgeschäfts für Dividendenerträge in russischen Rubeln, aus dem sich im Vorjahr noch eine Belastung von € 70 Millionen ergeben hatte. Darüber hinaus erhöhte sich das Ergebnis durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten sowie aus Fremdwährungspositionen in Russland (Anstieg um € 13 Millionen) und Kroatien (Anstieg um € 6 Millionen). Rückgänge verzeichneten hingegen die Konzernzentrale (Rückgang um € 82 Millionen) und Belarus (Rückgang um € 61 Millionen) durch ein bewertungs- und volumenbedingt geringeres Ergebnis aus offenen Devisenpositionen sowie durch die Beendigung einer strategischen Währungsposition. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft stieg – primär aufgrund von Bewertungsgewinnen sowie höherer Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapierpositionen in der Konzernzentrale – um € 51 Millionen auf € 119 Millionen. Dagegen reduzierte sich das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft um € 25 Millionen auf minus € 18 Millionen, resultierend aus der Anpassung der Zinsstrukturkurve aufgrund geänderter Marktbedingungen.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis sank im Periodenvergleich um € 21 Millionen auf € 45 Millionen. Dabei reduzierte sich das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen um € 13 Millionen, hervorgerufen durch höhere Dotierungen für einen Rechtsfall in der Slowakei. Das Ergebnis aus Investment Property sank – vorwiegend aufgrund der Endkonsolidierung einer Konzerneinheit in der Tschechischen Republik – um € 7 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns sanken im Berichtszeitraum um 2 Prozent oder € 66 Millionen auf € 2.848 Millionen. Die Cost/Income Ratio erhöhte sich aufgrund der geringeren Betriebserträge jedoch um 1,6 Prozentpunkte auf 60,7 Prozent.

Personalaufwand

Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 50 Prozent der Personalaufwand, der um 1 Prozent oder € 20 Millionen auf € 1.410 Millionen zunahm. Aufgrund der Entscheidung, für das Geschäftsjahr 2014 keinen Bonus auszuzahlen, waren hier im Vorjahr Bonusrückstellungen in Höhe von € 76 Millionen aufgelöst worden. In der Tschechischen Republik ergab sich – vorwiegend getrieben durch eine höhere Mitarbeiteranzahl aufgrund des Zukaufs des Privatkundengeschäfts der Citibank – ein Zuwachs um € 27 Millionen, und auch in der Slowakei erhöhte sich der Personalaufwand durch den Anstieg der Mitarbeiteranzahl um € 9 Millionen. In der Konzernzentrale stieg der Personalaufwand aufgrund einer höheren Mitarbeiteranzahl und Gehaltsanpassungen ebenfalls um € 7 Millionen. Hingegen sank der Personalaufwand in Russland (minus € 14 Millionen) aufgrund einer Reduktion der Mitarbeiteranzahl und der Währungsentwicklung. In Asien sank der Personalaufwand aufgrund der niedrigeren Mitarbeiteranzahl gleichfalls um € 5 Millionen.

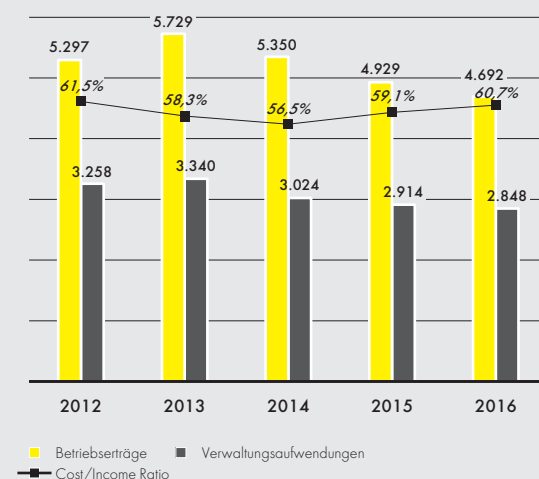
Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 3.906 Personen auf 50.186. Die größten Rückgänge verzeichneten die Ukraine (minus 1.728), Polen aufgrund des Verkaufs der polnischen Leasinggesellschaft (minus 1.143), Russland (minus 358), Slowenien aufgrund des Verkaufs der slowenischen Tochterbank (minus 189) und Ungarn (minus 150). Die höchsten Zuwächse gab es in der Tschechischen Republik (plus 341) und der Slowakei (plus 154).

Sachaufwand

Der Sachaufwand sank um 6 Prozent oder € 66 Millionen auf € 1.107 Millionen, in erster Linie hervorgerufen durch einen Rückgang der Beiträge zur Einlagensicherung vor allem in Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien und Bulgarien um insgesamt € 34 Millionen. Darüber hinaus sanken die Raumaufwendungen aufgrund von Filialschließungen um € 26 Millionen. Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Vergleich zum Jahresende 2015 um 199 auf 2.506. Die größten Rückgänge wurden hier in der Ukraine (minus 80), Polen (minus 58), Rumänien (minus 32) und durch den Verkauf der Tochterbank in Slowenien (minus 13) verzeichnet. Reduktionen erfolgten auch beim Kommunikations- und Kfz-Aufwand, hingegen stiegen die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds um € 10 Millionen und die IT-Aufwendungen um € 6 Millionen.

Entwicklung der Cost/Income Ratio

in € Millionen



Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent oder € 20 Millionen auf € 331 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete hier Ungarn, wo es im Vorjahr zu Wertminderungen im Zusammenhang mit Filialschließungen (€ 5 Millionen) und Software (€ 7 Millionen) gekommen war. Einen Rückgang um € 10 Millionen gab es auch in der Ukraine, wo im Vorjahr Wertminderungen auf Gebäude und die Marke erfolgt waren. 2015 war weiters eine Wertminderung auf die Marke Polbank in Höhe von € 21 Millionen erfolgt, im Berichtsjahr wurden die restlichen € 26 Millionen abgeschrieben. In Russland waren als Folge von Investitionen in Software und Lizenzen höhere Abschreibungen zu verbuchen.

Im Berichtszeitraum investierte der Konzern € 384 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 36 Prozent (€ 137 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 42 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um insgesamt 40 Prozent oder € 509 Millionen auf € 754 Millionen zurück. Dabei fielen die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen mit € 769 Millionen um € 555 Millionen geringer aus, während sich die Nettoauflösungen für Portfolio-Wertberichtigungen um € 45 Millionen auf € 4 Millionen verringerten. Die Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten blieben mit € 10 Millionen nahezu konstant.

Der wesentliche Anteil der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen entfiel im Berichtsjahr auf Firmenkunden, für die Vorsorgen in Höhe von € 506 Millionen gebildet werden mussten. Für Retail-Kunden waren es € 237 Millionen, davon entfielen € 88 Millionen auf die im Vorjahr begonnene Umstellung der Berechnung auf ein ratingbasiertes Modell (PD/LGD) zur Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen. Im Vorjahr waren dafür bereits € 28 Millionen angefallen.

Der größte Rückgang bei den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen wurde in der Ukraine verzeichnet. Im Berichtsjahr ergab sich hier eine Nettoauflösung von € 2 Millionen, nachdem im Vorjahr netto € 212 Millionen dotiert werden mussten. 2015 waren hier aufgrund der wirtschaftlichen Situation in der Donbass-Region noch höhere Allokationen für Retail- und Firmenkunden erforderlich gewesen, zudem hatten die Währungseffekte im Berichtsjahr geringeren Einfluss. In Asien lag der Vorsorgebedarf für Firmenkunden bei € 179 Millionen und somit um € 118 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Auch im Segment Group Corporates fielen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen für Großkunden mit € 74 Millionen um € 66 Millionen geringer aus. In Ungarn kam es zu einer Nettoauflösung von € 7 Millionen, während sich die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen für Firmen- und Retail-Kunden im Vorjahr auf € 56 Millionen belaufen hatten. Für diesen Rückgang waren vor allem der Verkauf von notleidenden, mit Immobilien besicherten Krediten sowie Ratingverbesserungen von Firmenkunden verantwortlich. Die Kreditrisikosituation von Firmen- und Retail-Kunden verbesserte sich auch in Russland, hier lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen mit € 145 Millionen um € 36 Millionen unter dem Vorjahreswert. In Bulgarien führte die Abwicklung einiger notleidender Kredite von Firmenkunden zu einem Rückgang um € 32 Millionen, im Berichtsjahr ergab sich netto kein Vorsorgebedarf. Anders die Situation in Albanien, wo durch den Ausfall einiger Großkunden ein Anstieg der Nettodotierungen um € 34 Millionen auf € 65 Millionen zu verzeichnen war.

Die deutliche Verbesserung des Kreditrisikos zeigt auch der Bestand an notleidenden Kundenkrediten, der im Jahresverlauf um € 1.843 Millionen auf € 6.486 Millionen sank. Hauptverantwortlich dafür waren Verkäufe von notleidenden Krediten (€ 1.187 Millionen), der restliche Rückgang lag überwiegend an der Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen. Währungseffekte führten hingegen zu einem Anstieg um € 52 Millionen. Die größten Reduktionen verzeichneten Group Corporates (Rückgang um € 587 Millionen), Ukraine (Rückgang um € 299 Millionen), Ungarn (Rückgang um € 252 Millionen), Group Markets (Rückgang um € 233 Millionen), Russland (Rückgang um € 152 Millionen), Slowenien (Rückgang um € 121 Millionen infolge Verkaufs der slowenischen Tochterbank), Bulgarien (Rückgang um € 77 Millionen) und Kroatien (Rückgang um € 72 Millionen). Die NPL Ratio sank im Jahresvergleich um 2,7 Prozentpunkte auf 9,2 Prozent. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 4.905 Millionen gegenüber. Trotz der Verkäufe und Ausbuchungen verbesserte sich die NPL Coverage Ratio von 71,3 Prozent auf 75,6 Prozent.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – sank im Jahresvergleich um 0,59 Prozentpunkte auf 1,05 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten sank im Jahresvergleich um € 184 Millionen auf minus € 189 Millionen. Dafür verantwortlich war vor allem das Ergebnis aus Credit-Spread-Veränderungen für eigene Verbindlichkeiten, das wegen geringerer Risikoaufschläge für die RBI um € 116 Millionen auf minus € 119 Millionen sank. Das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten fiel ebenfalls um € 68 Millionen geringer aus.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um € 84 Millionen auf € 153 Millionen. Ausschlaggebend dafür war vor allem das Veräußerungsergebnis aus Unternehmensanteilen, das im Jahresvergleich mit € 145 Millionen um € 144 Millionen höher ausfiel. Dabei brachte der im Juni 2016 abgeschlossene Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. einen Erlös von € 132 Millionen, von denen € 78 Millionen aus dem sonstigen Ergebnis übertragen wurden. Die Wertberichtigungen auf Unternehmensanteile fielen im Berichtsjahr mit € 18 Millionen um € 28 Millionen geringer aus. Dagegen sanken die Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands um € 59 Millionen auf € 16 Millionen, vor allem hervorgerufen durch deutlich niedrigere Bewertungsergebnisse von an den US-Dollar gekoppelten festverzinslichen Staatsanleihen in der Ukraine. Ebenso reduzierte sich das Ergebnis aus der Veräußerung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands um € 23 Millionen. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus einem im Vorjahr erfolgten Verkauf von isländischen Anleihen der Konzernzentrale.

Bankenabgaben und Sondereffekte

Der Aufwand für Bankenabgaben stieg im Vorjahresvergleich um € 39 Millionen auf € 158 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren Aufwendungen in Höhe von € 34 Millionen für die in Polen erstmals angefallene Bankenabgabe.

Im zweiten Quartal 2016 ist in Rumänien das so genannte „Walkaway Law“ in Kraft getreten. Aus der erwarteten Inanspruchnahme dieser Regelung resultierte in der Berichtsperiode ein Vorsorgebedarf in Höhe von € 27 Millionen. Dieses neue Hypothekarkreditgesetz besagt, dass Kreditnehmer ihre Immobilien an die Banken überschreiben und auf diese Weise ihre Schuld tilgen können - auch wenn das aushaftende Kreditvolumen den Immobilienwert übersteigt. Das Gesetz bezieht sich währungsunabhängig auf bestimmte von Privatpersonen aufgenommene Hypothekarkredite und ist rückwirkend anwendbar. Da dies aus Sicht des Konzerns gegen die rumänische Verfassung verstößt, wurden entsprechende Verfahren eingeleitet. Das rumänische Verfassungsgericht hob im Oktober 2016 Teile des Gesetzes, die mit der rückwirkenden Anwendung in Zusammenhang stehen, wieder auf.

In Ungarn war es im Vorjahr im Zusammenhang mit der Durchführung der 2014 im Settlement Act geforderten Anpassungen zu einer teilweisen Auflösung der gebildeten Rückstellung in Höhe von € 67 Millionen gekommen, in der Berichtsperiode erfolgten weitere Auflösungen von € 7 Millionen.

In Kroatien hatte ein Gesetz über die Zwangskonvertierung von Schweizer-Franken-Krediten im Vorjahr zu einem negativen Sondereffekt in Höhe von € 77 Millionen geführt (2016: minus € 10 Millionen). Ein von den Banken eingeleitetes Verfahren gegen die kroatische Regierung wegen Verfassungswidrigkeit des Gesetzes ist anhängig.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Berichtsjahr wurde aus der Endkonsolidierung von 16 Tochterunternehmen ein Ergebnis von € 19 Millionen erzielt, das überwiegend aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft resultierte. Im Vorjahr war aufgrund des Ausscheidens von 28 Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis ein Ergebnis von € 41 Millionen entstanden. Dabei stand dem Erlös aus dem Verkauf des 75-Prozent-Anteils am russischen Pensionsfonds ZAO NPF Raiffeisen, Moskau, in Höhe von € 86 Millionen eine Wertminderung von € 52 Millionen auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte gegenüber, die sich aus dem Verkauf der slowenischen Tochterbank Raiffeisen Banka d.d., Maribor, ergab. Von den 16 im Berichtsjahr ausgeschiedenen Tochterunternehmen wurden neun aufgrund von Unwesentlichkeit, sechs infolge Verkaufs und ein weiteres aufgrund einer Änderung der Kontrollverhältnisse endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren überwiegend im Leasing-, Finanzierungs- und Bankgeschäft sowie als Anbieter von Nebendienstleistungen tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen im Jahresvergleich um 13 Prozent oder € 36 Millionen auf € 312 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Ausbuchung von Steuerforderungen aus Vorperioden in Polen sowie die Rückkehr zu positiven steuerlichen Ergebnissen in der Ukraine und in Kroatien. Die effektive Steuerquote lag im Berichtsjahr mit 35 Prozent deutlich über dem österreichischen Ertragsteuersatz von 25 Prozent. Dies beruhte vor allem auf steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen vor allem in Russland, der Tschechischen Republik, der Konzernzentrale und der Ukraine sowie steuerlich nicht aktivierbaren Verlustvorträgen in der Konzernzentrale und in Ungarn.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	748	732	16	2,2%
Provisionsüberschuss	400	378	22	5,7%
Handelsergebnis	78	52	27	51,3%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 4	24	- 28	-
Betriebsserträge	1.222	1.186	36	3,1%
Personalaufwand	- 362	- 347	- 15	4,4%
Sachaufwand	- 293	- 245	- 48	19,4%
Abschreibungen	- 94	- 95	1	- 1,2%
Verwaltungsaufwendungen	- 749	- 687	- 62	9,0%
Betriebsergebnis	474	499	- 25	- 5,0%
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 251	- 100	- 151	151,4%
Übrige Ergebnisse	- 82	- 103	21	- 20,0%
Ergebnis vor Steuern	140	296	- 156	- 52,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 46	- 84	38	- 45,0%
Ergebnis nach Steuern	94	212	- 118	- 55,8%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 25	- 28	4	- 13,9%
Konzernergebnis	69	184	- 114	- 62,3%

Betriebsserträge

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2016 stieg der Zinsüberschuss im vierten Quartal um 2 Prozent oder € 16 Millionen auf € 748 Millionen. Die Nettozinsspanne (gerechnet auf die zinstragenden Aktiva) erhöhte sich im Quartalsvergleich um 6 Basispunkte auf 2,83 Prozent. Hauptverantwortlich für diese positive Entwicklung war ein Anstieg der Zinserträge aus Forderungen an Kunden um € 21 Millionen, vorwiegend in Russland und in der Konzernzentrale.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem dritten Quartal um 6 Prozent oder € 22 Millionen auf € 400 Millionen. Dieser Anstieg basierte teilweise auf der Währungsentwicklung in Osteuropa, war aber überwiegend volumenbedingt. Den größten Zuwachs verzeichnete das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr mit einer Steigerung um 5 Prozent oder € 9 Millionen auf € 176 Millionen, hervorgerufen durch volumen- und margenbedingt höhere Provisionserträge in Russland, der Konzernzentrale sowie in Rumänien. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft verbesserte sich durch höhere Garantierträge in der Konzernzentrale und Volumenzuwächse vorrangig in Russland und in der Tschechischen Republik um € 7 Millionen auf € 46 Millionen. Ebenso stieg das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft vor allem in der Konzernzentrale sowie in Polen um € 6 Millionen auf € 105 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorquartal um € 27 Millionen auf € 78 Millionen. Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft verzeichnete dabei einen Anstieg um € 21 Millionen auf € 44 Millionen, in erster Linie bedingt durch wechsellkursbedingte Bewertungsgewinne aus Fremdwährungspositionen sowie aus derivativen Finanzinstrumenten in der Konzernzentrale, in der Raiffeisen Centrobank und in Russland. Dem standen Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen vor allem in der Ukraine und in Asien gegenüber. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft verzeichnete einen Zuwachs um € 6 Millionen, der aus gestiegenen Geschäftsaktivitäten im Bereich Wertpapierhandel sowie aus positiven Bewertungseffekten im Zusammenhang mit geänderten Marktbedingungen resultierte.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis ging im vierten Quartal um € 28 Millionen auf minus € 4 Millionen zurück. Hauptverantwortlich dafür waren das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen, das sich um € 8 Millionen aufgrund der Dotierung für einen Rechtsfall in der Slowakei verringerte und das Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten, das sich um € 7 Millionen, vorwiegend hervorgerufen durch in der Vorperiode getätigte Verkäufe in der Slowakei, reduzierte.

Verwaltungsaufwendungen

Mit € 749 Millionen lagen die Verwaltungsaufwendungen im vierten Quartal um 9 Prozent oder € 62 Millionen über dem Wert des Vorquartals von € 687 Millionen.

Dabei stieg der Personalaufwand im vierten Quartal um € 15 Millionen auf € 362 Millionen. Neben Währungseffekten waren dafür höhere Löhne und Gehälter vor allem in Russland, der Ukraine und der Tschechischen Republik ausschlaggebend, während der Personalaufwand in Polen und Asien aufgrund niedrigerer Mitarbeiterzahlen sank.

Der Sachaufwand erhöhte sich um € 48 Millionen auf € 293 Millionen. Dafür waren größtenteils saisonbedingt höhere Werbe-, Rechts- und Beratungsaufwendungen in nahezu allen Ländern verantwortlich.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Quartalsvergleich um € 1 Million auf € 94 Millionen. Im Vorquartal war es zu einer Wertminderung der Marke Polbank gekommen, während im vierten Quartal höhere Abschreibungen auf Sachanlagen überwiegend in der Slowakei verzeichnet wurden.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahmen gegenüber dem dritten Quartal um € 151 Millionen auf € 251 Millionen zu. Hauptverantwortlich dafür waren vor allem Russland, Asien, Kroatien und das Segment Group Corporates. In Russland lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 60 Millionen höher als im Vorquartal, zurückzuführen auf einen größeren Einzelfall sowie die Umstellung auf PD/LGD-basierte Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden. In Asien wurden um € 39 Millionen höhere Kreditrisikovorsorgen für Firmenkunden gebildet, während in Kroatien höhere Kreditrisikovorsorgen sowohl für Firmen- als auch Retail-Kunden für einen Anstieg um € 29 Millionen verantwortlich waren. Im Segment Group Corporates lag der Vorsorgebedarf um € 24 Millionen über dem Vorquartalswert.

Insgesamt zeigten die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen einen Anstieg um € 116 Millionen auf € 226 Millionen. Portfolio-Wertberichtigungen wurden im vierten Quartal im Umfang von € 28 Millionen netto gebildet, während hier im dritten Quartal Nettoauflösungen von € 5 Millionen verzeichnet worden waren.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank – überwiegend bedingt durch Verkäufe von notleidenden Krediten – gegenüber dem Vorquartal um € 663 Millionen auf € 6.486 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang sogar bei € 778 Millionen. Dabei kam es in nahezu allen Ländern zu Reduktionen, insbesondere in Ungarn (Rückgang um € 215 Millionen), Russland (Rückgang um € 144 Millionen), Asien (Rückgang um € 112 Millionen), Polen (Rückgang um € 70 Millionen) und der Ukraine (Rückgang um € 55 Millionen). Die NPL Ratio nahm im Quartalsvergleich von 10,2 Prozent auf 9,2 Prozent ab, die NPL Coverage Ratio erhöhte sich um 3,6 Prozentpunkte auf 75,6 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten verbesserte sich im vierten Quartal um € 16 Millionen auf minus € 55 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten, während das Ergebnis aus Credit-Spread-Veränderungen der eigenen Emissionen minus € 12 Millionen betrug.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen sank im vierten Quartal um € 7 Millionen auf minus € 13 Millionen, vorwiegend zurückzuführen auf höhere Wertberichtigungen auf Beteiligungen.

Bankenabgaben, Sondereffekte und Firmenwerte

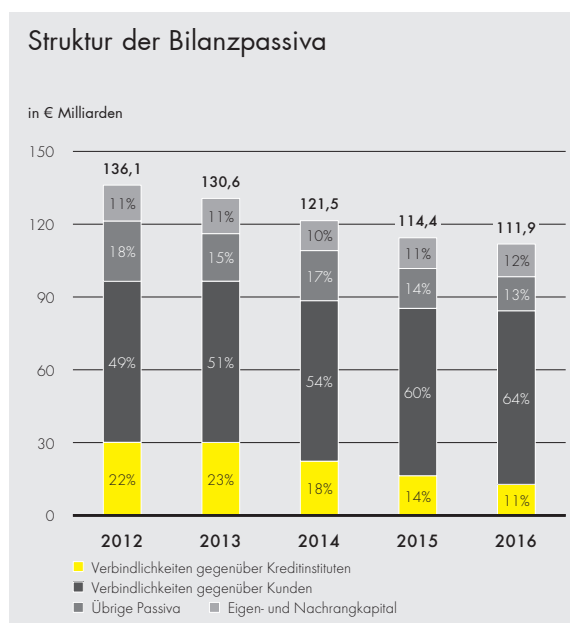
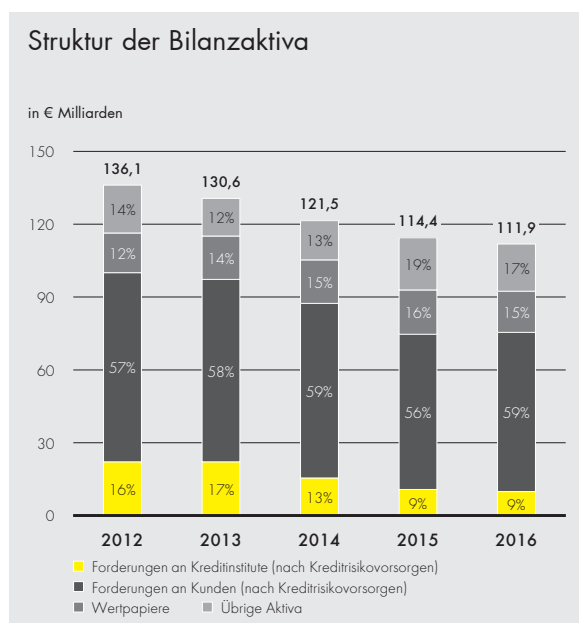
Die Bankenabgaben betragen im vierten Quartal € 43 Millionen (drittes Quartal: € 34 Millionen). Die größten Anteile davon entfielen auf die Konzernzentrale (€ 23 Millionen) sowie auf Polen (€ 9 Millionen). Im zweiten Quartal 2016 trat in Rumänien das so genannte „Walkaway Law“ in Kraft. Aus der erwarteten Inanspruchnahme dieser neuen Regelung wurden im Mai Vorsorgen in Höhe von € 43 Millionen gebildet. Im vierten Quartal kam es hier zu Auflösungen in Höhe von € 12 Millionen und im dritten Quartal in Höhe von € 3 Millionen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand sank im Quartalsvergleich um € 38 Millionen auf € 46 Millionen, bedingt vor allem durch die Entwicklung in der Ukraine, Russland und der Slowakei. Die effektive Steuerquote belief sich auf 33 Prozent nach 28 Prozent im Vorquartal.

Bilanz

Die Bilanzsumme des Konzerns ging im Verlauf des Jahres 2016 um 2 Prozent oder € 2.563 Millionen auf € 111.864 Millionen zurück. Auf Konsolidierungskreisänderungen entfielen von diesem Rückgang rund € 2.400 Millionen, die hauptsächlich aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft und der slowenischen Tochterbank resultierten. Aus der Währungsentwicklung - vor allem der Aufwertung des russischen Rubels (plus 25 Prozent) und des US-Dollars gegenüber dem Euro (plus 3 Prozent) - ergab sich umgekehrt ein Zuwachs um rund € 1.700 Millionen.



Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 50 Millionen) gingen im Jahresabstand um 9 Prozent oder € 937 Millionen auf € 9.900 Millionen zurück. Hauptverantwortlich dafür war ein – vor allem in der Konzernzentrale angefallener – Rückgang der Forderungen aus dem Kreditgeschäft um € 1.004 Millionen auf € 1.412 Millionen. Dagegen stiegen die Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen um € 2.194 Millionen auf € 3.374 Millionen.

Die Forderungen an Kunden vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 4.905 Millionen) stiegen im Berichtsjahr um 1 Prozent oder € 593 Millionen auf € 70.514 Millionen. Hier wuchsen vor allem die Forderungen gegenüber Retail-Kunden per Saldo um € 943 Millionen auf € 25.578 Millionen, während die Forderungen an Firmenkunden um € 195 Millionen auf € 44.277 Millionen und die Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor um € 155 Millionen auf € 659 Millionen zurückgingen. Im Bereich der Privatpersonen war ein Anstieg von € 1.514 Millionen zu verzeichnen. Dabei stiegen die Ausleihungen an Privatpersonen überwiegend in Russland (hier vor allem währungsbedingt), in der Tschechischen Republik (durch organisches Wachstum im Kredit- und Hypothekarkreditgeschäft und die Akquisition des Privatkunden- und Kreditkartengeschäfts der Citibank) sowie in der Slowakei an. Der bei den Forderungen gegenüber Klein- und Mittelbetrieben verzeichnete Rückgang um € 571 Millionen auf € 2.185 Millionen ist auf den Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft zurückzuführen. Rückgänge bei den Forderungen an Firmenkunden in Asien und in den USA durch den planmäßigen Abbau des Geschäftsvolumens wurden durch Zuwächse in der Tschechischen Republik, in Russland (hier vor allem wieder währungsbedingt) und in Rumänien großteils ausgeglichen.

Die Position Wertpapiere ging vor allem in der Konzernzentrale und in Polen um € 1.253 Millionen auf € 16.972 Millionen zurück. Der bei den übrigen Aktiva verbuchte Rückgang um € 2.065 Millionen resultierte überwiegend aus Reduktionen der Barreserve um € 970 Millionen (vor allem in der Konzernzentrale), der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte (IFRS 5) um € 745 Millionen (Verkauf der slowenischen Tochterbank, Umgliederung Zuno) sowie der Handels- und Bankbuchderivate um € 324 Millionen.

Passiva

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns über Kreditinstitute (zumeist Geschäftsbanken) verminderte sich um 22 Prozent oder € 3.553 Millionen auf € 12.816 Millionen. Dabei kam es vor allem in der Konzernzentrale und in Asien zu einem Abbau von kurz- und langfristigen Einlagen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Jahresverlauf um 4 Prozent oder € 2.547 Millionen auf € 71.538 Millionen. Hier verzeichneten vor allem die Einlagen von Retail-Kunden Zuwächse um € 4.885 Millionen auf € 38.529 Millionen, während die Einlagen von Firmenkunden um € 2.089 Millionen auf € 31.544 Millionen abnahmen. Der bei den Einlagen von Privatpersonen eingetretene Anstieg um € 4.032 Millionen stammte überwiegend in der Tschechischen Republik (organisches Wachstum und Zukauf eines Teilbetriebs), Russland, der Slowakei und Rumänien. Die Einlagen von Klein- und Mittelbetrieben wuchsen ebenso um € 853 Millionen auf € 5.949 Millionen, vor allem bedingt durch die Entwicklung in der Tschechischen Republik und Slowakei. Ein Rückgang der Einlagen von Firmenkunden wurde vor allem in der Konzernzentrale (Rückzahlungen) sowie in Polen und der Slowakei aufgrund des Abbaus von Überliquidität verzeichnet. Vor allem die Einlagen von Großkunden nahmen um € 2.083 Millionen auf € 28.561 Millionen ab.

Die übrigen Passiva sanken um € 2.328 Millionen auf € 14.073 Millionen. Dabei nahmen die verbrieften Verbindlichkeiten – hauptsächlich durch den geringeren Refinanzierungsbedarf – um € 856 Millionen ab, die zur Veräußerung gehaltenen Verbindlichkeiten (IFRS 5) reduzierten sich um € 1.294 Millionen (Verkauf der slowenischen Tochterbank, Umgliederung Zuno).

Funding

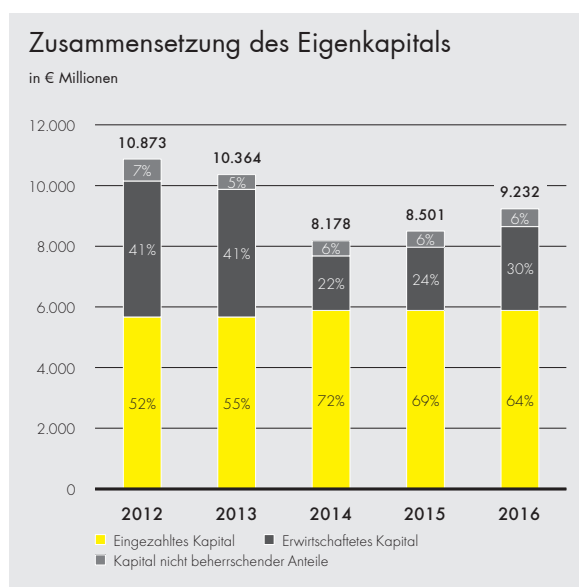
Für Informationen zum Funding wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzernergebnis und dem Kapital der nicht beherrschenden Anteile zusammensetzt, erhöhte sich gegenüber dem Jahresultimo 2015 um 9 Prozent oder € 731 Millionen auf € 9.232 Millionen. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war das Gesamtergebnis in Höhe von € 763 Millionen, während Dividendenzahlungen an nicht beherrschende Anteilseigner das Kapital um € 40 Millionen reduzierten. Für das Geschäftsjahr 2015 wurde keine Dividende an die Aktionäre der RBI ausbezahlt.

Das auf den Eigenanteil entfallende Gesamtergebnis von € 667 Millionen setzte sich aus dem Konzernergebnis von € 463 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von € 204 Millionen zusammen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf € 299 Millionen beliefen (2015: minus € 185 Millionen). Die größten Veränderungen ergaben sich hier durch die Aufwertung des russischen Rubels, die sich mit € 348 Millionen positiv auswirkte, sowie durch die Abwertung des polnischen Zloty, die das Eigenkapital um € 49 Millionen verringerte. Da ein Teil des Eigenkapitals in diesen Währungen abgesichert wurde, führte die aktuelle Kursentwicklung auch zu einem negativen Ergebnis von € 43 Millionen aus dem Capital Hedge. Der Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an Visa Inc. führte durch die Realisierung von € 122 Millionen zu einem negativen Ergebnis von € 70 Millionen in der Position Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.



Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile erhöhte sich um € 47 Millionen auf € 581 Millionen. Dies beruhte in erster Linie auf dem Gesamtergebnisanteil der nicht beherrschenden Anteile in Höhe von € 96 Millionen, den Dividendenzahlungen in Höhe von € 40 Millionen an die Minderheitsgesellschafter von Konzern-einheiten – überwiegend der Tatra Banka (€ 24 Millionen) und der Raiffeisenbank in der Tschechischen Republik (€ 13 Millionen) – sowie weiteren kleineren Kapitalbewegungen.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Dabei wird die RBI gemäß Artikel 11 CRR auf subkonsolidierter Ebene von der EZB beaufsichtigt, womit sie nicht nur als Einzelinstitut, sondern auch als Teilkonzern den Bestimmungen der CRR unterliegt. Die RBI ist auch Teil des regulatorischen RZB-Konzerns. Neben den durch die CRR definierten Mindesteigenmittelerfordernissen muss die RBI auch die von der EZB

im Rahmen des SREP-Prozesses aufgestellten Eigenmittelerfordernisse erfüllen. Diesbezüglich wird auf den Anhang im Konzernabschluss, Punkt (47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG, verwiesen.

Das harte Kernkapital nach Abzugsposten erreichte zum Bilanzstichtag einen Wert von € 8.339 Millionen. Dies bedeutet einen Anstieg um € 668 Millionen gegenüber dem Vergleichswert 2015, der vor allem auf der Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2016 sowie auf positiven Währungseffekten, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Rubel, beruht. Diesen positiven Effekten stand die Anwendung der Übergangsbestimmungen für 2016 sowie die seit Mai nicht mehr mögliche Anrechnung des Hybridkapitals der RZB Finance Jersey IV aufgrund der im Prospekt festgelegten Änderung der Zinskonditionen gegenüber. Die ergänzenden Eigenmittel (Tier-2-Kapital) reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um € 118 Millionen auf € 3.198 Millionen, zurückzuführen vor allem auf ausgelaufene Tier-2-Kapitalinstrumente in der RBI AG. Die gesamten Eigenmittel nach CRR betragen zum 31. Dezember 2016 € 11.537 Millionen und damit um € 550 Millionen mehr als zum Jahresende 2015.

Den Eigenmitteln stand ein Eigenmittelerfordernis von € 4.805 Millionen gegenüber. Das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko belief sich dabei auf € 3.907 Millionen. Der hier eingetretene Rückgang um € 209 Millionen basiert auf dem Verkauf der Raiffeisen-Leasing Polska und der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, der Ratingverbesserung in Belarus und der Ukraine sowie auf dem Exposure-Abbau im Segment Non-Core. Das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen betrug € 214 Millionen, dies entspricht einem Rückgang um € 27 Millionen. Der Rückgang des Eigenmittelerfordernisses für das operationelle Risiko um € 21 Millionen auf € 684 Millionen ist auf die Umstellung größerer Einheiten auf den fortgeschrittenen Ansatz zurückzuführen.

Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 13,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 19,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von 18,9 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank im Rahmen ihres Tätigkeitsfelds auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung aktiv.

Im Bereich des Financial Engineering entwickelt sie etwa für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisrisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI auch im Bereich Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung von integrierten Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

In Zentral- und Osteuropa zählen die Tochterbanken in der Slowakei und in Tschechien zu den führenden Banken im Bereich Mobile- und Online-Banking. Um aus den Erfahrungen und vom Know-how in diesen Märkten zu lernen, wurde Ende 2016 ein umfassendes Projekt zur Erstellung einer konzernweiten digitalen Roadmap gestartet.

Im Innovation Management werden durch die Vernetzung mit aufstrebenden Start-up-Unternehmen, renommierten Forschungseinrichtungen und Querdenkern neue Impulse und Lösungen für geänderte Kundenbedürfnisse gesetzt und der Raiffeisen Bankengruppe zur Verfügung gestellt. Auch hier liegt der Fokus auf dem Aufbau einer Innovationskultur und der Begleitung der digitalen Transformation der gesamten Raiffeisen Bankengruppe.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Dieses ist im unternehmensweiten Rahmenwerk für das Interne Kontrollsystem (IKS) eingebettet.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, den Vorstand dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für den Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Direktiven und Anweisungen für strategisch wichtige Themenbereiche als zentrales Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist die Geschäftsleitung der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss von Accounting & Reporting, angesiedelt im Bereich des Finanzvorstands. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, Beteiligungen, Markenrechten und Firmenwerten. Auch beim Sozialkapital sowie der Bewertung von Wertpapieren liegen Einschätzungen zugrunde.,.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RZB bzw. der RBI. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden. Die Abstimmungs- und Validierungskontrollen werden innerhalb der gesamten Rechnungslegungsprozesse in die Aggregations-, Berechnungs- und Bewertungsaktivitäten eingebettet.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch Direkteingabe oder automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden im Accounting & Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die vom Abschlussprüfer vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene. Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards werden dabei im RZB Group Accounts Manual definiert bzw. erläutert und sind für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Fragestellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die veröffentlichten Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsengesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorschaurechnungen für den Konzern. Der von Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Finanzberichterstattung ist ein Schwerpunktthema im IKS, in dem die Rechnungslegungsprozesse einer zusätzlichen Überwachung und Kontrolle unterzogen werden und deren Ergebnisse dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess zu überwachen. Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Gemäß Zielbetriebsmodell werden sukzessive drei Verteidigungslinien (lines of defence) errichtet, um den erhöhten Anforderungen an die internen Kontrollsysteme gerecht zu werden.

Die sogenannte „First line of defense“ bilden dabei die Fachbereiche, in der die Abteilungsleiter für die Überwachung ihrer Geschäftsfelder zuständig sind. Hier werden gemäß der dokumentierten Prozesse in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die zweite Verteidigungslinie wird durch themenspezifische Spezialbereiche abgedeckt. Das sind zum Beispiel Compliance, Data Quality Governance, Operational Risk Controlling oder Security & Business Continuity Management. Sie sollen in erster Linie die Fachbereiche bei den Kontrollschritten unterstützen, die tatsächlichen Kontrollen validieren und State-of-the-art-Praktiken in die Organisation einbringen.

Als dritte Stufe ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Group Internal Audit der RZB sowie von der jeweiligen internen Revision der Konzerneinheiten wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionsspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter). Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Group Internal Audit berichtet direkt an die Vorstände.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben erfüllen die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2016 € 893.586.065,90 und ist in 292.979.038 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2016 509.977 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 292.469.061 Aktien im Umlauf befanden. Im Vergleich zum 31. Dezember 2015 (557.295 Stück) ergibt sich daraus ein Abgang von 47.318 Stück, der auf der Übertragung eigener Aktien im Rahmen des aktienbasierten Vergütungsprogramms beruht. Für weitere Angaben wird auf den Anhang zu Punkt (32) verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Die Raiffeisen-Landesbanken als Aktionäre der RZB sind Parteien von Syndikatsvereinbarungen in Bezug auf die RZB AG. Diese Syndikatsvereinbarungen sollen durch einen neuen Syndikatsvertrag der Raiffeisen-Landesbanken für die RBI AG ersetzt werden, der am Tag der Rechtswirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG in Kraft treten soll. Im Syndikatsvertrag beabsichtigen die Raiffeisen-Landesbanken, neben u. a. einer Stimmbindung und Vorkaufsrechten zu vereinbaren, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG Verkäufe von durch die Raiffeisen-Landesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) nicht möglich sind (Lock-Up-Periode), wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisen-Landesbanken (unmittelbar und/oder mittelbar) an der RBI AG 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde. Nach Ablauf der Lock-Up-Periode gilt dafür eine Anteilsschwelle von 40 Prozent des Grundkapitals an der RBI AG.

(3) Die RZB AG hält zum 31. Dezember 2016 über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH rund 60,7 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft. Die der RZB AG zuzurechnenden Stimmrechte aus den 177.847.115 Aktien an der RBI AG werden aufgrund einer Syndikatsvereinbarung jeweils gemäß §§ 91 und 92 Z 7 BörseG auch den einzelnen Raiffeisen-Landesbanken als Syndikatspartnern und deren dem Syndikatsvertrag beigetretenen Holdinggesellschaften, die zusammengerechnet rund 90,43 Prozent des Grundkapitals und der Stimmrechte an der RZB AG halten, als gemeinsam vorgehenden Rechtsträgern zugerechnet (siehe am 19. Juli 2016 veröffentlichte Stimmrechtsmitteilung). Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen. In Bezug auf die in der außerordentlichen Hauptversammlung der RBI AG am 24. Jänner 2017 beschlossene Verschmelzung wird auf das Kapitel „Verschmelzung“ in diesem Geschäftsbericht verwiesen.

(4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB AG das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern. In der außerordentlichen Hauptversammlung der RBI AG am 24. Jänner 2017 wurde die Streichung des Entsendungsrechts in § 9 der Satzung der RBI AG beschlossen. Das Entsendungsrecht wird daher mit Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch gegenstandslos. Gemäß Syndikatsvertrag der Raiffeisen-Landesbanken für die RBI AG sollen nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG neun Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG durch die Raiffeisen-Landesbanken nominiert werden können. Neben den von den Raiffeisen-Landesbanken nominierten Mitgliedern sollen dem Aufsichtsrat der RBI AG künftig drei (statt bisher zwei) nicht der Raiffeisen Bankengruppe Österreich zurechenbare unabhängige Vertreter des Streubesitzes angehören. Die Umsetzung dieser Regelung soll anlässlich der ordentlichen Hauptversammlung der RBI AG im Jahr 2017 stattfinden.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl gestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (zum Entsendungsrecht der RZB AG siehe oben Punkt (4)). Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht

kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000,-, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG zum Erwerb und, ohne dass die Hauptversammlung vorher nochmals befasst werden muss, gegebenenfalls zur Einziehung eigener Aktien. Der Anteil der zu erwerbenden und bereits erworbenen eigenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Die Dauer der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist mit 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung in der Hauptversammlung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, begrenzt. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1,- pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börsenschlusskurs der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden und gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Juni 2021.

Sowohl dieser Beschluss als auch ein darauf beruhendes Rückkaufprogramm oder ein allfälliges Wiederverkaufsprogramm sowie deren Dauer sind zu veröffentlichen. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 beschlossene Ermächtigung gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und Z 8 AktG zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien und bezieht sich hinsichtlich der Verwendung auch auf den von der Gesellschaft bereits erworbenen Bestand eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2016 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft am Ende jeden Tages nicht übersteigen darf. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unter- und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Diese Ermächtigung ersetzt die

in der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 beschlossene Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG ist als Tochterunternehmen der RZB im Rahmen der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB mitversichert. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RZB-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RZB-Gruppe scheidet die RBI AG zum Zeitpunkt der Verschmelzung aus dem gruppenweiten Versicherungsschutz aus. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für Schadenersatzansprüche aus vor der Verschmelzung begangenen Pflichtverletzungen, die dem Versicherer vor einer etwaigen Beendigung der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB und danach innerhalb der vereinbarten Nachmeldefrist von fünf Jahren gemeldet werden.
- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartefrist (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit einem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung (die mit Wirksamkeit der Verschmelzung durch Confusio untergeht) zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und des Logos „Raiffeisen Bank International“ für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.
- Die RBI AG ist Mitglied des Fachverbands der Raiffeisenbanken. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG, in dessen Rahmen Gesellschafter von außerhalb der Raiffeisen Bankengruppe Österreich die Kontrolle erlangen, kann die Mitgliedschaft im Fachverband der Raiffeisenbanken und die Mitgliedschaft in der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich enden.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Risikomanagement

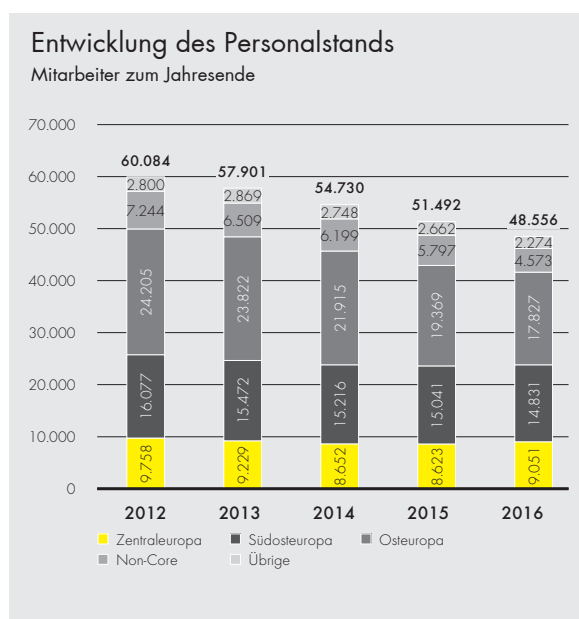
Für Informationen zum Risikomanagement wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Corporate Governance

Weitere Informationen dazu befinden sich im Geschäftsbericht im Kapitel Corporate-Governance-Bericht sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance) .

Human Resources

Der Bereich Human Resources (HR) befasst sich mit den wesentlichen Unternehmensprozessen zur Steuerung der personellen Ressourcen im Konzern, wobei die Bedürfnisse der Mitarbeiter und die Interessen des Unternehmens aufeinander abzustimmen sind. Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die RBI mit 48.556 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) um 2.936 Personen bzw. 6 Prozent weniger als Ende 2015. Der Großteil dieses Rückgangs ist auf die Entwicklungen in der Ukraine, Polen und Slowenien zurückzuführen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 37 Jahren weiterhin relativ niedrig, der Frauenanteil lag bei 67 Prozent. Mit einer Akademikerquote von 76 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf.



Fachausbildung und Führungskräfteentwicklung

2016 wurden die Ausbildungsbudgets vorwiegend für strategische Ziele und Initiativen genutzt. Zusätzlich zur Sicherstellung regulatorischer Trainingserfordernisse zählten verstärkt für das Geschäft bedeutende Themenfelder wie z. B. Digital Banking, Vertrieb, gehobenes Privatkundengeschäft, Procurement und IT zu den Schwerpunkten. Die „Branch Management Academy“, eine Ausbildungsinitiative für Führungskräfte im Vertrieb, wurde flächendeckend im Konzern umgesetzt.

Bei der Führungskräfteentwicklung lag das Hauptaugenmerk darauf, die Kompetenzen der Führungskräfte im Veränderungsmanagement sowie in Mitarbeiterführung, Motivation und Kommunikation zu stärken. Auch der Einsatz reflektiver Lernmethoden, wie z. B. 360° Feedback, Coaching und Mentoring, oder erfahrungsbasierter Methoden wie Job Rotation wurde weiter ausgebaut.

In der Tochterbank in Albanien etwa wurde unter dem Titel „Growth is a Marathon, not a Sprint“ ein vielfältiges Entwicklungsprogramm initiiert, um Führungskräfte fit für die Herausforderungen des immer komplexeren Umfelds zu machen und Wachstum zu ermöglichen.

Unter dem Titel „FIRE“ (Freedom – Inspiration – Raiffeisen – Energy) wurde ein ähnliches Programm auch in Ungarn umgesetzt, das auf wesentliche Führungseigenschaften, wie z. B. Glaubwürdigkeit und Integrität, Resilienz und Inspiration, abzielt.

In der Tochterbank in Russland wurde verstärkt an positiver Kommunikations- und Kooperationskultur zwischen Führungskräften und Mitarbeitern gearbeitet, so z. B. durch die Implementierung von Ad-hoc-Feedbacks und Round-Table-Gesprächen zu aktuellen Geschäftsthemen.

Performance und Talent Management

Das im Jahr 2015 entwickelte neue Performance-Management-Modell für Group Executives (Top-Führungskräfte) wurde 2016 erfolgreich implementiert. Unter anderem wurden dabei (ähnlich einem Balanced-Scorecard-Ansatz) eine klare Zielstruktur eingeführt sowie die Abstimmung zwischen Zentrale und Konzerneinheiten verbessert. Weitere Maßnahmen umfassten eine Erneuerung des Kompetenzmodells sowie eine Intensivierung von Dialog und Feedback. Diesen Ansätzen folgend erarbeitete ein internationales Team die Leitlinien und die grundlegenden Bestandteile des neuen Performance-Management-Prozesses für alle anderen Mitarbeiter-Ebenen. Einige Tochterbanken starteten bereits entsprechende Pilotprojekte. In der Raiffeisenbank Ungarn z. B. lag der Fokus auf einer Stärkung der Eigenverantwortung in der Zieldefinition und Leistungserbringung, auf gegenseitigem und laufendem Feedback sowie auf Coaching und Mitarbeiterentwicklung.

Die jährlichen Standardprozesse zur Identifikation und Weiterentwicklung von Talenten wurden auch 2016 – mit jeweils unterschiedlichen lokalen Schwerpunkten – durchgeführt. Die intensiven Bemühungen zeigten Erfolg: In fast allen Einheiten gibt es Talent Pipelines auf allen Ebenen. Für Österreich beispielsweise zeigen die Daten, dass 39 Prozent der identifizierten Talente in den letzten zwei Jahren einen Karriereschritt gemacht haben (bei den anderen Mitarbeitern waren es im Vergleich dazu 14 Prozent).

Mitarbeiterbefragung

Im Jahr 2016 nahmen rund 40.000 Mitarbeiter an einer konzernweiten Mitarbeiterbefragung teil. Die Rücklaufquote betrug insgesamt 87 Prozent. Verbesserungen wurden bei den beiden zentralen Faktoren Mitarbeiter-Engagement (Bindung an das Unternehmen und damit einhergehende Bereitschaft zum freiwilligen Mehreinsatz) und Mitarbeiter-Enablement (Vorhandensein eines erfolgsfördernden Umfelds) erzielt. 65 Prozent der befragten Mitarbeiter fühlen sich an das Unternehmen gebunden bzw. 67 Prozent empfinden ihr Umfeld als erfolgsfördernd. Im Vergleich zur letzten gruppenweiten Befragung entspricht dies einer Steigerung um 4 bzw. 3 Prozentpunkte.

Aufbauend auf den Ergebnissen wird nun an weiteren Verbesserungsmaßnahmen gearbeitet. So hat etwa der Vorstand in Ungarn vier Themen zur weiteren Bearbeitung definiert. Für jedes der Themen, die jeweils von einem interdisziplinären, von einer Führungskraft der ersten Ebene geleiteten Team bearbeitet und von einem Experten, dem Change Facilitator, begleitet werden, wirkt ein Vorstandsmitglied als Sponsor.

Entwicklungen im Vergütungsmanagement

Um die außerordentlich hohe Bedeutung der mittelfristigen Ziele sowie der Kapitalisierung der RBI im Vergütungssystem tiefer zu verankern, erfolgten im Jahr 2016 eine weitere Adaptierung des Bonussystems durch Erweiterung der „Step-In“-Kriterien für Group Executives und eine Anpassung der Kriterien für die Zielerreichung.

Eine Verringerung der variablen Entlohnungskomponente in den Vergütungspaketen hatte auch zur Folge, dass neue, nicht-finanzielle Ansätze etabliert wurden, um besondere Leistungen der Mitarbeiter zu honorieren. Dazu einige Beispiele: In Weißrussland wurde ein nicht-finanzielles Motivationsprogramm (beginnend mit einem System medizinischer Dienstleistungen) zur Mitarbeiterbindung und als Belohnung langjähriger Mitarbeiter ins Leben gerufen. In Ungarn wurde das so genannte „Success Celebration System“ implementiert, das einerseits die Zusammenarbeit im Team und andererseits das bereichsübergreifende Miteinander stärken soll.

HR Awards

Die vielfältigen Maßnahmen der HR-Verantwortlichen aus den Tochterbanken, mit denen die HR-Funktionen und Prozesse laufend verbessert werden, wurden im Berichtsjahr wieder mit zahlreichen Awards belohnt. Die ungarische Tochterbank etwa erhielt das „Employer Partner Certificate“, das hohe Qualitätsstandards und „Best HR practice“ auszeichnet. Die russische Tochterbank wurde von Headhuntern unter die „Top 10 best places to work“ gereiht, und der HR-Leiter erhielt die Auszeichnung „Best HR director in the banking sector“. In Rumänien setzte sich die Tochterbank mit dem Projekt „Inspire to Aspire-Wakanda Challenge“ gegen 17 Mitbewerber durch und gewann eine HR-Auszeichnung in der Kategorie „Training and Development of People“. In diesem Programm geht es insbesondere um die Anpassung von Führungsverhalten. Die bulgarische Tochterbank erhielt den „Best HR project in a big company award“ für die Neustrukturierung und Modernisierung des HR-Bereichs. In Tschechien konnte sich die RBI über den „HR Excellence Award“ freuen, der von HR-Managern und -Experten von 300 tschechischen Unternehmen vergeben wird. Die ungarische Tochterbank schließlich erhielt den „Colibri Internship Award“ als bester Arbeitgeber für Praktikanten.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Nach einem etwas schwächeren Wachstum im Vorjahr dürfte das Wachstum in Zentraleuropa (CE) 2017 wieder anziehen. Eine noch immer expansive Geldpolitik in der Region, ein solides Wachstumsumfeld in der Eurozone und eine erwartete Erholung der Investitionsnachfrage bei anhaltend starker Konsumneigung der privaten Haushalte sollten diese positive Dynamik unterstützen. Polen und die Slowakei führen das Feld mit einem prognostizierten Wachstum von 3,3 Prozent an, knapp gefolgt von Ungarn, dessen Wirtschaft um 3,2 Prozent wachsen sollte. In der Tschechischen Republik dürfte das Wachstum 2,7 Prozent erreichen.

Südosteuropa

Die Region Südosteuropa (SEE) dürfte ebenfalls eine Fortsetzung des Wachstumstrends erleben. Nach einem sehr starken BIP-Wachstum von 3,9 Prozent im Jahr 2016 sollte SEE 2017 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von etwas über 3 Prozent – und damit das derzeitige Potenzialwachstum – erreichen können. Vor allem Rumänien könnte seinen soliden Wachstumskurs mit einem BIP-Wachstum von 4,2 Prozent fortsetzen, allerdings lässt die Dynamik damit nach dem Spitzenwert des Vorjahres von 4,8 Prozent bereits etwas nach. Umgekehrt sollten dadurch negative Überhitzungseffekte wie ein ausuferndes Leistungsbilanzdefizit vermieden werden können. Serbien und Kroatien, die beiden Länder mit der stärksten Wachstumserholung 2016, sollten ein Wirtschaftswachstum von jeweils rund 3 bzw. knapp über 3 Prozent erreichen können.

Osteuropa

In Russland wird nach dem Abklingen der Rezession mit einem leichten Wachstum der Wirtschaft um 1,0 Prozent gerechnet, eine positive Ölpreisentwicklung würde die russische Wirtschaft weiter stützen. In der Ukraine dürfte sich der Erholungsprozess des Vorjahres fortsetzen, während die Wirtschaft in Belarus noch leicht schrumpfen dürfte. Generell fehlen Osteuropa derzeit starke externe und interne Wachstumstreiber, sodass die Region nicht an die höheren Wachstumsraten der Vergangenheit anknüpfen kann. Zudem verbleiben erhebliche Ereignisrisiken.

Österreich

In Österreich dürfte die Konjunkturbelebung im Jahr 2017 etwas an Dynamik gewinnen. Als tragende Säule sollte sich weiterhin die Binnennachfrage erweisen (privater Konsum, Bruttoanlageinvestitionen). Die Zuwachsrate der Exporte sollte 2017 höher ausfallen als 2016. Trotz eines weiterhin soliden Importwachstums aufgrund der binnenwirtschaftlichen Dynamik dürften die Nettoexporte das BIP-Wachstum 2017 damit wieder unterstützen. Dieses Szenario impliziert eine Zunahme des realen BIP auf 1,7 Prozent nach 1,5 Prozent im Jahr 2016.

CEE-Bankensektor

Die solide Wirtschaftsentwicklung in CE bzw. SEE und das Ende der Rezession in Russland und der Ukraine sollten sich 2017 merklich positiv auf den CEE-Bankensektor auswirken. Günstige Entwicklungen im operativen (Neu-)Geschäft in CE und SEE könnten 2017 zudem durch zumindest stabile oder sogar leicht verbesserte Zinsmargen bzw. etwas steilere Zinskurven unterstützt werden. Zudem sind jeweils Verringerungen bei Fremdwährungskrediten und NPL-Portfolios aufgrund der früheren Expansion in CE und SEE samt ihren negativen Ertragswirkungen in den letzten Jahren erfolgt. Insofern dürfte sich die Erholung der Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor auch 2017 fortsetzen.

Ausblick der RBI

Aufgrund der Verschmelzung mit der RZB, die am 18. März 2017 im Firmenbuch eingetragen werden soll, gilt der nachfolgende Ausblick für das fusionierte Institut.

Mit einer CET1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent (12,4 Prozent pro forma für das fusionierte Institut) hat die RBI bereits am 31. Dezember 2016 – und somit ein Jahr vor Ablauf der selbst gesetzten Frist – ihr Kapitalziel von mindestens 12 Prozent erreicht. Mittelfristig streben wir eine CET1 Ratio (fully loaded) von rund 13 Prozent an.

Nach einer stabilen Entwicklung gehen wir für die nächsten Jahre von einem durchschnittlichen Kreditwachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich aus.

Wir erwarten, dass die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen 2017 unter dem Niveau von 2016 (€ 754 Millionen) bleiben.

Ende 2017 streben wir eine NPL Ratio von rund 8 Prozent an, mittelfristig soll sie weiter sinken.

Mittelfristig streben wir unverändert eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an.

Wir peilen mittelfristig unverändert einen Return on Equity vor Steuern von rund 14 Prozent und einen Konzern-Return-on-Equity von rund 11 Prozent an.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Außerordentliche Hauptversammlung stimmt Verschmelzung mit RZB zu

Die außerordentliche Hauptversammlung der RBI stimmte am 24. Jänner 2017 der Verschmelzung mit der RZB mit klarer Mehrheit zu. Die mit der Verschmelzung verbundene Kapitalerhöhung wurde von den Aktionären ebenfalls genehmigt. Das Grundkapital der RBI wird durch die Ausgabe von 35.960.583 neuen auf Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien (Stammaktien) von € 893.586.065,90 um € 109.679.778,15 auf € 1.003.265.844,05 erhöht. Die Anzahl der begebenen Aktien wird sich dadurch auf 328.939.621 erhöhen.

Das fusionierte Unternehmen wird – wie bisher die RBI – als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse gelistet sein.

Segmentberichte

Segmentüberblick	66
Entwicklung der Segmente	67
Zentraleuropa	67
Südosteuropa	70
Osteuropa	74
Group Corporates	77
Group Markets	78
Corporate Center	80
Non-Core	81

Segmentüberblick

Grundlagen der Segmentierung

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern entweder ein Land oder ein Geschäftsfeld fungiert. Die Märkte in Zentral- und Osteuropa werden dabei zu regionalen Segmenten zusammengefasst, in denen jeweils Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichem Charakter und ähnlichen langfristigen Entwicklungserwartungen gebündelt werden. Die Geschäftsaktivitäten außerhalb von CEE werden nach Geschäftsfeldern abgegrenzt.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa (Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn)
- Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien sowie Serbien)
- Osteuropa (Belarus, Russland und Ukraine)
- Group Corporates (von Wien aus betriebenes Großkundengeschäft mit österreichischen und multinationalen Kunden)
- Group Markets (von Wien aus betriebenes kapitalmarktbezogenes Kunden- und Eigengeschäft)
- Corporate Center (zentrale Steuerungsfunktionen in der Konzernzentrale sowie sonstige Konzerneinheiten)
- Non-Core (Geschäftsbereiche, die aufgegeben bzw. reduziert werden: Asien, Polen, Slowenien, USA, Direktbank Zuno)

Die Details zur Einteilung der Segmente sind im Konzernabschluss im Kapitel Segmentberichterstattung dargestellt.

Details zur Segmentierung nach der Verschmelzung von RBI und RZB sind im Kapitel Verschmelzung zu finden.

Entwicklung der Segmente

Zentraleuropa

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	629	654	- 3,8%	160	147	8,6%
Provisionsüberschuss	383	388	- 1,3%	100	95	4,5%
Handelsergebnis	28	31	- 9,3%	10	5	85,9%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 24	- 25	- 4,6%	- 20	- 6	240,9%
Betriebserträge	1.016	1.048	- 3,0%	249	242	3,1%
Verwaltungsaufwendungen	- 643	- 636	1,2%	- 179	- 151	18,5%
Betriebsergebnis	373	412	- 9,5%	71	91	- 22,5%
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 38	- 133	- 71,3%	- 7	2	-
Übrige Ergebnisse	19	31	- 36,4%	- 14	0	-
Ergebnis vor Steuern	354	310	14,3%	49	93	- 47,3%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 64	- 66	- 3,5%	- 8	- 15	- 44,4%
Ergebnis nach Steuern	291	244	19,1%	41	78	- 47,8%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.564	12.910	5,1%	13.564	13.728	- 1,2%
Aktiva	29.492	26.878	9,7%	29.492	29.054	1,5%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,31%	2,67%	- 0,36 PP	2,26%	2,14%	0,12 PP
Return on Equity vor Steuern	19,1%	18,3%	0,8 PP	10,7%	20,8%	- 10,1 PP

In Zentraleuropa baute die RBI ihre Bilanzsumme durch eine Zunahme des Neugeschäfts vor allem in der Tschechischen Republik und der Slowakei aus. Ein zusätzlicher Anstieg (€ 669 Millionen) resultierte aus dem Erwerb des Privatkunden- und Kreditkartengeschäfts der tschechischen Citibank, das ein Retail-Kreditportfolio von € 201 Millionen beinhaltet. Das niedrige Zinsniveau belastete die Betriebserträge jedoch weiterhin. Geringere Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen in allen Ländern des Segments sowie die Erträge aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. sorgten jedoch für ein deutlich positiveres Ergebnis vor Steuern. Es stieg im Jahresvergleich um € 44 Millionen auf € 354 Millionen.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments sank im Jahresvergleich wegen des weiterhin niedrigen Marktzinnsniveaus um 4 Prozent oder € 25 Millionen auf € 629 Millionen. In der Slowakei betrug der Rückgang dabei € 23 Millionen. Die Hälfte des Rückgangs von € 14 Millionen in Ungarn ging auf höhere zinsähnliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beendigung einer konzerninternen Mezzaninfinanzierung zurück. Dem stand ein volumenbedingter Anstieg um € 12 Millionen in der Tschechischen Republik gegenüber. Aufgrund von Zinsanpassungen auf der Aktivseite nahm die Nettozinsspanne im Jahresvergleich um 36 Basispunkte auf 2,31 Prozent ab.

Der Provisionsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 5 Millionen auf € 383 Millionen. Hier sank das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr margenbedingt vorwiegend in der Tschechischen Republik sowie aufgrund von geänderten Regulierungen in der Slowakei um € 9 Millionen auf € 187 Millionen. Auch das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft reduzierte sich um 21 Prozent oder € 9 Millionen auf € 34 Millionen, zurückzuführen auf eine gesetzliche Einschränkung der Gebühren für vorzeitige Kreditrückzahlungen in der Slowakei sowie Ertragsrückgänge in Ungarn. Ebenso zeigte das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds einen Rückgang um € 6 Millionen auf € 15 Millionen, überwiegend hervorgerufen durch eine marktbedingte Abnahme in der Slowakei. Dagegen erhöhte sich das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft aufgrund verbesserter Margen vorrangig in der Tschechischen Republik um € 14 Millionen auf € 95 Millionen. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft stieg - in erster Linie aufgrund höherer Erträge in der Tschechischen Republik - ebenfalls um € 4 Millionen auf € 39 Millionen.

Das Handelsergebnis verringerte sich um 9 Prozent oder € 3 Millionen auf € 28 Millionen. Dabei nahm das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft im Jahresvergleich um € 6 Millionen auf € 3 Millionen ab, hervorgerufen durch Bewertungsverluste aus zinsbasierten Derivaten in der Tschechischen Republik. Dagegen verbesserte sich das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft im Jahresvergleich um € 2 Millionen auf € 26 Millionen, überwiegend bedingt durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Fremdwährungspositionen in der Tschechischen Republik und der Slowakei.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich geringfügig von minus € 25 Millionen auf minus € 24 Millionen. Ein höherer Aufwand für die Dotierung sonstiger Rückstellungen in der Slowakei wurde hier durch niedrigere sonstige betriebliche Aufwendungen in allen Ländern des Segments beinahe zur Gänze kompensiert.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent oder € 7 Millionen auf € 643 Millionen. Dabei stiegen die Personalaufwendungen um 13 Prozent oder € 36 Millionen auf € 318 Millionen, bedingt durch den Erwerb des Privatkunden- und Kreditkartengeschäfts der tschechischen Citibank sowie den Ausbau eines Call Centers in der Slowakei. Der Sachaufwand sank hingegen um 6 Prozent oder € 15 Millionen auf € 250 Millionen. Dieser Rückgang resultierte überwiegend aus geringerem Raumaufwand vor allem in Ungarn – im Zusammenhang mit der Schließung von Filialen waren hier im Vorjahr Rückstellungen gebildet worden – und niedrigeren Beiträgen zur Einlagensicherung, während die Kommunikations- und die IT-Aufwendungen zunahmen. Die Beiträge zu den Bankenabwicklungsfonds in der Tschechischen Republik (€ 7 Millionen), der Slowakei (€ 6 Millionen) und Ungarn (€ 3 Millionen) stiegen im Jahresabstand um € 5 Millionen. Umgekehrt gingen die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte um 15 Prozent oder € 14 Millionen auf € 75 Millionen zurück, nachdem es in der Vergleichsperiode zu einer Wertminderung im Zusammenhang mit Filialschließungen und zu einer Wertminderung von Software in Ungarn gekommen war. Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments stieg im Jahresabstand um 15 auf 410, zum überwiegenden Teil zurückzuführen auf Zugänge in der Tschechischen Republik. Die Cost/Income Ratio erhöhte sich um 2,6 Prozentpunkte auf 63,3 Prozent.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Im Berichtsjahr fielen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen im Segment Zentraleuropa mit € 38 Millionen um 71 Prozent oder € 95 Millionen geringer aus als im Vorjahr. Dabei sanken die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen um € 79 Millionen auf € 38 Millionen, die Nettodotierungen zu Portfolio-Wertberichtigungen verringerten sich um € 14 Millionen auf € 2 Millionen. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung war Ungarn, wo sich im Berichtsjahr eine Nettoauflösung von € 7 Millionen ergab. Der damit verzeichnete Rückgang um € 63 Millionen resultierte vor allem aus dem Verkauf von notleidenden, mit Immobilien besicherten Krediten sowie aus Ratingverbesserungen und geringeren Ausfällen im Firmenkundenbereich. In der Slowakei gingen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 23 Millionen auf € 13 Millionen zurück, hervorgerufen durch Kreditverkäufe und Rückzahlungen im Firmenkundenbereich. In der Tschechischen Republik lag der Wertberichtigungsbedarf für Kredite mit € 32 Millionen um € 9 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Deutlich niedrigeren Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden aufgrund neuer Ausfallwahrscheinlichkeitsraten, die bereits im Vorjahr implementiert worden waren, verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie Kreditverkäufen standen hier höhere Einzelwertberichtigungen wegen einiger Ausfälle bei Großkunden gegenüber.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten reduzierte sich um € 254 Millionen auf € 1.077 Millionen. Dies war vor allem auf einen Rückgang der Bestände in Ungarn um € 249 Millionen infolge von Kreditverkäufen zurückzuführen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments sank im Jahresvergleich um 1,6 Prozentpunkte auf 5,5 Prozent, die NPL Coverage Ratio verringerte sich um 4,3 Prozentpunkte auf 71,0 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments Zentraleuropa gingen gegenüber dem Vorjahr um € 11 Millionen auf € 19 Millionen zurück.

In Ungarn war es im Zusammenhang mit der Durchführung des Settlement Act (einseitige Zinsänderungen bei Konsumentenkrediten) im Vorjahr zu einer Auflösung der dafür gebildeten Rückstellung in Höhe von € 67 Millionen gekommen. In der Berichtsperiode wurden weitere € 7 Millionen aufgelöst.

Die im übrigen Ergebnis enthaltenen Bankenabgaben nahmen um € 3 Millionen auf € 38 Millionen zu. Dieser Anstieg entfiel jeweils zur Hälfte auf Ungarn und die Slowakei.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen erhöhte sich im Jahresvergleich um € 51 Millionen auf € 47 Millionen. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war der im Juni abgeschlossene Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc., der einen Erlös von € 56 Millionen brachte. Davon entfielen auf die Slowakei € 30 Millionen, auf die Tschechische Republik € 19 Millionen und auf Ungarn € 6 Millionen. Dem stand ein um € 6 Millionen höherer Wertberichtigungsbedarf auf Unternehmensanteile gegenüber, der überwiegend ungarische Beteiligungen betraf.

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen belief sich im Berichtszeitraum auf € 7 Millionen (2015: € 6 Millionen) und resultierte vorwiegend aus dem Verkauf eines Immobilienleasing-Projekts in der Tschechischen Republik.

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten blieb im Berichtsjahr mit minus € 3 Millionen unverändert und beruhte auf Absicherungsgeschäften zur Anpassung der Währungs- und Zinsstruktur.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag des Segments lagen mit € 64 Millionen leicht unter dem Vorjahreswert, die effektive Steuerquote betrug im Berichtsjahr 18 Prozent nach 21 Prozent im Vorjahr. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Nutzung von steuerlichen Verlustvorträgen in Ungarn zurückzuführen.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

2016 in € Millionen	Slowakei	Tschechische Republik	Ungarn
Zinsüberschuss	275	247	107
Provisionsüberschuss	151	111	122
Handelsergebnis	6	8	14
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	-5	14	-33
Betriebserträge	427	380	210
Verwaltungsaufwendungen	-256	-236	-151
Betriebsergebnis	170	144	59
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-13	-32	7
Übrige Ergebnisse	9	24	-13
Ergebnis vor Steuern	166	136	52
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-37	-27	0
Ergebnis nach Steuern	129	109	53
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	5.024	4.942	3.597
Aktiva	11.388	11.966	6.606
Forderungen an Kunden	8.577	8.075	3.107
davon Corporate %	44,0%	43,7%	67,3%
davon Retail %	55,9%	55,8%	30,9%
davon in Fremdwährung %	0,8%	17,1%	43,1%
Verbindlichkeiten an Kunden	8.981	8.415	4.474
Loan/Deposit Ratio (netto)	93,2%	93,1%	61,6%
Eigenkapital	996	979	587
Return on Equity vor Steuern	17,5%	14,8%	10,3%
Return on Equity nach Steuern	13,6%	11,9%	10,3%
Cost/Income Ratio	60,1%	62,1%	72,0%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,52%	2,36%	1,78%
Mitarbeiter zum Stichtag	3.910	3.158	1.983
Geschäftsstellen	196	142	72
Kunden	851.746	613.901	540.189

Südosteuropa

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	738	780	- 5,4%	184	183	0,5%
Provisionsüberschuss	390	380	2,7%	100	102	- 2,5%
Handelsergebnis	54	50	7,2%	9	14	- 33,7%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	21	3	>500,0%	7	11	- 37,4%
Betriebserträge	1.203	1.214	- 0,9%	299	310	- 3,4%
Verwaltungsaufwendungen	- 674	- 681	- 1,0%	- 179	- 161	10,8%
Betriebsergebnis	529	533	- 0,8%	120	148	- 18,8%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 175	- 191	- 8,4%	- 77	- 26	203,0%
Übrige Ergebnisse	8	- 82	-	11	0	-
Ergebnis vor Steuern	363	260	39,4%	54	123	- 55,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 62	- 33	89,4%	- 15	- 18	- 17,2%
Ergebnis nach Steuern	301	227	32,2%	39	104	- 62,5%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	14.203	13.968	1,7%	14.203	14.253	- 0,4%
Aktiva	22.694	22.120	2,6%	22.694	22.182	2,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,55%	3,84%	- 0,29 PP	3,46%	3,51%	- 0,05 PP
Return on Equity vor Steuern	18,5%	15,0%	3,6 PP	11,2%	25,9%	- 14,7 PP

Die im Segment Südosteuropa verzeichnete Ergebnisverbesserung beruht überwiegend auf Verkaufserlösen aus Visa-Aktien (€ 38 Millionen) und einer Reduktion der bankgeschäftlichen Belastungen aus staatlichen Maßnahmen um € 50 Millionen. Im Berichtsjahr ergaben sich in Rumänien Aufwendungen von € 27 Millionen aufgrund eines neuen Hypothekarkreditgesetzes, während in der Vorjahresperiode Aufwendungen von € 77 Millionen im Zusammenhang mit der Konvertierung von Schweizer-Franken-Krediten in Kroatien verbucht worden waren.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss nahm im Jahresvergleich um 5 Prozent oder € 42 Millionen auf € 738 Millionen ab. Dabei waren in allen Ländern des Segments mit Ausnahme von Bosnien und Herzegowina Einbußen zu verzeichnen, die hauptsächlich auf das anhaltend niedrige Zinsniveau zurückgingen. Die größte Reduktion verzeichnete mit minus € 14 Millionen Albanien, wo sich rückläufige Kreditvolumina zusätzlich dämpfend auswirkten. Auch in Kroatien resultierte der um € 10 Millionen niedrigere Zinsüberschuss aus einer Abnahme der zinstragenden Aktiva. Das niedrigere Marktzinssniveau führte in Rumänien zu einem Rückgang des Zinsüberschusses um € 5 Millionen und in Serbien zu einer Reduktion um € 8 Millionen. Die Nettozinsspanne des Segments nahm letztlich um 29 Basispunkte auf 3,55 Prozent ab.

Der Provisionsüberschuss legte hingegen im Jahresvergleich um 3 Prozent oder € 10 Millionen auf € 390 Millionen zu. Dabei wuchs das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr aufgrund höherer Erträge aus dem Kreditkartengeschäft primär in Rumänien, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien um € 9 Millionen auf € 209 Millionen. Das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft stieg ebenfalls um € 4 Millionen auf € 85 Millionen, hauptsächlich aufgrund höherer Volumina in Rumänien und Kroatien, und auch das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten erhöhte sich vorrangig in Rumänien um € 2 Millionen auf € 22 Millionen. Dagegen reduzierte sich das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft durch geringere Erträge vorwiegend in Rumänien um € 4 Millionen.

Das Handelsergebnis nahm in Südosteuropa im Jahresvergleich um 7 Prozent oder € 4 Millionen auf € 54 Millionen zu. Hauptverantwortlich für die dabei im währungsbezogenen Geschäft verzeichnete Zunahme um € 4 Millionen auf € 34 Millionen waren Bewertungsgewinne aus Fremdwährungspositionen überwiegend in Kroatien, während Serbien und Albanien hier Bewertungsverluste verzeichneten. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft blieb nahezu unverändert.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich um € 17 Millionen auf € 21 Millionen, hauptsächlich bedingt durch ein um € 20 Millionen höheres Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen (plus € 13 Millionen in Rumänien aufgrund von Rückstellungen für Rechtsfälle 2015).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen gingen im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 7 Millionen auf € 674 Millionen zurück. Die Personalaufwendungen blieben dabei nahezu unverändert bei € 301 Millionen. Gestiegenen Personalaufwendungen in Bulgarien und Albanien stand hier ein Rückgang in Bosnien und Herzegowina gegenüber. Die Sachaufwendungen des Segments sanken um € 6 Millionen auf € 299 Millionen. Dieser Rückgang wurde vor allem durch geringere Beträge zur Einlagensicherung in Rumänien und Bulgarien hervorgerufen. Hingegen stiegen die Werbe- und Repräsentationsaufwendungen, die Rechts- und Beratungsaufwendungen und die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte nahmen hauptsächlich aufgrund geringerer Abschreibungen auf Sachanlagen in Serbien um € 1 Million ab. Die Cost/Income Ratio blieb nahezu unverändert bei 56,0 Prozent.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen fielen mit € 175 Millionen um 8 Prozent oder € 16 Millionen geringer aus als im Vorjahr. Dabei reduzierten sich die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen um € 40 Millionen auf € 149 Millionen, während jene für Portfolio-Wertberichtigungen um € 25 Millionen auf € 27 Millionen anstiegen. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der Einzelwertberichtigungen waren Kreditverkäufe, während aus der Umstellung auf die PD/LGD-basierte Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden bei weiteren Konzerneinheiten ein negativer Effekt entstand.

Die größten Rückgänge wurden bei den Nettodotierungen in Bulgarien, Kroatien und Serbien verzeichnet: In Bulgarien ergab sich eine Nettoauflösung von € 1 Million, nachdem im Vorjahr Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen von € 32 Millionen angefallen waren. Für diesen Rückgang waren vor allem Kreditverkäufe sowie niedrigere Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden durch bereits im Vorjahr implementierte Ausfallwahrscheinlichkeiten verantwortlich. In Kroatien ergaben sich mit € 22 Millionen um € 14 Millionen geringere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen. Der erzielte Rückgang resultierte aus Kreditverkäufen und der Auflösung von Vorsorgen für Hypothekarkredite, die im Zusammenhang mit der Konvertierung von Schweizer-Franken-Krediten gebildet worden waren. Dem stand ein negativer Effekt von € 15 Millionen aus der Umstellung auf die PD/LGD-basierte Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden gegenüber. In Serbien kam es nach Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen von € 8 Millionen im Vorjahr im Berichtsjahr zu einer Nettoauflösung von € 6 Millionen. Verantwortlich dafür zeichnete die verbesserte Risikosituation im Firmenkundenbereich, während die Einführung von neuen Ausfallwahrscheinlichkeiten im Berichtsjahr zu einer Belastung von € 6 Millionen führte. In Rumänien beliefen sich die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen auf € 77 Millionen und lagen damit um € 4 Millionen über dem Vorjahreswert. Ein positiver Effekt resultierte hier aus der Verbesserung des Risikoprofils bei Firmen- und Retail-Kunden, während die Umstellung auf die PD/LGD-basierte Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden einen Anstieg der Nettodotierungen von € 18 Millionen bewirkte. In Albanien kam es zu einem Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 34 Millionen auf € 65 Millionen, hervorgerufen vor allem durch Ausfälle bei einigen Großkunden, die Neubewertung von Sicherheiten (negativer Effekt von € 7 Millionen) und die PD/LGD-basierte Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden (negativer Effekt von € 6 Millionen).

Der Stand der notleidenden Kundenkredite ging seit Jahresbeginn um € 166 Millionen auf € 1.421 Millionen zurück. Die größten Rückgänge wurden dabei in Bulgarien (Rückgang um € 77 Millionen) und Kroatien (Rückgang um € 72 Millionen) verzeichnet. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments sank um 1,6 Prozentpunkte auf 10,5 Prozent, die NPL Coverage Ratio stieg um 8,1 Prozentpunkte auf 79,7 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments verbesserten sich um € 91 Millionen auf € 8 Millionen. Dabei stieg das Ergebnis aus Finanzinvestitionen im Jahresvergleich um € 41 Millionen auf € 46 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die in der Berichtsperiode erzielten Erträge in Höhe von € 38 Millionen aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. (davon in Rumänien € 21 Millionen, in Kroatien € 10 Millionen und in Bulgarien € 7 Millionen) sowie um € 6 Millionen höhere Bewertungsgewinne aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands überwiegend in Rumänien und Kroatien.

Im zweiten Quartal 2016 trat in Rumänien das sogenannte „Walkaway Law“ in Kraft und führte in der Berichtsperiode zu einer Belastung in Höhe von € 27 Millionen. Das neue Hypothekarkreditgesetz besagt, dass Kreditnehmer ihre Immobilien an die Banken überschreiben und auf diese Weise ihre Schuld tilgen können, auch wenn das aushaftende Kreditvolumen den Immobilienwert übersteigt. Das Gesetz bezieht sich währungsunabhängig auf bestimmte von Privatpersonen aufgenommene Hypothekarkredite und ist rückwirkend anwendbar. Da dies aus Sicht des Konzerns gegen die rumänische Verfassung verstößt, wurden entsprechende Verfahren eingeleitet. Das rumänische Verfassungsgericht hob im Oktober 2016 auch bereits Teile des Gesetzes wieder auf. Aufgrund dieser Entscheidung wurden im vierten Quartal € 12 Millionen der ursprünglich gebildeten Vorsorgen in Höhe von € 43 Millionen wieder aufgelöst. Im dritten Quartal beliefen sich die Auflösungen auf € 3 Millionen.

In Kroatien waren in der Vorjahresperiode Aufwendungen für staatliche Maßnahmen in Höhe von € 77 Millionen verbucht worden, während in der Berichtsperiode lediglich ein Aufwand von € 10 Millionen im Zusammenhang mit der Konvertierung von Schweizer-Franken-Krediten entstand. Auch in diesem Fall wurde gegen das Gesetz im Rahmen von Investitionsschutzabkommen Einspruch erhoben, eine Entscheidung dazu steht noch aus.

Der Steueraufwand des Segments stieg im Jahresvergleich um € 29 Millionen auf € 62 Millionen, die effektive Steuerquote erhöhte sich um 5 Prozentpunkte auf 17 Prozent. Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aus der Nutzung von Verlustvorträgen in Kroatien. Hier erhöhte sich der Steueraufwand um € 21 Millionen auf € 19 Millionen, die effektive Steuerquote betrug 24 Prozent. In Bulgarien verdoppelte sich der Steueraufwand ergebnisbedingt auf € 7 Millionen, die effektive Steuerquote blieb nahezu unverändert bei 9 Prozent.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

2016 in € Millionen	Albanien	Bosnien und Herzegowina	Bulgarien
Zinsüberschuss	56	67	112
Provisionsüberschuss	13	38	42
Handelsergebnis	12	2	2
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 3	0	0
Betriebserträge	78	106	156
Verwaltungsaufwendungen	- 47	- 58	- 86
Betriebsergebnis	31	49	71
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 65	- 13	1
Übrige Ergebnisse	2	- 1	7
Ergebnis vor Steuern	- 32	35	78
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	- 6	- 7
Ergebnis nach Steuern	- 33	29	71
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	1.584	1.559	1.728
Aktiva	2.002	2.057	3.350
Forderungen an Kunden	815	1.188	2.166
davon Corporate %	61,1%	31,2%	42,1%
davon Retail %	38,9%	68,0%	57,5%
davon in Fremdwährung %	56,4%	63,8%	48,9%
Verbindlichkeiten an Kunden	1.694	1.646	2.426
Loan/Deposit Ratio (netto)	39,5%	67,5%	83,9%
Eigenkapital	191	264	487
Return on Equity vor Steuern	-	13,8%	17,0%
Return on Equity nach Steuern	-	11,5%	15,4%
Cost/Income Ratio	60,1%	54,2%	54,9%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,03%	3,55%	3,41%
Mitarbeiter zum Stichtag	1.291	1.268	2.569
Geschäftsstellen	81	98	138
Kunden	751.313	454.454	641.126

2016 in € Millionen	Kosovo	Kroatien	Rumänien	Serbien
Zinsüberschuss	38	126	259	80
Provisionsüberschuss	10	66	185	38
Handelsergebnis	1	18	17	3
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	1	15	2	6
Betriebserträge	49	224	463	126
Verwaltungsaufwendungen	-26	-131	-254	-73
Betriebsergebnis	23	94	209	53
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-3	-22	-77	6
Übrige Ergebnisse	0	6	-6	0
Ergebnis vor Steuern	20	78	125	59
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2	-19	-21	-6
Ergebnis nach Steuern	17	59	104	52
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	533	2.872	4.335	1.593
Aktiva	896	4.689	7.605	2.097
Forderungen an Kunden	533	2.807	4.825	1.151
davon Corporate %	37,1%	41,4%	34,3%	51,0%
davon Retail %	62,9%	56,8%	63,6%	48,8%
davon in Fremdwährung %	0,0%	55,3%	39,3%	61,0%
Verbindlichkeiten an Kunden	725	3.283	5.797	1.578
Loan/Deposit Ratio (netto)	70,9%	74,9%	76,9%	66,8%
Eigenkapital	124	671	771	471
Return on Equity vor Steuern	17,7%	12,5%	17,1%	12,9%
Return on Equity nach Steuern	15,6%	9,5%	14,3%	11,5%
Cost/Income Ratio	53,1%	58,2%	54,9%	58,0%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,38%	3,14%	3,71%	4,17%
Mitarbeiter zum Stichtag	731	2.128	5.322	1.522
Geschäftsstellen	52	78	480	87
Kunden	312.842	449.960	2.110.244	704.974

Osteuropa

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	866	949	-8,7%	229	219	5,0%
Provisionsüberschuss	391	404	-3,1%	113	99	13,8%
Handelsergebnis	64	31	110,6%	16	14	16,2%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	-7	-22	-67,4%	-2	-1	45,4%
Betriebserträge	1.315	1.361	-3,4%	357	331	7,9%
Verwaltungsaufwendungen	-519	-563	-7,9%	-162	-122	33,2%
Betriebsergebnis	796	798	-0,2%	195	209	-6,8%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-163	-422	-61,2%	-71	-13	442,1%
Übrige Ergebnisse	17	173	-90,4%	3	2	90,9%
Ergebnis vor Steuern	649	550	18,2%	127	198	-35,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-126	-128	-1,5%	-16	-42	-61,3%
Ergebnis nach Steuern	524	422	24,1%	111	156	-28,6%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	11.536	11.642	-0,9%	11.536	11.483	0,5%
Aktiva	15.291	14.179	7,8%	15.291	14.589	4,8%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	6,60%	6,14%	0,46 PP	6,64%	6,62%	0,02 PP
Return on Equity vor Steuern	41,3%	33,5%	7,8 PP	32,4%	49,6%	-17,2 PP

Das Segment Osteuropa war in der Berichtsperiode wie schon 2015 von hoher Währungsvolatilität beeinflusst. So lagen die Durchschnittskurse des russischen Rubels, der ukrainischen Hryvna und des belarussischen Rubels um 7 Prozent, 15 Prozent bzw. 20 Prozent unter den Vergleichswerten des Vorjahres. Mit 1. Juli 2016 trat in Belarus eine Währungsreform in Kraft, im Zuge derer der neue belarussische Rubel (BYN) den alten belarussischen Rubel (BYR) im Austauschverhältnis 1:10.000 ersetzte. In der Ukraine erhöhte sich das Handelsergebnis aufgrund der im Vergleich zur Vorjahresperiode geringeren Abwertung der ukrainischen Hryvna sowie einer Verbesserung des Ergebnisses aus Fremdwährungspositionen um € 85 Millionen. Ebenso kam es bei den Risikovorsorgen durch die Verbesserung der Risikosituation zu Auflösungen, nachdem in der Vergleichsperiode aufgrund der politischen Situation in der Donbass-Region noch sehr hohe Risikovorsorgen notwendig gewesen waren. Daher verbesserte sich das Ergebnis vor Steuern in der Ukraine um € 241 Millionen auf € 150 Millionen. Russland dagegen verzeichnete ein um 16 Prozent niedrigeres Ergebnis vor Steuern. Ein volumen- und margenbedingter Rückgang des Zinsüberschusses wurde hier durch geringere Verwaltungsaufwendungen sowie Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahezu ausgeglichen, jedoch war hier 2015 durch den Verkauf des russischen Pensionsfonds ZAO NPF Raiffeisen zusätzlich ein Endkonsolidierungsgewinn von € 86 Millionen erzielt worden. In Belarus reduzierte sich das Ergebnis im Jahresvergleich aufgrund eines im Vorjahr erzielten Bewertungsergebnisses aus einer Fremdwährungsposition sowie eines geringeren Eigenhandelsergebnisses.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss des Segments sank im Jahresvergleich um 9 Prozent oder € 82 Millionen auf € 866 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Rückgang des Zinsüberschusses in Russland um 12 Prozent oder € 80 Millionen auf € 567 Millionen, der neben Fremdwährungseffekten vor allem aus einer Abnahme der Zinserträge aus zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten um € 175 Millionen resultierte. Diese wiederum war eine Folge des niedrigeren Zinsniveaus im Jahr 2016 (die Interbankenzinssätze waren in Russland im ersten Halbjahr 2015 außerordentlich hoch gewesen) sowie eines geringeren Volumens an US-Dollar-Swaps. Zudem ergaben sich volumenbedingt geringere Zinserträge aus Forderungen an Kunden. Dagegen brachte das Neugeschäft im Retail-Bereich speziell durch Fokussierung auf lokale Währungen margenbedingt deutliche Zuwächse. Der in der Ukraine verzeichnete Rückgang des Zinsüberschusses um 3 Prozent oder € 5 Millionen auf € 171 Millionen ist zur Gänze durch die Währungsentwicklung bedingt, in lokaler Währung wurde ein Anstieg um 14 Prozent erzielt. In Belarus stieg der Zinsüberschuss aufgrund von Währungsabwertungen trotz verbesserter Margen nur um € 3 Millionen auf € 128 Millionen. Die Nettozinsspanne des Segments verbesserte sich im Jahresvergleich um 46 Basispunkte auf 6,60 Prozent.

Der Provisionsüberschuss verzeichnete im Jahresvergleich einen Rückgang um 3 Prozent oder € 12 Millionen auf € 391 Millionen. Dabei reduzierte sich das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft - vor allem durch die Wechselkursentwicklung sowie geringere Volumina und Margen in Belarus und Russland - um 7 Prozent oder € 8 Millionen auf € 108 Millionen.

Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft nahm ebenfalls – primär wechselkursbedingt in der Ukraine sowie in Belarus – um € 2 Millionen auf € 56 Millionen ab.

Das Handelsergebnis erhöhte sich von € 31 Millionen in der Vergleichsperiode auf € 64 Millionen. Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft verbesserte sich dabei um € 30 Millionen auf € 52 Millionen. Hier erzielte besonders die Ukraine aufgrund der geringeren Abwertung der Hryvna sowie aus Fremdwährungspositionen einen deutlichen Zuwachs von € 81 Millionen. Ebenso stieg das Ergebnis in Russland durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und die günstigere Entwicklung von Fremdwährungspositionen. Einen Rückgang verzeichnete hingegen Belarus durch die Beendigung einer strategischen Währungsposition, die im Vorjahr noch zu einem Bewertungsgewinn von € 34 Millionen geführt hatte, sowie durch ein bewertungs- und volumenbedingt geringeres Ergebnis aus offenen Devisenpositionen. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft nahm um € 3 Millionen auf € 12 Millionen zu, hervorgerufen durch Bewertungsgewinne aus Wertpapierpositionen in der Ukraine.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich im Jahresvergleich um € 15 Millionen auf minus € 7 Millionen, hauptsächlich bedingt durch einen nach Filialschließungen im Vorjahr um € 12 Millionen geringeren Aufwand für sonstige Rückstellungen in Russland.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments verminderten sich im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 44 Millionen auf € 519 Millionen. Diese Reduktion betraf zum überwiegenden Teil Russland und die Ukraine und war vor allem durch die Abwertung des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna begründet. Der bei den Personalaufwendungen verzeichnete Rückgang um € 16 Millionen basierte neben den Währungsabwertungen auf einer gesunkenen Mitarbeiteranzahl. Aufgrund niedrigerer Rechts- und Beratungs- sowie Raumaufwendungen verminderte sich auch der Sachaufwand um € 24 Millionen. Die Anzahl der Geschäftsstellen des Segments ging um 91 auf 771 zurück. 80 davon entfielen auf die Ukraine. Die Abschreibungen nahmen um € 4 Millionen ab, nachdem es im Vorjahr zu Wertminderungen auf Gebäude in der Ukraine gekommen war. Die Cost/Income Ratio verbesserte sich um 1,9 Prozentpunkte auf 39,5 Prozent.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um 61 Prozent oder € 258 Millionen auf € 163 Millionen zurück. Dabei fielen in der Ukraine die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 214 Millionen geringer aus, im Berichtsjahr kam es somit zu einer Nettoauflösung von € 2 Millionen. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass sich im Vorjahr aufgrund der wirtschaftlichen Situation in der Donbass-Region und der Währungsentwicklung ein hoher Vorsorgebedarf für Forderungen an Retail- und Firmenkunden ergeben hatte. Überdies reduzierten Umstrukturierungen und Kreditverkäufe die Risikokosten. Auch in Russland verbesserte sich die Kreditrisikosituation bei Retail- und Firmenkunden. Hier gingen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 36 Millionen auf € 145 Millionen zurück. In Belarus sank der Wertberichtigungsbedarf um € 6 Millionen auf € 20 Millionen, hervorgerufen durch einen Rückgang des Kreditvolumens an Firmenkunden.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten in Osteuropa sank seit Jahresbeginn um € 326 Millionen auf € 1.576 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang sogar bei € 403 Millionen. Die größte Reduktion wurde dabei in der Ukraine (Rückgang um € 299 Millionen) verzeichnet. In Russland lag der Rückgang bei € 152 Millionen, in Belarus war hingegen eine Zunahme um € 47 Millionen zu verzeichnen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments verringerte sich im Jahresabstand um 4,2 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent. Die NPL Coverage Ratio ging um 0,6 Prozentpunkte auf 85,7 Prozent zurück.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments sanken im Jahresvergleich um € 156 Millionen auf € 17 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren die Ergebnisse aus Endkonsolidierungen und Finanzinvestitionen, die um € 85 Millionen bzw. € 79 Millionen zurückgingen. Im Vorjahr war hier aus der Endkonsolidierung des russischen Pensionsfonds infolge Verkaufs ein Ergebnis von € 86 Millionen erzielt worden, im Berichtsjahr lag das Ergebnis bei € 1 Million. Der im Ergebnis aus Finanzinvestitionen verzeichnete Rückgang auf € 11 Millionen resultierte vor allem aus niedrigeren Bewertungsgewinnen auf Wertpapiere des Fair-Value-Bestands, vorwiegend festverzinsliche Staatsanleihen in der Ukraine und Anleihen in Russland. Hingegen stieg das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten im Berichtsjahr um € 7 Millionen auf € 4 Millionen, hervorgerufen durch die Bewertung von Zinsswaps zur Reduktion des Zinsstrukturrisikos sowie die Marktwertänderungen von Bankbuchderivaten vor allem in Russland.

Der Steueraufwand ging auf € 126 Millionen geringfügig zurück. In der Ukraine stieg der Steueraufwand infolge des erzielten Turnarounds dabei um € 22 Millionen, in Belarus und Russland verringerte er sich hingegen ergebnisbedingt um € 15 Millionen bzw. € 9 Millionen. Die effektive Steuerquote betrug 19 Prozent nach 23 Prozent im Vorjahr.

Nachfolgend die Detailergebnisse der einzelnen Länder:

2016 in € Millionen	Belarus	Russland	Ukraine
Zinsüberschuss	128	567	171
Provisionsüberschuss	51	259	81
Handelsergebnis	7	47	11
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	-2	-3	-2
Betriebserträge	185	869	261
Verwaltungsaufwendungen	-70	-326	-123
Betriebsergebnis	115	543	138
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-20	-145	2
Übrige Ergebnisse	0	6	10
Ergebnis vor Steuern	95	404	150
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-23	-88	-15
Ergebnis nach Steuern	72	316	135
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	1.399	8.294	1.836
Aktiva	1.524	11.768	1.999
Forderungen an Kunden	999	7.821	1.894
davon Corporate %	73,6%	60,1%	59,4%
davon Retail %	26,4%	39,9%	40,6%
davon in Fremdwährung %	68,7%	37,8%	49,2%
Verbindlichkeiten an Kunden	904	8.509	1.535
Loan/Deposit Ratio (netto)	103,4%	86,9%	63,5%
Eigenkapital	369	1.834	311
Return on Equity vor Steuern	34,1%	30,9%	74,8%
Return on Equity nach Steuern	25,9%	24,2%	67,3%
Cost/Income Ratio	37,8%	37,5%	47,1%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	9,57%	5,64%	9,87%
Mitarbeiter zum Stichtag	2.005	7.742	8.073
Geschäftsstellen	91	181	498
Kunden	762.782	2.364.821	2.536.828

Group Corporates

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	313	326	-4,0%	90	72	24,1%
Provisionsüberschuss	60	74	-19,1%	17	14	25,8%
Handelsergebnis	8	1	>500,0%	1	2	-17,1%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	2	1	82,4%	0	0	0,4%
Betriebsserträge	382	402	-4,9%	109	89	23,4%
Verwaltungsaufwendungen	-153	-143	7,1%	-38	-40	-4,2%
Betriebsergebnis	229	259	-11,5%	71	49	45,9%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-74	-141	-47,2%	-18	6	-
Übrige Ergebnisse	-4	-15	-71,5%	-3	-1	208,1%
Ergebnis vor Steuern	150	103	46,6%	50	54	-7,1%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-37	-25	43,7%	-12	-13	-4,7%
Ergebnis nach Steuern	114	77	47,5%	37	41	-7,8%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	9.208	8.590	7,2%	9.208	8.922	3,2%
Aktiva	15.201	13.873	9,6%	15.201	14.822	2,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,16%	2,08%	0,08 PP	2,42%	1,99%	0,43 PP
Return on Equity vor Steuern	12,6%	9,3%	3,2 PP	17,0%	18,9%	-1,9 PP

Das Vorsteuerergebnis des Segments Group Corporates verbesserte sich überwiegend dank niedrigerer Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen, nachdem im Vorjahr hohe Wertberichtigungen auf Forderungen an Großkunden vor allem in der ukrainischen Donbass-Region erforderlich geworden waren. Dem standen rückläufige Betriebsserträge und höhere Verwaltungsaufwendungen gegenüber.

Betriebsserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 4 Prozent oder € 13 Millionen auf € 313 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren geringere Kreditvolumina sowie rückläufige Margen im Firmenkundengeschäft (von Wien aus betreute österreichische und multinationale Firmenkunden). Zudem kam es zu einem Rückgang der zinsähnlichen Sondererträge, nachdem in der Vorjahresperiode außerordentlich hohe zinsähnliche Erträge, insbesondere solche aus Immobilienfinanzierungen, erzielt worden waren. Die Nettozinsspanne des Segments erhöhte sich um 8 Basispunkte auf 2,16 Prozent.

Der Provisionsüberschuss verringerte sich um 19 Prozent oder € 14 Millionen auf € 60 Millionen. Geringere Provisionserträge aus Export- und Investmentfinanzierungen, Liquiditätsmanagement-Dienstleistungen und dem Anleihenhandel sowie eine Umschichtung von Ergebnisbestandteilen aus dem Provisionsüberschuss in das Handelsergebnis wurden durch ein höheres Provisionsergebnis aus Anleiheemissionen teilweise kompensiert.

Der im Handelsergebnis verzeichnete Anstieg um € 7 Millionen stammte aus der oben erwähnten Umschichtung.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 7 Prozent oder € 10 Millionen auf € 153 Millionen. Verantwortlich für diesen Anstieg waren vor allem die Sachaufwendungen, die sich aufgrund der anteiligen Allokation des Beitrags zum Bankenabwicklungsfonds auch auf dieses Segment erhöhten. Die Cost/Income Ratio nahm um 4,5 Prozentpunkte auf 40,0 Prozent zu.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um 47 Prozent oder € 66 Millionen auf € 74 Millionen zurück. Im Vorjahr waren die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Großkunden, speziell in der Donbass-Region, deutlich höher ausgefallen. Durch Kreditverkäufe sank der Bestand an notleidenden Kundenkrediten währungsbereinigt um € 587 Millionen auf € 688 Millionen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des

Segments ging um 4,7 Prozentpunkte auf 4,6 Prozent zurück. Die NPL Coverage Ratio stieg um 9,2 Prozentpunkte auf 65,9 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse verbesserten sich um € 11 Millionen auf minus € 4 Millionen. Dies resultierte vor allem aus einem Anstieg der Erträge aus Finanzinvestitionen um € 16 Millionen, der überwiegend aus einer Immobilientransaktion stammte. Dem standen um € 5 Millionen höhere Aufwendungen für Bankenabgaben (€ 20 Millionen) gegenüber.

Der Steueraufwand des Segments stieg ergebnisbedingt um 44 Prozent oder € 11 Millionen auf € 37 Millionen.

Group Markets

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	62	74	- 15,9%	17	16	5,6%
Provisionsüberschuss	113	122	- 7,3%	30	27	11,1%
Handelsergebnis	122	78	56,4%	35	32	9,8%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	9	14	- 34,1%	2	2	- 0,7%
Betriebserträge	307	288	6,5%	84	77	9,1%
Verwaltungsaufwendungen	- 211	- 216	- 2,0%	- 53	- 54	- 1,5%
Betriebsergebnis	95	72	31,7%	31	23	33,5%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 34	7	-	- 7	- 33	- 79,0%
Übrige Ergebnisse	6	15	- 61,9%	- 6	- 3	149,5%
Ergebnis vor Steuern	67	94	- 29,1%	18	- 12	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 15	- 23	- 32,3%	- 4	4	-
Ergebnis nach Steuern	51	72	- 28,1%	14	- 8	-
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	3.211	3.781	- 15,1%	3.211	3.249	- 1,2%
Aktiva	12.149	13.461	- 9,7%	12.149	14.027	- 13,4%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	0,60%	0,77%	- 0,17 PP	0,69%	0,58%	0,11 PP
Return on Equity vor Steuern	13,4%	17,2%	- 3,7 PP	14,3%	-	-

Im Segment Group Markets wurde ein Ergebnismrückgang vor Steuern von 29 Prozent verzeichnet. Er beruhte vor allem auf höheren Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen. Hingegen zeigte das Betriebsergebnis einen Anstieg um 32 Prozent, hervorgerufen durch ein volumenbedingt verbessertes Handelsergebnis.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 16 Prozent oder € 12 Millionen auf € 62 Millionen. Belastend wirkten hier die bestehende Überliquidität im Markt und die damit einhergehende niedrigere Kreditnachfrage. Zudem kam es durch den Abbau eines Wertpapierportfolios im Bankbuch volumenbedingt zu geringeren Zinserträgen aus Krediten und Wertpapieren. Die Nettozinsspanne reduzierte sich um 17 Basispunkte auf 0,60 Prozent.

Der Provisionsüberschuss nahm im Jahresvergleich um € 9 Millionen auf € 113 Millionen ab. Höheren Erträgen aus dem Cash Management standen ein Ergebnismrückgang im Investment Banking aufgrund geringerer Anleiheemissionen, ein volumen- und margenbedingt geringeres Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sowie Umschichtungen von Ergebnisbestandteilen aus dem Wertpapiergeschäft mit institutionellen Kunden in das Handelsergebnis gegenüber. Darüber hinaus erzielte die Kathrein Privatbank AG, Wien, um € 1 Million geringere Erträge im Wertpapiergeschäft.

Das Handelsergebnis erhöhte sich hingegen um € 44 Millionen auf € 122 Millionen. Positiv wirkte sich hier ein Volumenzuwachs im Geschäft mit institutionellen Investoren aus, während die im Vorjahr erfolgte Aufhebung des Mindestkurses für Schweizer Franken im Berichtszeitraum Verluste brachte. Zu einem leichten Ergebnisanstieg kam es trotz des Rückzugs aus einzelnen Märkten und Kundengruppen durch verbesserte Margen im Banknotengeschäft.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich um € 5 Million auf € 9 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere sonstige betriebliche Erträge.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken um 2 Prozent oder € 4 Millionen auf € 211 Millionen, die Cost/Income Ratio verbesserte sich im Jahresvergleich um 5,9 Prozentpunkte auf 69,0 Prozent.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Im Berichtsjahr beliefen sich die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen auf € 34 Millionen, nachdem im Vorjahr € 7 Millionen netto aufgelöst worden waren. Der Stand der notleidenden Kredite (inklusive jener an Banken) nahm um € 284 Millionen auf € 131 Millionen ab, ihr Anteil am Gesamtkreditobligo des Segments belief sich auf 1,9 Prozent. Die NPL Coverage Ratio betrug 71,9 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse sanken im Jahresvergleich um € 10 Millionen auf € 6 Millionen. Dieser Rückgang resultierte aus einem niedrigeren Bewertungsergebnis aus Anleihen, dem ein aufgrund der Zinsentwicklung gestiegenes Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten gegenüberstand. Der im Segment ausgewiesene Aufwand für Bankenabgaben lag bei € 21 Millionen und damit um € 3 Millionen über dem Vorjahreswert.

Der Steueraufwand ging ergebnisbedingt um 32 Prozent oder € 7 Millionen auf € 15 Millionen zurück, die effektive Steuerquote lag im Berichtsjahr bei 23 Prozent.

Corporate Center

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	362	1.124	-67,8%	23	88	-73,4%
Provisionsüberschuss	42	17	138,7%	20	13	47,1%
Handelsergebnis	-26	-147	-82,6%	2	-9	-
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	114	154	-25,7%	28	31	-9,4%
Betriebserträge	492	1.148	-57,2%	73	123	-40,8%
Verwaltungsaufwendungen	-326	-306	6,6%	-80	-68	18,3%
Betriebsergebnis	166	842	-80,3%	-7	56	-
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-9	-23	-59,3%	-1	2	-
Übrige Ergebnisse	-221	-226	-2,5%	-56	-78	-27,7%
Ergebnis vor Steuern	-64	593	-	-65	-21	212,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	32	22	45,7%	18	7	171,5%
Ergebnis nach Steuern	-33	614	-	-46	-14	232,6%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.990	14.777	-5,3%	13.990	14.136	-1,0%
Aktiva	20.936	27.287	-23,3%	20.936	22.249	-5,9%

Dieses Segment umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. 2016 sanken die Betriebserträge vor allem aufgrund niedrigerer Dividendenerträge deutlich, das Ergebnis vor Steuern verschlechterte sich um € 657 Millionen. Ergebnismrückgängen bei Derivaten und Verbindlichkeiten standen ein höheres Ergebnis aus Finanzinvestitionen und Endkonsolidierungen gegenüber.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss reduzierte sich im Jahresvergleich um 68 Prozent oder € 762 Millionen auf € 362 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren um € 604 Millionen geringere Dividendenerträge aus den zentral- und osteuropäischen Konzerneinheiten, nachdem im Vorjahr insbesondere aus Russland (€ 479 Millionen) und Kroatien (€ 84 Millionen) höhere Dividenden angefallen waren. Weiters verringerten sich die Zinserträge aus dem konzerninternen Refinanzierungsgeschäft, hervorgerufen durch das insgesamt rückläufige Finanzierungsvolumen.

Der Provisionsüberschuss nahm hingegen gegenüber der Vorjahresperiode um € 24 Millionen auf € 42 Millionen zu. Dieser Zuwachs resultierte vorrangig aus höheren Erträgen aus dem Cash Management, während der Provisionsüberschuss aus dem Kredit- und Garantiegeschäft einen volumenbedingten Rückgang verzeichnete.

Das Handelsergebnis verbesserte sich im Jahresvergleich um 83 Prozent oder € 122 Millionen auf minus € 26 Millionen. Hauptgründe dafür waren ein in der Vorjahresperiode verbuchter Verlust von € 70 Millionen aus einem Absicherungsgeschäft für Dividendenerträge in russischen Rubeln sowie währungsbedingt geringere Bewertungsverluste aus einer Immobiliengesellschaft.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis reduzierte sich um 26 Prozent oder € 40 Millionen auf € 114 Millionen, im Wesentlichen hervorgerufen durch geringere Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments stiegen um 7 Prozent oder € 20 Millionen auf € 326 Millionen. Wesentliche Faktoren waren hier höhere Personalaufwendungen und die Allokation des Beitrags zum Bankenabwicklungsfonds auch auf dieses Segment.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Im Berichtsjahr wurden netto € 9 Millionen an Kreditrisikovorsorgen dotiert, nachdem der Vorsorgebedarf im Vorjahr bei € 23 Millionen für Firmenkunden der Konzernzentrale gelegen war.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse verbesserten sich um € 6 Millionen auf minus € 221 Millionen.

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen belief sich im Berichtsjahr auf € 11 Millionen, während hier im Vorjahr – vor allem aufgrund einer für die Veräußerung der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, gebildeten Rückstellung von € 52 Millionen – in Summe minus € 49 Millionen ausgewiesen worden waren.

Der im Segment verbuchte Aufwand für Bankenabgaben lag bei € 42 Millionen und damit um € 7 Millionen unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Der aufgrund der Bewertung von Bankbuchderivaten und eigenen Emissionen negativen Entwicklung des Ergebnisses aus Derivaten und Verbindlichkeiten – davon Veränderung des Credit Spread für eigene Verbindlichkeiten von minus € 116 Millionen – stand ein verbessertes Ergebnis aus Finanzinvestitionen gegenüber.

Im Berichtsjahr ergab sich im Segment ein kalkulatorischer Steuerertrag von € 32 Millionen nach € 22 Millionen im Vorjahr.

Non-Core

in € Millionen	2016	2015	Veränderung	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung
Zinsüberschuss	331	385	- 14,1%	77	91	- 15,6%
Provisionüberschuss	154	172	- 10,3%	35	38	- 7,5%
Handelsergebnis	- 5	1	-	- 6	- 1	>500,0%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	0	19	-	- 7	7	-
Betriebserträge	480	577	- 16,8%	98	135	- 27,0%
Verwaltungsaufwendungen	- 406	- 462	- 12,3%	- 85	- 111	- 23,9%
Betriebsergebnis	74	114	- 35,4%	13	23	- 41,9%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 255	- 375	- 31,9%	- 68	- 38	76,5%
Übrige Ergebnisse	- 22	- 2	>500,0%	- 14	- 17	- 19,2%
Ergebnis vor Steuern	- 203	- 263	- 22,7%	- 68	- 32	110,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 41	- 24	72,5%	- 8	- 4	104,8%
Ergebnis nach Steuern	- 244	- 286	- 14,9%	- 76	- 36	110,1%
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	7.235	10.611	- 31,8%	7.235	9.272	- 22,0%
Aktiva	13.828	18.835	- 26,6%	13.828	16.130	- 14,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,12%	2,01%	0,11 PP	2,12%	2,31%	- 0,19 PP

Im Segment Non-Core sind jene Geschäftsbereiche enthalten, die gemäß der 2015 festgelegten Strategieanpassung der RBI abgebaut bzw. verkauft werden sollen. Der Verkauf der Raiffeisenbank in Slowenien wurde im Juni 2016, jener der Raiffeisen-Leasing Polska im Dezember 2016 abgeschlossen. Im Rahmen der Akquisition der Polbank im Jahr 2012 hatte sich die RBI gegenüber der polnischen Bankenaufsicht (KNF) verpflichtet, die Aktien der Raiffeisen Polbank bis zum 30. Juni 2016 mit einem Streubesitz-Anteil von mindestens 15 Prozent an der Warschauer Börse zu listen. Im Mai 2016 stimmte die KNF zu, dass die Verpflichtung hinsichtlich eines Börsengangs als erfüllt gilt, wenn bis spätestens Ende 2016 ein Verkauf der Polbank an eine polnische börsennotierte Bank erfolgt. Am 7. Dezember 2016 wurden die Verhandlungen mit der Alior Bank S.A. über den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Polbank beendet. Die RBI wird nun die mit der Aufsicht vereinbarte Abgabe von 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Polbank über die Börse vorbereiten und arbeitet parallel dazu an der Optimierung des Geschäftsmodells.

Das Segmentergebnis vor Steuern verbesserte sich um 23 Prozent auf minus € 203 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren geringere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen vor allem in Asien und reduzierte Verwaltungsaufwendungen. Die Betriebserträge sanken allerdings infolge des planmäßigen Volumenabbaus.

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss sank im Jahresvergleich um 14 Prozent oder € 54 Millionen auf € 331 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei Asien, dessen Beitrag volumenbedingt um 56 Prozent oder € 47 Millionen auf € 37 Millionen abnahm. Durch den Verkauf der slowenischen Tochterbank ging der Zinsüberschuss auch in Slowenien um € 7 Millionen zurück, in den USA reduzierte er sich – bedingt durch den planmäßigen Abbau des Geschäftsvolumens – um € 11 Millionen auf € 14 Millionen. Dagegen kam es in Polen aufgrund von Repricing-Maßnahmen im Einlagengeschäft zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um 4 Prozent oder € 9 Millionen auf € 262 Millionen. Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 11 Basispunkte auf 2,12 Prozent.

Der Provisionsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich um 10 Prozent oder € 18 Millionen auf € 154 Millionen. Dabei nahm das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft vorrangig in Asien, Slowenien und Polen volumenbedingt um € 12 Millionen auf € 22 Millionen ab. Ebenso reduzierte sich das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft aufgrund von Ertragsrückgängen in Polen um € 5 Millionen auf € 68 Millionen. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr sank um € 4 Millionen, die größten Einbußen wurden hier in Asien und Slowenien verbucht. Dagegen verbesserte sich das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten vor allem in Polen um € 4 Millionen auf € 27 Millionen.

Das Handelsergebnis sank im Jahresvergleich um € 5 Millionen auf minus € 5 Millionen. Dabei nahm das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft bedingt durch Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen in Polen um € 3 Millionen ab. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft reduzierte sich überwiegend in Polen um € 3 Millionen.

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis ging um € 20 Millionen auf beinahe Null zurück, hervorgerufen durch Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten in Polen (minus € 5 Millionen), ein niedrigeres Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen (minus € 5 Millionen), höhere sonstige betriebliche Aufwendungen vorwiegend in Polen (plus € 8 Millionen) sowie ein um € 4 Millionen niedrigeres Nettoergebnis aus bankfremden Tätigkeiten.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Segments sanken um 12 Prozent oder € 57 Millionen auf € 406 Millionen. Dabei verminderten sich die Personalaufwendungen um 6 Prozent oder € 11 Millionen auf € 187 Millionen, vor allem hervorgerufen durch den Geschäftsabbau in Asien und den Verkauf der Tochterbank in Slowenien. Die Sachaufwendungen nahmen ebenfalls um 22 Prozent oder € 44 Millionen auf € 154 Millionen ab, da die Aufwendungen für die Einlagensicherung nach einer im Vorjahr geleisteten Sonderzahlung im Zusammenhang mit dem Ausfall einer polnischen Bank unter dem Vorjahreswert blieben. Zusätzlich war im Vorjahr in Polen eine Einmalzahlung für einen Fonds zum Schutz von Hypothekarkreditnehmern erfolgt. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken um 3 Prozent oder € 2 Millionen auf € 65 Millionen. Im Berichtsjahr wurde aufgrund der Erfahrungen aus den Verkaufsbemühungen der Restwert der Marke Polbank in Höhe von € 26 Millionen ausgebucht, nachdem es im Vorjahr bereits zu einer teilweisen Wertminderung der Marke in Höhe von € 21 Millionen gekommen war. Dem standen geringere Abschreibungen auf Sachanlagen gegenüber. Die Anzahl der Geschäftsstellen reduzierte sich um 73 auf 305, hauptsächlich zurückzuführen auf Reduktionen in Polen (minus 58) und Slowenien (minus 13). Die Cost/Income Ratio nahm um 4,4 Prozentpunkte auf 84,6 Prozent zu.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen sanken im Jahresvergleich um 32 Prozent oder € 120 Millionen auf € 255 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war Asien, wo sich der Wertberichtigungsbedarf für Kredite an Großkunden um € 118 Millionen auf € 179 Millionen reduzierte. In Polen lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen vor allem dank einer verbesserten Kreditrisikosituation bei Firmenkunden mit € 40 Millionen um € 4 Millionen unter dem Vorjahreswert. In Slowenien kam es im Berichtsjahr – Verkauf der Tochterbank Mitte des Jahres – zu einer Nettoauflösung von € 2 Millionen, nachdem im Vorjahr Vorsorgen von € 19 Millionen gebildet worden waren. In den USA wurde mit € 36 Millionen (Anstieg um € 23 Millionen) für bereits zuvor ausgefallene Firmenkunden vorgesorgt.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank im Jahresvergleich um € 268 Millionen auf € 1.634 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang bei € 222 Millionen. Die größte Reduktion (€ 121 Millionen) wurde dabei aufgrund des Verkaufs der dortigen Tochterbank in Slowenien verzeichnet. In Polen lag der Rückgang bei € 38 Millionen, in den USA bei € 37 Millionen und in Asien bei € 29 Millionen. Der Anteil der notleidenden Kredite an Nichtbanken am Kreditportfolio des Segments stieg im Jahresabstand um 2,3 Prozentpunkte auf 17,7 Prozent. Die NPL Coverage Ratio erhöhte sich um 4,2 Prozentpunkte auf 66,6 Prozent.

Übrige Ergebnisse und Steuern

Die übrigen Ergebnisse des Segments sanken im Jahresvergleich um € 19 Millionen auf minus € 22 Millionen. Belastend wirkten die Aufwendungen von € 34 Millionen für die in Polen erstmals angefallene Bankenabgabe. Dem stand ein höheres Ergebnis aus Finanzinvestitionen gegenüber, das vor allem aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. in Höhe von € 22 Millionen (davon € 18 Millionen in Polen und € 4 Millionen bei der ZUNO BANK AG) resultierte.

Der Steueraufwand stieg im Jahresvergleich um 73 Prozent oder € 17 Millionen auf € 41 Millionen, hervorgerufen durch die Ausbuchung von Steuerforderungen aus Vorperioden in Polen. Die effektive Steuerquote belief sich im Segment auf 20 Prozent.

Nachfolgend ausgewählte Detailergebnisse:

2016 in € Millionen	Asien	Polen	USA
Zinsüberschuss	37	262	14
Provisionsüberschuss	4	145	3
Handelsergebnis	-12	6	0
laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	-1	-1	1
Betriebserträge	28	414	18
Verwaltungsaufwendungen	-46	-304	-16
Betriebsergebnis	-18	109	2
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-179	-40	-36
Übrige Ergebnisse	-1	-22	-3
Ergebnis vor Steuern	-198	47	-37
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	-41	2
Ergebnis nach Steuern	-199	6	-35
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	395	6.315	347
Aktiva	852	12.055	262
Forderungen an Kunden	625	8.070	76
davon Corporate %	100,0%	30,8%	100,0%
davon Retail %	0,0%	68,9%	0,0%
davon in Fremdwährung %	3,5%	58,4%	0,0%
Verbindlichkeiten an Kunden	4	8.284	0
Loan/Deposit Ratio (netto)	-	92,7%	-
Eigenkapital	-	1.423	13
Return on Equity vor Steuern	-	3,0%	-
Return on Equity nach Steuern	-	0,4%	-
Cost/Income Ratio	164,1%	73,6%	88,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,92%	1,99%	3,53%
Mitarbeiter zum Stichtag	108	4.242	32
Geschäftsstellen	3	299	1
Kunden	60	816.413	34

Asien: Einige asiatische Einheiten operieren als Filialen; aus diesem Grund wurde kein Eigenkapital angeführt.

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	86
Bilanz	89
Eigenkapitalveränderungsrechnung	90
Kapitalflussrechnung	91
Segmentberichterstattung	93
Anhang	100
Risikobericht	148
Bestätigungsvermerk	233
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	239

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Tausend	Anhang	2016	2015	Veränderung
Zinserträge		4.043.862	4.916.202	- 17,7%
Zinsaufwendungen		- 1.108.433	- 1.589.552	- 30,3%
Zinsüberschuss	[2]	2.935.429	3.326.650	- 11,8%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	[3]	- 754.387	- 1.263.802	- 40,3%
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen		2.181.042	2.062.847	5,7%
Provisionserträge		1.997.477	1.987.107	0,5%
Provisionsaufwendungen		- 500.633	- 467.913	7,0%
Provisionsüberschuss	[4]	1.496.844	1.519.193	- 1,5%
Handelsergebnis	[5]	214.586	16.415	>500,0%
Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten	[6]	- 188.752	- 4.272	>500,0%
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	[7]	152.940	68.448	123,4%
Verwaltungsaufwendungen	[8]	- 2.848.228	- 2.913.986	- 2,3%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[9]	- 141.749	- 78.810	79,9%
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	[10]	18.914	41.111	- 54,0%
Ergebnis vor Steuern		885.598	710.946	24,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	- 311.982	- 275.955	13,1%
Ergebnis nach Steuern		573.615	434.991	31,9%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[32]	- 110.512	- 56.142	96,8%
Konzernergebnis		463.104	378.850	22,2%

Ergebnis je Aktie

in € Tausend	2016	2015
Konzernergebnis	463.104	378.850
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Tausend	292.447	292.414
Ergebnis je Aktie in €	1,58	1,30

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich aus dem Konzernergebnis und der durchschnittlichen Anzahl der im Umlauf befindlichen Stammaktien.

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt.

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Tausend	Gesamt		Eigenanteil		Fremdanteil	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Ergebnis nach Steuern	573.615	434.991	463.104	378.850	110.512	56.142
Posten, die nicht in den Gewinn und Verlust umgegliedert werden	2.028	2.205	2.028	2.205	0	0
Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	2.704	2.941	2.704	2.941	0	0
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn und Verlust umgegliedert werden	- 676	- 735	- 676	- 735	0	0
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	187.598	- 55.474	201.682	- 49.740	- 14.085	- 5.734
Währungsdifferenzen	291.039	- 194.064	299.257	- 185.071	- 8.218	- 8.993
Absicherung Nettoinvestition (Capital Hedge)	- 43.445	90.316	- 43.445	90.316	0	0
Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-Flows absichern ¹	5.788	- 436	6.449	1.478	- 661	- 1.914
Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 77.321	82.418	- 70.428	75.640	- 6.893	6.778
Latente Steuern auf direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	11.536	- 33.708	9.849	- 32.103	1.687	- 1.606
Sonstiges Ergebnis	189.626	- 53.269	203.710	- 47.535	- 14.085	- 5.734
Gesamtergebnis	763.241	381.722	666.814	331.315	96.427	50.408

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund einer kapitalneutralen Verschiebung zwischen Eigen- und Fremdanteil

Sonstiges Ergebnis

Nach IAS 19 sind Neubewertungen für leistungsorientierte Pläne im sonstigen Ergebnis darzustellen. Dies führte im Berichtsjahr zu einem sonstigen Ergebnis von € 2.704 Tausend (2015: € 2.941 Tausend).

Die positiven Währungsdifferenzen sind insbesondere auf die Aufwertung des russischen Rubels zurückzuführen, die sich mit € 347.933 Tausend auswirkte, während die Abwertung des polnischen Zloty einen Rückgang in Höhe von € 48.582 Tausend bewirkte. Im Berichtsjahr waren aufgrund der erfolgten Endkonsolidierungen Verluste von € 10.860 Tausend (2015: Verluste von € 4.018 Tausend) in die Erfolgsrechnung umzugliedern.

Als Capital Hedge werden Kursicherungsgeschäfte für Investitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten ausgewiesen. Grund für das hier im Geschäftsjahr 2016 ausgewiesene negative Ergebnis von € 43.445 Tausend waren die teilweise Absicherung der Nettoinvestitionen in Russland und Polen und die damit zusammenhängende Währungsentwicklung in diesen Ländern.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos wird bei zwei Konzerneinheiten Cash-Flow Hedging angewendet. Es waren im Berichtsjahr keine Gewinne/Verluste in die Erfolgsrechnung umzugliedern. Im Vorjahr wurden Verluste von € 1.079 Tausend in die Erfolgsrechnung umgegliedert.

Die erfolgsneutralen Bewertungsänderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (AfS-Bestand) resultieren aus Wertpapieren und Beteiligungen. Der Rückgang dieser Position ergab sich im Wesentlichen aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe an die Visa Inc. und der damit verbundenen Umgliederung von kumulierten Gewinnen von € 133.623 Tausend in die Erfolgsrechnung, der im ersten Halbjahr 2016 eine Aufwertung von € 47.789 Tausend vorausgegangen war. Im Vorjahr wurden Verluste von € 15 Tausend in die Erfolgsrechnung umgegliedert.

Die nachfolgenden Komponenten der Gewinnrücklagen entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	Neubewertungs- rücklage	Währungs- differenzen	Capital Hedge	Hoch- inflation	Cash-Flow Hedge ¹	AfS- Rücklage	Latente Steuern
Stand 1.1.2015	- 15.472	- 3.062.227	79.614	175.012	- 26.903	36.674	307.359
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	2.941	- 189.089	90.316	0	399	75.624	- 32.835
In die Erfolgsrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	0	4.018	0	0	1.079	15	- 3
Stand 31.12.2015	- 12.532	- 3.247.298	169.930	175.012	- 25.425	112.314	274.521
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	2.704	284.008	- 43.445	0	6.449	51.858	- 8.370
In die Erfolgsrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	0	15.249	0	0	0	- 122.286	17.543
Stand 31.12.2016	- 9.827	- 2.948.041	126.486	175.012	- 18.977	41.886	283.694

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen aufgrund einer kapitalneutralen Verschiebung zwischen Eigen- und Fremdbeteiligung

Quartalsergebnisse

in € Tausend	Q1/2016	Q2/2016	Q3/2016	Q4/2016
Zinsüberschuss	717.637	737.676	731.862	748.254
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 105.588	- 297.273	- 100.039	- 251.486
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen	612.048	440.403	631.824	496.767
Provisionsüberschuss	346.857	372.459	377.946	399.582
Handelsergebnis	28.271	56.127	51.809	78.378
Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten	- 27.480	- 34.495	- 71.382	- 55.395
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	26.201	145.086	- 5.708	- 12.639
Verwaltungsaufwendungen	- 718.000	- 694.356	- 687.156	- 748.716
Sonstiges betriebliches Ergebnis	- 40.651	- 60.685	- 5.619	- 34.795
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	1.786	- 3.429	3.980	16.578
Ergebnis vor Steuern	229.033	221.109	295.695	139.761
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 91.209	- 91.259	- 83.558	- 45.956
Ergebnis nach Steuern	137.824	129.850	212.137	93.804
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 23.550	- 34.006	- 28.456	- 24.500
Konzernergebnis	114.273	95.845	183.681	69.304

in € Tausend	Q1/2015	Q2/2015	Q3/2015	Q4/2015
Zinsüberschuss	819.975	861.070	813.710	831.896
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 260.411	- 343.430	- 190.800	- 469.160
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen	559.564	517.639	622.910	362.735
Provisionsüberschuss	359.629	385.049	384.103	390.413
Handelsergebnis	- 62.087	63.788	- 13.934	28.647
Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten	19.660	- 29.411	20.318	- 14.839
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	64.027	- 2.946	7.394	- 27
Verwaltungsaufwendungen	- 690.718	- 697.108	- 713.126	- 813.033
Sonstiges betriebliches Ergebnis	- 62.996	33.367	- 64.299	15.117
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	588	- 2.989	9.638	33.874
Ergebnis vor Steuern	187.667	267.389	253.002	2.888
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 87.691	- 53.311	- 51.502	- 83.451
Ergebnis nach Steuern	99.976	214.078	201.500	- 80.563
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 16.609	- 21.703	- 15.762	- 2.068
Konzernergebnis	83.367	192.376	185.738	- 82.631

Bilanz

Aktiva in € Tausend	Anhang	2016	2015	Veränderung
Barreserve	[13, 33]	12.242.415	13.211.971	- 7,3%
Forderungen an Kreditinstitute	[14, 33, 49]	9.900.012	10.837.209	- 8,6%
Forderungen an Kunden	[15, 33, 49]	70.514.116	69.921.365	0,8%
Kreditrisikovorsorgen	[16, 33]	- 4.955.132	- 6.055.134	- 18,2%
Handelsaktiva	[17, 33, 49]	4.986.462	5.814.108	- 14,2%
Derivative Finanzinstrumente	[18, 33, 49]	1.428.639	1.573.637	- 9,2%
Wertpapiere und Beteiligungen	[19, 33, 49]	14.639.012	15.243.635	- 4,0%
Immaterielle Vermögenswerte	[20, 22, 33]	598.402	620.912	- 3,6%
Sachanlagen	[21, 22, 33]	1.393.358	1.473.291	- 5,4%
Sonstige Aktiva	[23, 33, 49]	1.116.561	1.785.589	- 37,5%
Aktiva gesamt		111.863.845	114.426.583	- 2,2%

Passiva in € Tausend	Anhang	2016	2015	Veränderung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[24, 33, 49]	12.816.475	16.369.175	- 21,7%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[25, 33, 49]	71.538.226	68.990.887	3,7%
Verbriefte Verbindlichkeiten	[26, 33, 49]	6.645.127	7.501.593	- 11,4%
Rückstellungen	[27, 33, 49]	756.252	813.823	- 7,1%
Handelspassiva	[28, 33, 49]	5.119.743	5.091.510	0,6%
Derivative Finanzinstrumente	[29, 33, 49]	786.949	984.299	- 20,0%
Sonstige Passiva	[30, 33, 49]	765.251	2.009.976	- 61,9%
Nachrangkapital	[31, 33, 49]	4.203.693	4.164.353	0,9%
Eigenkapital	[32, 33]	9.232.130	8.500.967	8,6%
Konzern-Eigenkapital		8.187.672	7.587.555	7,9%
Konzernergebnis		463.104	378.850	22,2%
Kapital nicht beherrschender Anteile		581.353	534.562	8,8%
Passiva gesamt		111.863.845	114.426.583	- 2,2%

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in € Tausend	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Konzernergebnis	Kapital nicht beherrschender Anteile	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2015	891.742	4.991.269	2.417.002	- 616.849	494.561	8.177.725
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	62.670	62.670
Ergebnisthesaurierung	0	0	- 616.849	616.849	0	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	- 50.516	- 50.516
Gesamtergebnis	0	0	- 47.535	378.850	50.408	381.722
Eigene Aktien/Share Incentive Program	144	2.604	0	0	0	2.748
Sonstige Veränderungen	0	0	- 50.822	0	- 22.561	- 73.383
Eigenkapital 31.12.2015	891.886	4.993.872	1.701.796	378.850	534.562	8.500.967
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnisthesaurierung	0	0	378.850	- 378.850	0	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	- 40.272	- 40.272
Gesamtergebnis	0	0	203.710	463.104	96.427	763.241
Eigene Aktien/Share Incentive Program	144	297	- 441	0	0	0
Sonstige Veränderungen	0	0	17.558	0	- 9.364	8.193
Eigenkapital 31.12.2016	892.031	4.994.169	2.301.473	463.104	581.353	9.232.130

Unter der Position „Eigene Aktien/Share Incentive Program“ werden die Anpassungen aufgrund der Übertragung von 47.318 Stück eigenen Aktien aus einer SIP-Tranche dargestellt sowie sonstige mit dem SIP-Programm im Zusammenhang stehende Ergebnisse ausgewiesen. Das Agio der eigenen Aktien ist von den Gewinnrücklagen abgezogen.

Weitere Details zu den dargestellten Änderungen finden sich im Anhang unter Punkt (32) Eigenkapital.

Kapitalflussrechnung

in € Tausend	Anhang	2016	2015
Ergebnis nach Steuern		573.615	434.991
Im Ergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	[7, 8, 20, 22]	338.745	325.974
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	[3, 9, 27, 42]	1.109.023	1.515.939
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	[7, 9]	- 177.926	- 78.297
Sonstige Anpassungen (per Saldo)		383.742	- 1.186.118
Zwischensumme		2.227.199	1.012.490
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	[12, 14, 15]	- 1.213.085	11.775.004
Handelsaktiva/Handelspassiva (per Saldo)	[12, 17, 18, 28, 39]	1.020.621	530.573
Sonstige Aktiva/sonstige Passiva (per Saldo)	[12, 19, 23, 30]	391.693	- 3.344.951
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	[12, 24, 25]	- 2.478.377	- 1.264.869
Verwendung Rückstellungen	[27, 42]	- 370.989	- 402.989
Verbriefte Verbindlichkeiten	[26, 35]	- 719.167	- 3.289.354
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 1.142.106	5.015.904
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen	[7, 19]	1.901.163	3.932.588
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[9, 20, 21, 22]	212.390	173.022
Einzahlungen aus Endkonsolidierungen	[10, 52]	203.952	105.468
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen	[19]	- 1.854.866	- 2.084.588
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[22]	- 363.380	- 328.070
Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen	[19, 52]	0	- 494
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		99.258	1.797.926
Kapitaleinzahlungen	[32]	0	62.670
Ein-/Auszahlungen nachrangiges Kapital	[31]	- 103.812	- 36.574
Dividendenzahlungen	[32]	- 40.272	- 50.516
Veränderung im Kapital nicht beherrschender Anteile	[32]	0	- 48.673
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		- 144.084	- 73.093

in € Tausend		2016	2015
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode¹	[12, 13]	13.482.547	6.768.685
Zahlungsmittelbestand aus dem Abgang von Tochterunternehmen		- 163.171	0
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 1.142.106	5.015.904
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		99.258	1.797.926
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		- 144.084	- 73.093
Effekte aus Wechselkursänderungen		109.970	- 26.874
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	[12, 13]	12.242.415	13.482.547

¹ Der Zahlungsmittelbestand weicht aufgrund der Darstellung der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, und der ZUNO BANK AG, Wien, gemäß IFRS 5 von dem Bilanzposten Barreserve ab.

Zahlungsströme für Steuern, Zinsen und Dividenden		2016	2015
Erhaltene Zinsen	[2]	3.788.115	4.554.983
Erhaltene Dividenden	[2]	86.462	58.688
Gezahlte Zinsen	[2]	- 1.096.390	- 1.566.966
Ertragsteuerzahlungen	[11]	- 411.932	- 281.142

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres und teilt sich in die drei Bereiche:

- Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit
- Cash-Flow aus Investitionstätigkeit
- Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit

Als Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsmittelzu- und -abflüsse aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie aus verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Handelsaktiva und Handelspassiva, aus derivativen Finanzinstrumenten sowie aus sonstigen Aktiva und Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen werden gesondert dargestellt.

Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit zeigt die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse für Wertpapiere und Beteiligungen, Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, Einzahlungen aus Endkonsolidierungen sowie Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen.

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Ein- und Auszahlungen beim Eigenkapital und beim nachrangigen Kapital. Dies betrifft vor allem Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen, Dividendenauszahlungen und Veränderungen des Nachrangkapitals.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst den Bilanzposten „Barreserve“, der sich aus dem Kassenbestand sowie täglich fälligen Guthaben bei Zentralbanken zusammensetzt. Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute. Diese werden der operativen Geschäftstätigkeit zugerechnet.

Segmentberichterstattung

Einteilung der Segmente

Grundlagen der Segmentierung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich (Konzept der „Country and Functional Responsibility“). Steuerungseinheit im Konzern ist entweder ein Land oder ein Geschäftsfeld. Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 differenziert. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Die Märkte in Zentral- und Osteuropa werden dabei zu regionalen Segmenten zusammengefasst, in denen jeweils Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichem Charakter und ähnlichen langfristigen Entwicklungserwartungen gebündelt werden. Die Geschäftsaktivitäten außerhalb von CEE werden nach Geschäftsfeldern abgegrenzt.

Im Sinn größtmöglicher Transparenz und übersichtlicher Berichterstattung wurden unter Berücksichtigung der im IFRS 8 geforderten Schwellenwerte sieben Segmente definiert. Die Schwellenwerte liegen bei jeweils 10 Prozent der Kenngrößen Betriebserträge, Ergebnis nach Steuern und Segmentvermögen.

Daraus ergaben sich die folgenden Segmente:

Zentraleuropa

Dieses Segment umfasst mit den EU-Ländern Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn die am weitesten entwickelten Bankmärkte in Zentral- und Osteuropa. Gleichzeitig sind es jene Märkte, in denen die RBI bereits am längsten tätig ist. In allen Ländern ist die RBI durch eine Bank, Leasinggesellschaften und andere spezialisierte Finanzinstitute vertreten. In der Slowakei ist die RBI in den Geschäftsbereichen Corporate- und Retail Customers samt Leasing tätig, bei den Retail-Kunden setzt die Tatra banka dabei auf eine Mehrmarkenstrategie. Neben den bestehenden Filialen werden dabei die Filialen unter der Marke „Raiffeisen“ mit Fokus auf bestimmte Privatkundengruppen weiter ausgerollt. In der Tschechischen Republik wird neben dem klassischen Bankgeschäft mit Firmen- und Retail-Kunden auch Immobilienleasing angeboten. Der Fokus liegt auf dem Ausbau der Beziehungen zu gehobenen Bestandskunden. In Ungarn betreut der Konzern über ein landesweites Vertriebsnetz sowohl Privat- als auch Firmenkunden und ist zudem mit Leasinggesellschaften präsent. Der Schwerpunkt liegt auf dem Firmenkunden- und dem gehobenen Privatkundensegment.

Südosteuropa

Zum Segment Südosteuropa zählen Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien. In diesen Märkten ist die RBI mit Banken und Leasinggesellschaften sowie in einigen Ländern durch eigene Kapitalanlage- und Vermögensverwaltungsgesellschaften und Pensionsfonds vertreten. In Albanien und Bulgarien werden Finanzdienstleistungen in allen Geschäftsbereichen angeboten. Auch im Kosovo ist die RBI mit einem umfassenden Produktangebot präsent. In Bosnien und Herzegowina liegt der Schwerpunkt auf Klein- und Mittelbetrieben, es werden aber auch Privatkunden mit einem breiten Produktangebot angesprochen. In Kroatien liegt der Fokus auf großen und mittleren Firmenkunden sowie Retail-Kunden (auch im Pensionsfondsgeschäft). In Rumänien wird über ein dichtes Filialnetz eine breite Palette an Finanzdienstleistungen angeboten. Ferner wird von Rumänien aus das Firmenkundengeschäft in Moldau gesteuert. Der serbische Markt wird durch eine Universalbank und eine Leasinggesellschaft betreut.

Osteuropa

Dieses Segment umfasst Belarus, Russland und die Ukraine. In Belarus ist die RBI mit einer Bank und einer Leasinggesellschaft aktiv, während sie in Kasachstan nur im Leasinggeschäft vertreten ist. Die Raiffeisenbank Russland ist eine der führenden ausländischen Banken des Landes und betreut sowohl Firmen- als auch Retail-Kunden. Über ihr Filialnetz offeriert sie zudem gezielt Produkte für gehobene Privatkunden sowie Klein- und Mittelbetriebe, wobei der Fokus auf den Großstädten liegt. Weiters ist die RBI im Emissionsgeschäft vertreten. Das ebenfalls angebotene Leasinggeschäft rundet die Produktpalette ab. In der Ukraine ist die RBI mit einer Bank, einer Leasing- und einer Kartenentwicklungsgesellschaft präsent und bietet über ein dichtes lokales Vertriebsnetz die gesamte Palette der Finanzdienstleistungen an.

Group Corporates

Im Segment Group Corporates wird das Geschäft mit von Wien aus betreuten österreichischen und internationalen Firmenkunden der RBI AG abgebildet, die im Profitcenter Corporate Customers zusammengefasst sind. Zu ihnen zählen die größten Unternehmen Österreichs sowie westeuropäische multinationale Kunden. Weiters umfasst dieses Segment das im Profitcenter Network Corporate Customers & Support zusammengefasste Großkundengeschäft mit zentral- und osteuropäischen Kunden sowie multinationalen Kunden mit CEE-Bezug.

Group Markets

Das Segment Group Markets beinhaltet das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft der RBI AG. Die Ergebnisse aus dem Handel mit Devisen-, Zins- und Wertpapierprodukten sowie mit strukturierten Produkten für Financial Institutions, aber auch das Eigengeschäft werden diesem Segment zugeordnet. Dasselbe gilt für die Eigenhandels- und Market-Maker-Aktivitäten in Wien. Die Ergebnisse aus dem Kundengeschäft, aus dem Vertrieb sämtlicher Bankprodukte und aus den Geschäftsbeziehungen zu Banken, institutionellen Kunden, Staaten und Kommunen zählen ebenfalls zu diesem Segment. Ferner werden hier die Ergebnisse der Raiffeisen Centrobank aus dem Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen sowie jene der Kathrein Privatbank abgebildet.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center umfasst durch die Konzernzentrale erbrachte Dienstleistungen in diversen Bereichen, die der Umsetzung der gruppenweiten Strategie dienen und zur Wahrung der Vergleichbarkeit diesem Segment zugeordnet sind. Daher beinhaltet das Segment folgende Bereiche: Liquiditätssteuerung und Bilanzstruktur-Management im Rahmen des Eigenhandels, Beteiligungsmanagement, das Bankgeschäft der Konzernzentrale zur Refinanzierung der Konzerneinheiten, das österreichische Abwicklungs- und Servicedienstleistungsgeschäft für Finanzdienstleister sowie sonstige Gesellschaften außerhalb des Finanzdienstleistungsbereichs, die nicht unmittelbar einem Segment zugeordnet sind.

Non-Core

Im Segment Non-Core sind alle Geschäftstätigkeiten zusammengefasst, die aufgrund der im Februar 2015 beschlossenen Strategieanpassung veräußert bzw. redimensioniert werden. Dazu zählen Polen und Slowenien, die Direktbank ZUNO BANK AG sowie die Geschäftsaktivitäten in Asien und den USA.

In Polen wird neben dem Kreditgeschäft mit Firmenkunden sowie Klein- und Mittelbetrieben (inkl. Leasing und Factoring) auch das Retail Banking und das Geschäft mit vermögenden Privatkunden betrieben. Am 7. Dezember 2016 wurden die Verhandlungen mit der Alior Bank über den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, beendet. Die RBI wird nun den mit der Aufsicht vereinbarten Verkauf von 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Polbank über die Börse vorbereiten und arbeitet parallel dazu an der Optimierung des Geschäftsmodells. Durch den erfolgreich abgeschlossenen Verkauf der Raiffeisen Leasing Polska S.A., Warschau, kam es Anfang Dezember 2016 zur Endkonsolidierung der betroffenen Einheiten. In Slowenien ist der Konzern nunmehr mit einer Leasinggesellschaft vertreten, da der Verkauf der slowenischen Bank im Juni 2016 mit dem Closing abgeschlossen wurde. Der Geschäftsumfang bei der slowenischen Leasinggesellschaft wird planmäßig zurückgefahren. In Asien wird das Firmenkundengeschäft über Bankgeschäftsstellen in Singapur und China (inkl. Hong Kong) betrieben, auch hier ist ein kompletter Abbau der Geschäftstätigkeit im Gange. Ebenso werden die Geschäftsaktivitäten in den USA im Lauf des Jahres 2017 beendet. Nach dem ergebnislos verlaufenen Verkaufsprozess für die ZUNO BANK AG, Wien, werden Teile des vorhandenen Geschäfts in der Tschechischen Republik und in der Slowakei in die dortigen Tochterbanken integriert. Der Abschluss dieser Integration wird für Mitte 2017 angepeilt.

Bemessung von Segmentergebnissen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der internen Management-Berichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Die Management-Berichterstattung bei der RBI beruht grundsätzlich auf IFRS. Es bestehen somit keine Unterschiede zwischen den Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden, die in der Segmentberichterstattung Anwendung finden, und jenen, die dem Konzernabschluss zugrunde liegen.

Die Steuerung der einzelnen Segmente erfolgt anhand einer Reihe von Schlüsselindikatoren, die sich aus den Parametern Rentabilität, Wachstum, Effizienz, beschränkende Rahmenbedingungen und Geschäftszusammensetzung (Business Mix) ergeben. Zielwerte für diese Schlüsselindikatoren werden je nach Marktumfeld festgelegt und bei Bedarf adaptiert.

Der Erfolg einer Steuerungseinheit wird wie folgt berechnet:

▪ Rentabilität (Profitability)

Die Rentabilität wird im Rahmen des internen Managementsystems mithilfe des Return on Equity (ROE) sowie des Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) gemessen. Der ROE zeigt die Rentabilität einer Steuerungseinheit und errechnet sich aus dem Verhältnis des Jahresüberschusses nach Abzug des Ergebnisses der nicht beherrschenden Anteile zum durchschnittlich eingesetzten Konzern-Eigenkapital. Er gibt die Verzinsung des im Segment eingesetzten Kapitals an. In die Kalkulation des RORAC fließt das risikoadjustierte Kapital ein, das den Bedarf an Eigenmitteln bezeichnet, den die Bank für mögliche unerwartete Verluste vorhalten muss. In der RBI wird dieser Kapitalbedarf im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt. Diese Kennzahl zeigt die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital), stellt aber keine Messgröße nach IFRS dar. Bei den einzelnen Ländern und Geschäftsfeldern wird dabei der tatsächlich erwirtschaftete RORAC mit einem jeweils vorgegebenen Mindestwert (RORAC-Hurdle) verglichen, der die marktadäquaten Renditeerwartungen reflektiert.

▪ Effizienz (Efficiency)

Die Cost/Income Ratio zeigt die Kosteneffizienz der Segmente. Sie errechnet sich als Quotient aus den Verwaltungsaufwendungen einerseits und den Betriebserträgen, also der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und sonstigem betrieblichem Ergebnis (abzüglich Bankabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten, Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge und bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen) andererseits.

▪ Beschränkende Rahmenbedingungen (Constraints)

Im Rahmen des Basel-III-Regelwerks sind bestimmte gesetzliche Vorschriften zu beachten. Das Verhältnis des harten Kernkapitals zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (Common Equity Tier 1 Ratio) ist beispielsweise ein wichtiger Indikator dafür, ob die Kapitalunterlegung für das Geschäftsvolumen ausreicht. Branchenspezifika führen zu unterschiedlichen Risikogewichtungen bei der Berechnung der Risikoaktiva gemäß CRR. Diese sind für die Berechnung des regulatorischen Mindest-Eigenmittelerfordernisses ausschlaggebend. Im Zuge des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) schreibt die EZB per Bescheid vor, zusätzliches hartes Kernkapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule I nicht oder nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wird intern die effiziente Nutzung des verfügbaren Kapitals errechnet, indem der tatsächliche Verbrauch ins Verhältnis zum theoretisch zur Verfügung stehenden Risikodeckungskapital gesetzt wird. Ebenfalls begrenzend wirken die langfristigen Liquiditätskennzahlen, die in Übereinstimmung mit den regulatorischen Bestimmungen definiert werden.

▪ Geschäftszusammensetzung (Business Mix)

Die folgenden Steuerungsgrößen sind zur Wahrung einer sinnvollen und nachhaltigen Geschäftsstruktur relevant. Dabei ist die Zusammensetzung des Ergebnisses sowie der zugrunde liegenden Bestandsgrößen von großer Bedeutung: Die Struktur der Primärrefinanzierungsbasis für Kundenkredite wird anhand der Loan/Deposit Ratio (netto) ermittelt, bei der die Kundenkredite abzüglich Kreditrisikovorsorgen ins Verhältnis zu den Kundeneinlagen (jeweils abzüglich der Ansprüche und Verpflichtungen aus (Reverse-)Repo- und Wertpapierleihgeschäften) gesetzt werden. Ebenfalls relevant ist der Anteil des Ergebnisses aus dem Kerngeschäft. Die Nettozinsspanne wird dabei auf Basis der durchschnittlichen zinstragenden Aktiva berechnet. Auch der Anteil des Provisionsgeschäfts an den Betriebserträgen ist eine Steuerungsgröße, die unter die Zielvorgaben für den Business Mix fällt.

Basis für die Segmentberichterstattung ist die Erfolgsrechnung, wobei sich die Darstellung an der intern verwendeten Reporting-Struktur orientiert. Erträge und Aufwendungen werden dem Land bzw. Geschäftsfeld zugeordnet, in dem der Ertrag generiert wird. Operative Ertragspositionen sind der Zinsüberschuss, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis sowie das laufende sonstige betriebliche Ergebnis. Unter den übrigen Ergebnissen werden das Ergebnis aus Finanzinvestitionen, das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten, das Ergebnis aus Endkonsolidierungen, die Bankenabgaben, die Wertminderungen von Firmenwerten, die Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge sowie die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen bankgeschäftlichen Belastungen aus staatlichen Maßnahmen zusammengefasst. Das Segmentergebnis wird bis zum Ergebnis nach Abzug der nicht beherrschenden Anteile gezeigt. Das Segmentvermögen wird durch die Bilanzsumme sowie die risikogewichteten Aktiva dargestellt. In den Verbindlichkeiten werden alle Posten der Passivseite mit Ausnahme des Eigenkapitals zusammengefasst. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen. Die Erfolgsrechnung wird schließlich um die zur Bewertung der Ergebnisse branchenüblichen Finanzkennzahlen ergänzt. Die im Segmentbericht angegebenen Werte werden großteils den Einzelabschlüssen nach IFRS entnommen, die auch für die Erstellung des Konzernabschlusses herangezogen werden. In einigen Einheiten werden Profitcenter-Ergebnisse aus der internen Management-Erfolgsrechnung verwendet.

1.1.-31.12.2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates	Group Markets
Zinsüberschuss	629.441	738.218	866.320	312.548	62.343
Provisionsüberschuss	382.804	390.478	391.394	59.892	112.817
Handelsergebnis	28.412	53.738	64.236	7.735	122.205
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 24.246	20.519	- 7.031	1.846	9.184
Betriebserträge	1.016.411	1.202.953	1.314.919	382.021	306.549
Verwaltungsaufwendungen	- 643.316	- 673.897	- 518.868	- 152.898	- 211.428
Betriebsergebnis	373.095	529.056	796.051	229.123	95.121
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 38.172	- 174.928	- 163.367	- 74.383	- 34.224
Übrige Ergebnisse	19.434	8.499	16.587	- 4.368	5.874
Ergebnis vor Steuern	354.356	362.627	649.271	150.373	66.771
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 63.524	- 61.919	- 125.685	- 36.505	- 15.279
Ergebnis nach Steuern	290.833	300.708	523.586	113.868	51.492
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 54.155	- 78	- 53.152	- 1.783	0
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	236.678	300.630	470.434	112.085	51.492
Risikoaktiva (Kreditrisiko)	11.552.673	11.824.716	8.784.261	8.543.021	1.735.284
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.564.023	14.202.875	11.535.963	9.207.993	3.210.704
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.085.122	1.136.230	922.877	736.639	256.856
Aktiva	29.492.206	22.694.168	15.290.907	15.201.027	12.148.915
Verbindlichkeiten	26.930.630	19.714.884	12.774.075	11.863.986	13.936.837
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,31%	3,55%	6,60%	2,16%	0,60%
NPL Ratio	5,5%	10,5%	14,7%	4,6%	1,9%
NPL Coverage Ratio	71,0%	79,7%	85,7%	65,9%	71,9%
Cost/Income Ratio	63,3%	56,0%	39,5%	40,0%	69,0%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,20%	1,32%	1,61%	0,52%	1,44%
Durchschnittliches Eigenkapital	1.854.661	1.957.229	1.573.106	1.195.809	496.569
Return on Equity vor Steuern	19,1%	18,5%	41,3%	12,6%	13,4%
Geschäftsstellen	410	1.014	771	1	5

Nachfolgend sind die wesentlichen Ergebnisveränderungen erläutert:

In **Zentraleuropa** baute die RBI ihre Bilanzsumme durch eine Zunahme des Neugeschäfts vor allem in der Tschechischen Republik und der Slowakei aus. Ein zusätzlicher Anstieg (€ 669 Millionen) resultierte aus dem Erwerb des Privatkunden- und Kreditkartengeschäfts der tschechischen Citibank, das ein Retail-Kreditportfolio von € 201 Millionen beinhaltet. Das niedrige Zinsniveau belastete die Betriebserträge jedoch weiterhin. Geringere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in allen Ländern des Segments sowie die Erträge aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. sorgten jedoch für ein deutlich positives Ergebnis vor Steuern. Es stieg im Jahresvergleich um € 44 Millionen auf € 354 Millionen.

Die im Segment **Südosteuropa** verzeichnete Ergebnisverbesserung beruht überwiegend auf Verkaufserlösen aus Visa-Aktien (€ 38 Millionen) und einer Reduktion der bankgeschäftlichen Belastungen aus staatlichen Maßnahmen um € 50 Millionen. Im Berichtsjahr ergaben sich in Rumänien Aufwendungen von € 27 Millionen aufgrund eines neuen Hypothekarkreditgesetzes, während in der Vorjahresperiode Aufwendungen von € 77 Millionen im Zusammenhang mit der Konvertierung von Schweizer Franken-Krediten in Kroatien verbucht worden waren.

Das Segment **Osteuropa** war in der Berichtsperiode wie schon 2015 von hoher Währungsvolatilität beeinflusst. So lagen die Durchschnittskurse des russischen Rubels, der ukrainischen Hryvna und des belarussischen Rubels um 7 Prozent, 15 Prozent bzw. 20 Prozent unter den Vergleichswerten des Vorjahres. In der Ukraine erhöhte sich das Handelsergebnis aufgrund der im Vergleich zur Vorjahresperiode geringeren Abwertung der ukrainischen Hryvna sowie einer Verbesserung des Ergebnisses aus Fremdwährungspositionen um € 85 Millionen. Ebenso kam es bei den Risikovorsorgen durch die Verbesserung der Risikosituation zu Auflösungen, nachdem in der Vergleichsperiode aufgrund der politischen Situation in der Donbass-Region noch sehr hohe Risikovorsorgen notwendig gewesen waren. Daher verbesserte sich das Ergebnis vor Steuern in der Ukraine um € 241 Millionen auf € 1.50 Millionen. Russland dagegen verzeichnete ein um 16 Prozent niedrigeres Ergebnis vor Steuern. Ein volumen- und margenbedingter Rückgang des Zinsüberschusses wurde hier durch geringere Verwaltungsaufwendungen sowie Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahezu ausgeglichen, jedoch war hier 2015 durch den Verkauf des russischen Pensionsfonds ZAO NPF Raiffeisen zusätzlich ein Endkonsolidierungsgewinn von € 86 Millionen erzielt worden. In Belarus reduzierte sich das Ergebnis im Jahresvergleich aufgrund eines im Vorjahr erzielten Bewertungsergebnisses aus einer Fremdwährungsposition sowie eines geringeren Eigenhandelsergebnisses.

Das Vorsteuerergebnis des Segments **Group Corporates** verbesserte sich überwiegend dank niedrigerer Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen, nachdem im Vorjahr hohe Wertberichtigungen auf Forderungen an Großkunden vor allem in der ukrainischen Donbass-Region erforderlich geworden waren. Dem standen rückläufige Betriebserträge und höhere Verwaltungsaufwendungen gegenüber.

Im Segment **Group Markets** wurde ein Ergebnisrückgang vor Steuern von 29 Prozent verzeichnet. Er beruhte vor allem auf höheren Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen. Hingegen zeigte das Betriebsergebnis einen Anstieg um 32 Prozent, hervorgerufen durch ein volumenbedingt verbessertes Handelsergebnis.

1.1.-31.12.2016 in € Tausend	Corporate Center	Non-Core	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	361.563	330.777	- 365.781	2.935.429
Provisionsüberschuss	41.535	154.035	- 36.111	1.496.844
Handelsergebnis	- 25.620	- 4.946	- 31.173	214.586
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	114.388	- 301	- 68.996	45.364
Betriebserträge	491.866	479.564	- 502.061	4.692.222
Verwaltungsaufwendungen	- 325.950	- 405.719	83.847	- 2.848.228
Betriebsergebnis	165.917	73.846	- 418.214	1.843.995
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 9.388	- 255.145	- 4.780	- 754.387
Übrige Ergebnisse	- 220.785	- 21.741	- 7.511	- 204.010
Ergebnis vor Steuern	- 64.256	- 203.041	- 430.504	885.598
Steuern vom Einkommen und Ertrag	31.540	- 40.609	0	- 311.982
Ergebnis nach Steuern	- 32.717	- 243.650	- 430.504	573.615
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 1.821	- 1	478	- 110.512
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	- 34.538	- 243.651	- 430.026	463.104
Risikoaktiva (Kreditrisiko)	12.281.655	6.218.589	- 12.098.954	48.841.245
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	13.990.460	7.235.450	- 12.886.823	60.060.645
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.119.237	578.836	- 1.030.946	4.804.852
Aktiva	20.935.860	13.828.352	- 17.727.590	111.863.845
Verbindlichkeiten	16.624.340	11.973.214	- 11.186.251	102.631.716
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	2,12%	-	2,78%
NPL Ratio	-	17,7%	-	9,2%
NPL Coverage Ratio	-	66,6%	-	75,6%
Cost/Income Ratio	66,3%	84,6%	-	60,7%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	2,31%	-	1,05%
Durchschnittliches Eigenkapital	2.005.438	1.310.348	- 1.822.371	8.570.790
Return on Equity vor Steuern	-	-	-	10,3%
Geschäftsstellen	0	305	-	2.506

Das Segment **Corporate Center** umfasst im Wesentlichen die Ergebnisse aus den Steuerungsfunktionen der Konzernzentrale sowie aus sonstigen Konzerneinheiten. Seine Ergebnisse weisen dadurch eine insgesamt höhere Volatilität auf. 2016 sanken die Betriebserträge vor allem aufgrund niedrigerer Dividendenerträge deutlich, das Ergebnis vor Steuern verschlechterte sich um € 657 Millionen. Ergebnisrückgängen bei Derivaten und Verbindlichkeiten standen ein höheres Ergebnis aus Finanzinvestitionen und Endkonsolidierungen gegenüber.

Im Segment **Non-Core** sind jene Geschäftsbereiche enthalten, die gemäß der 2015 festgelegten Strategieanpassung der RBI abgebaut bzw. verkauft werden sollen. Das Segmentergebnis vor Steuern verbesserte sich um 23 Prozent auf minus € 203 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren geringere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen vor allem in Asien und reduzierte Verwaltungsaufwendungen. Die Betriebserträge sanken allerdings infolge des planmäßigen Volumenabbaus.

Die **Überleitung** umfasst Konsolidierungen, die erforderlich sind, um von den einzelnen Segmentergebnissen zum Konzernergebnis zu gelangen. Die Zahlen der Berichtssegmente werden nach Eliminierung der segmentinternen Positionen gezeigt. Segmentübergreifende Konsolidierungen werden jedoch in der Überleitung dargestellt. Die hier wesentlichen Konsolidierungspositionen sind Dividendenzahlungen an die Konzernzentrale und segmentübergreifende Leistungsverrechnungen von und mit der Konzernzentrale.

1.1.-31.12.2015 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates	Group Markets
Zinsüberschuss	654.409	780.220	948.557	325.711	74.144
Provisionsüberschuss	387.818	380.344	403.764	74.056	121.683
Handelsergebnis	31.311	50.138	30.505	773	78.136
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 25.404	3.267	- 21.597	1.012	13.928
Betriebserträge	1.048.134	1.213.970	1.361.229	401.551	287.891
Verwaltungsaufwendungen	- 635.848	- 680.562	- 563.252	- 142.751	- 215.676
Betriebsergebnis	412.286	533.408	797.978	258.800	72.215
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 132.879	- 191.017	- 421.523	- 140.874	6.587
Übrige Ergebnisse	30.536	- 82.217	173.060	- 15.337	15.421
Ergebnis vor Steuern	309.943	260.174	549.515	102.589	94.223
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 65.813	- 32.686	- 127.589	- 25.406	- 22.563
Ergebnis nach Steuern	244.130	227.488	421.925	77.183	71.661
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 57.375	- 1.181	- 4.773	- 1.091	0
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	186.755	226.307	417.153	76.092	71.661
Risikoaktiva (Kreditrisiko)	10.761.209	11.491.224	9.588.789	7.770.899	1.634.033
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	12.909.877	13.967.653	11.641.878	8.590.224	3.781.066
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.032.790	1.117.412	931.350	687.218	302.485
Aktiva	26.877.762	22.120.394	14.179.099	13.873.346	13.460.865
Verbindlichkeiten	24.449.729	19.174.229	12.458.753	12.207.042	19.229.383
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,67%	3,84%	6,14%	2,08%	0,77%
NPL Ratio	7,1%	12,1%	18,9%	9,4%	5,7%
NPL Coverage Ratio	75,3%	71,6%	86,4%	56,7%	82,0%
Cost/Income Ratio	60,7%	56,1%	41,4%	35,5%	74,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,71%	1,44%	3,54%	0,94%	- 0,24%
Durchschnittliches Eigenkapital	1.697.586	1.737.542	1.640.918	1.098.732	548.184
Return on Equity vor Steuern	18,3%	15,0%	33,5%	9,3%	17,2%
Geschäftsstellen	395	1.064	862	1	5

1.1.-31.12.2015 in € Tausend	Corporate Center	Non-Core	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	1.123.763	384.908	- 965.062	3.326.650
Provisionsüberschuss	17.399	171.740	- 37.612	1.519.193
Handelsergebnis	- 147.131	542	- 27.859	16.415
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	153.895	19.488	- 78.096	66.493
Betriebserträge	1.147.927	576.677	- 1.108.629	4.928.751
Verwaltungsaufwendungen	- 305.850	- 462.452	92.405	- 2.913.986
Betriebsergebnis	842.077	114.225	- 1.016.224	2.014.765
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 23.090	- 374.737	13.731	- 1.263.802
Übrige Ergebnisse	- 226.401	- 2.305	67.225	- 40.017
Ergebnis vor Steuern	592.587	- 262.817	- 935.269	710.946
Steuern vom Einkommen und Ertrag	21.644	- 23.541	0	- 275.955
Ergebnis nach Steuern	614.230	- 286.358	- 935.269	434.991
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 18.500	- 9	26.787	- 56.142
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	595.730	- 286.366	- 908.481	378.850
Risikoaktiva (Kreditrisiko)	13.707.964	9.192.475	- 12.687.947	51.458.646
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	14.777.339	10.611.238	- 13.007.057	63.272.218
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.182.187	848.899	- 1.040.565	5.061.777
Aktiva	27.287.163	18.834.740	- 22.206.785	114.426.583
Verbindlichkeiten	17.009.804	17.147.627	- 15.750.951	105.925.617
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	2,01%	-	3,00%
NPL Ratio	-	15,4%	-	11,9%
NPL Coverage Ratio	-	62,4%	-	71,3%
Cost/Income Ratio	26,6%	80,2%	-	59,1%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	2,68%	-	1,64%
Durchschnittliches Eigenkapital	2.039.659	1.459.596	- 1.839.391	8.382.827
Return on Equity vor Steuern	29,1%	-	-	8,5%
Geschäftsstellen	0	378	-	2.705

ÜBER DIE RBI

KONZERNLAGEBERICHT

SEGMENTBERICHTE

KONZERNABSCHLUSS

SERVICE

Anhang

Grundlagen der Abschlusserstellung

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122.119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien. Der Konzernabschluss wird gemäß den österreichischen Veröffentlichungsregelungen beim Firmenbuchgericht hinterlegt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht.

Die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB AG) ist mit einem Anteil von etwas über 60 Prozent Mehrheitseigentümerin der RBI, der Rest ist im Streubesitz und wird über die Wiener Börse gehandelt. Die RZB AG ist das Spitzeninstitut der Raiffeisen Bankengruppe Österreich (RBG), Konzernspitze der RZB-Gruppe sowie Serviceeinheit für die RBG. Ende September 2016 wurden das oberste Mutterunternehmen der RZB AG, die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, Wien, und deren 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH, Wien, in denen 82,4 Prozent der Anteile an der RZB AG gebündelt waren, in die RZB AG verschmolzen. Somit fungiert die RZB AG bis zu deren Verschmelzung in die RBI AG als oberstes Mutterunternehmen und bildet einen Konsolidierungskreis.

Die RBI ist eine Universalbank mit Fokus auf Firmen- und Retail-Kunden in Zentral- und Osteuropa (CEE) sowie ausschließlich auf Firmenkunden in Österreich. In CEE verfügt die RBI über ein engmaschiges Netzwerk an Tochterbanken, Leasinggesellschaften und zahlreichen spezialisierten Finanzdienstleistungsunternehmen mit rund 2.500 Geschäftsstellen. In Österreich ist die RBI auf das Firmenkunden- und das Investment-Banking-Geschäft spezialisiert. Sie ist die Corporate-Finance-Bank Österreichs und betreut die Top-1.000-Unternehmen des Landes. Darüber hinaus vertrauen zahlreiche internationale und multinationale Großkunden sowie Finanzunternehmen ihrem umfassenden Serviceangebot.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 28. Februar 2017 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2016 und die Vergleichswerte für das Geschäftsjahr 2015 wurden in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS), soweit sie auf Basis der IAS-Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommen wurden, aufgestellt. Die bereits anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) sind berücksichtigt. Alle Standards, die vom IASB als für den Konzernabschluss 2016 anzuwendende International Accounting Standards veröffentlicht und von der EU übernommen wurden, wurden angewendet. Weiters erfüllt der Konzernabschluss die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen. IAS 20, IAS 41 und IFRS 6 wurden nicht berücksichtigt, weil für den Konzern keine entsprechenden Geschäftsfälle vorlagen.

Die Grundlage für den Konzernabschluss bilden die auf Basis der IFRS-Bestimmungen nach konzerneinheitlichen Standards erstellten Berichtspakete aller vollkonsolidierten Unternehmen. Alle Tochtergesellschaften erstellen ihre Jahresabschlüsse per 31. Dezember. Die Zahlen im vorliegenden Abschluss sind in € Tausend angegeben. Die nachstehend angeführten Tabellen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn seine Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder ein anderer Wert verlässlich bewertet werden können. Eine Schuld wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein direkter Abfluss von Ressourcen ergibt, die wirtschaftlichen Nutzen enthalten, und wenn deren Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Davon ausgenommen sind bestimmte Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag angesetzt werden. Erträge werden erfasst, wenn es unter Einhaltung der Bedingungen des IAS 18 wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird, und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wurde in Euro, der funktionalen Währung der RBI AG, aufgestellt. Die funktionale Währung ist die Währung des primären Wirtschaftsumfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist. Jedes Unternehmen innerhalb des Konzerns legt unter Berücksichtigung aller in IAS 21 angeführten Faktoren seine eigene funktionale Währung fest.

Die in einer anderen funktionalen Währung als dem Euro aufgestellten Abschlüsse der Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises wurden nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 in die Berichtswährung Euro umgerechnet. Dabei wurde das Eigenkapital mit seinem historischen Kurs, alle anderen Aktiva und Passiva sowie Anhangangaben wurden mit dem Stichtagskurs angesetzt. Aus der Währungsumrechnung der Eigenkapitalbestandteile (historische Kurse) resultierende Differenzen werden mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Die Posten der Erfolgsrechnung wurden mit dem Durchschnittskurs des Jahres auf Basis der Monatsultimokurse berechnet. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Erfolgsrechnung wurden mit dem Eigenkapital (Gewinnrücklagen) verrechnet. Gemäß IAS 21 wurde bei stark schwankenden Wechselkursen anstelle des Durchschnittskurses der Transaktionskurs verwendet.

Bei Abgang eines ausländischen Geschäftsbetriebs, der zum Verlust der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder des maßgeblichen Einflusses führt, wurde der entsprechende, bis zu diesem Zeitpunkt kumuliert in der Währungsumrechnungsrücklage erfasste Betrag als Teil des Ergebnisses aus Endkonsolidierungen in die Erfolgsrechnung umgegliedert.

Bei einem Tochterunternehmen mit Sitz außerhalb des Euroraums stellte aufgrund des wirtschaftlichen Gehalts der zugrunde liegenden Geschäftsfälle der US-Dollar die funktionale Währung dar, weil sowohl die Transaktionen als auch die Refinanzierung in US-Dollar abgewickelt wurden. Bei einem Tochterunternehmen mit Sitz im Euroraum stellte aufgrund des wirtschaftlichen Gehalts der zugrunde liegenden Geschäftsfälle der russische Rubel die funktionale Währung dar.

Folgende Kurse wurden für die Währungsumrechnung herangezogen:

Kurse in Währung pro €	2016		2015	
	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-31.12.	Stichtag 31.12.	Durchschnitt 1.1.-31.12.
Albanischer Lek (ALL)	135,400	137,299	137,280	139,668
Belarus Rubel (BYN)	2,068	2,186	2,030	1,758
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Bulgarische Lewa (BGN)	1,956	1,956	1,956	1,956
Kasachischer Tenge (KZT)	352,622	376,831	371,310	249,078
Kroatische Kuna (HRK)	7,560	7,544	7,638	7,621
Malaysischer Ringgit (MYR) ¹	-	-	4,696	4,338
Polnischer Zloty (PLN)	4,410	4,366	4,264	4,191
Rumänischer Lei (RON)	4,539	4,496	4,524	4,444
Russischer Rubel (RUB)	64,300	73,876	80,674	69,043
Schweizer Franken (CHF)	1,074	1,090	1,084	1,075
Serbischer Dinar (RSD)	123,410	122,970	121,626	120,779
Singapur-Dollar (SGD)	1,523	1,526	1,542	1,529
Tschechische Krone (CZK)	27,021	27,041	27,023	27,305
Türkische Lira (TRY) ¹	-	-	3,177	3,024
Ukrainische Hryvna (UAH)	28,599	28,214	26,223	24,016
Ungarischer Forint (HUF)	309,830	312,222	315,980	310,045
US-Dollar (USD)	1,054	1,102	1,089	1,113

¹ Aufgrund von Endkonsolidierung waren im Geschäftsjahr 2016 der malaysische Ringgit und die türkische Lira nicht mehr in Verwendung.

Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten und wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die wesentlichsten Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen:

Risikovorsorgen im Kreditgeschäft

Zu jedem Bilanzstichtag werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte auf Werthaltigkeit überprüft, um festzustellen, ob Wertminderungen erfolgswirksam zu erfassen sind. Insbesondere wird beurteilt, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung aufgrund eines nach dem erstmaligen Ansatz eingetretenen Verlustereignisses bestehen. Darüber hinaus ist es im Rahmen der Bestimmung des Wertminderungsaufwands erforderlich, Höhe und Zeitpunkt zukünftiger Zahlungsströme zu schätzen. Eine ausführliche Beschreibung und Darstellung der Entwicklung der Risikovorsorgen findet sich unter Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Abschnitt „Kreditrisiko“.

Fair Value von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist jener Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar oder unter Anwendung einer Bewertungsmethode geschätzt worden ist. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eines Vermögenswerts oder einer Schuld berücksichtigt der Konzern bestimmte Merkmale des Vermögenswerts oder der Schuld (z. B. Zustand und Standort des Vermögenswerts oder Verkaufs- und Nutzungsbeschränkungen), wenn Marktteilnehmer diese Merkmale bei der Preisfestlegung für den Erwerb des jeweiligen Vermögenswerts oder die Übertragung der Schuld zum Bewertungsstichtag ebenfalls berücksichtigen würden. Ist der Markt für ein Finanzinstrument nicht aktiv, wird der Fair Value anhand einer Bewertungsmethode oder eines Preismodells ermittelt. Generell werden für Bewertungsmethoden Schätzungen herangezogen, deren Ausmaß von der Komplexität des Instruments und der Verfügbarkeit marktbasierter Daten abhängt. Die Input-Parameter für diese Modelle werden so weit wie möglich von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Unter Umständen sind Bewertungsanpassungen notwendig, um weiteren Faktoren wie Modellrisiken, Liquiditätsrisiken oder Kreditrisiken Rechnung zu tragen. Die Beschreibung der Bewertungsmodelle findet sich im Abschnitt „Finanzinstrumente - Ansatz und Bewertung“ des Anhangs. Zusätzlich werden die Fair Values von Finanzinstrumenten unter Punkt (40) Fair Value von Finanzinstrumenten dargestellt.

Rückstellung für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen

Die Kosten des leistungsorientierten Pensionsplans werden mittels versicherungsmathematischer Verfahren bewertet. Die versicherungsmathematische Bewertung basiert auf Annahmen zu Diskontierungszinssätzen, erwarteten Renditen von Vermögenswerten, künftigen Gehaltsentwicklungen, Sterblichkeit und künftigen Pensionsanhebungen. Der Zinssatz, der für die Abzinsung der leistungsorientierten Verpflichtungen des Konzerns herangezogen wird, wird auf der Grundlage der Renditen bestimmt, die am Abschlussstichtag für erstrangige festverzinsliche Unternehmensanleihen auf dem Markt erzielt werden. Eine erhebliche Ermessensentscheidung ist hier bei der Festlegung der Kriterien notwendig, nach denen die Unternehmensanleihen ausgesucht werden, die die Grundgesamtheit bilden, aus der die Renditekurve abgeleitet wird. Für die Bestimmung des Rechnungszinssatzes wird auf die Zinsempfehlung von Mercer zurückgegriffen. Die wesentlichen Kriterien bei der Auswahl dieser Unternehmensanleihen beinhalten das Ausgabevolumen und die Qualität der Anleihen sowie die Identifizierung von Ausreißern, die nicht berücksichtigt werden. Annahmen und Schätzungen, die für die Berechnung langfristiger Personalverpflichtungen angewendet werden, sind im Abschnitt „Verpflichtungen für Pensionen und aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses“ beschrieben. Quantitative Angaben zu langfristigen Personalrückstellungen finden sich unter Punkt (27) Rückstellungen.

Werthaltigkeit von nicht finanziellen Vermögenswerten

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte, z. B. Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte, unterliegen einer jährlichen Werthaltigkeitsprüfung. Eine solche Überprüfung erfolgt häufiger, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen – etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas – darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Die Beschreibung der Werthaltigkeitsprüfung wird im Abschnitt „Unternehmenserwerb“ dargelegt. Zusätzlich werden die Buchwerte der Firmenwerte unter Punkt (20) Immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Dazu wird ein Planungshorizont von fünf Jahren herangezogen. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerskapazität und Profitabilität sowie gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der Vortragsfähigkeit steuerlicher Verlustvorträge.

Der Ausweis der latenten Steuern wird in der Erfolgsrechnung und in der Bilanz nicht gesondert vorgenommen. Details sind im Gesamtergebnis und unter Punkt (11) Steuern vom Einkommen und Ertrag, Punkt (23) Sonstige Aktiva und Punkt (27) Rückstellungen dargestellt.

Leasingverträge

Zur Unterscheidung von Finanzierungsleasing einerseits und Operating Leasing andererseits sind Ermessensentscheidungen aus Sicht des Leasinggebers notwendig, wobei als Kriterium die Übertragung von im Wesentlichen sämtlichen Risiken und Chancen vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer gilt. Details sind unter Punkt (44) Finanzierungsleasing und Punkt (45) Operating Leasing dargestellt.

Beherrschung

Gemäß IFRS 10 liegt die Beherrschung eines Beteiligungsunternehmens vor, wenn der Konzern schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei dem Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf die Renditen sowie die Fähigkeit besitzt, diese mittels seiner Macht über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Ferner enthält IFRS 10 Konkretisierungen zur Würdigung bzw. Beurteilung von potenziellen Stimmrechten, Mitentscheidungs- bzw. Schutzrechten Dritter sowie Konstellationen, die durch delegierte bzw. zurückbehaltene Entscheidungsrechte oder De-facto-Kontrolle charakterisiert sind. Ob Beherrschung gegeben ist, erfordert eine gesamthafte (und damit teilweise ermessensabhängige) Beurteilung der wirtschaftlichen Einflussnahme des Mutter- auf das Beteiligungsunternehmen. Details sind unter Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns dargestellt.

Beteiligungen an strukturierten Einheiten

Gemäß IFRS 12 sind strukturierte Einheiten Unternehmen die derart aufgestellt wurden, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der bestimmende Faktor bei der Festlegung sind, wer das Unternehmen beherrscht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben erstrecken und die maßgeblichen Tätigkeiten mittels vertraglicher Vereinbarungen ausgeführt werden. Für Zwecke dieses IFRS ist eine Beteiligung an einem anderen Unternehmen ein vertragliches und nicht-vertragliches Engagement, das ein Unternehmen schwankenden Renditen aus der Leistungskraft des anderen Unternehmens aussetzt.

Die Beurteilung, bei welchen Unternehmen es sich um strukturierte Einheiten handelt und welches Engagement bei solchen Unternehmen auch tatsächlich eine Beteiligung darstellt, erfordert Ermessensentscheidungen. Details sind unter Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns im Abschnitt „Strukturierte Einheiten“ dargestellt.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Erfolgsrechnung nach Bewertungskategorien

in € Tausend	2016	2015
Gewinne (Verluste) aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten des Handelsbestands	214.447	105.649
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	57.777	370.614
Zinsertrag	149.003	162.108
Gewinne (Verluste) aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (netto)	- 91.226	208.506
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	153.400	47.182
Zinsertrag	28.301	87.651
Realisierte Gewinne (Verluste) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (netto)	148.984	2.664
Verluste aus der Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 23.885	- 43.134
Kredite und Forderungen	2.723.634	2.776.114
Zinsertrag	3.477.104	4.039.632
Realisierte Gewinne (Verluste) aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten (netto)	10.008	10.724
Verluste aus der Wertminderung von nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	- 763.478	- 1.274.243
Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	141.425	164.129
Zinsertrag	128.352	152.359
Realisierte Gewinne (Verluste) aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten (netto)	13.128	11.750
Zuschreibungen/Verluste aus der Wertminderung von nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	- 55	21
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.108.664	- 1.585.647
Zinsaufwendungen	- 1.108.433	- 1.589.552
Ergebnis aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	- 230	3.905
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	154.082	200.752
Nettozinsertrag	160.449	194.763
Positive (negative) Zeitwertanpassungen bei der Bilanzierung von Sicherungsmaßnahmen (netto)	- 6.367	5.989
Erfolgsbeiträge aus Währungsumrechnung (netto)	23.715	64.645
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	- 1.474.219	- 1.432.492
Ergebnis vor Steuern	885.598	710.946

(2) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge und -aufwendungen aus Posten des Bankgeschäfts, Dividendenerträge sowie Gebühren und Provisionen mit Zinscharakter enthalten.

in € Tausend	2016	2015
Zinsen und zinsähnliche Erträge gesamt	4.043.862	4.916.202
Zinserträge	4.023.315	4.815.800
aus Guthaben bei Zentralbanken	20.766	35.420
aus Forderungen an Kreditinstitute	151.333	162.985
aus Forderungen an Kunden	3.159.065	3.656.077
aus Wertpapieren	277.277	314.268
aus Leasingforderungen	153.773	172.598
aus derivativen Finanzinstrumenten aus ökonomischem Hedge	100.653	279.689
aus derivativen Finanzinstrumenten aus Hedge Accounting	160.449	194.763
Laufende Erträge	28.379	87.850
aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren	78	198
aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	24.640	76.110
aus sonstigen Beteiligungen	3.661	11.541
Zinsähnliche Erträge	14.023	18.229
Negative Zinsen aus finanziellen Vermögenswerten	- 21.855	- 5.677
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen gesamt	- 1.108.433	- 1.589.552
Zinsaufwendungen	- 1.090.866	- 1.530.715
für Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken	- 14.358	- 53.964
für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 161.976	- 190.163
für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 604.356	- 905.602
für verbrieftete Verbindlichkeiten	- 149.626	- 194.370
für Nachrangkapital	- 160.549	- 186.615
Zinsähnliche Aufwendungen	- 35.547	- 61.896
Negative Zinsen aus finanziellen Verbindlichkeiten	17.980	3.058
Gesamt	2.935.429	3.326.650

Die Zinserträge beinhalten Zinserträge (Unwinding) von wertberechtigten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute in Höhe von € 185.018 Tausend (2015: € 183.804 Tausend). Zinserträge von wertberechtigten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden anhand des Zinssatzes erfasst, der bei der Bestimmung des Wertminderungsaufwands zur Abzinsung des künftigen Cash-Flows verwendet wurde.

(3) Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Kreditrisikovorsorgen für bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2016	2015
Einzelwertberichtigungen	- 768.835	- 1.324.169
Zuführung zu Risikovorsorgen	- 1.625.946	- 1.967.334
Auflösung von Risikovorsorgen	841.648	638.597
Direktabschreibungen	- 112.791	- 117.352
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	128.254	121.921
Portfolio-Wertberichtigungen	4.441	49.642
Zuführung zu Risikovorsorgen	- 179.337	- 194.730
Auflösung von Risikovorsorgen	183.778	244.372
Erlöse aus der Beendigung oder dem Verkauf von Krediten	10.008	10.724
Gesamt	- 754.387	- 1.263.802

Detailangaben über die Risikovorsorgen sind in Punkt (16) Kreditrisikovorsorgen dargestellt.

(4) Provisionsüberschuss

in € Tausend	2016	2015
Zahlungsverkehr	651.195	644.469
Kredit- und Garantiegeschäft	170.032	198.497
Wertpapiergeschäft	136.556	136.056
Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft	391.626	381.034
Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds	37.646	43.044
Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten	59.788	52.030
Sonstige Bankdienstleistungen	50.001	64.063
Gesamt	1.496.844	1.519.193

(5) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden Zins- und Dividendenerträge, Refinanzierungskosten, Provisionen sowie Wertänderungen von Handelsbeständen ausgewiesen.

in € Tausend	2016	2015
Zinsbezogenes Geschäft	118.507	67.993
Währungsbezogenes Geschäft	115.706	-60.259
Aktien-/indexbezogenes Geschäft	-18.265	7.134
Kreditderivatgeschäft	-3.751	-926
Sonstiges Geschäft	2.388	2.473
Gesamt	214.586	16.415

Die Verbesserung im währungsbezogenen Geschäft resultiert im Wesentlichen aus der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Abwertung der ukrainischen Hryvna (Anstieg um € 80.987 Tausend). Ein positiver Effekt resultierte auch aus dem Entfall eines Absicherungsgeschäfts für Dividendenerträge in russischen Rubeln, aus dem sich im Vorjahr noch eine Belastung von € 70.032 Tausend ergeben hatte. Rückgänge in Höhe von € 61.299 Tausend verzeichnete hingegen Belarus durch die Beendigung einer strategischen Währungsposition.

(6) Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

in € Tausend	2016	2015
Ergebnis aus dem Hedge Accounting	-6.367	5.989
Ergebnis aus Kreditderivaten	-48	-90
Ergebnis aus sonstigen Derivaten	-77.029	-125.718
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten	-105.078	111.643
Ergebnis aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	-230	3.905
Gesamt	-188.752	-4.272

Das Ergebnis aus dem Hedge Accounting beinhaltet zum einen das Bewertungsergebnis von Derivaten in Fair Value Hedges in Höhe von € 9.200 Tausend (2015: minus € 112.615 Tausend) und zum anderen die Bewertungsänderung der durch Fair Value Hedges gesicherten Grundgeschäfte in Höhe von minus € 15.778 Tausend (2015: € 118.812 Tausend). Darüber hinaus werden hier die ineffizienten Teile des Cash-Flow Hedge in Höhe von € 211 Tausend (2015: minus € 208 Tausend) dargestellt.

Das Ergebnis aus sonstigen Derivaten beinhaltet die Bewertungsergebnisse für Derivate, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen und dabei gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt wurden, sodass sie nicht die Bedingungen für Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Im Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten ist aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos ein Verlust von € 119.064 Tausend (2015: Verlust von € 2.572 Tausend) und ein positiver Effekt aus Marktzinsänderungen von € 13.986 Tausend (2015: positiver Effekt von € 114.215 Tausend) enthalten.

(7) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen sind Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands (Held-to-Maturity), aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren sowie aus Unternehmensanteilen enthalten. Darunter befinden sich Anteile an verbundenen Unternehmen und sonstigen Unternehmen.

in € Tausend	2016	2015
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren	13.073	11.770
Bewertungsergebnis aus Wertpapieren	- 55	21
Veräußerungsergebnis aus Wertpapieren	13.128	11.750
Ergebnis aus Unternehmensanteilen	126.850	- 44.654
Bewertungsergebnis aus Unternehmensanteilen	- 17.652	- 45.311
Veräußerungsergebnis aus Unternehmensanteilen	144.501	656
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren	14.768	97.147
Bewertungsergebnis aus Wertpapieren	16.218	75.570
Veräußerungsergebnis aus Wertpapieren	- 1.450	21.576
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	- 1.751	4.185
Gesamt	152.940	68.448

Das Veräußerungsergebnis aus Unternehmensanteilen resultierte im Geschäftsjahr 2016 vor allem aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. und der damit verbundenen Umgliederung von kumulierten Gewinnen von € 133.623 Tausend in die Erfolgsrechnung.

(8) Verwaltungsaufwendungen

in € Tausend	2016	2015
Personalaufwand	- 1.409.841	- 1.389.414
Sachaufwand	- 1.107.364	- 1.173.095
davon betrieblich bedingter Sachaufwand	- 963.697	- 1.005.874
davon regulatorisch bedingter Sachaufwand	- 143.667	- 167.221
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	- 331.023	- 351.476
Gesamt	- 2.848.228	- 2.913.986

Personalaufwand

in € Tausend	2016	2015
Löhne und Gehälter	- 1.072.610	- 1.053.851
Soziale Abgaben	- 248.820	- 255.289
Freiwilliger Sozialaufwand	- 43.078	- 37.997
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	- 11.382	- 11.359
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	- 456	- 1.308
Sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	- 8.716	- 8.256
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen	- 2.519	- 5.033
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	- 11.872	- 11.000
Aufwendungen für das Share Incentive Program (SIP)	- 1.217	- 1.905
Aufwendungen für zukünftige Bonuszahlungen gemäß § 39b BWG	- 9.171	- 3.416
Gesamt	- 1.409.841	- 1.389.414

Sachaufwand

in € Tausend	2016	2015
Raumaufwand	- 244.965	- 271.220
IT-Aufwand	- 259.584	- 253.518
Kommunikationsaufwand	- 65.462	- 68.671
Rechts- und Beratungsaufwand	- 95.038	- 96.978
Werbe- und Repräsentationsaufwand	- 102.775	- 102.009
Büroaufwand	- 25.661	- 27.649
Kfz-Aufwand	- 14.534	- 17.718
Sicherheitsaufwand	- 37.386	- 37.045
Reiseaufwand	- 15.852	- 16.021
Ausbildungsaufwand	- 16.998	- 16.736
Sonstiger Sachaufwand	- 85.441	- 98.310
Betrieblich bedingter Sachaufwand	- 963.697	- 1.005.874
Einlagensicherung	- 91.987	- 125.853
Bankenabwicklungsfonds	- 51.680	- 41.367
Regulatorisch bedingter Sachaufwand	- 143.667	- 167.221
Gesamt	- 1.107.364	- 1.173.095

Die im Rechts- und Beratungsaufwand enthaltenen Honorare für die Wirtschaftsprüfer der RBI AG und der Tochterunternehmen gliedern sich in Aufwendungen für die Abschlussprüfung in Höhe von € 6.531 Tausend (2015: € 6.172 Tausend) sowie in Aufwendungen für die Steuerberatung und zusätzliche Beratungsleistungen in Höhe von € 8.524 Tausend (2015: € 5.747 Tausend). Davon entfielen auf den Konzernabschlussprüfer für Abschlussprüfungen € 1.879 Tausend (2015: € 2.157 Tausend) und für andere Beratungsleistungen € 1.434 Tausend (2015: € 1.450 Tausend).

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Tausend	2016	2015
Sachanlagen	- 122.883	- 149.716
Immaterielle Vermögenswerte	- 177.478	- 170.864
Vermietete Leasinganlagen	- 30.663	- 30.896
Gesamt	- 331.023	- 351.476

Die Abschreibungen für die im Zuge von Erstkonsolidierungen aktivierten immateriellen Vermögenswerte betrafen die planmäßigen Abschreibungen des Kundenstocks und beliefen sich auf € 4.719 Tausend (2015: € 5.747 Tausend).

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte enthalten Wertminderungen von € 34.300 Tausend (2015: € 50.246 Tausend). In den Wertminderungen sind Abschreibungen auf Gebäude und Grundstücke in Höhe von € 5.080 Tausend (2015: € 17.850 Tausend) und solche auf immaterielle Vermögenswerte von € 28.540 Tausend (2015: € 31.993 Tausend), insbesondere die Marke Polbank, enthalten.

Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

in € Tausend	2016	2015
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte	- 3.528	- 3.045
Andere Arbeitnehmer	- 23.374	- 25.233
Gesamt	- 26.902	- 28.278

Für die Vorstandsmitglieder gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für Mitarbeiter, die einen Grundbeitrag seitens des Unternehmens zu einer Pensionskasse und einen Zusatzbeitrag vorsehen, wenn der Mitarbeiter Eigenbeiträge in derselben Höhe leistet. Für drei Vorstandsmitglieder bestehen zusätzlich individuelle Pensionszusagen, die über eine Rückdeckungsversicherung finanziert werden.

Im Fall der Beendigung der Funktion bzw. des Dienstverhältnisses und des Ausscheidens aus dem Unternehmen hat ein Mitglied des Vorstands Abfertigungsansprüche gemäß Angestelltengesetz in Verbindung mit dem Bankenkollektivvertrag, ein Mitglied gemäß vertraglicher Vereinbarung und vier Mitglieder nach dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz. Die Abfertigungsansprüche gemäß Angestelltengesetz oder gemäß vertraglicher Vereinbarung verfallen grundsätzlich bei Kündigung durch den Dienstnehmer.

Zudem besteht über eine Pensionskasse und/oder aufgrund einer individuellen Pensionszusage, die durch eine Rückdeckungsversicherung abgesichert ist, ein Schutz gegenüber dem Berufsunfähigkeitsrisiko. Die Vorstandsverträge sind für die Dauer der Funktionsperioden bzw. befristet auf maximal fünf Jahre abgeschlossen. Die Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund betragen maximal zwei Jahresgesamtvergütungen.

(9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Tausend	2016	2015 ¹
Nettoergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	18.878	17.988
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	53.029	66.402
Aufwendungen aus bankfremden Tätigkeiten	- 34.151	- 48.413
Nettoergebnis aus der Vermittlung von Dienstleistungen	5.338	5.602
Umsatzerlöse aus der Vermittlung von Dienstleistungen	71.748	61.531
Aufwendungen aus der Vermittlung von Dienstleistungen	- 66.410	- 55.929
Ergebnis aus Operating Leasing (Kfz und Mobilien)	30.888	30.880
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	40.427	47.498
Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	- 1.650	1.196
Sonstige Steuern	- 71.789	- 75.476
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	- 17.288	- 4.470
Sonstige betriebliche Erträge	100.826	114.907
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 60.265	- 71.632
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	45.364	66.493
Wertminderungen von Firmenwerten	0	- 6.954
Bankenabgaben	- 157.846	- 119.100
Bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	- 29.268	- 19.249
Gesamt	- 141.749	- 78.810

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen infolge geänderter Zuordnung

Die Position „Sonstige Steuern“ beinhaltet neben Grundsteuern vor allem die Finanztransaktionssteuer in Ungarn.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beinhaltet im Geschäftsjahr keine Wertminderungen von Firmenwerten. Im Vorjahr waren Wertminderungen von Firmenwerten im Ausmaß von € 6.954 Tausend enthalten, die bei Konzerneinheiten in der Ukraine und in Serbien vorgenommen wurden.

Unter den Bankenabgaben sind im Wesentlichen die Abgaben gemäß Stabilitätsgesetz in Österreich in Höhe von € 85.440 Tausend (2015: € 84.175 Tausend) sowie Bankenabgaben in Polen (€ 34.077 Tausend, 2015: € 0 Tausend), der Slowakei (€ 19.365 Tausend, 2015: € 17.553 Tausend) und Ungarn (€ 18.964 Tausend, 2015: € 17.372 Tausend) enthalten.

Im zweiten Quartal 2016 ist in Rumänien das so genannte „Walkaway Law“ in Kraft getreten. Aus der erwarteten Inanspruchnahme dieser Regelung resultierte in der Berichtsperiode ein Vorsorgebedarf in Höhe von € 26.741 Tausend. Dieses neue Hypothekarkreditgesetz besagt, dass Kreditnehmer ihre Immobilien an die Banken überschreiben und auf diese Weise ihre Schuld tilgen können – auch wenn das aushaftende Kreditvolumen den Immobilienwert übersteigt. Das Gesetz bezieht sich währungsunabhängig auf bestimmte von Privatpersonen aufgenommene Hypothekarkredite und ist rückwirkend anwendbar. Da dies aus Sicht des Konzerns gegen die rumänische Verfassung verstößt, wurden entsprechende Verfahren eingeleitet. Das rumänische Verfassungsgericht hob im Oktober 2016 Teile des Gesetzes, die mit der rückwirkenden Anwendung in Zusammenhang stehen, wieder auf. Im Vorjahr war es zu Belastungen in Kroatien in Höhe von € 81.987 Tausend und in Serbien in Höhe von € 3.951 Tausend gekommen, denen in Ungarn eine teilweise Auflösung der gebildeten Vorsorge in Höhe von € 66.689 Tausend gegenüberstand.

(10) Ergebnis aus Endkonsolidierungen

in € Tausend	2016	2015
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	18.914	92.587
Wertminderungen auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0	-51.772
Gesamt	18.914	41.111

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen setzte sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	RLPL Gruppe	RBSI	Übrige	Gesamt
Aktiva	1.580.189	545.114	153.426	2.278.729
Verbindlichkeiten	1.416.664	489.413	122.926	2.029.004
Reinvermögen	163.525	55.701	30.500	249.725
Kapital nicht beherrschender Anteile	0	156	5.516	5.672
Reinvermögen nach Abzug nicht beherrschender Anteile	163.525	55.544	24.984	244.053
Verkaufspreis/Buchwert	192.787	500	27.557	220.844
Effekt aus Endkonsolidierungen	29.263	-55.044	2.573	-23.209
Verbrauch der Rückstellung für zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0	51.772	0	51.772
In die Erfolgsrechnung umgegliederte AfS-Rücklagen	0	1.212	0	1.212
In die Erfolgsrechnung umgegliederte FX-Rücklagen	-11.663	-3.586	4.388	-10.860
Ergebnis aus Endkonsolidierungen	17.600	-5.647	6.961	18.914

RBSI: Raiffeisen Banka d.d., Maribor

RLPL Gruppe: Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, sowie Tochtergesellschaften

Im Berichtsjahr schieden neun Tochterunternehmen aufgrund von Unwesentlichkeit aus dem Konsolidierungskreis aus. Des Weiteren wurden sechs Tochterunternehmen infolge Verkaufs und eines aufgrund einer Änderung der Kontrollverhältnisse endkonsolidiert. Das Ergebnis aus diesen Endkonsolidierungen belief sich auf € 18.914 Tausend.

In der Vergleichsperiode belief sich das Ergebnis auf € 41.111 Tausend. Aus dem Verkauf der ZAO NPF Raiffeisen, Moskau, wurde ein Ertrag von € 86.171 Tausend erzielt. In diesem Zusammenhang wurden die realisierten Währungseffekte von minus € 4.018 Tausend in die Erfolgsrechnung umgegliedert. Hingegen wurde für den erwarteten Verlust aus dem Verkauf der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, eine Rückstellung von € 51.772 Tausend berücksichtigt.

Details finden sich in Punkt (52) Zusammensetzung des Konzerns.

(11) Steuern vom Einkommen und Ertrag

in € Tausend	2016	2015
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-282.466	-281.314
Inland	-19.740	-47.225
Ausland	-262.727	-234.088
Latente Steuern	-29.516	5.359
Gesamt	-311.982	-275.955

Die RBI AG und 22 ihrer inländischen Tochterunternehmen sowie elf ihrer sonstigen verbundenen Unternehmen sind Mitglieder einer steuerlichen Gruppe, als deren Gruppenträger die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft fungiert. Die bestehende Steuerumlagevereinbarung wurde im Vorjahr um eine Ergänzungsvereinbarung erweitert. Erbringt die RBI AG ein steuerlich negatives Ergebnis und sind diese steuerlichen Verluste in der Gruppe nicht verwertbar, so ist vom Gruppenträger unmittelbar keine negative Steuerumlage an die RBI AG zu zahlen. Erst bzw. spätestens bei Ausscheiden aus der Steuergruppe hat eine Endabrechnung zu erfolgen. Für verwertbare Verlustanteile der RBI AG ist weiterhin eine negative Steuerumlage vom Gruppenträger an die RBI AG zu zahlen.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen Jahresüberschuss und effektiver Steuerbelastung:

in € Tausend	2016	2015
Ergebnis vor Steuern	885.598	710.946
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr zum inländischen Ertragsteuersatz von 25 Prozent	- 221.399	- 177.736
Auswirkungen abweichender ausländischer Steuersätze	102.893	77.554
Steuerminderung aufgrund von steuerbefreiten Beteiligungs- und steuerbefreiten sonstigen Erträgen	65.449	38.059
Steuermehrungen aufgrund von nicht abzugsfähigen Aufwendungen	- 128.432	- 167.810
Wertminderungen auf Verlustvorträge	- 7.462	- 3.151
Sonstige Veränderungen	- 123.032	- 42.871
Effektive Steuerbelastung	- 311.983	- 275.955
Effektive Steuerquote in Prozent	35,2%	38,8%

In den sonstigen Veränderungen sind € 89.224 Tausend an nicht angesetzten latenten Steuern aus temporären Differenzen enthalten. Diese wurden nicht aktiviert, da aus der aktualisierten mittelfristigen Steuerplanung keine Verwertbarkeit gegeben war.

Erläuterungen zur Bilanz

(12) Bilanz nach Bewertungskategorien

Aktiva nach Bewertungskategorien in € Tausend	2016	2015
Barreserve	12.242.415	13.211.971
Handelsaktiva	5.770.407	6.678.474
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	3.437.526	3.696.941
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	164.575	203.289
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.168.307	2.778.244
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	3.962.757	5.363.032
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.694	3.751
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.959.064	5.359.281
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.117.276	3.428.362
Anteile an sonstigen verbundenen Unternehmen	193.421	176.390
Sonstige Beteiligungen	85.931	146.042
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.835.200	3.103.430
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.724	2.499
Kredite und Forderungen	76.482.005	75.646.253
Forderungen an Kreditinstitute	9.900.012	10.837.209
Forderungen an Kunden	70.514.116	69.921.365
Sonstige nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	1.023.009	942.814
Kreditrisikovorsorgen	- 4.955.132	- 6.055.134
Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	6.558.979	6.452.241
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.558.979	6.452.241
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	644.693	709.272
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	644.693	709.272
Sonstige Aktiva	2.085.313	2.936.978
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	1.991.760	2.094.203
Vorräte	64.726	68.636
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte (IFRS 5)	28.826	774.139
Aktiva gesamt	111.863.845	114.426.583

Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39 Hedge Accounting designiert wurden, werden in der Bewertungskategorie „Handelsaktiva“ ausgewiesen.

Passiva nach Bewertungskategorien in € Tausend	2016	2015
Handelspassiva	5.481.277	5.641.019
Negative Marktwerte sonstiger derivativer Finanzinstrumente	2.961.867	4.492.701
Leerverkauf von Handelsaktiva	555.346	453.459
Emittierte Zertifikate	1.964.063	694.859
Finanzielle Verbindlichkeiten	93.185.123	96.447.725
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹	12.064.755	15.530.422
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71.538.226	68.990.887
Verbriefte Verbindlichkeiten ¹	5.271.709	6.274.628
Nachrangkapital ¹	3.545.183	3.641.812
Sonstige nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	765.251	716.207
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten (IFRS 5)	0	1.293.769
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	2.783.648	2.588.259
Verbriefte Verbindlichkeiten ¹	1.373.418	1.226.965
Nachrangkapital ¹	658.510	522.541
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹	751.720	838.753
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	425.415	434.791
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	425.415	434.791
Rückstellungen	756.252	813.823
Eigenkapital	9.232.130	8.500.967
Passiva gesamt	111.863.845	114.426.583

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39 Hedge Accounting designiert wurden, werden in der Bewertungskategorie „Handelspassiva“ ausgewiesen.

(13) Barreserve

in € Tausend	2016	2015
Kassenbestand	2.975.329	2.495.135
Guthaben bei Zentralbanken	9.267.086	10.716.836
Gesamt	12.242.415	13.211.971

(14) Forderungen an Kreditinstitute

in € Tausend	2016	2015
Giro- und Clearinggeschäft	2.027.695	1.651.648
Geldmarktgeschäft	6.048.921	6.547.259
Kredite an Banken	1.412.069	2.415.874
Angekaufte Forderungen	257.469	49.781
Leasingforderungen	24	57
Forderungspapiere	153.833	172.590
Gesamt	9.900.012	10.837.209

Die angekauften Forderungen in Höhe von € 257.469 Tausend (2015: € 49.781 Tausend) zählen zur Gänze zur Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“.

Die Forderungen an Kreditinstitute stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Inland	2.263.695	3.383.989
Ausland	7.636.316	7.453.220
Gesamt	9.900.012	10.837.209

Die Forderungen an Kreditinstitute verteilen sich auf folgende Banksegmente:

in € Tausend	2016	2015
Zentralbanken	1.109.775	2.355.185
Geschäftsbanken	8.786.233	8.475.233
Multilaterale Entwicklungsbanken	4.003	6.790
Gesamt	9.900.012	10.837.209

(15) Forderungen an Kunden

in € Tausend	2016	2015
Kreditgeschäft	44.077.339	44.550.999
Geldmarktgeschäft	4.378.329	2.962.552
Hypothekarforderungen	17.501.479	16.815.309
Angekaufte Forderungen	2.222.508	1.774.747
Leasingforderungen	1.841.422	3.170.455
Forderungspapiere	493.039	647.303
Gesamt	70.514.116	69.921.365

Die angekauften Forderungen in Höhe von € 2.222.508 Tausend (2015: € 1.774.747 Tausend) zählen zur Gänze zur Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“. Der bei den Leasingforderungen verzeichnete Rückgang ist insbesondere auf den Verkauf der Leasinggesellschaft in Polen zurückzuführen. Details zu Forderungen aus Leasinggeschäften finden sich in Punkt (44) Finanzierungsleasing.

Die Forderungen an Kunden verteilen sich auf folgende Asset-Klassen:

in € Tausend	2016	2015
Öffentlicher Sektor	659.231	814.425
Firmenkunden - Große Firmenkunden	41.676.239	41.685.252
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.600.364	2.786.716
Retail-Kunden - Privatpersonen	23.392.811	21.878.405
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.185.471	2.756.567
Gesamt	70.514.116	69.921.365

Die Forderungen an Kunden stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Inland	5.108.924	5.297.257
Ausland	65.405.192	64.624.108
Gesamt	70.514.116	69.921.365

(16) Kreditrisikovorsorgen

Die Kreditrisikovorsorgen wurden nach konzernerheitlichen Standards gebildet und decken alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Angaben zur Entwicklung der Kreditrisikovorsorgen finden sich im Risikobericht. Die Kreditrisikovorsorgen wurden folgenden Asset-Klassen zugeordnet:

in € Tausend	2016	2015
Kreditinstitute	50.365	119.916
Öffentlicher Sektor	4.753	5.392
Firmenkunden - Große Firmenkunden	2.929.930	3.778.315
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	216.334	289.427
Retail-Kunden - Privatpersonen	1.515.175	1.583.638
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	238.574	278.447
Gesamt	4.955.132	6.055.134

Die Reduktion des Bestands an Risikovorsorgen resultierte vor allem aus dem Verkauf von notleidenden Krediten im Nominalwert von € 1.186.945 Tausend sowie aus der Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen.

Die Forderungen sowie die Wertberichtigungen nach Asset-Klassen stellten sich wie folgt dar:

2016 in € Tausend	Fair Value	Buchwert	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Portfolio-Wert- berichtigungen	Netto- buchwert
Kreditinstitute	9.909.101	9.900.012	50.606	48.300	2.065	9.849.646
Öffentlicher Sektor	594.130	659.231	5.607	4.347	406	654.478
Firmenkunden - Große Firmenkunden	37.564.456	41.676.239	4.186.286	2.825.635	104.295	38.746.308
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.406.066	2.600.364	268.976	208.956	7.378	2.384.031
Retail-Kunden - Privatpersonen	22.311.945	23.392.811	1.685.669	1.303.946	211.229	21.877.636
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.062.307	2.185.471	321.337	213.247	25.327	1.946.897
Gesamt	74.848.005	80.414.128	6.518.482	4.604.432	350.700	75.458.996

2015 in € Tausend	Fair Value	Buchwert	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Portfolio-Wert- berichtigungen	Netto- buchwert
Kreditinstitute	10.806.542	10.837.209	120.657	117.672	2.244	10.717.293
Öffentlicher Sektor	709.805	814.425	7.808	5.027	364	809.033
Firmenkunden - Große Firmenkunden	37.126.663	41.685.252	5.557.602	3.635.428	142.887	37.906.937
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.476.074	2.786.716	377.006	280.241	9.186	2.497.289
Retail-Kunden - Privatpersonen	20.507.112	21.878.405	1.810.777	1.409.232	174.406	20.294.767
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.613.887	2.756.567	378.288	250.229	28.218	2.478.120
Gesamt	74.240.083	80.758.573	8.252.139	5.697.828	357.306	74.703.439

Wertgeminderte Finanzinstrumente

Die Wertminderungen und Sicherheiten nach Asset-Klassen stellten sich wie folgt dar:

2016 in € Tausend	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Einzelwertberichtigte Aktiva nach EWB-Abzug	Sicherheiten für einzelwert- berichtigte Aktiva	Zinsen auf einzelwert- berichtigte Aktiva
Kreditinstitute	50.606	48.300	2.306	0	109
Öffentlicher Sektor	5.607	4.347	1.260	0	6
Firmenkunden - Große Firmenkunden	4.186.286	2.825.635	1.360.650	702.301	93.678
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	268.976	208.956	60.020	117.076	9.506
Retail-Kunden - Privatpersonen	1.685.669	1.303.946	381.724	422.806	61.911
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	321.337	213.247	108.090	100.328	19.809
Gesamt	6.518.482	4.604.432	1.914.050	1.342.511	185.018

EWB Einzelwertberichtigungen

2015 in € Tausend	Einzelwert- berichtigte Aktiva	Einzelwert- berichtigungen	Einzelwertberichtigte Aktiva nach EWB-Abzug	Sicherheiten für einzelwert- berichtigte Aktiva	Zinsen auf einzelwert- berichtigte Aktiva
Kreditinstitute	120.657	117.672	2.986	183	153
Öffentlicher Sektor	7.808	5.027	2.781	46	30
Firmenkunden - Große Firmenkunden	5.557.602	3.635.428	1.922.174	1.401.764	95.616
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	377.006	280.241	96.765	82.404	12.420
Retail-Kunden - Privatpersonen	1.810.777	1.409.232	401.545	412.123	58.620
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	378.288	250.229	128.059	123.087	16.965
Gesamt	8.252.139	5.697.828	2.554.310	2.019.607	183.804

EWB Einzelwertberichtigungen

(17) Handelsaktiva

in € Tausend	2016	2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.168.307	2.778.244
Refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen	632.054	1.029.632
Sonstige Schuldtitel öffentlicher Stellen	300.058	299.452
Anleihen und Schuldverschreibungen sonstiger Emittenten	1.236.195	1.449.160
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	164.575	203.289
Aktien und vergleichbare Wertpapiere	115.513	173.360
Investmentfonds-Anteile	48.969	29.922
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	93	7
Positive Marktwerte aus derivativen Geschäften	2.653.580	2.832.575
Zinssatzgeschäft	1.857.351	1.927.195
Wechselkursgeschäft	697.525	833.322
Aktien-/indexbezogenes Geschäft	94.938	69.838
Kreditderivatgeschäft	648	1.776
Sonstiges Geschäft	3.119	443
Gesamt	4.986.462	5.814.108

Innerhalb der Position „Handelsaktiva“ betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 63.540 Tausend (2015: € 1.079.590 Tausend).

(18) Derivative Finanzinstrumente

in € Tausend	2016	2015
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Fair Value Hedge	641.851	691.539
Zinssatzgeschäft	641.559	691.539
Wechselkursgeschäft	291	0
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Cash-Flow Hedge	2.842	1.021
Zinssatzgeschäft	2.842	0
Wechselkursgeschäft	0	1.021
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Net Investment Hedge	0	16.711
Wechselkursgeschäft	0	16.711
Positive Marktwerte sonstiger derivativer Finanzinstrumente	783.945	864.366
Zinssatzgeschäft	567.886	560.995
Wechselkursgeschäft	216.060	303.371
Gesamt	1.428.639	1.573.637

Soweit die Bedingungen für Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllt sind, werden derivative Finanzinstrumente in der Funktion von Sicherungsinstrumenten mit ihrem Marktwert (Dirty Price) ausgewiesen. Grundgeschäfte im Zusammenhang mit Fair Value Hedges sind Forderungen an Kunden, Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und verbrieftete Verbindlichkeiten, die gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden sollen. Die Buchwertänderungen der gesicherten Grundgeschäfte in IAS 39 Fair Value Hedge sind in den jeweiligen Bilanzposten enthalten.

In diesem Posten werden auch die positiven Marktwerte derivativer Finanzinstrumente gezeigt, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) dienen und gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt wurden, sodass sie nicht die Bedingungen für Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Nachstehend sind die erwarteten abgesicherten Cash-Flows aus Vermögenswerten, wie sie die Gesamtergebnisrechnung beeinflussen, in ihren Laufzeitbändern dargestellt:

in € Tausend	2016	2015
1 Jahr	351.086	411.398
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	708.454	1.577.255
Mehr als 5 Jahre	4.000.862	3.460.207

(19) Wertpapiere und Beteiligungen

In diesem Posten sind zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte sowie bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere (Held-to-Maturity) und langfristig gehaltene strategische Unternehmensanteile enthalten.

in € Tausend	2016	2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.353.243	14.914.953
Refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen	7.804.483	9.026.174
Sonstige Schuldtitel öffentlicher Stellen	4.632.268	3.807.862
Anleihen und Schuldverschreibungen sonstiger Emittenten	1.896.098	2.060.554
Sonstige	20.394	20.363
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.417	6.250
Aktien	1.493	2.598
Investmentfonds-Anteile	1.662	390
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.262	3.262
Unternehmensanteile	279.352	322.432
Anteile an verbundenen Unternehmen	193.421	176.408
Sonstige Beteiligungen	85.931	146.024
Gesamt	14.639.012	15.243.635

Innerhalb der Position „Wertpapiere und Beteiligungen“ betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 598.309 Tausend (2015: € 259.526 Tausend).

Der Buchwert der Wertpapiere, die in die Kategorie „Held-to-Maturity“ umgliedert wurden, betrug zum Zeitpunkt der Reklassifizierung € 452.188 Tausend. Davon entfielen auf Reklassifizierungen im Jahr 2008 € 371.686 Tausend und auf solche im Jahr 2011 € 80.502 Tausend. Zum 31. Dezember 2016 betragen der Buchwert € 3.314 Tausend und der beizulegende Zeitwert € 3.707 Tausend. 2016 wurden Erträge aus den reklassifizierten Wertpapieren in Höhe von € 213 Tausend (2015: € 557 Tausend) erfasst. Wäre von der Reklassifizierung kein Gebrauch gemacht worden, hätte dies zu einem Verlust in Höhe von € 78 Tausend geführt (2015: Verlust von € 355 Tausend).

Die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Unternehmensanteile, bei denen ein beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig bestimmbar ist, belaufen sich auf € 249.143 Tausend (2015: € 231.869 Tausend).

(20) Immaterielle Vermögenswerte

in € Tausend	2016	2015
Software	531.127	531.165
Firmenwerte	39.587	39.585
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	27.688	50.162
davon Marke	9.272	36.657
davon Kundenbeziehungen	17.199	12.643
Gesamt	598.402	620.912

Software

Die Position „Software“ enthält zugekaufte Software in Höhe von € 416.656 Tausend (2015: € 411.138 Tausend) sowie selbst erstellte Software in Höhe von € 114.471 Tausend (2015: € 120.027 Tausend).

Firmenwerte

Der Buchwert der Firmenwerte sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen von Firmenwerten haben sich nach Zahlungsmittel generierenden Einheiten wie nachfolgend entwickelt. Die wesentlichen Firmenwerte resultieren aus der Raiffeisenbank a.s., Prag (RBCZ).

Entwicklung der Firmenwerte

2016 in € Tausend	RBCZ	Andere	Gesamt
Stand 1.1.	37.881	1.704	39.585
Zugänge	0	2.431	2.431
Wertminderungen	0	- 2.431	- 2.431
Wechselkursänderungen	3	0	3
Stand 31.12.	37.884	1.704	39.587
Bruttobetrag	37.884	529.069	566.953
Kumulierte Wertminderungen ¹	0	- 527.366	- 527.366

2015 in € Tausend	RBCZ	Andere	Gesamt
Stand 1.1.	36.908	10.085	46.993
Abgänge	0	- 91	- 91
Wertminderungen	0	- 6.954	- 6.954
Wechselkursänderungen	972	- 1.335	- 363
Stand 31.12.	37.881	1.704	39.585
Bruttobetrag	37.881	516.421	554.302
Kumulierte Wertminderungen ¹	0	- 514.717	- 514.717

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs
RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Firmenwert von € 2.431 Tausend im Rahmen des Erwerbs eines Teilbetriebs der Citibank in der Tschechischen Republik erworben und wertgemindert. Die Wertminderung wurde in den Verwaltungsaufwendungen dargestellt. Die kumulierten Wertminderungen resultieren aus Wertminderungen der vergangenen Jahre bei der Raiffeisen Bank Sh.a., Tirana, der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, und der AO Raiffeisenbank, Moskau.

Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwerts

Die Firmenwerte werden am Ende jedes Geschäftsjahres auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder Zahlungsmittel generierenden Einheit, die einen Firmenwert ausweist, mit deren Buchwert verglichen wird. Der Buchwert entspricht dem Nettovermögen unter Berücksichtigung des Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte, die im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erfasst worden sind. Im Einklang mit IAS 36 werden darüber hinaus Firmenwerte auch unterjährig auf Werthaltigkeit überprüft, falls ein Wertminderungsgrund vorliegt.

Erzielbarer Betrag

Im Zuge der Werthaltigkeitsprüfung werden die Buchwerte jeder Zahlungsmittel generierenden Einheit (ZGE) mit dem jeweiligen erzielbaren Betrag verglichen. Liegt der erzielbare Betrag einer ZGE unter ihrem Buchwert, so ergibt sich eine Wertminderung in Höhe der Differenz, die in weiterer Folge in der Erfolgsrechnung im sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen ist.

Der Konzern ermittelt grundsätzlich den erzielbaren Betrag der ZGE auf Grundlage des Nutzungswert-Konzepts („Value in use“) und verwendet dafür das Dividend-Discount-Modell. Das Dividend-Discount-Modell berücksichtigt in geeigneter Weise die spezifischen Besonderheiten des Bankgeschäfts, unter anderem im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelvorschriften. Der Barwert der erwarteten zukünftigen Dividenden, die nach Einhaltung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können, repräsentiert den erzielbaren Betrag.

Die Berechnung des erzielbaren Betrags erfolgt auf Grundlage eines fünfjährigen Detailplanungszeitraums. Der nachhaltigen Zukunft (Verstetigungsphase) liegt die Prämisse eines zeitlich unbefristeten Fortbestands (ewige Rente) zugrunde, wobei in der Mehrzahl der Fälle länderspezifisch bestimmte nominelle Wachstumsraten für die bewertungsrelevanten Erträge unterstellt sind, die sich an der nachhaltig erwarteten Inflationsrate orientieren. Für Unternehmen, die eine deutliche Überkapitalisierung aufweisen, wird eine Interimsphase von fünf Jahren definiert, ohne jedoch die Detailplanungsphase zu verlängern. Innerhalb dieser Zeitspanne ist es bei diesen ZGE möglich, Vollausschüttungen vorzunehmen, ohne die Eigenmittelvorschriften zu verletzen. In der Verstetigungsphase sind zwingend wachstumsbedingte Ergebnisthesaurierungen zur Einhaltung der Eigenmittelvorschriften geboten. Liegt dagegen die Annahme eines Null-Wachstums in der Verstetigungsphase zugrunde, ist keine Ergebnisthesaurierung notwendig.

In der Verstetigungsphase geht das Modell von einer normalisierten, wirtschaftlich nachhaltigen Ertragslage aus, wobei hinsichtlich der Eigenkapitalverzinsung und den Eigenkapitalkosten eine Annäherung zugrunde liegt (Konvergenzannahme).

Wesentliche Annahmen

Wesentliche Annahmen, die für die einzelnen Zahlungsmittel generierenden Einheiten verwendet wurden:

2016 Zahlungsmittel generierende Einheiten	RBCZ
Diskontierungszinssätze (nach Steuern)	9,8-10,9%
Wachstumsraten in Phase I und II	33,0%
Wachstumsraten in Phase III	3,0%
Planungshorizont	5 Jahre

2015 Zahlungsmittel generierende Einheiten	RBCZ
Diskontierungszinssätze (nach Steuern)	9,7-10,7%
Wachstumsraten in Phase I und II	9,0%
Wachstumsraten in Phase III	3,0%
Planungshorizont	5 Jahre

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Der Nutzungswert einer Zahlungsmittel generierenden Einheit hängt von zahlreichen Parametern ab: primär von der Höhe und dem Verlauf der zukünftigen Dividenden, vom Diskontierungszinssatz sowie von der nominellen Wachstumsrate in der Verstetigungsphase. Die angewendeten Diskontierungszinssätze wurden in Anlehnung an das Capital-Asset-Pricing-Modell ermittelt: Sie setzen sich aus einem risikolosen Zinssatz sowie einem Risikozuschlag für die Übernahme unternehmerischen Risikos zusammen. Dieser Risikozuschlag errechnet sich als Produkt der nach dem Sitzland der Einheit unterschiedlichen Marktrisikoprämie mit dem Betafaktor für das verschuldete Unternehmen. Die Werte für den risikolosen Zinssatz und die Marktrisikoprämie sind allgemein zugänglichen Marktdatenquellen entnommen. Das Risikomaß Betafaktor wurde aus einer Vergleichsgruppe von in West- und Osteuropa tätigen Kreditinstituten ermittelt. Da die vorhin angeführten Zinssatzparameter Einschätzungen des Marktes repräsentieren, sind sie nicht stabil und könnten bei einer Veränderung auch die Höhe der Abzinsungsfaktoren beeinflussen.

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Planungsannahmen sowie eine Beschreibung des Managementansatzes zur Bestimmung der zu jeder wesentlichen Annahme zugewiesenen Werte unter Berücksichtigung einer Risikoeinschätzung.

Zahlungsmittel generierende Einheit	Wesentliche Annahme	Managementansatz	Risikoeinschätzung
RBCZ	Die Tschechische Republik ist ein Kernmarkt der Gruppe, in dem selektives Wachstum angestrebt wird. Ergebnisverbesserung durch verstärkte Nutzung alternativer Vertriebskanäle und zusätzliche Beratungsdienstleistungen. Stabile Kostenentwicklung wird angenommen.	Die Annahmen beruhen sowohl auf internen als auch auf externen Quellen. Makroökonomische Annahmen der Researchabteilung wurden mit externen Datenquellen verglichen, und die 5-Jahres-Pläne wurden dem Vorstand präsentiert. Überdies wurde die Detailplanungsphase vom Aufsichtsrat genehmigt.	Abschwächung des makroökonomischen Umfelds. Mögliche negative Auswirkungen durch veränderte lokale Kapitalanforderungen. Druck auf Zinsspannen durch stärkere Konkurrenz.

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Sensitivitätsanalyse

Um die Stabilität der Ergebnisse der Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte zu testen, wurde basierend auf den oben angeführten Prämissen eine Sensitivitätsanalyse vorgenommen. Aus mehreren Möglichkeiten wurden für diese Analyse die Eigenkapitalkosten und die Verminderung der Wachstumsrate als relevante Parameter ausgewählt. Die nachstehend angeführte Übersicht veranschaulicht, um welches Ausmaß sich der Eigenkapitalkostensatz erhöhen bzw. die nachhaltige Wachstumsrate verringern könnten, ohne dass der Nutzungswert (Value in Use) der Zahlungsmittel generierenden Einheiten unter den jeweiligen Buchwert (Eigenkapital zuzüglich Firmenwert) absinkt.

2016		RBCZ
Maximale Sensitivität¹		
Erhöhung des Diskontsatzes		4,7 PP
Verminderung der Wachstumsrate in Phase III		0,0 PP

2015		RBCZ
Maximale Sensitivität¹		
Erhöhung des Diskontsatzes		0,3 PP
Verminderung der Wachstumsrate in Phase III		0,0 PP

¹ Die jeweilige maximale Sensitivität bezieht sich auf die Veränderung der ewigen Rente.
RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

Marke

Unternehmen des Konzerns verwenden zur Unterscheidung ihrer Dienstleistungen von Mitbewerbern Warenzeichen (Marken). Gemäß IFRS 3 werden Marken erworbener Unternehmen gesondert unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ bilanziert. Es wurde eine unbegrenzte Nutzungsdauer angenommen, sodass keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Die Marken werden jährlich im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte für jede Zahlungsmittel generierende Einheit und zusätzlich immer dann, wenn Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, auf Werthaltigkeit getestet.

Der Konzern hat ausschließlich bei der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (RBPL), und bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (AVAL), Markenrechte aktiviert. Die Buchwerte der Marken sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen der Marken haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

2016 in € Tausend	AVAL	RBPL	Gesamt
Stand 1.1.	10.109	26.548	36.657
Wertminderungen ¹	0	- 26.133	- 26.133
Währungsdifferenzen	- 837	- 416	- 1.252
Stand 31.12.	9.272	0	9.272
Bruttobetrag	25.757	45.348	71.106
Kumulierte Wertminderungen ²	- 16.485	- 45.348	- 61.833

2015 in € Tausend	AVAL	RBPL	Gesamt
Stand 1.1.	15.163	46.803	61.966
Wertminderungen ¹	- 1.102	- 20.731	- 21.833
Währungsdifferenzen	- 3.953	476	- 3.477
Stand 31.12.	10.109	26.548	36.657
Bruttobetrag	27.073	46.905	73.978
Kumulierte Wertminderungen ²	- 16.964	- 20.357	- 37.321

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs

² Umgerechnet zum Stichtagskurs

AVAL: Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)

RBPL: Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)

Gemäß IAS 36.9 hat ein Unternehmen an jedem Abschlussstichtag einzuschätzen, ob ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Diese Schätzungen basieren auf einer Liste von externen und internen Indikatoren. Aufgrund des geplanten Verkaufs der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, waren die Annahmen für den Wert der Marke Polbank angesichts neuer Informationen im dritten Quartal 2016 zu überprüfen. IAS 36 definiert den erzielbaren Betrag als den höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Aus beiden Perspektiven ergaben sich starke Hinweise, dass eine Wertminderung der Marke erforderlich ist, da diese für die potenziellen Käufer keinen Nutzwert darstellte. Dies lässt sich durch die aktuelle Situation auf dem polnischen Bankenmarkt erklären, der momentan einer Konsolidierung unterliegt. Hauptgründe für diesen Prozess sind der regulatorische Druck auf die Kapitalquoten, die Einführung von Bankensteuern und andere bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Vorteile einer Marke (Cross Selling und Kundenbindung) stark reduziert. Daraus folgte eine Wertminderung der Marke Polbank in Höhe von € 26.133 Tausend.

Der Wert der Marke der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (AVAL), wurde mithilfe eines kostenorientierten Bewertungsverfahrens (Comparable Historical Cost Approach) ermittelt, da zum Zeitpunkt der Kaufpreisallokation weder unmittelbar vergleichbare Transaktionen noch ein Markt mit beobachtbaren Preisen vorlagen. Als Datenbasis für das kostenorientierte Bewertungsverfahren wurde die Dokumentation der Aufwendungen der letzten Jahre für Marketing im Zusammenhang mit den Marken der Gruppe herangezogen. Die im Jahr 2016 vorgenommene Werthaltigkeitsprüfung führte zu keiner Wertminderung.

Kundenbeziehungen

Werden im Zuge eines Unternehmenszusammenschlusses Kundenverträge und die damit in Beziehung stehenden Kundenbeziehungen erworben, werden diese getrennt vom Firmenwert bilanziert, wenn sie auf vertraglichen oder sonstigen Rechten beruhen. Die erworbenen Unternehmen erfüllen die Kriterien für die getrennte Bilanzierung von nicht vertraglichen Kundenbeziehungen für bestehende Kunden. Die Wertermittlung des Kundenstocks erfolgt mithilfe der Residualmethode (Multi-Period Excess Earnings Method) auf Basis zukünftiger Erträge und Aufwendungen, die dem Kundenstock zugeordnet werden können. Die Prognose basiert auf Planungsrechnungen für die entsprechenden Jahre.

2016 wurden nach dem Erwerb des Privatkunden- und Kreditkartengeschäfts der Citibank in der Tschechischen Republik (RBCZ) neue Kundenbeziehungen aktiviert. Der Konzern hat außerdem bei der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (RBPL), und bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (AVAL), Kundenbeziehungen aktiviert. Die Buchwerte der Kundenbeziehungen sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen der Kundenbeziehungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

2016 in € Tausend	AVAL	RBPL	RBCZ	Gesamt
Stand 1.1.	6.413	6.230	0	12.643
Zugänge	0	0	9.994	9.994
Abschreibungen	- 833	- 2.212	- 1.674	- 4.720
Wertminderungen ¹	0	0	0	0
Währungsdifferenzen	- 531	- 207	20	- 718
Stand 31.12.	5.049	3.811	8.339	17.199
Bruttobetrag	18.311	15.963	10.007	44.280
Kumulierte Wertminderungen ²	- 13.262	- 12.152	- 1.668	- 27.082

2015 in € Tausend	AVAL	RBPL	Gesamt
Stand 1.1.	10.390	9.481	19.872
Abschreibungen	- 992	- 3.329	- 4.321
Wertminderungen ¹	- 324	0	- 324
Währungsdifferenzen	- 2.661	78	- 2.583
Stand 31.12.	6.413	6.230	12.643
Bruttobetrag	18.171	16.511	34.682
Kumulierte Wertminderungen ²	- 11.758	- 10.280	- 22.039

¹ Umgerechnet zum Durchschnittskurs

² Umgerechnet zum Stichtagskurs

AVAL: Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)

RBCZ: Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)

RBPL: Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)

Der Werthaltigkeitstest der Kundenbeziehungen der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (RBPL), der Raiffeisenbank a.s., Prag (RBCZ), und der Raiffeisenbank Aval JSC, Kiew (AVAL), hat im Jahr 2016 keinen Wertminderungsbedarf identifiziert.

(21) Sachanlagen

in € Tausend	2016	2015
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	480.713	486.684
Sonstige Grundstücke und Gebäude (Investment Property)	451.311	470.603
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	236.624	230.832
Vermietete Leasinganlagen	224.710	285.172
Gesamt	1.393.358	1.473.291

Der Marktwert der sonstigen Grundstücke und Gebäude (Investment Property) beträgt € 454.745 Tausend (2015: € 474.098 Tausend).

Details zu vermieteten Leasinganlagen finden sich unter Punkt (45) Operating Leasing.

(22) Anlagenspiegel

in € Tausend	Anschaffungs-/Herstellungskosten						Stand 31.12.2016
	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	
Immaterielle Vermögenswerte	2.193.865	- 38.253	43.904	159.463	- 84.791	- 484	2.273.704
Firmenwerte	554.302	- 12.162	22.382	2.431	0	0	566.953
Software	1.515.157	- 25.163	27.621	146.733	- 84.076	- 3.793	1.576.479
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	124.406	- 928	- 6.099	10.299	- 715	3.309	130.272
Sachanlagen	2.690.011	- 132.601	58.432	224.113	- 245.143	484	2.595.296
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	753.778	- 16.436	29.568	33.021	- 46.052	1.197	755.076
Sonstige Grundstücke und Gebäude	546.627	- 2.055	6.730	14.075	- 28.813	485	537.049
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	11.449	0	- 230	0	- 2.728	0	8.491
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	967.604	- 21.191	23.932	89.914	- 90.441	544	970.362
Vermietete Leasinganlagen	422.002	- 92.919	- 1.799	87.103	- 79.837	- 1.741	332.809
Gesamt	4.883.876	- 170.854	102.336	383.576	- 329.934	0	4.869.000

in € Tausend	Zu- und Abschreibungen/Wertberichtigungen			Buchwert
	Kumuliert	davon Zuschreibungen	davon Abschreibungen	Stand 31.12.2016
Immaterielle Vermögenswerte	- 1.675.302	393	- 177.478	598.402
Firmenwerte	- 527.366	0	- 2.431	39.587
Software	- 1.045.352	172	- 143.604	531.127
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 102.584	221	- 31.443	27.688
Sachanlagen	- 1.201.938	858	- 153.546	1.393.358
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	- 274.363	0	- 33.808	480.713
Sonstige Grundstücke und Gebäude	- 85.738	83	- 13.456	451.311
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	- 518	0	- 33	7.973
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	- 733.738	632	- 75.619	236.624
Vermietete Leasinganlagen	- 108.099	143	- 30.663	224.710
Gesamt	- 2.877.240	1.251	- 331.023	1.991.760

in € Tausend	Anschaffungs-/Herstellungskosten						Stand 31.12.2015
	Stand 1.1.2015	Änderung Konsolidie- rungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	
Immaterielle Vermögenswerte	2.231.728	- 13.486	- 130.448	155.898	- 63.496	13.669	2.193.865
Firmenwerte	603.950	0	- 49.648	0	0	0	554.302
Software	1.477.596	- 13.469	- 59.026	155.016	- 62.254	17.294	1.515.157
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	150.182	- 17	- 21.774	882	- 1.242	- 3.625	124.406
Sachanlagen	2.610.498	191.542	- 74.388	191.233	- 215.205	- 13.669	2.690.011
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	834.146	0	- 71.936	24.540	- 33.525	553	753.778
Sonstige Grundstücke und Gebäude	310.215	189.429	58.517	11.647	- 18.140	- 5.041	546.627
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	12.352	- 3	- 907	495	- 488	0	11.449
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	1.086.895	2.113	- 76.148	77.452	- 107.763	- 14.945	967.604
Vermietete Leasinganlagen	379.242	0	15.179	77.594	- 55.777	5.764	422.002
Gesamt	4.842.226	178.056	- 204.836	347.131	- 278.701	0	4.883.876

in € Tausend	Zu- und Abschreibungen/Wertberichtigungen			Buchwert
	Kumuliert	davon Zuschreibungen	davon Abschreibungen	Stand 31.12.2015
Immaterielle Vermögenswerte	- 1.569.091	0	- 177.819	620.912
Firmenwerte	- 514.717	0	- 6.954	39.585
Software	- 980.130	0	- 143.403	531.165
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 74.244	0	- 27.461	50.162
Sachanlagen	- 1.216.691	7.505	- 180.612	1.473.291
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	- 267.094	2.919	- 41.901	486.684
Sonstige Grundstücke und Gebäude	- 76.024	667	- 19.023	470.603
davon Grundwert der bebauten Grundstücke	- 529	0	- 578	10.920
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	- 736.743	3.637	- 88.792	230.832
Vermietete Leasinganlagen	- 136.830	282	- 30.896	285.172
Gesamt	- 2.785.782	7.505	- 358.431	2.094.203

Es gab weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr Einzelinvestitionen, die einen Investitionswert von € 10.000 Tausend überschritten.

(23) Sonstige Aktiva

in € Tausend	2016	2015
Steuerforderungen	211.318	322.829
Laufende Steuerforderungen	69.646	59.485
Latente Steuerforderungen	141.671	263.345
Forderungen aus bankfremden Tätigkeiten	57.679	63.784
Rechnungsabgrenzungsposten	129.482	132.054
Wertpapier- und Zahlungsverkehrsabwicklung	325.454	133.628
Zu Leasingzwecken bestimmte Vermögenswerte	40.782	43.785
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte (IFRS 5)	28.826	774.139
Vorräte	64.726	68.636
Bewertung Fair-Value-Hedge-Portfolio	37.699	24.058
Übrige Aktiva	220.595	222.675
Gesamt	1.116.561	1.785.589

Anwendung IFRS 5

Der Rückgang im Posten „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ist darauf zurückzuführen, dass die Raiffeisen Banka d.d., Maribor, per 30. Juni 2016 verkauft und die ZUNO BANK AG, Wien, umgegliedert wurde, da die Verkaufsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind.

Latente Steuern

in € Tausend	2016	2015
Latente Steuerforderungen	141.671	263.345
Rückstellungen für latente Steuern	- 57.345	- 57.400
Saldo latenter Steuern	84.326	205.945

Der Saldo latenter Steuern stammt aus folgenden Posten:

in € Tausend	2016	2015
Forderungen an Kunden	28.999	199.441
Kreditrisikoversorgen	115.813	158.440
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	7.084	10.867
Sonstige Aktiva	15.485	4.633
Rückstellungen	56.869	59.335
Handelsspassiva	67.180	72.177
Sonstige Passiva	359.378	361.864
Steuerliche Verlustvorträge	24.047	48.824
Übrige Bilanzposten	119.415	200.306
Latente Steueransprüche	794.269	1.115.887
Forderungen an Kreditinstitute	10.331	10.971
Forderungen an Kunden	34.488	70.976
Kreditrisikoversorgen	49.832	98.371
Handelsaktiva	42.474	85.922
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	77.310	77.468
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	603
Rückstellungen	23	0
Sonstige Passiva	4.860	4.828
Übrige Bilanzposten	490.616	560.803
Latente Steuerverpflichtungen	709.943	909.942
Saldo latenter Steuern	84.326	205.945

Im Konzernabschluss sind aktivierte Vorteile in Höhe von € 24.047 Tausend (2015: € 48.824 Tausend) aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen enthalten. Die Verlustvorträge sind zum überwiegenden Teil zeitlich unbegrenzt vortragsfähig. Aktive latente Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von € 347.016 Tausend (2015: € 476.384 Tausend) wurden nicht aktiviert, weil ihre Nutzung aus heutiger Sicht in angemessener Zeit nicht realisierbar erscheint.

(24) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in € Tausend	2016	2015
Giro- und Clearinggeschäft	4.008.410	3.694.353
Geldmarktgeschäft	5.241.580	7.950.665
Langfristige Refinanzierungen	3.566.485	4.724.157
Gesamt	12.816.475	16.369.175

Der Konzern refinanziert sich regelmäßig bei internationalen Geschäftsbanken und multinationalen Entwicklungsbanken, in deren Kreditverträgen geschäftsübliche Ownership Clauses enthalten sind. Diese Klauseln erlauben den Vertragspartnern eine außerordentliche Kündigung bei einem Wechsel der direkten oder indirekten Kontrolle über die RBI AG. Dies kann zu erhöhten Refinanzierungskosten im Konzern führen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Inland	5.164.540	6.003.632
Ausland	7.651.934	10.365.543
Gesamt	12.816.475	16.369.175

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verteilen sich auf folgende Banksegmente:

in € Tausend	2016	2015
Zentralbanken	1.081.913	1.241.339
Geschäftsbanken	10.606.026	13.229.751
Multilaterale Entwicklungsbanken	1.128.536	1.898.085
Gesamt	12.816.475	16.369.175

(25) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in € Tausend	2016	2015
Sichteinlagen	44.461.093	37.487.997
Termineinlagen	23.344.880	28.408.583
Spareinlagen	3.732.254	3.094.308
Gesamt	71.538.226	68.990.887

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden teilen sich wie folgt auf:

in € Tausend	2016	2015
Öffentlicher Sektor	1.464.965	1.713.265
Firmenkunden - Große Firmenkunden	28.560.874	30.643.854
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.983.553	2.989.683
Retail-Kunden - Privatpersonen	32.579.753	28.547.853
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	5.949.082	5.096.233
Gesamt	71.538.226	68.990.887

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen sich nach regionalen Aspekten (Sitz des Vertragspartners) wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Inland	6.415.736	7.742.505
Ausland	65.122.490	61.248.382
Gesamt	71.538.226	68.990.887

(26) Verbriefte Verbindlichkeiten

in € Tausend	2016	2015
Begebene Schuldverschreibungen	6.604.140	7.402.374
Begebene Geldmarktpapiere	38.995	94.024
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	1.992	5.195
Gesamt	6.645.127	7.501.593

In der folgenden Tabelle sind begebene Schuldverschreibungen angeführt, deren Nominale € 200.000 Tausend beträgt oder übersteigt:

Emittent	ISIN	Typ	Währung	Nominale in € Tausend	Kupon	Fälligkeit
RBI AG	XS0803117612	Senior öffentliche Platzierung	EUR	750.000	2,8%	10.7.2017
RBI AG	XS0989620694	Senior öffentliche Platzierung	EUR	500.000	1,9%	8.11.2018

(27) Rückstellungen

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidier- ungskreis	Zu- führungen	Auflösungen	Verbrauch	Umbuchungen, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2016
Abfertigungen und Ähnliches	89.669	- 6.126	13.629	- 8.509	- 1.574	- 2.567	84.523
Pensionen	30.380	0	4.386	- 6.221	0	0	28.545
Steuern	135.587	- 888	91.505	- 11.598	- 90.224	5.349	129.731
Laufende	78.187	- 412	85.914	- 7.507	- 86.901	3.105	72.386
Latente	57.400	- 476	5.591	- 4.091	- 3.323	2.245	57.345
Garantien und Bürgschaften	98.804	849	93.898	- 71.162	- 353	1.198	123.233
Offene Rechtsfälle	80.770	- 84	20.979	- 6.991	- 16.578	6.818	84.914
Unverbraucher Urlaub	46.984	- 1.426	12.794	- 15.520	- 445	1.086	43.473
Bonuszahlungen	129.683	- 1.028	116.789	- 27.646	- 77.822	7.318	147.294
Restrukturierung	15.305	- 3.101	13.504	- 5.319	- 8.709	2.551	14.231
Rückstellungen für bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen	114.762	0	26.741	- 7.109	- 119.885	- 7	14.503
Sonstige	71.878	- 4.662	92.145	- 16.529	- 53.325	- 3.701	85.806
Gesamt	813.823	- 16.467	486.370	- 176.604	- 368.915	18.045	756.252

Der Posten „Abfertigungen und Ähnliches“ enthält Vorsorgen für Jubiläumsgelder und andere Leistungen in Höhe von € 25.979 Tausend (2015: € 26.600 Tausend) und Verpflichtungen aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Sinn von IAS 19 in Höhe von € 58.544 Tausend (2015: € 63.070 Tausend).

Die Veränderung der Rückstellungen für bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen ist einerseits auf die Dotierung von € 26.741 Tausend für das so genannte „Walkaway Law“ in Rumänien sowie andererseits auf den Verbrauch der Rückstellung für die Zwangskonvertierung von Schweizer-Franken-Krediten zu den historischen Kursen bei der Kreditvergabe in Kroatien zurückzuführen.

Der Konzern ist in Rechtsstreitigkeiten verwickelt, die sich im Rahmen der Ausübung von Bankgeschäften ergeben, erwartet jedoch nicht, dass diese Rechtsfälle die Finanzlage des Konzerns erheblich beeinträchtigen. Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Rückstellungen für offene Rechtsfälle konzernweit auf € 84.914 Tausend (2015: € 80.770 Tausend). Nennenswerte Einzelfälle, die eine Rückstellung in Höhe von € 10.000 Tausend überschreiten, gab es in Österreich und der Slowakei (2015: in Österreich und der Slowakei):

- Rechtliche Schritte mit einem Streitwert von € 25.000 Tausend wurden gegen die Raiffeisen Bank International AG, Wien, im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückzahlung einer isländischen Verbindlichkeit eingeleitet.
- In der Slowakei erhob ein Kunde eine Klage mit einem Streitwert von rund € 71.150 Tausend gegen die Tatra banka a.s., Bratislava. Gegenstand des Verfahrens sind vereinbarte Kreditlinien und ein behaupteter Vertragsbruch der Tatra banka a.s. aufgrund der Nichtdurchführung von Aufträgen im Zahlungsverkehr und der Nicht-Verlängerung von Kreditlinien, was schlussendlich zur Beendigung der Geschäftsaktivitäten des Kunden führte.
- Eine damit in engem Zusammenhang stehende weitere Klage über € 127.063 Tausend wurde von einem zyprischen Kläger eingebracht, der den zugrunde liegenden Anspruch von einem Aktionär der Holdinggesellschaft des zuvor genannten slowakischen Kunden erworben hat.

Verpflichtungen für Pensionen und aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die leistungsorientierten Pensionspläne und andere Vorsorgeleistungen stellen sich wie folgt dar:

- Leistungsorientierte Pensionspläne in Österreich und in anderen Ländern
- Andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Österreich und anderen Ländern
- Diese leistungsorientierten Pensionspläne und sonstigen Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses setzen den Konzern versicherungstechnischen Risiken wie dem Langlebigerisiko, dem Währungsrisiko, dem Zinsrisiko und dem Marktrisiko (Investitionsrisiko) aus.

Finanzierung

Bei den Pensionen bestehen unterschiedliche Pläne: nicht über einen Fonds finanzierte, teilweise über einen Fonds finanzierte und zur Gänze über einen Fonds finanzierte. Die teilweise und die zur Gänze über einen Fonds finanzierten Pensionspläne werden durchwegs über die Valida Pension AG veranlagt. Die Valida Pension AG ist eine Pensionskasse und unterliegt im Besonderen den Bestimmungen des Pensionskassengesetzes (PKG) und des Betriebspensionsgesetzes (BPG).

Der Konzern erwartet für 2017 eine Beitragszahlung zu den leistungsorientierten Plänen in Höhe von € 287 Tausend. Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Beitrag zum Planvermögen für leistungsorientierte Pläne € 278 Tausend.

Pensionsverpflichtungen/leistungsorientierte Pläne

Finanzierungsstatus

in € Tausend	2016	2015
Barwert der Verpflichtungen (DBO)	42.748	44.143
Zeitwert des Planvermögens	- 14.203	- 13.763
Nettoschulden/Nettovermögen	28.545	30.380

Die leistungsorientierten Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	2016	2015
Barwert der Verpflichtungen 1.1.	44.143	48.117
Laufender Dienstzeitaufwand	450	668
Zinsaufwand	868	940
Zahlungen	- 1.179	- 1.061
Verlust/Gewinn aus nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand	0	- 1.146
Nettoübertragungen	- 6	- 917
Neubewertungen	- 1.528	- 2.458
Barwert der Verpflichtungen 31.12.	42.748	44.143

Das Planvermögen entwickelte sich wie folgt:

in € Tausend	2016	2015
Planvermögen 1.1.	13.762	14.687
Zinsertrag	273	292
Beiträge zum Planvermögen	332	382
Zahlungen aus dem Planvermögen	- 271	- 275
Nettoübertragungen	- 177	- 1.343
Ergebnis aus dem Planvermögen exklusive Zinsertrag	284	19
Planvermögen 31.12.	14.203	13.762

Die Rendite auf das Planvermögen betrug 2016 € 548 Tausend (2015: € 311 Tausend). Der Marktwert aller bilanzierten Rückstellungsrechte belief sich zum Jahresende 2016 auf € 15.200 Tausend (2015: € 15.519 Tausend).

Struktur des Planvermögens

Das Planvermögen setzte sich wie folgt zusammen:

in Prozent	2016	2015
Schuldverschreibungen	40	51
Aktien	35	27
Alternative Investment-Instrumente	3	2
Immobilien	5	4
Bargeld	17	17
Gesamt	100	100
davon eigene Finanzinstrumente	0	1

Im Berichtsjahr wurden die meisten Instrumente des Planvermögens auf einem aktiven Markt gehandelt, weniger als 10 Prozent waren nicht auf einem aktiven Markt notiert.

Asset-Liability-Matching

In der Valida Pension AG ist ein Asset-/Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) installiert. Gemäß diesem Prozess wird einmal im Jahr ausgehend von der passivseitigen Struktur der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRG), die sich wiederum aus der Bilanz ergibt, die Risikotragfähigkeit jeder VRG evaluiert. Von dieser Risikotragfähigkeit wird die Veranlagungsstruktur der VRG abgeleitet. Bei der Definition der Veranlagungsstruktur werden auch definierte und dokumentierte Wünsche des Kunden mit berücksichtigt.

Die definierte Veranlagungsstruktur wird in VRG 60 und VRG 7, in denen die rückgestellten Beträge der RZB/RBI veranlagt werden, mit einem Konzept-Investment umgesetzt. Dies bedeutet, dass die Gewichtung von vordefinierten Asset-Klassen im Rahmen von Bandbreiten nach objektiven Kriterien erfolgt, die sich aus Markttrends ableiten lassen. In Stressphasen wird zudem eine Absicherung der Aktienkomponente vorgenommen.

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung der leistungsorientierten Nettoverpflichtung zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Annahmen:

in Prozent	2016	2015
Diskontierungszinssatz	1,6	2,0
Steigerungssatz für Pensionsbemessungsgrundlagen	2,7	3,0
Steigerungssatz für künftige Pensionen	1,2	2,0

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung der leistungsorientierten Nettoverpflichtung zugrunde gelegte Lebenserwartung:

Jahre	2016	2015
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren - Männer	21,1	20,9
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren - Frauen	23,6	23,5
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für 45-jährige Männer	24,6	24,5
Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für 45-jährige Frauen	26,8	26,7

Die gewichtete Duration der Nettopensionsverpflichtung betrug 15,1 Jahre (2015: 16,0 Jahre).

Sensitivitätsanalyse

Tritt bei einer der relevanten versicherungsmathematischen Annahmen eine Änderung ein, während die anderen Annahmen konstant bleiben, würden sich die Vorsorgeverpflichtungen zum Bilanzstichtag wie folgt verändern:

in € Tausend	2016		2015	
	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Diskontierungszinssatz (1 Prozent Veränderung)	- 5.543	6.894	- 5.939	7.427
Künftige Gehaltssteigerung (0,5 Prozent Veränderung)	433	- 414	496	- 474
Künftige Pensionssteigerung (0,25 Prozent Veränderung)	1.380	- 1.320	1.464	- 1.398
Verbleibende Lebenserwartung (Veränderung 1 Jahr)	1.714	- 1.896	1.766	- 2.012

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der Zahlungsströme im Rahmen des Plans nicht berücksichtigt, ermöglicht diese Darstellung zumindest eine Annäherung.

Verpflichtungen aus anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Die anderen Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses entwickelten sich wie folgt:

in € Tausend	2016	2015
Barwert der Verpflichtungen 1.1.	63.458	60.186
Konsolidierungskreisänderungen	- 8.093	0
laufender Dienstzeitaufwand	4.122	3.781
Zinsaufwand	1.182	1.162
Zahlungen	- 2.366	- 1.430
Verlust/Gewinn aus nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand	- 176	- 17
Übertragungen	1.505	240
Neubewertungen	- 1.088	- 464
Barwert der Verpflichtungen 31.12.	58.544	63.458

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die der Berechnung von anderen Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Annahmen:

in Prozent	2016	2015
Diskontierungszinssatz	1,6	2,0
Künftige Gehaltssteigerung für Dienstnehmer	2,7	3,0

Sensitivitätsanalyse

Tritt bei einer der relevanten versicherungsmathematischen Annahmen eine Änderung ein, während die anderen Annahmen konstant bleiben, würden sich die Vorsorgeverpflichtungen zum Bilanzstichtag wie folgt verändern:

in € Tausend	2016		2015	
	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Diskontierungszinssatz (1 Prozent Veränderung)	- 5.619	6.629	- 6.400	7.566
Künftige Gehaltssteigerung (0,5 Prozent Veränderung)	3.119	- 2.903	3.545	- 3.333

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der Zahlungsströme im Rahmen des Plans nicht berücksichtigt, ermöglicht diese Darstellung zumindest eine Annäherung.

Personalaufwand

Detailangaben zum Personalaufwand (Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionspläne, Aufwendungen für andere Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses) sind in Punkt (8) Verwaltungsaufwendungen dargestellt.

(28) Handelspassiva

in € Tausend	2016	2015
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	2.600.333	3.943.192
Zinssatzgeschäft	1.835.473	2.004.541
Wechselkursgeschäft	588.762	784.285
Aktien-/indexbezogenes Geschäft	164.863	1.024.373
Kreditderivatgeschäft	687	1.960
Sonstiges Geschäft	10.547	128.033
Leerverkauf von Handelsaktiva	555.346	453.459
Emittierte Zertifikate	1.964.063	694.859
Gesamt	5.119.743	5.091.510

Der Rückgang im aktien-/indexbezogenen Geschäft ist auf eine Ausweisänderung bei den emittierten Zertifikaten zurückzuführen.

(29) Derivative Finanzinstrumente

in € Tausend	2016	2015
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Fair Value Hedge	132.565	194.932
Zinssatzgeschäft	132.508	194.932
Wechselkursgeschäft	57	0
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Cash-Flow Hedge	275.102	239.858
Wechselkursgeschäft	275.102	239.858
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente in IAS 39 Net Investment Hedge	17.749	0
Wechselkursgeschäft	17.749	0
Negative Marktwerte aus Kreditderivaten	0	154
Negative Marktwerte sonstiger derivativer Finanzinstrumente	361.534	549.355
Zinssatzgeschäft	173.039	190.655
Wechselkursgeschäft	188.495	358.700
Gesamt	786.949	984.299

Soweit die Bedingungen für Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllt sind, werden derivative Finanzinstrumente in ihrer Funktion als Sicherungsinstrumente mit ihrem Marktwert (Dirty Price) ausgewiesen. Grundgeschäfte im Zusammenhang mit Fair Value Hedges sind Forderungen an Kunden, Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und verbrieft Verbindlichkeiten, die gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden sollen.

Nachstehend sind die erwarteten abgesicherten Cash-Flows aus Verbindlichkeiten, wie sie die Gesamtergebnisrechnung beeinflussen, in ihren Laufzeitbändern dargestellt:

in € Tausend	2016	2015
1 Jahr	2.416.321	3.714.123
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	587.577	385.701
Mehr als 5 Jahre	63.196	109.874

Der Nettogewinn in Höhe von € 5.788 Tausend (2015: Nettoverlust von € 435 Tausend) im Zusammenhang mit dem effektiven Teil des Cash-Flow Hedge wurde im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

(30) Sonstige Passiva

in € Tausend	2016	2015
Verbindlichkeiten aus bankfremden Tätigkeiten	72.517	75.397
Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen	82	112
Rechnungsabgrenzungsposten	194.989	214.618
Dividendenverbindlichkeiten	1.000	877
Wertpapier- und Zahlungsverkehrsabwicklung	374.276	168.052
Bewertung Fair-Value-Hedge-Portfolio	57.564	63.839
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten (IFRS 5)	0	1.293.769
Übrige Passiva	64.823	193.312
Gesamt	765.251	2.009.976

Anwendung IFRS 5

Der Rückgang im Posten „Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten“ ist darauf zurückzuführen, dass die Raiffeisen Banka d.d., Maribor, per 30. Juni 2016 verkauft und die ZUNO BANK AG, Wien, umgegliedert wurde, da die Verkaufsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind.

(31) Nachrangkapital

in € Tausend	2016	2015
Hybrides Kapital	396.725	396.725
Nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital	3.806.968	3.767.628
Gesamt	4.203.693	4.164.353

Nachfolgende Tabelle enthält nachrangige Kreditaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrags an Nachrangkapital übersteigen:

Emittent	ISIN	Typ	Währung	Nominale in € Tausend	Kupon ¹	Fälligkeit
RBI AG	XS0619437147	Nachrangkapital	EUR	500.000	6.625%	18.05.2021
RBI AG	XS0981632804	Nachrangkapital	EUR	500.000	6.000%	16.10.2023
RBI AG	XS1034950672	Nachrangkapital	EUR	500.000	4.500%	21.02.2025

¹ Derzeitiger Zinssatz, es sind jedoch Zinsänderungsklauseln vereinbart.

Im Berichtsjahr entstanden Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von € 160.549 Tausend (2015: € 186.615 Tausend).

(32) Eigenkapital

in € Tausend	2016	2015
Konzern-Eigenkapital	8.187.672	7.587.555
Gezeichnetes Kapital	892.031	891.886
Kapitalrücklagen	4.994.169	4.993.872
Gewinnrücklagen	2.301.473	1.701.796
Konzernergebnis	463.104	378.850
Kapital nicht beherrschender Anteile	581.353	534.562
Gesamt	9.232.130	8.500.967

Zur Entwicklung des Eigenkapitals wird auf das Kapitel Eigenkapitalveränderungsrechnung verwiesen.

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2016 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung unverändert € 893.586 Tausend. Das Grundkapital besteht aus 292.979.038 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 509.977 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 892.031 Tausend.

Eigene Aktien

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand, nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 8 sowie (1a) und (1b) AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1 pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 (1b) AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweisem oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt.

Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 beschlossene Ermächtigung gemäß § 65 (1) Z 4 und Z 8 AktG zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien und bezieht sich hinsichtlich der Verwendung auch auf den von der Gesellschaft bereits erworbenen Bestand eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2016 wurden keine eigenen Aktien erworben. Diese Ermächtigung gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum dieser Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Juni 2021.

Der Erwerb eigener Aktien dient im Wesentlichen der Abdeckung der vom Konzern eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des Share Incentive Program (SIP) gegenüber Vorstandsmitgliedern und leitenden Mitarbeitern. Diese Bonuszahlungen werden in Form von Aktien der Gesellschaft abgewickelt.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte ferner den Vorstand, nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte des Schlusskurses nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Weg des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Wandelschuldverschreibungen

In der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000 Tausend auszugeben, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258 Tausend verbunden ist. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden jedoch keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Bedingtes Kapital

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 119.258 Tausend durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen.

Dividendenvorschlag

Für das Geschäftsjahr 2016 wird keine Dividende ausgeschüttet werden.

Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien

Stückzahl	2016	2015
Anzahl der ausgegebenen Aktien 1.1.	292.979.038	292.979.038
Ausgabe neuer Aktien	0	0
Anzahl der ausgegebenen Aktien 31.12.	292.979.038	292.979.038
Eigene Aktien im Bestand 1.1.	557.295	604.517
Erwerb eigener Aktien	0	0
Abgang eigener Aktien	- 47.318	- 47.222
Abzüglich: eigene Aktien im Bestand 31.12.	509.977	557.295
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien 31.12.	292.469.061	292.421.743

Nicht beherrschende Anteile

Die folgende Tabelle enthält Finanzinformationen zu den Tochterunternehmen des Konzerns, an denen wesentliche nicht beherrschende Anteile bestehen. Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die nicht beherrschenden Anteile, die nicht eliminiert wurden.

2016 in € Tausend	Beteiligungs- und Stimmrechtsquote	Nettovermögen	Ergebnis nach Steuern	Sonstiges Ergebnis	Gesamtergebnis
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	31,8%	110.659	42.633	- 6.788	35.844
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	25,0%	232.068	24.078	- 3.749	20.329
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	21,2%	201.210	26.858	- 3.160	23.698
Priorbank JSC, Minsk (BY)	12,3%	41.266	8.246	302	8.548
Sonstige	n/a	- 3.850	8.698	- 689	8.008
Gesamt		581.353	110.512	- 14.085	96.427

2015 in € Tausend	Beteiligungs- und Stimmrechtsquote	Nettovermögen	Ergebnis nach Steuern	Sonstiges Ergebnis	Gesamtergebnis
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	31,8%	74.814	- 2.660	- 2.232	- 4.892
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	25,0%	225.695	23.241	6.530	29.771
Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	21,2%	201.576	24.567	3.536	28.104
Priorbank JSC, Minsk (BY)	12,3%	0	13.009	- 11.951	1.059
Sonstige	n/a	32.477	- 2.015	- 1.618	- 3.634
Gesamt		534.562	56.142	- 5.734	50.408

Im Gegensatz zu den oben angeführten Finanzinformationen, die sich nur auf die nicht beherrschenden Anteile beziehen, enthält die folgende Tabelle Finanzinformationen der einzelnen Tochterunternehmen (inkl. beherrschende Anteile):

2016 in € Tausend	Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	Priorbank JSC, Minsk (BY)
Betriebserträge	260.870	362.445	380.833	173.889
Ergebnis nach Steuern	133.913	96.311	126.583	67.258
Sonstiges Ergebnis	- 21.323	- 14.625	- 14.895	- 3.185
Gesamtergebnis	112.591	81.686	111.687	64.073
Kurzfristige Vermögenswerte	1.294.459	5.920.463	4.011.927	1.082.880
Langfristige Vermögenswerte	661.686	5.858.452	7.153.017	308.780
Kurzfristige Schulden	1.607.155	9.906.597	9.230.563	941.215
Langfristige Schulden	1.401	944.044	986.076	113.838
Nettovermögen	347.590	928.274	948.305	336.607
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	194.082	1.520.710	- 91.844	15.242
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 7.382	297.945	18.034	17.040
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 144.644	169.770	- 113.413	- 25.185
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 16.503	- 10.373	- 76	- 1.949
Nettozahlungsströme gesamt	25.553	1.978.052	- 187.299	5.148
An die nicht beherrschenden Gesellschafter gezahlte Dividenden ¹	0	12.711	23.970	3.346

¹ Im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthalten

2015 in € Tausend	Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	Priorbank JSC, Minsk (BY)
Betriebserträge	177.484	342.178	417.263	236.271
Ergebnis nach Steuern	- 70.709	92.962	115.787	106.115
Sonstiges Ergebnis	- 59.317	27.165	16.666	- 99.525
Gesamtergebnis	- 130.026	120.128	132.453	6.590
Kurzfristige Vermögenswerte	1.163.589	3.890.887	4.278.006	1.033.626
Langfristige Vermögenswerte	790.149	5.224.497	6.719.135	275.061
Kurzfristige Schulden	1.636.383	7.230.308	8.838.163	843.362
Langfristige Schulden	82.356	982.297	1.208.949	171.144
Nettovermögen	234.999	902.780	950.030	294.181
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	336.012	1.251.199	772.106	58.094
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	- 1.975	36.058	- 66.230	- 11.455
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 299.940	- 18.165	- 138.078	- 25.583
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 35.339	6.769	752	- 36.046
Nettozahlungsströme gesamt	- 1.242	1.275.862	568.551	- 14.990
An die nicht beherrschenden Gesellschafter gezahlte Dividenden ¹	0	9.659	28.861	3.231

¹ Im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthalten

Wesentliche Beschränkungen

Bei der Raiffeisenbank a.s., Prag, besteht zwischen der RBI AG und dem Mitaktionär ein Syndikatsvertrag. Dieser Syndikatsvertrag regelt insbesondere Vorkaufsrechte zwischen den direkten und indirekten Gesellschaftern. Bei einem Kontrollwechsel – auch infolge eines Übernahmeangebots – endet der Syndikatsvertrag automatisch.

Im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für den Erwerb der Anteile an der Polbank wurde gegenüber der polnischen Finanzmarktaufsicht – neben anderen Bemühungszusagen – in Aussicht gestellt, dass 15 Prozent der Aktien der polnischen Bank einheitlich spätestens mit Juni 2017 an der Warschauer Börse notieren sollen; weiters wurde im Zuge des Genehmigungsverfahrens in Aussicht gestellt, dass auch die Aktie der RBI spätestens ab Juni 2018 (zusätzlich zu ihrer Notierung an der Wiener Börse) an der Börse in Warschau gelistet bzw. ersatzweise der Anteil der notierten Aktien der polnischen Bank einheitlich auf 25 Prozent der Aktien angehoben werden soll.

Die Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat sich bei der Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew, im Rahmen einer im Dezember 2015 erfolgten Kapitalerhöhung beteiligt. Im Zuge dieser Transaktion hat die RBI mit der EBRD eine Vereinbarung getroffen, wonach sie sich nach Ablauf von sechs Jahren nach Beteiligung der EBRD an der AVAL bemüht, dieser im Austausch für ihre Beteiligung an der AVAL im Zuge eines so genannten „Share Swap“ Aktien der RBI anzubieten. Die Durchführung einer solchen Transaktion versteht sich jedoch vorbehaltlich regulatorischer Genehmigungen und entsprechender Beschlüsse in der Hauptversammlung und sonstigen Gremien.

Ende 2014 führte die ukrainische Nationalbank Devisenverkehrskontrollen ein. Zur Zeit ist es einem ausländischen Unternehmen nicht möglich, Dividendenzahlungen in fremder Währung durchzuführen. Diese Beschränkung wurde im Geschäftsjahr 2016 auf unbeschränkte Zeit verlängert.

Aktienbasierte Vergütung

2014 wurde das Share Incentive Programm (SIP) wegen der regulatorischen Komplexitäten eingestellt. Die letzten Tranchen des SIP wurden in den Jahren 2011, 2012 und 2013 begeben. Die Laufzeit beträgt jeweils fünf Jahre, somit kam es im Jahr 2016 zum Abreifen der Tranche 2011. Entsprechend den Programmbedingungen (veröffentlicht via euro adhoc am 14. September 2011) wurde die in der folgenden Tabelle dargestellte Anzahl an Aktien tatsächlich übertragen:

Share Incentive Program (SIP) 2011 Personengruppe	Anzahl fälliger Aktien	Wert beim Aktienkurs von € 13,92 am Zuteilungstag	Anzahl tatsächlich übertragener Aktien
Vorstandsmitglieder der Gesellschaft	24.493	340.943	12.809
Vorstandsmitglieder der mit der Gesellschaft verbundenen Bank-Tochterunternehmen	30.050	418.296	23.125
Führungskräfte der Gesellschaft und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	19.839	276.159	11.384

Zur Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten wurde entsprechend den Programmbedingungen für die berechtigten Mitarbeiter in drei Ländern anstelle der Übertragung von Aktien eine Wertabfindung in bar vorgenommen. In Österreich wurde den Berechtigten die Möglichkeit eingeräumt, anstelle der Hälfte der fälligen Aktien ebenfalls eine Barabfindung zu beziehen, um daraus die zum Übertragungszeitpunkt fällige Lohnsteuer zu begleichen. Aus diesen Gründen ergibt sich die geringere Anzahl an tatsächlich übertragenen Aktien verglichen mit den fälligen. Der Bestand an eigenen Aktien wurde folglich um die niedrigere Anzahl der tatsächlich übertragenen Aktien vermindert.

Zum Bilanzstichtag waren daher jeweils bedingte Aktien für derzeit zwei Tranchen zugeteilt. Per 31. Dezember 2016 belief sich die Anzahl dieser bedingten Aktien auf 693.462 (davon entfielen 367.977 auf die Zuteilung 2012 und 325.485 auf die Zuteilung 2013). Die ursprünglich bekanntgegebene Anzahl an bedingt zugeteilten Aktien veränderte sich durch diverse Personalwechsel in den Konzerneinheiten. Sie ist in folgender Tabelle aggregiert dargestellt:

Share Incentive Program (SIP) 2012 – 2013 Personengruppe	Anzahl bedingt zugeteilter Aktien per 31.12.2016	Mindestzuteilung Aktien	Maximalzuteilung Aktien
Vorstandsmitglieder der Gesellschaft	214.091	64.227	321.137
Vorstandsmitglieder der mit der Gesellschaft verbundenen Bank-Tochterunternehmen	291.910	87.573	437.865
Führungskräfte der Gesellschaft und sonstiger mit ihr verbundener Unternehmen	187.461	56.238	281.192

Im Jahr 2016 wurden keine Aktien für das SIP zurückgekauft.

Angaben zu Finanzinstrumenten

(33) Restlaufzeitengliederung

2016	Kurzfristige Vermögenswerte/Schulden			Langfristige Vermögenswerte/Schulden	
	Täglich fällig bzw. ohne Laufzeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in € Tausend					
Barreserve	12.242.415	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	4.243.475	4.153.208	777.297	405.692	320.340
Forderungen an Kunden	7.731.784	9.951.599	9.385.212	24.326.063	19.119.458
Kreditrisikovorsorgen	-4.955.132	0	0	0	0
Handelsaktiva	168.555	650.738	660.827	1.780.389	1.725.952
Wertpapiere und Beteiligungen	282.192	2.931.881	2.196.199	7.958.089	1.270.651
Restliche Aktiva	2.153.011	864.518	152.705	877.160	489.567
Aktiva gesamt	21.866.300	18.551.944	13.172.241	35.347.393	22.925.967
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.084.452	2.396.550	1.632.095	2.776.168	1.927.210
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48.004.468	11.776.469	8.453.654	2.030.824	1.272.811
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	443.924	2.169.542	3.107.203	924.458
Handelspassiva	281.739	484.177	496.745	2.353.080	1.504.001
Nachrangkapital	0	37	30.845	999.723	3.173.087
Restliche Passiva	786.503	790.373	128.671	490.613	112.291
Zwischensumme	53.157.163	15.891.531	12.911.554	11.757.610	8.913.857
Eigenkapital	9.232.130	0	0	0	0
Passiva gesamt	62.389.293	15.891.531	12.911.554	11.757.610	8.913.857

2015	Kurzfristige Vermögenswerte/Schulden			Langfristige Vermögenswerte/Schulden	
	Täglich fällig bzw. ohne Laufzeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in € Tausend					
Barreserve	13.211.971	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.961.987	5.527.674	1.305.561	469.110	1.572.876
Forderungen an Kunden	7.698.266	11.134.422	10.212.342	22.726.471	18.149.864
Kreditrisikovorsorgen	-6.055.134	0	0	0	0
Handelsaktiva	438.770	405.188	644.488	2.822.342	1.503.321
Wertpapiere und Beteiligungen	326.237	4.244.823	2.156.345	7.253.683	1.262.547
Restliche Aktiva	2.600.863	486.136	455.333	994.483	916.614
Aktiva gesamt	20.182.959	21.798.243	14.774.069	34.266.090	23.405.221
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.715.948	4.800.766	2.322.350	3.671.258	1.858.854
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.468.200	15.375.668	9.068.723	2.640.591	1.437.705
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	598.857	1.153.153	5.043.017	706.566
Handelspassiva	412.115	482.505	599.953	2.052.374	1.544.563
Nachrangkapital	0	5.807	22.025	484.642	3.651.878
Restliche Passiva	1.658.554	746.096	501.670	595.476	306.302
Zwischensumme	46.254.817	22.009.699	13.667.873	14.487.357	9.505.869
Eigenkapital	8.500.967	0	0	0	0
Passiva gesamt	54.755.784	22.009.699	13.667.873	14.487.357	9.505.869

(34) Fremdwährungsvolumina

in € Tausend	2016	2015
Aktiva	61.071.903	55.305.039
Passiva	48.678.601	48.228.043

(35) Verbriefungen

Der Konzern als Originator

Verbriefungen stellen eine besondere Form der Refinanzierung und der Kreditrisikoverbesserung durch Platzierung von Risiken aus Krediten oder Leasingverträgen auf Basis von Portfolios bei Kapitalmarktinvestoren dar. Ziel der vom Konzern abgeschlossenen Verbriefungen ist es, die regulatorischen Eigenmittel auf Konzernebene zu entlasten und zusätzliche Refinanzierungsquellen zu nutzen.

Nachstehende Transaktionen mit externen Vertragspartnern für alle oder zumindest einzelne Tranchen waren im laufenden Geschäftsjahr aktiv und führten zu einer Entlastung der risikogewichteten Aktiva, wobei die angeführten Werte jeweils das verbriefte Portfolio und die zugrunde liegenden Forderungen sowie die Junior Tranche zum Zeitpunkt des Transaktions-Abschlusses darstellen.

in € Tausend	Forderungsverkäufer bzw. Sicherungsnehmer	Abschluss	Ende der Laufzeit	Verbrieftes Portfolio	Zugrunde liegende Forderungen (verbrieft und unverbrieft)	Portfolio	Junior Tranche
Synthetic Transaction ROOF RBCZ 2015	Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	Dezember 2015	April 2024	1.000.000	1.422.446	Firmenkredite und Garantien	1,4%
Synthetic Transaction ROOF Infrastructure 2014	Raiffeisen Bank International AG, Wien	Dezember 2014	März 2027	978.222	1.413.865	Firmenkredite, Garantien, revolvingende Kredite	6,1%
Synthetic Transaction ROOF Real Estate 2015	Raiffeisen Bank International AG, Wien	Juli 2015	Mai 2025	552.862	1.067.181	Firmenkredite, besichert durch Immobilien	7,1%
Synthetic Transaction EIF JEREMIE Slovakia	Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	März 2014	Juni 2025	26.895	38.421	SME-Forderungen	25,0%
Synthetic Transaction EIF JEREMIE Romania	Raiffeisenbank S.A., Bukarest (RO)	Dezember 2010	Dezember 2023	12.597	15.746	SME-Forderungen	25,0%
Synthetic Transaction EIF Western Balkans EDIF Croatia	Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	April 2015	Mai 2023	4.590	6.557	SME-Forderungen	22,0%

SME: Small and Medium-sized Enterprises

Im Geschäftsjahr wurden keine neuen Verbriefungsprogramme, die zu einem signifikanten Risikotransfer führen, mit externen Investoren aufgesetzt. Die im Folgenden erwähnten Verbriefungsprogramme aus den Vorjahren waren auch im Berichtsjahr noch aktiv:

Im Dezember 2015 wurde eine synthetische Verbriefung von Forderungen gegenüber Firmenkunden und Projektfinanzierungen, die von der Raiffeisenbank a.s., Prag, originiert wurden, im Volumen von € 1.000.000 Tausend abgeschlossen. Diese synthetische Verbriefung unter der Bezeichnung „ROOF RBCZ 2015“ war in eine Senior-, eine Mezzanin- und eine Junior-Tranche gesplittet. Die Mezzanin-Tranche wurde an zwei institutionelle Investoren verkauft, während die Raiffeisenbank a.s., Prag das Kreditrisiko der Junior- und Senior-Tranche hält.

Eine synthetische Verbriefung von Firmenkundenforderungen, die im Wesentlichen von der RBI AG originiert wurden, ist seit dem Jahr 2014 unter der Bezeichnung „ROOF Infrastructure 2014“ aktiv. Die Junior-Tranche ist extern platziert und beträgt zum 31. Dezember 2016 € 101.497 Tausend (2015: € 98.963 Tausend).

Eine synthetische Verbriefung von Immobiliendarlehen an Firmenkunden aus Österreich und Deutschland, die von der RBI AG originiert wurden, wurde im Juli 2015 unter der Bezeichnung „ROOF Real Estate 2015“ abgeschlossen. Die Transaktion war in eine Senior- und eine Junior-Tranche gesplittet. Die Junior-Tranche ist extern platziert und beträgt zum 31. Dezember 2016 € 51.445 Tausend (2015: € 49.720 Tausend)

Im Rahmen weiterer synthetischer Verbriefungen hat der Konzern im Jahr 2010 an den so genannten JEREMIE-Programmen in Rumänien (EIF JEREMIE Romania) und ab 2013 auch in der Slowakei (EIF JEREMIE Slovakia SME 2013-1) teilgenommen. Durch einen Vertrag des jeweiligen Tochterunternehmens mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) soll die Kreditvergabe an Klein- und Mittelbetriebe unterstützt werden, da diese im Rahmen der JEREMIE-Initiative Garantien seitens des EIF erhalten können. Das maximale Portfoliovolumen im Programm der JEREMIE-First-Loss-Portfoliogarantien beträgt für die Raiffeisen Bank S.A., Bukarest € 172.500 Tausend und für die Tatra banka a.s., Bratislava € 60.000 Tausend.

Die Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb, hat im Jahr 2015 im Rahmen der Western Balkans Enterprise Development and Innovation Facility (EIF Western Balkans EDIF Croatia) eine Portfoliogarantievereinbarung unterzeichnet, die von der EU finanziert wird und darauf abzielt, für kleinere und mittlere Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln zu unterstützen. Das maximale Volumen beträgt € 20.107 Tausend.

Eine Verbriefungstransaktion, die von der Leasingtochter in Polen unter der Bezeichnung „ROOF Poland Leasing 2014“ platziert wurde, umfasste ein Portfolio von Fahrzeug-Leasingverträgen mit einem zugrunde liegenden Transaktionsvolumen von PLN 1.500.000 Tausend. Die für diese Transaktion gegründete Zweckgesellschaft wurde bis zum 30. November 2016 im Konzern konsolidiert. Aufgrund des Verkaufs der originierenden Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, und der ROOF Poland Leasing 2014 Ltd, Dublin (IE), mit Closing im Dezember 2016 ist die Verbriefungstransaktion aus dem Konzern ausgeschieden.

Der Konzern als Investor

Neben der oben erwähnten besonderen Form der Refinanzierung und Platzierung von Risiken aus Krediten oder Leasingverträgen ist der Konzern auch als Investor in ABS-Strukturen tätig. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Investments in so genannte Structured Credit Products, Asset-Based Financing und zum Teil auch Diversified Payment Rights. Im Lauf des Geschäftsjahres kam es hier durch Marktpreisveränderungen zu einem negativen Bewertungsergebnis von € 89 Tausend (2015: negatives Bewertungsergebnis von € 12 Tausend) und zu einem realisierten Ergebnis aus Verkäufen von € 679 Tausend (2015: € 811 Tausend).

Gesamtexposure an strukturierten Produkten (exkl. CDS):

in € Tausend	2016		2015	
	Aktuelles Nominale	Buchwert	Aktuelles Nominale	Buchwert
Asset-Backed Securities (ABS)	445.868	446.569	450.764	450.913
Asset-Based Financing (ABF)	248.387	248.387	225.406	225.406
Collateralized Debt Obligations (CDO)	35.595	74	34.633	159
Sonstige	10.000	6.580	0	0
Gesamt	739.850	701.609	710.803	676.478

(36) Übertragene Vermögenswerte

Der Konzern schließt Geschäfte ab, die zur Übertragung von Handelsaktiva, Wertpapieren und Beteiligungen sowie Forderungen an Kunden führen. Die übertragenen finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin zur Gänze bzw. im Umfang der fortgesetzten Beteiligung des Konzerns erfasst oder aber vollständig ausgebucht. Die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten, die nicht vollständig ausgebucht werden oder bei denen eine fortgesetzte Beteiligung des Konzerns besteht, erfolgt in erster Linie durch Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihgeschäfte und Verbriefungen.

Übertragene, aber nicht ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Pensionsgeschäfte sind Transaktionen, bei denen der Konzern ein Wertpapier veräußert und gleichzeitig zustimmt, es zu einem zukünftigen Zeitpunkt zu einem festen Preis zurückzukaufen. Der Konzern erfasst die Wertpapiere weiterhin vollständig in seiner Bilanz, da im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an ihnen verbundenen Risiken und Vorteile bei ihm verbleiben. Der erhaltene Bargegenwert wird als finanzieller Vermögenswert verbucht und eine Schuld für die Verpflichtung zur Zahlung des Rückkaufpreises angesetzt. Da der Konzern die vertraglichen Rechte am Cash-Flow der Wertpapiere veräußert, kann er die übertragenen Wertpapiere während der Laufzeit der Vereinbarung nicht nutzen.

Wertpapierleihgeschäfte sind Transaktionen, bei denen der Konzern Wertpapiere gegen eine Provision ausleiht und dafür liquide Mittel als Sicherheit erhält. Der Konzern erfasst die Wertpapiere weiterhin vollständig in seiner Bilanz, da im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an ihnen verbundenen Risiken und Vorteile bei ihm verbleiben. Der erhaltene Bargegenwert wird als finanzieller Vermögenswert verbucht und eine Schuld für die Verpflichtung zur Rückzahlung angesetzt. Da der Konzern im Rahmen des Leihvertrags die vertraglichen Rechte am Cash-Flow der Wertpapiere veräußert, kann er die übertragenen Wertpapiere während der Laufzeit der Vereinbarung nicht nutzen.

Der Konzern veräußert Forderungen an Kunden an Verbriefungsgesellschaften, die ihrerseits Schuldverschreibungen an Investoren emittieren, die durch die erworbenen Vermögenswerte besichert werden. Bei den Verbriefungen, bei denen der Konzern Forderungen an Kunden an eine nicht konsolidierte Verbriefungsgesellschaft überträgt, verbleibt ein Teil des Risikos bei ihm, während ein anderer Teil sowie das Vorfälligkeits- und Zinsrisiko auf die Gesellschaft übergeht. Der Konzern behält bzw. überträgt daher im Wesentlichen nicht alle Risiken und Vorteile solcher Vermögenswerte.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte:

2016 in € Tausend	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Kredite und Forderungen	300.057	0	300.057	292.527	0	292.527
Handelsaktiva	32.783	0	32.783	31.846	0	31.846
Wertpapiere und Beteiligungen	49.417	0	49.417	47.748	0	47.748
Gesamt	382.257	0	382.257	372.120	0	372.120

2015 in € Tausend	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Kredite und Forderungen	390.409	327.669	62.741	323.619	268.322	55.297
Handelsaktiva	288.276	0	288.276	251.613	0	251.613
Wertpapiere und Beteiligungen	37.705	0	37.705	36.098	0	36.098
Gesamt	716.391	327.669	388.722	611.330	268.322	343.009

Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Es bestehen derzeit keine Verbriefungsgeschäfte, bei denen finanzielle Vermögenswerte teilweise ausgebucht wurden.

(37) Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte hauptsächlich im Rahmen von Rückkaufvereinbarungen, Wertpapierleihgeschäften und sonstigen Kreditverträgen sowie für das Margining bei Derivatverbindlichkeiten. Die nachfolgende Tabelle beinhaltet Aktiva aus Pensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, Verbriefungen und Pfandbriefe, die zur Besicherung von Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, oder Garantien (d. h. besicherte Depots):

in € Tausend	2016	2015
Kredite und Forderungen ¹	6.729.870	6.732.916
Handelsaktiva ²	63.540	1.077.547
Wertpapiere und Beteiligungen	678.766	572.848
Gesamt	7.472.177	8.383.312

¹ Ohne Forderungen aus Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäften
² Ohne Derivate

Die nachfolgende Tabelle zeigt die den als Sicherheiten verpfändeten Vermögenswerten zugehörigen Verbindlichkeiten und beinhaltet Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, Verbriefungen und Pfandbriefen:

in € Tausend	2016	2015
Verbindlichkeiten an Kreditinstitute	2.579.979	3.370.649
Verbindlichkeiten an Kunden	45.906	561.207
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.610.164	1.586.489
Übrige Passiva	201.069	645.593
Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	0	115.798
Gesamt	4.437.118	6.279.735

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Tausend	2016	2015
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	5.139.516	1.780.968
davon verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	418.169	307.566

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, selbst wenn im Lauf von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Die Fähigkeit des Konzerns, frei auf Vermögenswerte zuzugreifen und diese an andere bzw. von anderen Konzerngesellschaften zu übertragen und Verbindlichkeiten zu begleichen, kann durch gesetzliche, vertragliche oder regulatorische Anforderungen sowie Schutzrechte von nicht beherrschenden Beteiligungen eingeschränkt werden. Zum Bilanzstichtag existierten keine wesentlichen Schutzrechte, die nicht beherrschenden Beteiligungen vom Konzern zugestanden wurden, und daher auch keine daraus erwachsenden signifikanten Beschränkungen.

Die folgenden Produkte schränken den Konzern in der Nutzung seiner Vermögenswerte ein: Rückkaufvereinbarungen, Wertpapierleih- und sonstige Kreditverträge für das Margining bei Derivatverbindlichkeiten, Verbriefungen und diverse Versicherungsgeschäfte. In der nachstehenden Tabelle sind Vermögenswerte angeführt, die als Sicherheiten verpfändet und in anderer Weise zweckgebundene Vermögenswerte mit Kopplung an eine entsprechende Verbindlichkeit sind. Sie können aus gesetzlichen oder sonstigen Gründen aufgrund der Zweckbindung nicht zur Besicherung von Fremdmitteln eingesetzt werden.

in € Tausend	2016		2015	
	Verpfändet	Sonstige Verfügungsbeschränkungen mit Verbindlichkeiten	Verpfändet	Sonstige Verfügungsbeschränkungen mit Verbindlichkeiten
Kredite und Forderungen ¹	6.729.870	1.338.469	6.732.916	1.983.278
Handelsaktiva ²	63.540	29.174	1.077.547	56.227
Wertpapiere und Beteiligungen	678.766	386.013	572.848	7.327
Gesamt	7.472.177	1.753.656	8.383.312	2.046.832

¹ Ohne Forderungen aus Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäften

² Ohne Derivate

(38) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden

In den nachstehenden Tabellen sind finanzielle Vermögenswerte und Schulden dargestellt, die in der Konzernbilanz saldiert werden oder einer durchsetzbaren/undurchsetzbaren Aufrechnungsrahmen- oder einer vergleichbaren Vereinbarung für ähnliche Finanzinstrumente unterliegen, ungeachtet dessen, ob sie in der Bilanz saldiert werden oder nicht.

Unter vergleichbaren Vereinbarungen sind unter anderem Derivate-Clearingverträge sowie globale Rahmenverträge über einen Rückkauf oder Wertpapierleihgeschäfte zu verstehen. Ähnliche Finanzinstrumente sind z. B. Derivate, Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte sowie Wertpapierverleih- und -leihgeschäfte.

Einige dieser Vereinbarungen werden in der Bilanz nicht saldiert, weil den jeweiligen Vertragspartnern ein Recht zur Aufrechnung von erfassten Beträgen eingeräumt wird, das nur bei Eintritt eines Verzug darstellenden Ereignisses, der Insolvenz oder des Konkurses des Konzerns oder der Vertragspartner oder von anderen, vorab festgelegten Ereignissen durchsetzbar ist. Darüber hinaus beabsichtigen der Konzern und seine Vertragspartner nicht, auf Nettobasis abzurechnen oder die Vermögenswerte zu realisieren und zeitgleich die Schulden zu tilgen. Der Konzern erhält und stellt Sicherheiten in Form von liquiden Mitteln und marktgängigen Wertpapieren.

2016 in € Tausend	Bruttobetrag		Nettobetrag bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten		Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	4.501.241	733.698	3.767.544	2.631.677	38.683	1.097.183
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	3.681.162	0	3.681.162	3.681.162	0	0
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	188.172	0	188.172	0	0	188.172
Gesamt	8.370.575	733.698	7.636.877	6.312.839	38.683	1.285.355

2016	Bruttobetrag		Nettobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte		Finanz- instrumente	Verpfändete Barsicherheiten	
in € Tausend						
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	3.953.907	733.698	3.220.210	1.986.648	110.345	1.123.217
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	447.514	0	447.514	433.849	0	13.665
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	10.206	0	10.206	0	0	10.206
Gesamt	4.411.628	733.698	3.677.930	2.420.497	110.345	1.147.088

2016 betragen die Aktiva, die keiner rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarung unterlagen, € 104.226.968 Tausend (2015: € 109.067.016 Tausend). Davon entfiel ein unwesentlicher Anteil auf derivative Finanzinstrumente und Barbestände aus Reverse-Repo-Geschäften. Die Verbindlichkeiten, die keiner rechtlich durchsetzbaren Netting-Vereinbarung unterlagen, beliefen sich im Jahr 2016 auf € 99.535.179 Tausend (2015: € 102.392.574 Tausend), von denen nur ein unwesentlicher Anteil auf derivative Finanzinstrumente und Bardepots aus Repo-Geschäften entfiel.

2015	Bruttobetrag		Nettobetrag bilanzierter finanzieller Vermögens- werte	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	saldierter bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten		Finanz- instrumente	Erhaltene Barsicherheiten	
in € Tausend						
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	4.398.339	563.947	3.834.392	2.693.543	33.017	1.107.832
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	1.326.950	0	1.326.950	1.310.863	0	16.087
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	212.652	14.427	198.224	0	0	198.224
Gesamt	5.937.941	578.374	5.359.567	4.004.406	33.017	1.322.143

2015	Bruttobetrag		Nettobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlich- keiten	Beträge aus Globalauf- rechnungsvereinbarungen		Netto- betrag
	bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	saldierter bilanzierter finanzieller Vermögenswerte		Finanz- instrumente	Verpfändete Barsicherheiten	
in € Tausend						
Derivate (rechtlich durchsetzbar)	4.319.563	563.947	3.755.616	2.656.661	170.599	928.356
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber, Wertpapierleihe und ähnliche Vereinbarungen (rechtlich durchsetzbar)	225.431	0	225.431	217.366	0	8.065
Sonstige Finanzinstrumente (rechtlich durchsetzbar)	100.985	14.427	86.558	0	0	86.558
Gesamt	4.645.979	578.374	4.067.605	2.874.028	170.599	1.022.979

Die Bruttobeträge von finanziellen Vermögenswerten und Schulden und ihre in den vorstehenden Tabellen ausgewiesenen Nettobeträge wurden entweder zum beizulegenden Zeitwert (Derivate, sonstige Finanzinstrumente) oder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Forderungen, Einlagen und sonstige Finanzinstrumente) bewertet. Für alle Beträge erfolgte eine Überleitung in die entsprechenden Bilanzposten.

(39) Derivative Finanzinstrumente

2016 in € Tausend	Nominalbeträge nach Restlaufzeit			Gesamt	Marktwerte	
	Bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre		Positive	Negative
Gesamt	65.512.221	74.540.645	69.082.240	209.135.105	4.082.219	- 3.387.283
Zinssatzverträge	26.699.382	63.426.788	50.318.362	140.444.531	3.069.639	- 2.141.020
OTC-Produkte						
Zinsswaps	23.243.697	53.017.215	44.161.793	120.422.706	2.774.581	- 1.909.513
Zinstermingeschäfte	824.943	0	0	824.943	34	0
Zinsoptionen - Käufe	1.203.708	5.353.995	3.206.507	9.764.211	294.952	0
Zinsoptionen - Verkäufe	1.096.945	4.951.732	2.863.743	8.912.420	0	- 230.881
Börsegehandelte Produkte						
Zinsfutures	330.089	49.412	38.592	418.093	0	- 626
Zinsoptionen	0	54.433	47.726	102.160	72	0
Wechselkurs- und Goldverträge	36.878.782	9.413.284	18.535.556	64.827.623	913.876	- 1.070.164
OTC-Produkte						
Währungs- und Zinsswaps	4.912.509	8.359.482	18.535.556	31.807.547	465.483	- 729.777
Devisentermingeschäfte	28.748.913	973.379	0	29.722.293	429.751	- 320.081
Währungsoptionen - Käufe	1.202.723	27.264	0	1.229.987	14.774	0
Währungsoptionen - Verkäufe	1.402.522	34.639	0	1.437.162	0	- 14.003
Goldverträge	1.431	18.519	0	19.950	492	0
Börsegehandelte Produkte						
Devisenterminkontrakte (Futures)	610.685	0	0	610.685	3.376	- 6.304
Wertpapierbezogene Geschäfte	924.565	1.519.131	228.322	2.672.017	94.938	- 164.863
OTC-Produkte						
Aktien-/Indexoptionen - Käufe	48.915	590.584	123.230	762.729	49.563	0
Aktien-/Indexoptionen - Verkäufe	209.132	904.613	104.595	1.218.340	8.942	- 125.385
Börsegehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Terminkontrakte	405.278	291	497	406.066	31.302	- 32.414
Aktien-/Indexoptionen	261.240	23.643	0	284.883	5.131	- 7.065
Warentermingeschäfte	95.930	95.699	0	191.629	3.119	- 9.428
Kreditderivate	895.537	85.743	0	981.281	648	- 687
Edelmetallgeschäfte	18.024	0	0	18.024	0	- 1.120

Dem Überhang an negativen Marktwerten bei wertpapierbezogenen Geschäften stehen zu Sicherungszwecken erworbene Aktien in den Handelsaktiva gegenüber, die in der obigen Tabelle nicht enthalten sind.

2015 in € Tausend	Nominalbeträge nach Restlaufzeit			Gesamt	Marktwerte	
	Bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre		Positive	Negative
Gesamt	80.710.102	75.897.307	50.153.791	206.761.200	4.406.213	- 4.927.491
Zinssatzverträge	31.184.684	62.690.306	47.475.761	141.350.751	3.179.729	- 2.390.128
OTC-Produkte						
Zinsswaps	24.126.580	54.008.153	41.570.577	119.705.310	2.893.293	- 2.133.649
Zinstermingeschäfte	1.913.964	0	0	1.913.964	1.231	- 2.549
Zinsoptionen - Käufe	979.454	4.442.682	2.944.024	8.366.160	284.805	0
Zinsoptionen - Verkäufe	1.289.859	4.205.272	2.883.845	8.378.977	0	- 253.873
Sonstige Zinssatzverträge	2.161	0	0	2.161	0	0
Börsegehandelte Produkte						
Zinsfutures	2.872.666	34.198	58.945	2.965.809	336	- 57
Zinsoptionen	0	0	18.371	18.371	64	0
Wechselkurs- und Goldverträge	47.617.072	10.253.473	2.230.651	60.101.197	1.154.426	- 1.382.843
OTC-Produkte						
Währungs- und Zinsswaps	6.346.523	9.209.688	2.217.123	17.773.334	739.139	- 941.323
Devisentermingeschäfte	37.336.296	866.568	0	38.202.865	381.159	- 390.424
Währungsoptionen - Käufe	1.497.065	105.479	0	1.602.545	31.221	0
Währungsoptionen - Verkäufe	1.639.230	68.754	0	1.707.984	0	- 29.752
Goldverträge	0	2.984	13.529	16.512	47	- 12.240
Börsegehandelte Produkte						
Devisenterminkontrakte (Futures)	797.957	0	0	797.957	2.859	- 9.103
Wertpapierbezogene Geschäfte	1.250.956	1.821.516	403.490	3.475.961	69.838	- 1.024.373
OTC-Produkte						
Aktien-/Indexoptionen - Käufe	84.862	505.331	113.035	703.229	39.062	0
Aktien-/Indexoptionen - Verkäufe	133.298	648.667	163.124	945.088	0	- 161.330
Sonstige wertpapierbezogene Geschäfte	229.331	644.521	127.331	1.001.183	120	- 826.338
Börsegehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Terminkontrakte	436.540	0	0	436.540	24.803	- 22.172
Aktien-/Indexoptionen	366.924	22.997	0	389.921	5.853	- 14.532
Warentermingeschäfte	141.386	128.795	43.889	314.071	442	- 110.759
Kreditderivate	494.078	992.305	0	1.486.383	1.776	- 2.114
Edelmetallgeschäfte	21.926	10.912	0	32.838	1	- 17.274

Dem im Vorjahr ausgewiesenen Überhang an negativen Marktwerten bei wertpapierbezogenen Geschäften standen zu Sicherungszwecken erworbene Aktien in den Handelsaktiva gegenüber, die in obiger Tabelle nicht enthalten sind.

(40) Fair Value von Finanzinstrumenten

Die Bewertung zum Fair Value erfolgt im Konzern primär anhand von externen Datenquellen (im Wesentlichen Börsepreise oder Broker-Quotierungen in hochliquiden Märkten). Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Bewertung anhand von quotierten Marktpreisen erfolgt, sind hauptsächlich börsennotierte Wertpapiere und Derivate sowie liquide Anleihen, die auf OTC-Märkten gehandelt werden. Diese Finanzinstrumente werden dem Level I der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Wird eine Marktbewertung herangezogen, deren Markt aufgrund der eingeschränkten Liquidität nicht als aktiver Markt betrachtet werden kann, wird das zugrunde liegende Finanzinstrument als Level II der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen. Sind keine Marktpreise verfügbar, werden diese Finanzinstrumente anhand von Bewertungsmodellen, die auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, bewertet. Diese beobachtbaren Marktdaten sind im Wesentlichen nachvollziehbare Zinskurven, Credit Spreads und Volatilitäten. Der Konzern verwendet grundsätzlich Bewertungsmodelle, die einer internen Prüfung durch das Marktrisiko-Komitee unterliegen, um angemessene Bewertungsparameter sicherzustellen.

Kann die Fair-Value-Bewertung weder anhand von ausreichend regelmäßig gestellten Marktpreisen (Level I) noch anhand von Bewertungsmodellen, die vollständig auf beobachtbaren Marktpreisen beruhen (Level II), erfolgen, werden einzelne nicht auf dem Markt beobachtbare Input-Parameter anhand von angemessenen Annahmen geschätzt. Haben nicht auf dem Markt beobachtbare Parameter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung des zugrunde liegenden Finanzinstruments, wird es dem Level III der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Diese nicht regelmäßig beobachtbaren Bewertungsparameter sind im Wesentlichen Credit Spreads, die aus internen Schätzungen abgeleitet werden.

Die Zuordnung bestimmter Finanzinstrumente zu den Level-Kategorien erfordert eine regelmäßige Beurteilung, insbesondere wenn die Bewertung sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht auf dem Markt beobachtbaren Parametern beruht. Auch unter Berücksichtigung von Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz kann sich die Klassifizierung eines Instruments im Zeitablauf ändern.

Fair Value von Finanzinstrumenten, die zum Fair Value ausgewiesen werden

Für Anleihen werden in erster Linie handelbare Marktpreise herangezogen. Sind keine Quotierungen vorhanden, so werden die Wertpapiere mittels Discounted-Cash-Flow-Modell bewertet. Hier fließen als Bewertungsparameter die Zinskurve sowie ein adäquater Credit Spread ein. Die Ermittlung des Credit Spreads erfolgt über auf dem Markt vorhandene, vergleichbare Finanzinstrumente. Für einen geringen Teil des Portfolios wurde ein konservativerer Ansatz gewählt, und es wurden Credit Default Spreads für die Bewertung verwendet. Weiters werden auch externe Bewertungen von Dritten berücksichtigt, die in allen Fällen indikativen Charakter aufweisen. Die Level-Einteilung der Positionen wird am Ende der Berichtsperiode durchgeführt.

Im Konzern kommen für die Bewertung von OTC-Derivaten marktübliche, bekannte Bewertungsmethoden zur Anwendung. Z. B. werden Interest Rate Swaps, Cross Currency Swaps oder Forward Rate Agreements über das für diese Produkte marktübliche Discounted-Cash-Flow-Modell bewertet. OTC-Optionen, z. B. Foreign Exchange Options oder Caps und Floors, liegen Bewertungsmodelle zugrunde, die dem Marktstandard entsprechen. Für die angeführten Produktbeispiele wären dies das Garman-Kohlhagen-Modell sowie Black-Scholes 1972 und Black 1976. Für komplexe Optionen erfolgt die Bewertung mithilfe von Binomialbaummodellen und Monte-Carlo-Simulationen.

Zur Ermittlung des Fair Value ist weiters eine Anpassung der Kreditbewertungen (Credit Value Adjustment, CVA) notwendig, um das mit OTC-Derivattransaktionen verbundene Kreditrisiko der Gegenparteien insbesondere für jene Vertragspartner zu berücksichtigen, mit denen nicht bereits eine Absicherung über Credit Support Annex erfolgt ist. Der ermittelte Betrag stellt jeweils den geschätzten Marktwert der Sicherungsmaßnahmen dar, die zur Absicherung gegen das Kreditrisiko der Gegenparteien aus den OTC-Derivatportfolios des Konzerns erforderlich sind.

Bewertungsanpassungen für das Kontrahentenausfallrisiko (Credit Value Adjustment, CVA) und Anpassungen für das eigene Kreditrisiko (Debit Value Adjustment, DVA) kommen für OTC-Derivate zur Anwendung, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Die CVA-Bewertungsanpassung besteht einerseits aus der Ermittlung des in der Zukunft zu erwartenden positiven Risikobetrags (Expected Positive Exposures) und andererseits aus der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kontrahenten. Die DVA-Bewertungsanpassung wird durch den erwarteten negativen Risikobetrag (Expected Negative Exposure) und durch die Kreditqualität der RBI bestimmt. Um den zu erwartenden positiven Risikobetrag zu ermitteln, wird unter Berücksichtigung aller verfügbarer Risikofaktoren (z. B. Währungs- und Zinskurven) eine große Anzahl von Szenarien für zukünftige Zeitpunkte simuliert. Die OTC-Derivate werden unter Berücksichtigung dieser Szenarien an den jeweiligen zukünftigen Zeitpunkten zu Marktwerten bewertet und auf Kontrahentenebene aggregiert, um abschließend für alle Zeitpunkte den positiven Risikobetrag zu bestimmen. Kontrahenten mit CSA-Verträgen (Credit Support Annex, CSA) werden in der Berechnung berücksichtigt. Bei diesen errechnen sich die erwarteten Risikobeträge nicht direkt aus den simulierten Marktwerten, sondern aus einer zukünftig erwarteten Änderung der Marktwerte über einer „Margin Period of Risk“ von zehn Tagen.

Als weitere Komponente für die CVA-Bewertungsanpassung muss für jeden Kontrahenten eine Ausfallwahrscheinlichkeit ermittelt werden. Der Konzern leitet, sofern direkte CDS-Quotierungen (Credit Default Swap, CDS) zur Verfügung stehen, für den jeweiligen Kontrahenten die marktbasierende Ausfallwahrscheinlichkeit und implizit die Verlustquote (Loss-Given Default, LGD) ab. Die Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht aktiv auf dem Markt gehandelten Kontrahenten wird durch Zuordnung des internen Ratings eines Kontrahenten an eine sektor- und ratingspezifische CDS-Kurve bestimmt.

Die DVA-Bewertungsanpassung wird durch den erwarteten Risikobetrag (Expected Negative Exposure) und durch die Kreditqualität der RBI bestimmt und stellt die Wertanpassung in Bezug auf die eigene Ausfallwahrscheinlichkeit dar. Die Berechnung erfolgt von der Methodik her analog zum CVA, anstelle des erwarteten positiven Marktwerts wird der erwartete negative Marktwert verwendet. Aus den simulierten zukünftigen aggregierten Kontrahenten-Marktwerten werden anstatt der positiven Risikobeträge negative Risikobeträge bestimmt, die die zu erwartende Schuld, die der Konzern gegenüber dem Kontrahenten an den jeweils relevanten zukünftigen Zeitpunkten hat, darstellen. Zur Bestimmung der eigenen Ausfallwahrscheinlichkeit werden ebenfalls vom Markt implizierte Werte verwendet. Sofern direkte CDS-Quotierungen zur Verfügung stehen, werden diese herangezogen. Falls keine CDS-Quotierung vorliegt, wird die eigene Ausfallwahrscheinlichkeit durch Zuordnung des eigenen Ratings an eine sektor- und ratingspezifische CDS-Kurve bestimmt.

Für die Bewertung von OTC-Derivaten wurde kein Funding Value Adjustment (FVA) berücksichtigt. Die RBI beobachtet die Entwicklungen am Markt und wird gegebenenfalls eine Methode für die Ermittlung des FVA entwickeln.

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den nachfolgenden Tabellen nach Bilanzposten gruppiert sowie nach Bewertungskategorien gegliedert dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht auf dem Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren. Die Level-Einteilung der Positionen wird am Ende der Berichtsperiode durchgeführt.

in € Tausend	2016			2015		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Handelsaktiva	2.030.695	3.667.492	72.220	2.764.434	3.889.826	24.214
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente ¹	93.900	3.342.774	852	64.453	3.630.168	2.320
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	164.159	350	65	202.603	449	237
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.772.637	324.368	71.303	2.497.378	259.210	21.657
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.937.532	1.972.735	52.490	2.224.975	3.072.102	65.955
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.502	23	1.168	2.560	0	1.191
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.935.030	1.972.712	51.322	2.222.415	3.072.102	64.764
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.750.409	44.138	73.585	2.930.139	95.835	170.518
Sonstige Beteiligungen ²	1.536	28.673		1.127	0	89.436
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.748.871	15.465	70.865	2.929.009	95.835	78.586
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3	0	2.721	3	0	2.496
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	0	644.693	0	0	709.272	0
Positive Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	0	644.693	0	0	709.272	0

1 Inklusive sonstige Derivate

2 Enthält neben börsennotierten Unternehmen auch Aktien die anhand eines Ertragswertverfahrens bewertet wurden

Level I Notierte Marktpreise

Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

in € Tausend	2016			2015		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Handelspassiva	618.955	4.854.785	7.537	524.973	5.087.363	28.683
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente ¹	135.334	2.826.443	91	161.769	4.309.317	21.614
Tag-/Festgelder des Handelsbestands	0	0	0	0	0	0
Leerverkauf von Handelsaktiva	483.236	72.111	0	363.204	90.255	0
Emittierte Zertifikate	386	1.956.232	7.446	0	687.791	7.068
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	2.783.648	0	0	2.588.259	0
Verbriefte Verbindlichkeiten ²	0	1.373.418	0		1.226.965	
Nachrangkapital ²	0	658.510	0	0	522.541	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ²	0	751.720	0	0	838.753	0
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	0	425.415	0	0	434.791	0
Negative Marktwerte derivativer Sicherungsinstrumente	0	425.415	0	0	434.791	0

1 Inklusive sonstige Derivate

2 Adaptierung der Vorjahreszahlen

Level I Notierte Marktpreise

Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Bewegungen zwischen Level I und Level II

Pro Finanzinstrument wird untersucht, ob notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt (Level I) vorhanden sind. Bei Finanzinstrumenten mit nicht notierten Marktpreisen werden beobachtbare Marktdaten wie Zinskurven zur Berechnung des Fair Value herangezogen (Level II). Eine Umgliederung erfolgt, wenn sich diese Einschätzung ändert.

Bei der Umgliederung von Level I in Level II handelt es sich um Titel, für die bisher Marktquotierungen gestellt wurden, die nun nicht mehr vorhanden sind. Für diese Wertpapiere erfolgt die Bewertung nun anhand eines Discounted-Cash-Flow-Modells unter Einbeziehung der jeweils gültigen Zinskurve sowie des adäquaten Credit Spreads.

Bei der Umgliederung von Level II in Level I handelt es sich um Titel, für die die Bewertungsergebnisse zuvor anhand eines Discounted-Cash-Flow-Modells ermittelt wurden. Da nun Marktquotierungen zur Verfügung stehen, können diese für die Bewertung herangezogen werden.

Der Anteil der finanziellen Vermögenswerte gemäß Level II reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende. Der eingetretene Rückgang basiert hauptsächlich auf Abgängen aus der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte“, insbesondere „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“. Weiters kam es zu einer

geringen Verschiebung von Level I zu Level II, da für diese Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag keine direkten, notierten Marktpreise zur Verfügung standen.

Bewegungen von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Die folgende Tabellen zeigen die Entwicklung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die deshalb einer anderen Bewertungsmethodik unterliegen. Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht am Markt beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat. Aufgrund einer Veränderung der beobachtbaren Bewertungsparameter kam es zu einer Umgliederung einzelner Finanzinstrumente aus Level III. Die umgelierten Finanzinstrumente werden unter Level II ausgewiesen, da Sie auf Basis von marktgestützten Input-Parametern bewertet werden.

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Käufe	Verkäufe, Tilgungen
Handelsaktiva	24.214	0	- 790	70.261	- 19.691
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	65.955	0	4.667	18.586	- 45.287
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	170.518	0	- 2.277	14.619	- 149.215
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	0	0	146	0	- 28

in € Tausend	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.12.2016
Handelsaktiva	- 1.775	0	0	0	72.220
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.569	0	0	0	52.490
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	129.399	- 89.459	0	0	73.585
Derivate für Sicherungsmaßnahmen	- 118	0	0	0	0

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Käufe	Verkäufe, Tilgungen
Handelsspassiva	28.683	0	0	12.849	- 19.931

in € Tausend	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.12.2016
Handelsspassiva	- 258	0	0	- 13.806	7.537

Die Gewinne aus Finanzinstrumenten des Level III der Fair-Value-Hierarchie beliefen sich im Geschäftsjahr auf € 135.817 Tausend (2015: € 34.227 Tausend).

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte	Art	Marktwert in € Tausend	Bewertungs- methode	Wesentliche nicht beobachtbare Input- Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Geschlossene Immobilienfonds	65	Substanzwert- methode	Abschläge	40-90%
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Aktien, variabel verzinsliche Anleihen	3.888	Anschaffungs- kosten, DCF - Verfahren	Realisierungsquote Kreditspanne	10-40%
Sonstige Beteiligungen	Aktien	0	Ertragswert- verfahren	Prognostizierte Cash Flows	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Anleihen	186.680	DCF - Verfahren	Kreditspanne	0,4-50%
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Asset Backed Securities	6.810	DCF - Verfahren	Realisierungsquote Kreditspanne	10-20%
Positive Marktwerte aus dem derivativen Bankbuch ohne Hedge Accounting	Devisentermin- geschäfte	852	Kapitalwert- methode Internes Modell	Zinssatz PD LGD	10-30% 0,25-100% 37-64%
Gesamt		198.295			

Finanzielle Verbindlichkeiten	Art	Marktwert in € Tausend	Bewertungs- methode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
Negative Marktwerte aus dem derivativen Bankbuch ohne Hedge Accounting	OTC-Optionen	91	Option Model Kapitalwert- methode	Durchführungszeitraum Währungsrisiko Schwankungen Index-Kategorisierung Zinssatz	2-5% 0-5% 0-3% 0-5% 10-30%
Zu Handelszwecken ausgestellte Zertifikate	Zertifikate	7.446	Option Model (Curran)	Durchführungszeitraum Closing Periode Geld-Brief Spanne Schwankungen Volatilität Index-Kategorisierung	0-3% 0-3% 0-3% 0-2.5%
Gesamt		7.537			

Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Für die fix verzinslichen Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden wird nur dann ein vom Bilanzwert (nach Berücksichtigung der Kreditrisikovorsorgen) abweichender Marktwert ermittelt, wenn diese eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen. Die variabel verzinslichen Forderungen und Verbindlichkeiten werden dann einbezogen, wenn eine Zinsanpassungsperiode von mehr als einem Jahr besteht. Für Kredite wurde der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cash-Flows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, zu denen ähnliche Kredite mit den gleichen Restlaufzeiten an Kreditnehmer mit vergleichbarer Bonität hätten vergeben werden können. Darüber hinaus wurde das spezifische Kreditrisiko einschließlich der werthaltigen Sicherheiten bei der Ermittlung des Fair Value von Krediten berücksichtigt.

2016 in € Tausend	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Barreserve		12.242.415		12.242.415	12.242.415	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	8.262.067	1.647.033	9.909.101	9.849.646	59.455
Forderungen an Kunden	0	17.216.090	47.722.814	64.938.904	65.609.350	- 670.445
Beteiligungen und Wertpapiere Held-to-Maturity	5.249.218	1.458.517	193.692	6.901.428	6.809.658	91.770
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	10.417.797	1.724.605	12.142.402	12.064.755	77.647
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	27.002.668	44.585.410	71.588.078	71.538.226	49.852
Verbriefte Verbindlichkeiten	106.814	3.728.921	1.469.758	5.305.493	5.271.709	33.784
Nachrangkapital	0	3.337.908	401.636	3.739.544	3.545.183	194.361

2015 in € Tausend	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Barreserve	0	13.211.971	0	13.211.971	13.211.971	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	7.526.878	3.279.664	10.806.542	10.717.293	89.249
Forderungen an Kunden	0	15.903.839	47.529.702	63.433.541	63.986.146	- 552.606
Beteiligungen und Wertpapiere Held-to-Maturity	5.193.682	1.487.619	211.392	6.892.693	6.685.237	207.456
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹	0	12.685.593	2.886.555	15.572.148	15.530.422	41.725
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	27.280.163	42.252.466	69.532.630	68.990.887	541.742
Verbriefte Verbindlichkeiten	271.962	4.275.546	1.790.895	6.338.403	6.274.628	63.775
Nachrangkapital	0	3.565.784	406.123	3.971.907	3.641.811	330.096

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

(41) Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen

in € Tausend	2016	2015
Eventualverbindlichkeiten	9.055.448	9.386.509
Weitergegebene Wechsel	0	26.180
Avalkredite	5.397.891	4.928.800
Sonstige Bürgschaften	2.626.370	2.985.994
Akkreditive	993.936	1.237.908
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	37.251	207.627
Kreditrisiken	10.174.261	9.980.036
Unwiderrufliche Kreditzusagen/Stand-by Facilities	10.174.261	9.980.036
Bis 1 Jahr	2.818.529	2.894.232
Über 1 Jahr	7.355.732	7.085.805

Die folgende Tabelle enthält widerrufliche Kreditzusagen:

in € Tausend	2016	2015
Widerrufliche Kreditzusagen	16.890.479	15.775.452
Bis 1 Jahr	9.643.908	9.581.961
Über 1 Jahr	4.090.360	4.119.528
Ohne Laufzeit	3.156.211	2.073.964

Die RBI AG ist Mitglied der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich. Deren Vereinsmitglieder übernehmen eine vertragliche Haftungsverpflichtung, durch die sie solidarisch die zeitgerechte Erfüllung aller Kundeneinlagen und Eigenemissionen eines insolventen Vereinsmitglieds bis zu jener Grenze garantieren, die sich aus der Summe der individuellen Tragfähigkeit der anderen Vereinsmitglieder ergibt. Die individuelle Tragfähigkeit eines Vereinsmitglieds bestimmt sich nach den frei verwendbaren Reserven unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des BWG.

Risikobericht

(42) Risiken von Finanzinstrumenten

Aktives Risikomanagement stellt für den Konzern eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Der Risikobericht erläutert die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements und stellt die aktuelle Risikoposition für alle materiellen Risiken dar.

Grundsätze des Risikomanagements

Der Konzern verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren. Sie alle dienen dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller Banken und Spezialgesellschaften des Konzerns zu kontrollieren und zu steuern. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden vom Vorstand festgelegt. Zu den Risikogrundsätzen gehören dabei u. a. folgende Prinzipien:

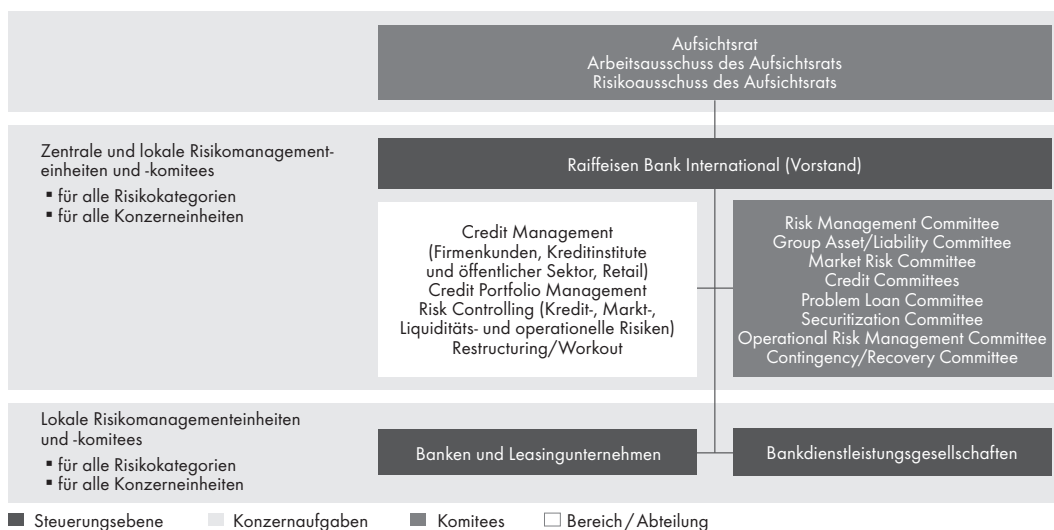
- Integriertes Risikomanagement: Kredit- und Länderrisiken, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken werden als Hauptrisiken konzernweit gesteuert. Dazu werden diese Risiken gemessen, limitiert, aggregiert und den verfügbaren Risikodeckungsmassen gegenübergestellt.
- Einheitliche Methoden: Um einen konsistenten und kohärenten Risikomanagement-Ansatz zu gewährleisten, werden konzernweit einheitliche Methoden zur Risikobeurteilung und -limitierung eingesetzt. Dieses Vorgehen ist effizient für die Entwicklung von Risikomanagement-Methoden und bildet die Grundlage für eine einheitliche Konzernsteuerung in allen Ländern und Geschäftssegmenten.
- Laufende Planung: Die Risikostrategien und das Risikokapital werden während des jährlichen Budgetierungs- und Planungsprozesses überarbeitet und bewilligt. Wesentliches Augenmerk wird dabei auf die Vermeidung von Risikokonzentrationen gelegt.
- Unabhängige Kontrolle: Es besteht eine klare personelle und funktionale Trennung zwischen den Geschäfts- und allen Risikomanagement- und Risikocontrolling-Aktivitäten.
- Vor- und Nachkalkulation: Risiken werden konsistent im Rahmen des Produktvertriebs und in der risikoadjustierten Performance-messung berücksichtigt. Damit wird sichergestellt, dass Geschäfte grundsätzlich nur unter Berücksichtigung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses abgeschlossen und Anreize zum Eingehen hoher Risiken vermieden werden.

Im Einklang mit diesen Grundsätzen werden von den Risikomanagement-Einheiten des Konzerns detaillierte Risikostrategien ausgearbeitet, die diese allgemeinen Richtlinien in konkrete Ziele und spezifische Standards überführen. Die übergeordnete Gesamtbank-Risikostrategie leitet sich dabei aus der Geschäftsstrategie sowie aus dem Risikoappetit des Konzerns ab und ergänzt diese um risikorelevante Gesichtspunkte zur geplanten Geschäftsstruktur und zur strategischen Entwicklung. Diese Aspekte umfassen beispielsweise strukturelle Limits oder Kapitalquotenziele, die in der Budgetierung und im Rahmen der Geschäftsentscheidungen eingehalten werden müssen. Weitere spezifische Ziele für die einzelnen Risikokategorien werden in Detail-Risikostrategien festgelegt. So definiert die Kreditrisikostrategie des Konzerns z. B. Kreditportfoliolimits für einzelne Länder und Segmente und regelt die Kompetenzordnung für Einzelkreditentscheidungen.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand des Konzerns stellt die angemessene Organisation und die Weiterentwicklung des Risikomanagements sicher. Er entscheidet über die angewendeten Verfahren zur Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken und trifft Steuerungsmaßnahmen anhand der erstellten Auswertungen und Analysen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird der Vorstand durch unabhängige Risikomanagement-Einheiten sowie spezifische Komitees unterstützt.

Grundsätzlich erfolgt das Risikomanagement im Konzern auf mehreren Stufen. Die RBI AG entwickelt und implementiert die Konzepte in Abstimmung mit der RZB AG als übergeordnetem Kreditinstitut und in Zusammenarbeit mit den einzelnen Tochterunternehmen des Konzerns. Die zentralen Risikomanagement-Einheiten sind verantwortlich für die angemessene und geeignete Umsetzung der Risikomanagement-Prozesse. Sie legen dazu Konzernrichtlinien fest und definieren geschäftsspezifische Vorgaben, Werkzeuge und Vorgehensweisen für alle Gesellschaften des Konzerns.



Zusätzlich existieren in den verschiedenen rechtlichen Konzerneinheiten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft innerhalb der genehmigten Risikobudgets, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden und melden diese auch über definierte Reporting-Schnittstellen an zentrale Risikomanagement-Einheiten.

Die im Bankwesengesetz geforderte Funktion des zentralen und unabhängigen Risikocontrollings wird durch den organisatorischen Bereich Risk Controlling ausgeübt. Dessen Aufgaben umfassen die Erstellung des konzernweiten und risikokategorieübergreifenden Regelwerks zur Konzern-Risikosteuerung und die unabhängige und neutrale Berichterstattung über das Risikoprofil an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats, den Gesamtvorstand und die einzelnen Geschäftsbereichsverantwortlichen. Weiters werden hier das erforderliche Risikokapital für die unterschiedlichen Konzerneinheiten ermittelt und der Ausnutzungsgrad der festgelegten Risikokapitalbudgets zur Beurteilung der Angemessenheit der Kapitalausstattung berechnet.

Risikokomitees

Das Risk Management Committee ist für die laufende Weiterentwicklung und Implementierung der Methoden und Parameter zur Risikomessung und die Verfeinerung der Steuerungsinstrumente zuständig. Das Komitee beurteilt auch die aktuelle Risikosituation unter Berücksichtigung einer angemessenen Kapitalausstattung und der entsprechenden Risikolimits. Es bewilligt die verschiedenen Risikomanagement- und -steuerungs-Aktivitäten (wie z. B. die Allokation von Risikobudgets) und unterstützt den Vorstand bei diesen Tätigkeiten.

Das Group Asset/Liability Committee beurteilt und steuert das Bilanzstruktur- und Liquiditätsrisiko und legt die Methodik für das interne Transferpreissystem fest. Es nimmt in diesem Zusammenhang wesentliche Aufgaben betreffend die langfristige Refinanzierungsplanung sowie die Festlegung von Absicherungsmaßnahmen zu strukturellen Zins- und Währungsrisiken wahr. Das Capital Hedge Committee ist ein Sub-Komitee des Group Asset/Liability Committees und verwaltet das Währungsrisiko der Kapitalposition.

Das Market Risk Committee steuert das Marktrisiko aus Handels- und Bankbuchgeschäften und legt die entsprechenden Limits und Verfahren fest. In diese Steuerung fließen insbesondere die Geschäftsergebnisse, die ermittelten Risiken und die gemessene Limitauslastung sowie die Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Stresstests betreffend Marktrisiken ein.

Die Credit Committees setzen sich aus Vertretern der Bereiche Markt und Marktfolge zusammen, wobei sich die personelle Besetzung je nach Kunden für Firmenkunden, Finanzinstitute, den öffentlichen Sektor sowie Retail unterscheidet. Sie beschließen die konkreten Kreditvergabekriterien für einzelne Kundensegmente und Länder und treffen im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses und der rating- und volumenorientierten Kompetenzordnung alle sie betreffenden Kreditentscheidungen.

Das Problem Loan Committee ist das wesentliche Gremium im Prozess der Beurteilung und Entscheidungsfindung bei Problemkunden. Es umfasst in erster Linie Entscheidungsträger. Sein Vorsitzender ist der Chief Risk Officer (CRO) der RBI. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die für die Kundenbereiche verantwortlichen Vorstandsmitglieder, der Chief Financial Officer (CFO) sowie die relevanten Bereichs- und Abteilungsleiter aus Risikomanagement und Special Exposures Management (Workout).

Das Securitization Committee ist das Entscheidungsgremium für Limitanträge betreffend Verbriefungspositionen im Rahmen der konkreten Entscheidungsbefugnisse und erarbeitet Änderungsvorschläge zur Verbriefungsstrategie für den Vorstand. Zusätzlich

dient das Securitization Committee als Plattform zum Austausch von Informationen bezüglich Verbriefungspositionen und Marktentwicklungen.

Das Operational Risk Management Committee setzt sich unter dem Vorsitz des CRO sowohl aus Vertretern der Geschäftsbereiche (Retail, Markt- und Firmenkunden) als auch aus Vertretern von Compliance (inklusive Finanzkriminalität), Internes Kontrollsystem (IKS), Operations, Security und Risk Controlling zusammen. Dieses Gremium ist mit der Steuerung des operationellen Risikos (inklusive Verhaltensrisiken) betraut, um basierend auf dem Risikoprofil und der Geschäftsstrategie eine operationelle Risikostrategie abzuleiten und zu etablieren sowie auf dieser Basis Entscheidungen im Hinblick auf Maßnahmen, Kontrollen und Risikoakzeptanz zu treffen.

Das Contingency/Recovery Committee ist ein durch den Vorstand einzuberufendes Entscheidungsgremium. Die Zusammensetzung des Gremiums variiert gegebenenfalls abhängig von der Intensität bzw. dem Fokus (z. B. Kapital und/oder Liquidität) situationsspezifischer Anforderungen. Kernaufgabe des Komitees ist es, die finanzielle Stabilität im Sinn des BaSAG (österreichisches Banken-Sanierungs- und -Abwicklungsgesetz) bzw. der BRRD (Banking Recovery and Resolution Directive) im Fall einer kritischen Finanzsituation aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des Konzerns und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Risikomanagement-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch den Bereich Group Compliance, der das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Zwei wichtige Funktionen in der unabhängigen Prüfung werden durch die Bereiche Audit und Compliance wahrgenommen. Der Einsatz einer unabhängigen internen Revision ist eine gesetzliche Vorgabe und zentraler Bestandteil des internen Kontrollsystems. Die Revision überprüft periodisch die gesamten Geschäftsprozesse und trägt damit wesentlich zu deren Absicherung und Verbesserung bei. Die dazu erstellten Berichte werden direkt an den Vorstand des Konzerns adressiert und regelmäßig in dessen Sitzungen behandelt.

Das Compliance Office verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den täglichen Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt der Konzern auch der laufenden Überwachung durch die europäische Zentralbank, die österreichische Finanzmarktaufsicht sowie den lokalen Aufsichtsbehörden jener Länder, in denen er mit Filialen oder Tochtergesellschaften vertreten ist.

Konzern-Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des Unternehmens. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des nach internen Modellen ermittelten Risikos beurteilt, wobei in der Wahl der verwendeten Modelle auf die im jährlich durchgeführten Risikoassessment beurteilte Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept der Konzern-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Nachhaltigkeits- und Going-Concern-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Zielrating-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (ICAAP), wie gesetzlich gefordert. Der gesamte ICAAP-Prozess des Konzerns wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der RZB-Kreditinstitutsgruppe geprüft.

Das Risk Appetite Framework (RAF) limitiert das Gesamtrisiko des Konzerns im Einklang mit den strategischen Geschäftszielen und alloziert diese auf die unterschiedlichen Risikoarten und Geschäftsbereiche. Das vorrangige Ziel des RAF ist das Risiko insbesondere auch in adversen Szenarien und für große singuläre Risiken so zu begrenzen, dass die Erfüllung regulatorischer Mindestquoten gegeben ist. Das Risk Appetite Framework basiert daher auf den drei Säulen des ICAAP (Zielrating, Going-Concern, Nachhaltigkeits-Perspektive) und setzt Konzentrationsrisikolimits für die im Risikoassessment als wesentlich eingestufteten Risikoarten. Über den vom Vorstand beschlossenen Risikoappetit und die Risikostrategie des Konzerns und deren Umsetzung wird zudem regelmäßig im Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Zielrating-Perspektive	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger des Konzerns nicht bedienen zu können	Der unerwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr („ökonomisches Kapital“) darf den aktuellen Wert des Eigenkapitals und nachrangiger Kapitalformen nicht überschreiten	99,92 Prozent abgeleitet von der Ausfallwahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Going-Concern-Perspektive	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwarteter Gewinn und nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital) muss den Value-at-Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des Konzerns übersteigen	95 Prozent – unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs	70–90 Prozent – basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Zielrating-Perspektive

In der Zielrating-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches und operationelles Risiko sowie Risiko aus sonstigen Sachanlagen) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung jenes Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,92 Prozent an, das sich aus der Ausfallwahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet. Auf Grundlage der empirischen Auswertungen durch die Rating-Agenturen entspricht das gewählte Konfidenzniveau einem Rating von „Single A“.

Im Jahresverlauf verringerte sich das ökonomische Kapital des Konzerns um 5 Prozent oder € 289.746 Tausend auf € 5.309.708 Tausend. Insgesamt waren zum Stichtag Kreditrisiken für 61 Prozent (2015: 60 Prozent) des ökonomischen Kapitals verantwortlich. Zusätzlich wird ein genereller Risikopuffer für andere Risiken von unverändert 5 Prozent des ermittelten ökonomischen Kapitals aufgeschlagen. In der Allokation des Risikokapitals per 31. Dezember 2016 wird mit 34 Prozent (2015: 41 Prozent) der größte Anteil des ökonomischen Kapitals durch Konzerneinheiten in Zentraleuropa beansprucht.

Dem ökonomischen Kapital steht das interne Kapital gegenüber, das hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des Konzerns umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (Verhältnis von ökonomischem zu internem Kapital) betrug zum Jahresresultimo 46 Prozent (2015: 51 Prozent).

Das ökonomische Kapital dient als wichtiges Instrument der Konzern-Risikosteuerung. Limits für das ökonomische Kapital werden dazu im jährlichen Budgetierungsprozess auf die einzelnen Geschäftsbereiche aufgeteilt und für die operative Steuerung durch Volumen-, Sensitivitäts- oder Value-at-Risk-Limits ergänzt. Diese Planung im Konzern erfolgt jeweils für drei Jahre auf revolvierender Basis und bezieht sich sowohl auf die zukünftige Entwicklung des ökonomischen Kapitals als auch auf das zur Verfügung stehende interne Kapital. Das ökonomische Kapital wirkt sich somit wesentlich auf die Planung der zukünftigen Kreditvergabe und das Gesamtlimit für Marktrisiken aus.

Auch die risikoadjustierte Performancemessung basiert auf diesem Risikomaß. Dabei wird der Ertrag einer Geschäftseinheit in Relation zu dem ökonomischen Kapital gesetzt, das dieser Einheit zuzurechnen ist (Verhältnis von risikoadjustiertem Ertrag zu risikoadjustiertem Kapital, RORAC). Dies ergibt eine vergleichbare Performance-Kennzahl für alle Geschäftseinheiten des Konzerns, die wiederum als Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung, der diesbezüglichen zukünftigen Kapitalallokation und der Vergütung für Geschäftsleiter des Konzerns Berücksichtigung findet.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Tausend	2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
Kreditrisiko Firmenkunden	1.478.538	27,8%	1.596.219	28,5%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.154.508	21,7%	1.200.409	21,4%
Operationelles Risiko	590.317	11,1%	639.280	11,4%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	412.024	7,8%	388.328	6,9%
Makroökonomisches Risiko	391.510	7,4%	499.000	8,9%
Währungsrisiko der Kapitalposition	275.745	5,2%	246.621	4,4%
Marktrisiko	217.897	4,1%	211.082	3,8%
Kreditrisiko Kreditinstitute	191.258	3,6%	171.793	3,1%
Sonstige Sachanlagen	190.782	3,6%	216.179	3,9%
Beteiligungsrisiko	108.942	2,1%	108.631	1,9%
CVA Risiko	30.457	0,6%	32.455	0,6%
Liquiditätsrisiko	14.887	0,3%	22.817	0,4%
Risikopuffer	252.843	4,8%	266.641	4,8%
Gesamt	5.309.708	100,0%	5.599.454	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Die Risikoposition "Währungsrisiko der Kapitalposition" wurde erstmals per 30. Juni 2016 gesondert ausgewiesen. Sie stellt das Risiko aus den Fremdwährungskapitalpositionen dar. Dabei wird für die nicht hedgebaren Währungen eine längere Haltedauer (1 Jahr) angenommen. Durch die Aufteilung fallen auch Diversifikationseffekte zwischen den beiden ausgewiesenen Risikoarten weg. Die Vergleichswerte für 31. Dezember 2015 für das Marktrisiko und das Währungsrisiko der Kapitalposition wurden entsprechend der per 30. Juni 2016 implementierten Methodik angepasst.

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Tausend	2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
Zentraleuropa	1.823.142	34,3%	2.268.010	40,5%
Südosteuropa	1.207.851	22,7%	1.252.447	22,4%
Österreich	1.134.260	21,4%	1.076.497	19,2%
Osteuropa	1.132.709	21,3%	967.081	17,3%
Restliche Welt	11.746	0,2%	35.420	0,6%
Gesamt	5.309.708	100,0%	5.599.454	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Der Rückgang in Zentraleuropa war im Wesentlichen auf den Verkauf der Raiffeisen Banka d.d., Maribor und der Raiffeisen-Leasing Polska S.A. zurückzuführen. Die Verkäufe schlagen sich vor allem auf das Kredit- und makroökonomische Risiko nieder. Der Anstieg in Osteuropa war auf das Marktrisiko zurückzuführen.

Going-Concern-Perspektive

Parallel zur Zielrating-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des Konzerns auf Basis des Going-Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartete Gewinne, erwartete Risikovorsorgen und überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value-at-Risk (inkl. erwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht (mit einem geringeren Konfidenzniveau von 95 Prozent). Mit diesem Ansatz sichert der Konzern die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive

Die Nachhaltigkeits-Perspektive soll sicherstellen, dass der Konzern am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über eine ausreichend hohe Kernkapitalquote verfügt. Die Analyse basiert hier auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u. a. Zinskurven, Wechselkurse und Wertpapierkurse, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeit bzw. Rating-Migrationen im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten Stresstests gilt der resultierenden Kernkapitalquote am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Kapitalerhöhungen oder tiefgehenden Einschränkungen des Geschäftsvolumens notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kernkapitalausstattung resultiert damit aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. In das unterstellte Abschwungsszenario fließen dabei die Bildung von notwendigen Risikovorsorgen und potenzielle prozyklische Effekte (durch welche die regulatorischen Kapitalerfordernisse ansteigen) ebenso ein wie Fremdwährungseffekte und sonstige Bewertungs- und Ertragskomponenten.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z. B. in Einzelpositionen, Wirtschaftszweigen oder Regionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität unter außergewöhnlichen Umständen. Das Risikomanagement des Konzerns steuert darauf aufbauend aktiv die Portfoliodiversifikation, z. B. durch Obergrenzen für das Gesamtexposure in einzelnen Wirtschaftszweigen und Ländern oder durch eine laufende Anpassung der entsprechenden Kreditvergabestandards.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des Konzerns betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Es stellt die mit Abstand wichtigste Risikokategorie des Konzerns dar, wie auch aus den internen und regulatorischen Kapitalerfordernissen zu entnehmen ist. Kreditrisiken werden folglich im Konzern sowohl auf Einzelkredit- und Kundenbasis als auch auf Portfoliobasis überwacht und analysiert. Grundlagen für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die auf der Risikostrategie basierende Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagement-Methoden und -Prozesse.

Das interne Kontrollsystem für Kreditrisiken umfasst verschiedene Formen von Überwachungsmaßnahmen, die unmittelbar in die zu überwachenden Arbeitsabläufe integriert sind – vom Kreditantrag des Kunden über die Kreditentscheidung der Bank bis hin zur Rückzahlung des Kredits.

Kreditentscheidungsprozess

Im Non-Retail-Bereich durchläuft jeder Kredit vor Vergabe den Kreditentscheidungsprozess. Dieser Prozess umfasst – neben der Vergabe von Neukrediten – auch Krediterhöhungen, Prolongationen und Überziehungen sowie die Änderung risikorelevanter Sachverhalte, die der ursprünglichen Kreditentscheidung zugrunde lagen (z. B. wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers, Verwendungszweck oder Sicherheiten). Er wird auch bei der Festlegung von kreditnehmerbezogenen Limits für Handels- und Emissionsgeschäfte sowie für sonstige mit Kreditrisiko behafteten Limits und Beteiligungen angewendet.

Kreditentscheidungen werden je nach Größe und Art des Kredits anhand einer hierarchischen Kompetenzordnung gefällt. Für individuelle Kreditentscheidungen und die turnusmäßige Beurteilung der Adressenausfallrisiken sind dabei immer die Zustimmung der Bereiche Markt und Marktfolge einzuholen. Für den Fall voneinander abweichender Beurteilungen einzelner Kompetenzträger wird via Eskalationsverfahren per Kompetenzordnung die nächsthöhere Kompetenzstufe aktiviert.

Der gesamte Kreditentscheidungsprozess wird auf Basis einheitlich definierter Prinzipien und Richtlinien durchgeführt. Die Geschäftsbeziehungen zu multinationalen Kunden, die gleichzeitig Transaktionen mit mehreren Einheiten des Konzerns abwickeln, werden z. B. durch das Global Account Management System unterstützt. Dies wird durch die konzernweit eindeutige Identifikation von Kunden im Non-Retail-Bereich ermöglicht.

Kreditentscheidungen im Retail-Bereich erfolgen angesichts der hohen Stückzahl und geringeren Forderungshöhe in einem höheren Ausmaß automatisiert. Kreditanträge werden dabei vielfach in zentralen Bearbeitungsstellen mittels Credit Scorecards beurteilt und freigegeben. Der Prozess wird durch entsprechende IT-Systeme unterstützt.

Kreditportfoliomanagement

Das Kreditportfolio des Konzerns wird unter anderem anhand der Portfoliostrategie, die wiederum auf der Geschäfts- sowie der Risikostrategie basiert, gesteuert. Anhand der gewählten Strategie wird die Kreditvergabe in unterschiedlichen Ländern, Wirtschaftszweigen oder Produkttypen begrenzt und somit die Konzentration unerwünschter Risiken vermieden. Darüber hinaus werden die langfristigen Entwicklungschancen in den einzelnen Märkten einer ständigen Analyse unterzogen. Dies ermöglicht es, schon frühzeitig strategische Weichenstellungen in Bezug auf das künftige Kreditengagement vorzunehmen.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum gesamten Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von Bilanzposten (Bank- und Handelsbuchbestände) zum gesamten Kreditobligo, das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditexposures vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS, also unternehmensrechtlich), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens.

In 2016 wurde die Darstellung des gesamten Kreditobligos um die in synthetischen Verbriefungen enthaltenen Forderungen erweitert. Die Werte der Vergleichsperiode wurden entsprechend angepasst.

in € Tausend	2016	2015 ²
Barreserve	9.267.086	10.716.836
Forderungen an Kreditinstitute	9.900.012	10.837.209
Forderungen an Kunden	70.514.116	69.921.365
Handelsaktiva	4.986.462	5.814.108
Derivative Finanzinstrumente	1.428.639	1.573.637
Wertpapiere und Beteiligungen	14.353.243	14.914.953
Sonstige Aktiva	637.692	1.510.645
Eventualverbindlichkeiten	9.055.448	9.386.509
Kreditrisiken	10.174.261	9.980.036
Widerrufliche Kreditzusagen	16.890.479	15.775.452
Ausweisunterschiede	- 634.289	538.094
Gesamt¹	146.573.149	150.968.845

¹ Bilanzposten enthalten nur Kreditrisikoanteile

² Adaptierung der Vorjahreszahlen

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z. B. gute Kreditwürdigkeit 4 für Firmenkunden, A3 für Kreditinstitute und A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle in den wesentlichen Non-Retail-Segmenten – Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor – sind konzernweit einheitlich und sehen für Firmenkunden und Kreditinstitute 27 bzw. für den öffentlichen Sektor zehn Bonitätsstufen vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Software-Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die internen Ratingverfahren für Firmenkunden berücksichtigen sowohl qualitative Faktoren als auch verschiedene Bilanz- und Gewinnkennzahlen, die unterschiedliche Aspekte der Kundenbonität für verschiedene Branchen und Länder abdecken. Zusätzlich enthält das Modell für kleine Firmenkunden auch eine Kontoverhaltenskomponente.

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Tausend		2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
1	Minimales Risiko	5.804.818	8,8%	3.582.589	5,2%
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	7.080.479	10,8%	8.841.232	12,9%
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	7.634.073	11,6%	8.320.494	12,1%
4	Gute Kreditwürdigkeit	10.488.162	15,9%	10.850.849	15,8%
5	Intakte Kreditwürdigkeit	13.149.526	20,0%	11.937.323	17,4%
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	10.811.774	16,4%	10.541.442	15,3%
7	Knappe Kreditwürdigkeit	4.356.303	6,6%	5.728.309	8,3%
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	1.498.401	2,3%	2.242.753	3,3%
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	683.561	1,0%	972.003	1,4%
10	Ausfall	4.025.766	6,1%	5.622.237	8,2%
NR	Nicht geratet	226.379	0,3%	110.663	0,2%
Gesamt		65.759.242	100,0%	68.749.895	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden betrug zum Jahresende 2016 € 65.759.242 Tausend (2015: € 68.749.895 Tausend). Der Anstieg in Rating-Klasse 1 resultierte aus einer Ratingverbesserung einzelner Finanzdienstleister und Kunden in den Segmenten Group Markets und Group Corporates. Rating-Klasse 5 verzeichnete einen Anstieg um € 1.212.203 Tausend auf € 13.149.526 Tausend, der aus einem Zuwachs von Kreditfinanzierungen und Swap-Geschäften resultierte. Der Rückgang in Rating-Klasse 7 um € 1.372.006 Tausend resultierte aus einer Abnahme von Rahmen- und Kreditfinanzierungen, gegebenen Garantien, sowie aus einem Rückgang von Einlagen in den Segmenten Group Corporates, Non-Core und Südosteuropa. Rating-Klasse 10 verzeichnete einen Rückgang um € 1.596.471 Tausend auf € 4.025.766 Tausend. Der Rückgang war auf den Obligo Abbau und die Verkäufe von notleidenden Krediten in mehreren Ländern, vor allem in Group Corporates, Asien, Russland und Ungarn sowie auf die Verkäufe der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, und Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, zurückzuführen.

Für Projektfinanzierungen besteht ein fünfstufiges Ratingmodell, das sowohl die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit als auch die zur Verfügung stehenden Sicherheiten berücksichtigt. Die Zusammensetzung des Projektfinanzierungsvolumens stellt sich dabei wie folgt dar:

in € Tausend		2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
6,1	Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko	4.530.210	56,0%	3.907.386	48,3%
6,2	Gute Projektbonität - geringes Risiko	1.850.736	22,9%	2.180.389	27,0%
6,3	Ausreichende Projektbonität - mittleres Risiko	843.661	10,4%	676.171	8,4%
6,4	Schwache Projektbonität - hohes Risiko	246.584	3,0%	414.076	5,1%
6,5	Ausfall	596.213	7,4%	894.909	11,1%
NR	Nicht geratet	19.929	0,2%	11.079	0,1%
Gesamt		8.087.334	100,0%	8.084.011	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Das Kreditobligo der unter Projektfinanzierung ausgewiesenen Forderungen belief sich zum Jahresende 2016 auf € 8.087.334 Tausend (2015: € 8.084.011 Tausend). Mit 78,9 Prozent (2015: 75,3 Prozent) machten hier die beiden besten Bonitätsstufen „Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko“ (Rating 6,1) und „Gute Projektbonität - geringes Risiko“ (Rating 6,2) den Hauptanteil aus. Dies ist im Wesentlichen auf die hohe Gesamtbesicherung dieser Spezialfinanzierungen zurückzuführen. Der Anstieg in der Rating-Klasse 6,1 „Ausgezeichnete Projektbonität - sehr geringes Risiko“ war auf eine Ratingverbesserung einzelner Kunden in Österreich, Ungarn und der Slowakei zurückzuführen.

Nachstehende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen, nach dem Letztrisiko gruppiert nach Regionen, dar:

in € Tausend	2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
Zentraleuropa	20.922.091	28,3%	22.880.766	29,8%
Österreich	12.896.882	17,5%	14.407.083	18,8%
Westeuropa	10.971.652	14,9%	9.383.779	12,2%
Osteuropa	12.321.417	16,7%	11.874.752	15,5%
Südosteuropa	11.098.349	15,0%	10.300.863	13,4%
Asien	1.943.739	2,6%	3.550.538	4,6%
Sonstige	3.692.445	5,0%	4.436.125	5,8%
Gesamt	73.846.576	100,0%	76.833.905	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Das Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen ging um € 2.987.329 Tausend auf € 73.846.576 Tausend zurück. Zentraleuropa verzeichnete einen Rückgang um € 1.958.675 Tausend, der auf Projekt- und Rahmenfinanzierungen, sowie auf eine Abnahme des Bestandes von Anleihen zurückzuführen war. Der Rückgang von € 1.510.201 Tausend in der Region Österreich resultierte im Wesentlichen aus Rahmenfinanzierungen. In Westeuropa kam es aufgrund einer Zunahme von Repo- und Swap-Geschäften, sowie aufgrund des Geldmarkt-Geschäftes zu einem Anstieg um € 1.587.873 Tausend. Bedingt durch die im Rahmen des Transformationsprogrammes beschlossene Einstellung des Geschäftsbetriebes zeigt Asien einen Rückgang um € 1.606.799 Tausend.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit:

in € Tausend	2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
Fertigung/Produktion	16.836.731	22,8%	17.022.635	22,2%
Groß- und Einzelhandel	15.888.410	21,5%	17.043.083	22,2%
Finanzintermediation	7.746.120	10,5%	8.534.257	11,1%
Immobilien	8.350.888	11,3%	8.644.148	11,3%
Bauwesen	5.377.591	7,3%	5.567.635	7,2%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	4.208.989	5,7%	4.104.635	5,3%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.346.237	4,5%	3.530.765	4,6%
Energieversorgung	3.046.017	4,1%	3.734.447	4,9%
Sonstige Branchen	9.045.592	12,2%	8.652.301	11,3%
Gesamt	73.846.576	100,0%	76.833.905	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungskategorie Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das einerseits eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und andererseits eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des Konzerns.

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	26.497.529	90,9%	24.618.945	88,4%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	2.668.266	9,1%	3.225.167	11,6%
Gesamt	29.165.795	100,0%	27.844.112	100,0%
davon notleidende Kredite	2.138.814	7,3%	2.282.662	8,2%
davon Einzelwertberichtigungen	1.522.231	5,2%	1.669.456	6,0%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	249.294	0,9%	206.761	0,7%

Der Gesamtbetrag der Retail-Forderungen verteilt sich auf die Segmente des Konzerns wie folgt:

2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	9.954.054	7.335.063	4.003.633	5.191.768	13.011
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.002.360	738.631	403.160	522.804	1.310
Gesamt	10.956.414	8.073.694	4.406.793	5.714.572	14.321
davon notleidende Kredite	488.621	537.071	698.602	414.520	0
davon Einzelwertberichtigungen	273.452	371.579	643.693	233.462	45
davon Portfolio-Wertberichtigungen	86.772	90.081	55.444	16.997	0

2015 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Retail-Kunden - Privatpersonen	8.362.152	6.892.493	3.411.455	5.939.594	13.251
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.095.471	902.940	446.912	778.107	1.736
Gesamt	9.457.623	7.795.433	3.858.367	6.717.702	14.987
davon notleidende Kredite	423.890	546.889	900.920	410.962	0
davon Einzelwertberichtigungen	268.798	319.446	805.949	232.657	60
davon Portfolio-Wertberichtigungen	79.524	51.134	48.359	23.328	0

Im Vergleich zum Jahresende 2015 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio mit einem Volumen von insgesamt € 29.165.795 Tausend einen Anstieg um € 1.321.683 Tausend. Das größte Volumen wurde dabei mit € 10.956.414 Tausend (2015: € 9.457.623 Tausend) im Segment Zentraleuropa ausgewiesen. Im Vergleich zum Jahresende 2015 bedeutete dies einen Anstieg um € 1.498.791 Tausend. Er war vorwiegend auf eine Zunahme von Krediten an Privatpersonen in der Tschechischen Republik und der Slowakei sowie auf den Kauf eines Kreditportfolios in der Tschechischen Republik zurückzuführen. An zweiter Stelle lag Südosteuropa mit € 8.073.694 Tausend (2015: € 7.795.433 Tausend). Gemessen am Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um € 278.261 Tausend, der im Wesentlichen auf Bulgarien und Rumänien zurückzuführen war. Das Segment Non-Core zeigte im Vergleich zum Jahresende 2015 einen Rückgang von € 1.003.130 Tausend. Er beruhte im Wesentlichen auf dem Verkauf der Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, und der Raiffeisen Banka d.d., Maribor. Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Anstieg um € 548.426 Tausend auf € 4.406.793 Tausend, der im Wesentlichen auf Russland und die Ukraine zurückzuführen war. Der Anstieg war vor allem auf die Währungsaufwertung des russischen Rubels zurückzuführen.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Hypothekenkredite	15.548.794	53,3%	14.977.762	53,8%
Verbraucher kredite	6.668.084	22,9%	5.945.319	21,4%
Kreditkarten	3.196.821	11,0%	2.441.433	8,8%
Autokredite	495.976	1,7%	1.251.341	4,5%
Überziehungen	1.647.468	5,6%	1.699.054	6,1%
SME-Finanzierung	1.608.652	5,5%	1.529.203	5,5%
Gesamt	29.165.795	100,0%	27.844.112	100,0%

Der Anstieg der Hypothekenkredite war im Wesentlichen auf die Tschechische Republik, Russland und Slowakei zurückzuführen, der jedoch teilweise durch einen Rückgang in Polen und Ukraine kompensiert wurde. Die Verbraucherkredite wiesen ebenfalls einen Anstieg auf, der auf Russland, Polen und Rumänien zurückzuführen war. Der Anstieg der Kreditkartenforderungen resultierte aus dem Zukauf eines Kreditportfolios in der Tschechischen Republik sowie aus organischem Wachstum in Russland. Bei den Autokrediten kam es zu einem Rückgang, der einerseits durch den in 2015 beschlossenen Rückzug aus diesem Produktbereich in Russland, als auch auf den Verkauf der Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, zurückzuführen war.

2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Hypothekenkredite	7.331.681	2.244.661	1.587.248	4.385.204	0
Verbraucherkredite	991.066	3.569.309	1.511.882	587.219	8.608
Kreditkarten	1.011.368	960.885	956.812	264.676	3.081
Autokredite	158.827	131.061	205.255	833	0
Überziehungen	837.935	369.961	34.297	404.857	418
SME-Finanzierung	625.538	797.818	111.300	71.783	2.214
Gesamt	10.956.414	8.073.694	4.406.793	5.714.572	14.321

2015 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Hypothekenkredite	6.616.952	2.403.254	1.317.397	4.640.159	0
Verbraucherkredite	865.823	3.270.247	1.266.241	532.725	10.284
Kreditkarten	494.547	882.014	765.571	296.140	3.162
Autokredite	119.612	140.932	338.589	652.207	0
Überziehungen	842.337	375.491	28.456	452.090	680
SME-Finanzierung	518.353	723.495	142.113	144.381	861
Gesamt	9.457.623	7.795.433	3.858.367	6.717.702	14.987

Der Anteil der Fremdwährungskredite am Retail-Portfolio lässt Rückschlüsse auf die mögliche Änderung von Ausfallquoten bei einer Wechselkursänderung der lokalen Währung zu. Für die interne Einschätzung dieses Risikos werden neben dem Fremdwährungsanteil aber auch die bei der Kreditvergabe üblicherweise wesentlich strengeren Kreditvergaberichtlinien und die - in manchen Ländern - häufig fremdwährungskonformen Einkünfte der Kunden berücksichtigt.

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Schweizer Franken	3.099.078	43,8%	3.585.047	44,8%
Euro	3.402.789	48,1%	3.617.077	45,2%
US-Dollar	564.276	8,0%	794.474	9,9%
Andere Fremdwährungen	1.987	0,0%	3.290	0,0%
Kredite in Fremdwährungen	7.068.130	100,0%	7.999.889	100,0%
Anteil am Kreditvolumen	24,2%		28,7%	

Gegenüber dem Jahresende 2015 verzeichneten Fremdwährungskredite in Schweizer Franken, Euro und US-Dollar einen Rückgang. Der Rückgang der Fremdwährungskredite in Schweizer Franken ist im Wesentlichen auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Zwangskonvertierung zu historischen Kursen bei der Kreditvergabe in Kroatien zurückzuführen.

Nachstehende Tabelle stellt das Fremdwährungskreditobligo aus dieser Asset-Klasse nach Segmenten dar:

2016 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Schweizer Franken	4.839	311.336	0	2.782.903	0
Euro	47.654	2.483.627	20.297	851.212	0
US-Dollar	5.445	4.098	549.646	3.689	1.398
Andere Fremdwährungen	308	20	796	554	309
Kredite in Fremdwährungen	58.245	2.799.081	570.739	3.638.357	1.708
Anteil am Kreditvolumen	0,5%	34,7%	13,0%	63,7%	11,9%

2015 in € Tausend	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Non-Core	Group Markets
Schweizer Franken	6.011	642.205	0	2.936.397	434
Euro	19.093	2.575.930	31.750	990.304	0
US-Dollar	3.301	4.377	780.855	4.392	1.550
Andere Fremdwährungen	410	1.350	277	676	578
Kredite in Fremdwährungen	28.815	3.223.861	812.883	3.931.768	2.562
Anteil am Kreditvolumen	0,3%	41,4%	21,1%	58,5%	17,1%

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die Forderungskategorie Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmodell für Kreditinstitute wurde im Jahr 2015 überarbeitet. Dabei wurden unter Verwendung sowohl interner als auch externer Daten die gleichen statistischen Methoden angewendet, die bereits bei der Entwicklung der erfolgreichen Ratingmodelle für Firmenkunden verwendet wurden. Das überarbeitete interne Ratingmodell für Kreditinstitute wurde im Oktober 2016 von der EZB genehmigt und wird seit November 2016 in allen Risikomanagement-Prozessen verwendet.

Die Struktur des überarbeiteten Ratingmodells für Kreditinstitute orientiert sich an der Vorgangsweise der externen Ratingagenturen. Das Rating wird in drei Schritten erzeugt:

1. Viability Rating

Quantitative Faktoren (Bilanzkennzahlen), qualitative Faktoren und das Risiko des Finanzsektors werden mit Hilfe einer statistisch entwickelten Risikofunktion zu einem Viability Rating zusammengefasst. Das Viability Rating repräsentiert die Risikoeinschätzung ohne die Unterstützung durch einen Eigner und/oder durch einen Staat zu berücksichtigen.

Quantitative Faktoren	Qualitative Faktoren	Risiko im Finanzsektor
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Profitabilität ▪ Qualität der Assets ▪ Liquidität ▪ Entwicklung der Bilanz ▪ Einkommensstruktur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Marktposition ▪ Qualität der Assets ▪ Funding & Liquidität ▪ Kapitalisierung ▪ Profitabilität ▪ Ausblick 	Die Einschätzung des Risikos im Finanzsektor wird in einem eigenen Modul auf Basis makroökonomischer Kennzahlen durchgeführt. Dabei steht die Einschätzung der Risikohaftigkeit und der Stabilität des ökonomischen Umfelds, in dem das Kreditinstitut operiert, im Vordergrund.

2. Finales Rating

Das finale Rating inkludiert die potentielle Unterstützung durch einen Eigner und/oder durch einen Staat. Dabei wird bewertet, ob der Eigner oder der Staat im Falle von finanziellen Schwierigkeiten das betrachtete Kreditinstitut unterstützen würde und im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten auch unterstützen könnte. Basierend auf dieser Einschätzung und einem strikten Algorithmus folgend wird das Viability Rating verbessert und resultiert im finalen Rating.

3. Country Ceiling

Um das Transferrisiko bei grenzüberschreitenden Transaktionen zu berücksichtigen, kommt ein Country Ceiling zur Anwendung. Die für das Kreditinstitut angesetzte Ausfallwahrscheinlichkeit muss mindestens so hoch sein wie die Ausfallwahrscheinlichkeit des betreffenden Landes.

Das überarbeitete Ratingmodell für Kreditinstitute erlaubt eine bessere Risikodifferenzierung und besitzt eine höhere Prognosequalität.

Ende 2013 wurde gemeinsam mit den Ratingmodellen für Firmenkunden eine 25-stufige Masterskala eingeführt. Diese Masterskala besteht aus neun Hauptstufen mit bis zu drei Unterstufen A, B oder C, d.h. 1C, 2A, 2B, 2C, 3A, ..., 9A, 9B, 9C. Jede Stufe ist mit einem fixen PD-Band verknüpft, das das Risiko der jeweiligen Stufe repräsentiert. Die gleiche 25-stufige Masterskala (d.h. sowohl die gleichen Bezeichnungen für die Ratingstufen als auch die gleichen PD-Bänder) wird auch für das überarbeitete Ratingmodell für Kreditinstitute verwendet. Dies hat den Vorteil, dass in Zukunft Ratings von Firmenkunden in Bezug auf das Risiko direkt mit Ratings von Kreditinstituten verglichen werden können. Dadurch kann die Steuerung des Portfolios verbessert und das Berichtswesen deutlich vereinfacht werden.

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo für Kreditinstitute in den neun Hauptstufen der neuen Masterskala:

in € Tausend		2016	Anteil
1	Minimales Risiko	2.520.990	13,5%
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	2.918.689	15,7%
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	9.934.631	53,3%
4	Gute Kreditwürdigkeit	1.391.396	7,5%
5	Intakte Kreditwürdigkeit	1.041.572	5,6%
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	218.373	1,2%
7	Knappere Kreditwürdigkeit	186.097	1,0%
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	245.432	1,3%
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	77.456	0,4%
10	Ausfall	83.767	0,4%
NR	Nicht geratet	9.141	0,0%
Gesamt		18.627.544	100,0%

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo für Kreditinstitute in der bisher verwendeten Ratingskala:

in € Tausend		2015	Anteil
A1	Ausgezeichnete Bonität	0	0,0%
A2	Sehr gute Bonität	1.853.562	10,9%
A3	Gute Bonität	1.802.532	10,6%
B1	Solide Bonität	9.294.803	54,7%
B2	Zufriedenstellende Bonität	1.115.254	6,6%
B3	Adäquate Bonität	1.033.347	6,1%
B4	Fragliche Bonität	1.320.815	7,8%
B5	Höchst fragliche Bonität	277.171	1,6%
C	Ausfallgefährdet	158.099	0,9%
D	Ausfall	137.493	0,8%
NR	Nicht geratet	3.459	0,0%
Gesamt		16.996.536	100,0%

Aufgrund der Umstellung des internen Ratingmodells für Kreditinstitute ist ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr 2015 nicht möglich.

Nachstehende Tabelle stellt das gesamte Kreditobligo nach dem Letztrisiko gruppiert nach Regionen dar:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Westeuropa	8.640.033	46,4%	7.359.597	43,3%
Österreich	4.617.079	24,8%	5.600.117	32,9%
Asien	1.128.700	6,1%	1.232.447	7,3%
Osteuropa	1.793.563	9,6%	1.003.535	5,9%
Zentraleuropa	794.418	4,3%	557.041	3,3%
Südosteuropa	140.297	0,8%	109.638	0,6%
Sonstige	1.513.453	8,1%	1.134.160	6,7%
Gesamt	18.627.544	100,0%	16.996.536	100,0%

Das gesamte Kreditobligo an Kreditinstitute betrug zum Jahresende 2016 € 18.627.544 Tausend (2015: € 16.996.536 Tausend). Den größten Anstieg um € 1.280.436 Tausend verzeichnete Westeuropa, der im Wesentlichen auf einen Anstieg von Repo-Geschäften zurückzuführen war. Der Anstieg um € 790.028 Tausend in Osteuropa resultierte ebenfalls aus einer Zunahme von Repo-Geschäften. Zentraleuropa verzeichnete einen Anstieg um € 237.377 Tausend, aufgrund eines Anstiegs des Bestandes von Anleihen und einer Zunahme von Rahmenfinanzierungen und Repo-Geschäften. Der Anstieg des gesamten Kreditportfolios wurde jedoch teilweise durch einen Rückgang in Österreich kompensiert. Dieser resultierte im Wesentlichen aus einer Abnahme des kurzfristigen Geldmarkt-Geschäftes.

Nach Produktkategorie betrachtet, setzt sich das Kreditobligo in dieser Asset-Klasse im Wesentlichen aus Termineinlagen, Wertpapierleihgeschäften, potenziellen zukünftigen Forderungen aus Derivatgeschäften, täglich fälligen Einlagen und Anleihen zusammen. Damit einhergehend folgt produktspezifisch auch ein hoher Besicherungsgrad dieser Forderungen (z. B. für Wertpapierleihgeschäfte oder durch Netting-Vereinbarungen).

Der Konzern verfolgt für dieses Kundensegment nach wie vor die Strategie, das unbesicherte Kreditexposure weiter zu reduzieren. Das Neugeschäft in diesem Segment betrifft damit vor allem Forderungen aus Derivatgeschäften und kurzfristigen Geldmarktveranlagungen. Kreditgeschäfte mit anderen Finanzinstituten der Raiffeisen Bankengruppe Österreich, die an einem gemeinsamen Risikoüberwachungssystem teilnehmen, unterliegen dieser Beschränkung nicht.

Nachfolgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Forderungen	5.071.334	27,2%	4.728.489	27,8%
Derivate	3.801.657	20,4%	3.885.666	22,9%
Repo	3.754.785	20,2%	1.157.084	6,8%
Anleihen	2.585.038	13,9%	2.895.266	17,0%
Geldmarkt	2.067.598	11,1%	3.067.019	18,0%
Sonstige	1.347.133	7,2%	1.263.013	7,4%
Gesamt	18.627.544	100,0%	16.996.537	100,0%

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inkl. Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da Ausfälle in dieser Asset-Klasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt.

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
A1 Ausgezeichnete Bonität	1.918.575	7,7%	8.322.919	28,4%
A2 Sehr gute Bonität	2.805.251	11,3%	891.918	3,0%
A3 Gute Bonität	5.950.211	23,9%	4.564.252	15,6%
B1 Solide Bonität	3.825.660	15,3%	4.206.332	14,4%
B2 Zufriedenstellende Bonität	2.690.331	10,8%	3.117.402	10,6%
B3 Adäquate Bonität	4.627.223	18,6%	2.636.501	9,0%
B4 Fragliche Bonität	1.563.842	6,3%	4.178.438	14,3%
B5 Höchst fragliche Bonität	837.488	3,4%	720.668	2,5%
C Ausfallgefährdet	711.850	2,9%	618.117	2,1%
D Ausfall	1.669	0,0%	3.305	0,0%
NR Nicht geratet	1.134	0,0%	34.439	0,1%
Gesamt	24.933.234	100,0%	29.294.291	100,0%

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2016 auf € 24.933.234 Tausend (2015: € 29.294.291 Tausend), dies entsprach einem Anteil von 17,0 Prozent (2015: 19,4 Prozent) am gesamten Kreditobligo.

Die Klasse „Ausgezeichnete Bonität“ (Rating A1) verzeichnete einen Rückgang um € 6.404.344 Tausend, der im Wesentlichen auf den Rückgang der Einlagen bei der österreichischen Nationalbank zurückzuführen war. Bedingt durch die interne Ratingherabstufung der Republik Österreich wurden die verbleibenden Einlagen zum Jahresende 2016 in der Klasse „Sehr gute Bonität“ (Rating A2), welche einen Anstieg um € 1.912.333 Tausend zeigte, ausgewiesen.

Der mittlere Bonitätsbereich von „Gute Bonität“ (Rating A3) bis „Adäquate Bonität“ (Rating B3) wies mit 68,6 Prozent (2015: 49,6 Prozent) den höchsten Anteil aus. Das hohe Obligo in den mittleren Ratingstufen resultierte unter anderem aus Anleihen gegenüber den Zentralbanken und Zentralstaaten. Die mittleren Ratingstufen waren zudem gekennzeichnet von Mindestreserven und Geldmarkt-Geschäften. Die Ratingklasse A3 „Gute Bonität“ verzeichnete einen Anstieg aufgrund des Geldmarkt-Geschäftes in der Tschechischen Republik, der jedoch teilweise durch einen Rückgang des Bestandes von Anleihen der Slowakei und der Tschechischen Republik kompensiert wurde. Die Veränderung in der Ratingklasse B3 „Adäquate Bonität“ und B4 „Fragliche Bonität“ war einerseits auf eine Ratingverbesserung von Ungarn und andererseits auf den Rückgang der Einlagen bei der ungarischen Nationalbank zurückzuführen.

Nachfolgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) gegliedert nach Produkten:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Anleihen	13.190.659	52,9%	14.448.094	49,3%
Forderungen	11.217.626	45,0%	14.089.281	48,1%
Derivate	487.999	2,0%	718.848	2,5%
Sonstige	36.950	0,1%	38.068	0,1%
Gesamt	24.933.234	100,0%	29.294.291	100,0%

Nachfolgende Tabelle zeigt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating B3 und darunter):

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Ungarn	2.120.403	27,4%	2.624.900	32,0%
Kroatien	1.047.445	13,5%	994.753	12,1%
Bulgarien	853.896	11,0%	942.536	11,5%
Albanien	792.225	10,2%	856.583	10,5%
Russland	555.157	7,2%	604.315	7,4%
Serbien	500.992	6,5%	503.747	6,1%
Ukraine	494.194	6,4%	396.901	4,8%
Bosnien und Herzegowina	491.937	6,4%	477.723	5,8%
Belarus	188.830	2,4%	210.800	2,6%
Vietnam	163.728	2,1%	160.226	2,0%
Sonstige	534.400	6,9%	418.987	5,1%
Gesamt	7.743.206	100,0%	8.191.468	100,0%

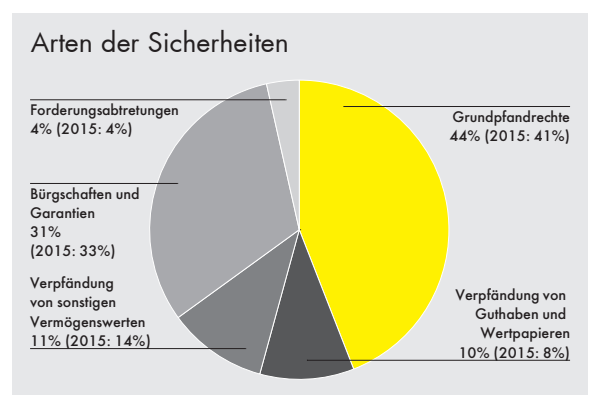
Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich „Non Investment Grade“ reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2015 um € 448.262 Tausend auf € 7.743.206 Tausend. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus einer Reduktion an kurzfristigen Geldmarkt-Geschäften. Der Anstieg der Position Sonstige ist überwiegend auf einen Anstieg der Rahmenfinanzierungen in Ghana zurückzuführen.

Das Kreditobligo beruhte vor allem auf Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservenvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind.

Kreditrisikominderung

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditentscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den der Konzern bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind im Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien des Konzerns festgelegt. Der Sicherheitenwert errechnet sich dabei anhand einheitlicher Methoden, die standardisierte Berechnungsformeln mit Marktwerten, vordefinierten Abschlägen und Expertengutachten umfassen.

Kreditsicherheiten unterteilen sich in personengebundene Sicherheiten (z. B. Bürgschaften) und sachgebundene Sicherheiten. Bei den berücksichtigten Sicherheiten des Konzerns dominieren Grundpfandrechte. Im Wesentlichen betreffen diese wohnwirtschaftlich oder gewerblich genutzten Objekte.



Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo (Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die Marktwerte (Fair Value) der dafür an den Konzern übertragenen Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

2016 in € Tausend	Maximales Kreditobligo		Fair Value der Sicherheiten
	Netto-Obligo	Eventualverbindlichkeiten/ gegebene Garantien	
Kreditinstitute	9.849.646	3.501.577	2.925.107
Öffentlicher Sektor	654.478	758.490	420.141
Firmenkunden - Große Firmenkunden	38.746.308	27.215.300	23.049.198
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.384.031	1.086.902	1.772.718
Retail-Kunden - Privatpersonen	21.877.636	3.464.393	13.069.419
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.946.897	508.747	1.312.405
Gesamt	75.458.996	36.535.409	42.548.987

2015 in € Tausend	Maximales Kreditobligo		Fair Value der Sicherheiten
	Netto-Obligo	Eventualverbindlichkeiten/ gegebene Garantien	
Kreditinstitute	10.717.293	1.982.693	1.932.954
Öffentlicher Sektor	809.033	436.169	421.672
Firmenkunden - Große Firmenkunden	37.906.937	28.329.257	25.366.407
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.497.289	1.041.942	2.082.505
Retail-Kunden - Privatpersonen	20.294.767	2.858.860	12.408.275
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.478.120	495.495	1.843.926
Gesamt	74.703.439	35.144.417	44.055.739

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Problemkredite – also Aushaftungen, bei denen materielle Schwierigkeiten oder Zahlungsverzug erwartet werden – bedürfen einer weitergehenden Bearbeitung. In den Non-Retail-Bereichen entscheiden in den einzelnen Konzerneinheiten Problemkreditrunden über die gefährdeten Kredite. Problemkredite werden im Fall einer notwendigen Sanierung an Spezialisten oder Restrukturierungseinheiten (Workout-Abteilungen) übergeben. Deren speziell geschulte und erfahrene Mitarbeiter beschäftigen sich insbesondere mit mittleren bis großen Fällen und werden dabei auch durch die hausinternen Rechtsabteilungen oder durch externe Spezialisten unterstützt. Sie wirken maßgeblich an der Darstellung und Analyse sowie der Bildung etwaiger Risikovorsorgen (Abschreibungen, Wertberichtigungen oder Rückstellungen) mit und können durch die frühzeitige Einbindung in der Regel eine Reduktion der Verluste aus Problemkrediten erzielen.

Die Standardmaßnahmen für das Problemkreditmanagement im Retail-Bereich umfassen den kompletten Restrukturierungs- und Mahnwesenprozess für Privatpersonen und Klein- und Mittelbetriebe. Eine eigene Restrukturierung Guideline legt dabei die einheitliche Strategie, Organisation, Methodik, Überwachung und Steuerung konzernweit fest. Im Workout-Prozess erfolgt die Einteilung der Retail-Kunden in die Rubriken „Early“, „Late“ und „Recovery“, nach denen sich die standardisierte Betreuung richtet.

Für die Einschätzung der Einbringlichkeit von Forderungen spielt die Dauer des Zahlungsverzugs eine wesentliche Rolle. Die folgende Tabelle stellt das Volumen der überfälligen – nicht einzelwertberichtigten – Forderungen an Kreditinstitute und Kunden für die unterschiedlichen Laufzeitbänder dar.

2016 in € Tausend	Nicht überfällig		Überfälligkeiten				Sicherheiten für überfällige Aktiva
	Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 Tage bis 1 Jahr	Über 1 Jahr		
Kreditinstitute	9.848.761	638	2	0	0	4	0
Öffentlicher Sektor	651.117	736	368	1.400	1	2	0
Firmenkunden - Große Firmenkunden	36.634.944	681.648	125.729	4.577	8.763	8.972	444.282
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.283.084	30.688	8.613	2.047	2.173	4.783	34.070
Retail-Kunden - Privatpersonen	20.144.167	1.270.439	240.309	18.311	12.065	21.285	554.240
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	1.750.505	75.877	27.883	3.785	1.327	4.756	61.032
Gesamt	71.312.579	2.060.026	402.903	30.121	24.330	39.801	1.093.624

2015 in € Tausend	Nicht überfällig		Überfälligkeiten				Sicherheiten für überfällige Aktiva
		Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 Tage bis 1 Jahr	Über 1 Jahr	
Kreditinstitute	10.716.548	0	1	0	0	3	0
Öffentlicher Sektor	767.530	39.022	46	0	1	17	1.682
Firmenkunden - Große Firmenkunden	35.237.668	755.943	60.644	13.381	43.044	16.969	588.469
Firmenkunden - Mittelgroße Firmenkunden	2.322.891	62.904	13.325	3.243	1.867	5.481	70.091
Retail-Kunden - Privatpersonen	18.199.971	1.421.837	297.556	101.251	19.170	27.843	697.654
Retail-Kunden - Klein- und Mittelbetriebe	2.102.777	215.296	44.729	8.927	2.822	3.727	213.588
Gesamt	69.347.384	2.495.002	416.300	126.803	66.904	54.041	1.571.484

Nicht ausgefallenes notleidendes Exposure (NPE)

In diesem Kapitel werden ausschließlich Exposures dargestellt, für die kein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt. Im Bereich der Firmenkunden unterscheidet der Konzern bei Krediten, deren Konditionen oder Bedingungen zugunsten des Kunden abgeändert wurden, zwischen „modifizierten Krediten“ und „Forborne-Krediten“ nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments „Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures)“.

Ausschlaggebend für die Einstufung als nicht ausgefallenes notleidendes Exposure („Forborne“) im Non-Retail Bereich ist die finanzielle Situation des Kunden bei der Änderung der Konditionen oder Kreditbedingungen. Kann zum Zeitpunkt der Änderung der Kreditbedingungen oder Konditionen aufgrund der Bonität des Kunden (unter Berücksichtigung des internen „Frühwarnsystems“) von finanziellen Schwierigkeiten des Kunden ausgegangen werden und wird die Modifizierung als Konzession gewertet, so werden solche Kredite als „Forborne“ bezeichnet. Sofern eine solche Modifizierung bei einem Kredit stattfindet, der zuvor als notleidend betrachtet wurde, wird der Kredit als „Non-performing Exposure (NPE)“ eingestuft, unabhängig davon, ob ein Ausfallgrund nach Artikel 178 CRR vorliegt. Die Entscheidung, ob ein Kredit als „Forborne/NPE“ eingestuft wird, löst keine Einzelwertberichtigung gegenüber dem Kunden aus, diese basiert auf der Ausfalldefinition der CRD IV/CRR.

Im Retail-Bereich werden restrukturierte Kredite einer zumindest dreimonatigen Beobachtung unterzogen, um sicherzustellen, dass der Kunde die neu verhandelten Konditionen erfüllt. Für Retail-Portfolien, die der PD-/LGD-basierten Berechnung (Probability of Default/Loss Given Default) der Portfolio-Wertberichtigungen unterliegen, muss eine künstliche Verbesserung der PD-Schätzungen für das nicht ausgefallene restrukturierte Exposure vermieden werden. Dies wird dadurch erreicht, dass entweder für die Dauer des Beobachtungszeitraumes trotz erfolgter Restrukturierung weiterhin jene auf den Überfälligkeitstagen (DPD) vor der Restrukturierung basierten Variablen verwendet werden, die für die Überfälligkeiten vor der Restrukturierung vorgesehen sind oder eine gesonderte Kalibrierung für die Teilmenge an restrukturierten Krediten vorgenommen wird. In Ausnahmefällen, wenn keine der beiden genannten Vorgehensweisen technisch möglich ist, wird die PD der nächst-schlechteren Ratingstufe für die Dauer des Beobachtungszeitraumes verwendet. Für Retail-Portfolien, für welche nach Produktportfolios bzw. Überfälligkeiten die Höhe der Portfolio-Wertberichtigung ermittelt wird, wird darauf abgestellt, ob der Kredit vor der Neuverhandlung mehr als 180 Tage überfällig war oder nicht. In jenen Fällen, in denen der betroffene Kunde die neu verhandelten Konditionen erfüllt und der Kredit vor der Neuverhandlung noch nicht 180 Tage überfällig war, wird dieser aus dem der Beobachtung zugrunde liegenden Portfolio in das lebende Portfolio überführt. Jene Kredite, die bereits vor der Neuverhandlung mehr als 180 Tage überfällig waren oder bei denen der Kunde die neu verhandelten Konditionen nicht erfüllt, verbleiben im Portfolio, das zu 100 Prozent wertberichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das nicht ausgefallene notleidende Exposure nach Segmenten:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Zentraleuropa	76.556	27%	56.706	15%
Südosteuropa	99.713	35%	118.883	31%
Osteuropa	14.063	5%	67.729	18%
Group Corporates	42.313	15%	87.150	23%
Group Markets	0	0%	0	0%
Corporate Center	0	0%	0	0%
Non-Core	51.159	18%	52.594	14%
Gesamt	283.803	100%	383.061	100%
davon Nichtbanken	283.803	100%	383.061	100%

Die nachfolgende Tabelle zeigt das nicht ausgefallene notleidende Exposure nach Asset-Klassen:

in € Tausend	Refinanzierung		Instrumente mit geänderter Laufzeit und geänderten Konditionen		NPE Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Firmenkunden	11.897	15.357	72.252	159.044	84.150	174.402
Retail-Kunden	23.768	28.933	175.885	179.726	199.654	208.659
Gesamt	35.666	44.291	248.138	338.771	283.803	383.061

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorgen

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Für Non-Retail Kunden werden für die Bestimmung eines Forderungsausfalls zwölf Indikatoren verwendet. So gilt es z. B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste, das Kreditrisikomanagement eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Workout-Einheit die Sanierung eines Kunden erwägt.

Im Konzern werden Kundenausfälle in einer konzernweit eingesetzten Datenbank erfasst und dokumentiert. In dieser werden auch Ausfallgründe aufgezeichnet, wodurch die Berechnung und Validierung von Ausfallwahrscheinlichkeiten ermöglicht wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Konzernrichtlinien, die auf den IFRS-Bilanzierungsregeln beruhen, gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab. Im Non-Retail-Bereich entscheiden in den einzelnen Konzerneinheiten Problemkreditrunden über die Bildung von einzelkreditbezogenen Risikovorsorgen. Im Retail-Bereich wird deren Berechnung durch Retail-Risikomanagement-Abteilungen in den einzelnen Konzerneinheiten vorgenommen. Diese ermitteln die erforderlichen Kreditrisikorückstellungen anhand definierter Berechnungsvorschriften in monatlichen Intervallen und holen dazu die Bestätigung des lokalen Rechnungswesens ein.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der ausgefallenen notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Asset-Klassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidierungskreis/ Währungsdifferenzen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2016
Firmenkunden	6.051.344	13.655	1.206.100	- 2.913.678	4.357.420
Retail-Kunden	2.273.515	39.334	506.077	- 692.408	2.126.518
Öffentlicher Sektor	3.305	- 1.395	271	- 513	1.669
Summe Nichtbanken	8.328.164	51.595	1.712.448	- 3.606.600	6.485.607
Kreditinstitute	127.496	1.337	2.268	- 53.824	77.277
Gesamt	8.455.659	52.931	1.714.716	- 3.660.423	6.562.884

in € Tausend	Stand 1.1.2015 angepasst	Änderung Konsolidierungskreis/ Währungsdifferenzen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2015
Firmenkunden	6.264.985	109.313	1.463.302	- 1.786.257	6.051.344
Retail-Kunden	2.610.770	102.651	515.840	- 955.747	2.273.515
Öffentlicher Sektor	229	22	3.305	- 251	3.305
Summe Nichtbanken	8.875.984	211.987	1.982.447	- 2.742.255	8.328.164
Kreditinstitute	129.909	4.837	0	- 7.250	127.496
Gesamt	9.005.894	216.824	1.982.447	- 2.749.505	8.455.659

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite an den Ausleihungen der dargestellten Asset-Klassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

in € Tausend	NPL		NPL Ratio		NPL Coverage Ratio	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Firmenkunden	4.357.420	6.051.344	9,3%	12,5%	71,5%	68,1%
Retail-Kunden	2.126.518	2.273.515	8,3%	9,2%	82,2%	80,0%
Öffentlicher Sektor	1.669	3.305	0,6%	0,8%	283,8%	129,8%
Summe Nichtbanken	6.485.607	8.328.164	9,2%	11,9%	75,6%	71,3%
Kreditinstitute	77.277	127.496	0,5%	0,7%	65,4%	94,1%
Gesamt	6.562.884	8.455.659	8,2%	10,5%	75,5%	71,6%

Das Volumen der notleidenden Kredite an Nichtbanken sank um € 1.842.557 Tausend, insbesondere aufgrund des Verkaufs von notleidenden Krediten zum Nominalwert von € 1.186.945 Tausend und der Ausbuchung von wirtschaftlich nicht mehr einbringlichen Kreditforderungen. Die NPL Ratio bezogen auf Kredite an Nichtbanken verringerte sich um 2,7 Prozentpunkte auf 9,2 Prozent.

Der Bereich Firmenkunden wies seit Jahresbeginn einen Rückgang um € 1.693.923 Tausend auf € 4.357.420 Tausend (2015: € 6.051.344 Tausend) auf, vor allem bedingt durch die Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen in der Höhe von € 938.618 Tausend. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo verringerte sich um 3,2 Prozentpunkte auf 9,3 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 3,4 Prozentpunkte auf 71,5 Prozent. Im Retail-Bereich reduzierten sich die notleidenden Kredite um 6,5 Prozent oder € 146.997 Tausend auf € 2.126.518 Tausend (2015: € 2.273.515 Tausend). Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo sank um 0,9 Prozentpunkte auf 8,3 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,2 Prozentpunkte auf 82,2 Prozent. Im Bereich Kreditinstitute lagen die notleidenden Kredite zum Ende des vierten Quartals mit € 77.277 Tausend um € 50.219 Tausend unter dem Jahresendstand von 2015, die Deckungsquote verringerte sich um 28,7 Prozentpunkte auf 65,4 Prozent.

Die nachstehende Tabelle weist den Anteil der notleidenden Kredite (NPL) an den Ausleihungen der dargestellten Segmente aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte) aus:

in € Tausend	NPL		NPL Ratio		NPL Coverage Ratio	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zentraleuropa	1.078.207	1.331.017	5,0%	6,4%	71,0%	75,3%
Südosteuropa	1.421.322	1.587.178	9,9%	10,7%	79,7%	71,6%
Osteuropa	1.576.113	1.902.359	12,0%	15,1%	85,9%	86,4%
Group Corporates	688.202	1.268.433	4,5%	9,1%	65,9%	56,7%
Group Markets	130.905	415.090	1,9%	5,7%	71,9%	82,0%
Corporate Center	33.742	48.703	0,5%	0,6%	87,8%	78,9%
Non-Core	1.634.393	1.902.879	16,7%	14,1%	66,6%	62,4%
Gesamt	6.562.884	8.455.659	8,2%	10,5%	75,5%	71,6%
davon Nichtbanken	6.485.607	8.328.164	9,2%	11,9%	75,6%	71,3%

Besonders deutlich fielen die Rückgänge der notleidenden Kredite im Segment Group Corporates mit 45,7 Prozent oder € 580.231 Tausend auf € 688.202 Tausend (2015: € 1.268.433 Tausend) aus, vor allem bedingt durch den Verkauf und die Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo sank um 4,6 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 9,2 Prozentpunkte auf 65,9 Prozent.

Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Rückgang der notleidenden Kredite um 17,1 Prozent oder € 326.245 Tausend auf € 1.576.113 Tausend (2015: € 1.902.359 Tausend), im Wesentlichen bedingt durch Verkäufe notleidender Kredite in der Höhe von € 235.304 Tausend in Russland und € 144.527 Tausend in der Ukraine. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo sank um 3,1 Prozentpunkte auf 12,0 Prozent, die Deckungsquote reduzierte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 85,9 Prozent.

Im Segment Group Markets reduzierten sich die notleidenden Kredite um 68,5 Prozent oder € 284.186 Tausend auf € 130.905 Tausend (2015: € 415.090 Tausend) durch die Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen. Die NPL Ratio sank um 3,8 Prozentpunkte auf 1,9 Prozent, die Deckungsquote reduzierte sich um 10,1 Prozentpunkte auf 71,9 Prozent.

Das Segment Non-Core verzeichnete einen Rückgang der notleidenden Kredite um 14,1 Prozent oder € 268.485 Tausend auf € 1.634.393 Tausend (2015: € 1.902.879 Tausend), vor allem durch den Verkauf der Raiffeisen Banka d.d., Maribor in Slowenien. Der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditobligo erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende um 2,6 Prozentpunkte auf 16,7 Prozent, die Deckungsquote um 4,2 Prozentpunkte auf 66,6 Prozent.

In Zentraleuropa gingen die notleidenden Kredite um € 252.810 Tausend auf € 1.078.207 Tausend (2015: € 1.331.017 Tausend) zurück, vor allem durch Verkäufe notleidender Kredite in der Höhe von € 261.196 Tausend in Ungarn. Die NPL Ratio reduzierte sich um 1,4 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent, die Deckungsquote sank um 4,3 Prozentpunkte auf 71,0 Prozent.

In Südosteuropa sanken die notleidenden Kredite um 10,4 Prozent oder € 165.857 Tausend auf € 1.421.322 Tausend (2015: € 1.587.178 Tausend). Während in Bulgarien, Kroatien, Serbien und Bosnien Herzegovina Rückgänge in der Höhe von € 190.783 Tausend verzeichnet wurden, erhöhten sich die notleidenden Kredite in Albanien. Die NPL Ratio sank um 0,8 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 8,1 Prozentpunkte auf 79,7 Prozent.

Der nachfolgend abgebildete Risikoversorgungsspiegel zeigt die Entwicklung von Wertberichtigungen und Vorsorgen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Geschäftsjahr sowie die der Kreditrisikoversorge zugrunde liegenden Asset Klassen:

in € Tausend	Stand 1.1.2016	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zuführung ¹	Auflösungen	Verbrauch ²	Umbuchung, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2016
Einzelwertberichtigungen	5.771.958	- 55.027	1.610.483	- 841.648	- 1.875.662	87.307	4.697.411
Kreditinstitute	117.672	0	6.533	- 8.489	- 42.254	- 25.162	48.300
Firmenkunden	3.915.657	- 33.863	965.288	- 420.436	- 1.464.920	72.866	3.034.591
Retail-Kunden	1.660.539	- 21.963	556.102	- 349.788	- 368.022	40.325	1.517.193
Öffentlicher Sektor	5.028	0	954	- 477	- 112	- 1.044	4.347
Außerbilanzielle Verpflichtungen	73.062	798	81.607	- 62.456	- 353	321	92.979
Portfolio-Wertberichtigungen	381.982	- 5.667	179.338	- 183.778	- 55	9.134	380.954
Kreditinstitute	2.245	0	1.216	- 1.467	0	71	2.065
Firmenkunden	152.085	- 2.590	40.583	- 79.169	- 18	781	111.673
Retail-Kunden	201.546	- 3.128	125.091	- 94.077	- 37	7.162	236.556
Öffentlicher Sektor	365	0	153	- 355	0	243	406
Außerbilanzielle Verpflichtungen	25.742	51	12.294	- 8.710	0	877	30.254
Gesamt	6.153.940	- 60.695	1.789.821	- 1.025.426	- 1.875.717	96.441	5.078.364

1 Zuführung inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

2 Verbrauch inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Der Verbrauch basiert überwiegend auf dem Verkauf sowie der Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen.

in € Tausend	Stand 1.1.2015 angepasst	Änderung Konsolidie- rungskreis	Zuführung ¹	Auflösungen	Verbrauch ²	Umbuchung, Währungs- differenzen	Stand 31.12.2015
Einzelwertberichtigungen	5.763.004	6.414	1.962.765	- 638.597	- 1.356.008	34.380	5.771.958
Kreditinstitute	111.768	0	- 6.462	- 224	8.151	4.439	117.672
Firmenkunden	3.717.206	3.191	1.282.900	- 343.198	- 740.109	- 4.333	3.915.657
Retail-Kunden	1.865.203	798	670.721	- 270.750	- 639.259	33.827	1.660.539
Öffentlicher Sektor	34	2.426	- 21.049	- 88	22.514	1.191	5.028
Außerbilanzielle Verpflichtungen	68.794	0	36.654	- 24.336	- 7.305	- 744	73.062
Portfolio-Wertberichtigungen	438.106	588	194.730	- 244.421	- 1.120	- 5.901	381.982
Kreditinstitute	2.853	0	1.485	- 2.071	0	- 22	2.245
Firmenkunden	205.215	237	53.712	- 106.118	- 225	- 736	152.085
Retail-Kunden	200.328	156	131.117	- 123.841	- 895	- 5.320	201.546
Öffentlicher Sektor	755	35	109	- 561	0	27	365
Außerbilanzielle Verpflichtungen	28.954	160	8.307	- 11.830	0	150	25.742
Gesamt	6.201.109	7.003	2.157.495	- 883.018	- 1.357.128	28.479	6.153.940

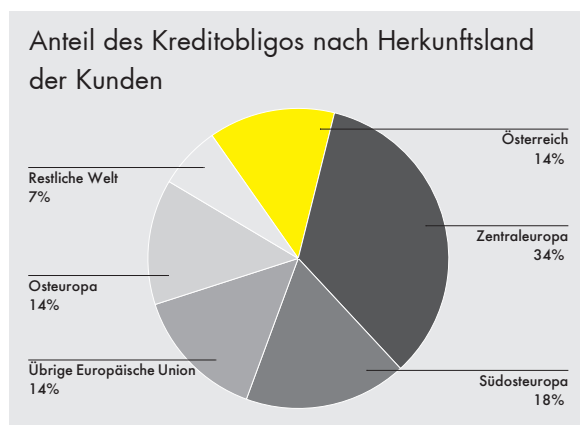
1 Zuführung inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

2 Verbrauch inklusive Direktabschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Kreditrisikovorsorgen nach Segmenten:

in € Tausend	2016	2015
Einzelwertberichtigungen	4.697.411	5.770.893
Zentraleuropa	674.924	913.069
Südosteuropa	1.029.070	1.046.997
Osteuropa	1.283.701	1.568.170
Group Corporates	564.316	704.562
Group Markets	124.856	346.507
Corporate Center	77.881	31.728
Non-Core	942.663	1.159.860
Portfolio-Wertberichtigungen	380.953	383.047
Zentraleuropa	121.409	121.332
Südosteuropa	121.094	92.290
Osteuropa	76.319	76.745
Group Corporates	27.756	34.262
Group Markets	865	1.747
Corporate Center	0	2.260
Non-Core	33.510	54.411
Gesamt	5.078.364	6.153.940

Länderrisiko



Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten. Der Konzern ist diesem Risiko durch seine Geschäftstätigkeit in den Märkten Zentral- und Osteuropas ausgesetzt, in denen die politischen und wirtschaftlichen Risiken weiterhin zum Teil als vergleichsweise signifikant anzusehen sind.

Die aktive Länderrisikosteuerung des Konzerns erfolgt auf Basis der vom Vorstand festgelegten Country Risk Policy, die als Teil des Kreditportfolio-Limitsystems eine streng definierte Obergrenze für grenzüberschreitende Transaktionen gegenüber einzelnen Ländern festlegt, um Risikokonzentrationen vorzubeugen. Im täglichen Ablauf müssen die Geschäftseinheiten bei grenzüberschreitenden Transaktionen zusätzlich zur Einhaltung kundenspezifischer Limits daher auch Limitanträge für die betroffenen Länder stellen. Die absolute Höhe der

Limits für die unterschiedlichen Länder wird dabei modellgestützt ermittelt, wobei sowohl das interne Länderrating und die Größe des Landes als auch die Eigenkapitalausstattung des Konzerns Berücksichtigung finden.

Das Länderrisiko fließt weiters über das interne Transferpreissystem in die Produktkalkulation und in die risikoadjustierte Performancemessung ein. Der Konzern bietet den einzelnen Geschäftseinheiten dadurch einen Anreiz, Länderrisiken durch Versicherungen (z. B. Exportkreditversicherungen) oder Bürgschaften aus Drittstaaten abzusichern. Die aus der Länderrisikoanalyse gewonnenen Einschätzungen werden aber nicht nur zur Begrenzung des Gesamtvolumens an grenzüberschreitenden Transaktionen eingesetzt, sondern sie kommen auch bei der Limitierung des Gesamtexposure (also auch des durch lokale Einlagen refinanzierten Obligos) in den einzelnen Ländern zur Anwendung. Damit richtet der Konzern seine Geschäftsaktivitäten an der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung in unterschiedlichen Märkten aus und forciert die breite Diversifikation seines Kreditportfolios.

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung wurden auch die Limitstrukturen in Bezug auf das Konzentrationsrisiko auf Ebene der einzelnen Kundensegmente überarbeitet.

Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den Märkten des Konzerns wider. Die folgende Tabelle stellt die gesamten Kreditobligos gegliedert nach dem Herkunftsland der Kunden und gruppiert nach Regionen dar.

in € Tausend	2016	Anteil	2015 ¹	Anteil
Österreich	19.936.393	13,6%	26.730.656	17,7%
Zentraleuropa	50.177.300	34,2%	51.179.153	33,9%
Tschechische Republik	15.047.461	10,3%	12.368.270	8,2%
Slowakei	14.137.525	9,6%	13.856.339	9,2%
Polen	14.083.249	9,6%	16.374.737	10,8%
Ungarn	6.471.385	4,4%	7.555.475	5,0%
Sonstige	437.680	0,3%	1.024.332	0,7%
Übrige Europäische Union	21.138.955	14,4%	19.046.765	12,6%
Deutschland	6.354.099	4,3%	6.089.890	4,0%
Großbritannien	5.274.700	3,6%	4.535.558	3,0%
Frankreich	3.085.908	2,1%	2.169.294	1,4%
Niederlande	1.827.995	1,2%	1.743.832	1,2%
Italien	883.322	0,6%	1.101.715	0,7%
Spanien	594.955	0,4%	795.341	0,5%
Sonstige	3.117.977	2,1%	2.611.135	1,7%
Südosteuropa	25.658.526	17,5%	24.498.105	16,2%
Rumänien	9.451.710	6,4%	8.902.051	5,9%
Kroatien	5.090.754	3,5%	5.011.250	3,3%
Bulgarien	3.998.317	2,7%	3.906.302	2,6%
Serbien	2.467.276	1,7%	1.953.486	1,3%
Bosnien und Herzegowina	2.076.891	1,4%	2.123.730	1,4%
Albanien	1.830.351	1,2%	1.912.134	1,3%
Sonstige	743.226	0,5%	689.152	0,5%
Asien	3.499.318	2,4%	5.282.122	3,5%
China	935.664	0,6%	1.779.591	1,2%
Sonstige	2.563.654	1,7%	3.502.531	2,3%
Osteuropa	19.813.764	13,5%	18.017.018	11,9%
Russland	14.262.288	9,7%	12.522.070	8,3%
Ukraine	3.379.948	2,3%	3.546.669	2,3%
Belarus	1.635.031	1,1%	1.470.571	1,0%
Sonstige	536.498	0,4%	477.707	0,3%
Nordamerika	3.051.440	2,1%	3.058.359	2,0%
Schweiz	2.192.707	1,5%	1.931.252	1,3%
Restliche Welt	1.104.747	0,8%	1.225.415	0,8%
Gesamt	146.573.149	100,0%	150.968.845	100,0%

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

Der größte Rückgang mit € 6.794.262 Tausend in Österreich war auf den Rückgang der Einlagen bei der österreichischen Nationalbank und von österreichischen Staatsanleihen zurückzuführen. In Summe zeigte Zentraleuropa einen Rückgang von € 1.001.853 Tausend, wobei der Rückgang in Polen basierend auf dem Verkauf der Raiffeisen-Leasing-Polska S.A., Warschau, durch Neugeschäfte in der Slowakei und in der Tschechischen Republik sowie dem Kauf eines Kreditportfolios in der Tschechischen Republik kompensiert wurde. Bedingt durch die im Rahmen des Transformationsprogrammes beschlossene Einstellung des Geschäftsbetriebes zeigte Asien einen Rückgang um € 1.782.804 Tausend.

Im Rahmen der Risikopolitik und der Bonitätsbeurteilung des Konzerns findet auch die Branche des Kreditnehmers Beachtung. Der größte Branchenanteil entfällt dabei auf das Kreditgewerbe. Den zweitgrößten Anteil hält der Sektor „Private Haushalte“, der im Wesentlichen Forderungen an Retail-Kunden in Zentral- und Südosteuropa umfasst.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit der Kunden:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	39.182.850	26,7%	42.631.642	28,2%
Private Haushalte	26.589.450	18,1%	24.836.803	16,5%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	11.976.256	8,2%	13.014.461	8,6%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	11.844.457	8,1%	11.774.484	7,8%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	11.425.672	7,8%	11.532.103	7,6%
Grundstücks- und Wohnungswesen	8.385.798	5,7%	8.687.946	5,8%
Baugewerbe	5.551.211	3,8%	5.759.567	3,8%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	4.437.567	3,0%	4.369.722	2,9%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	3.674.826	2,5%	3.671.634	2,4%
Energieversorgung	3.055.623	2,1%	3.740.070	2,5%
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.182.536	1,5%	2.249.574	1,5%
Ernährungsgewerbe	1.833.599	1,3%	1.968.692	1,3%
Sonstiges Transportgewerbe	1.904.549	1,3%	2.117.036	1,4%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	1.895.778	1,3%	1.929.462	1,3%
Maschinenbau	1.694.385	1,2%	1.661.274	1,1%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	915.539	0,6%	1.098.668	0,7%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	776.215	0,5%	686.746	0,5%
Sonstige Branchen	9.246.836	6,3%	9.238.962	6,1%
Gesamt	146.573.149	100%	150.968.845	100%

Strukturiertes Kreditportfolio

Der Konzern ist als Investor in strukturierten Produkten tätig. Das Gesamtexposure an strukturierten Produkten wird unter Punkt (35) Verbriefungen dargestellt. Rund 55 Prozent dieses Portfolios (2015: 67 Prozent) verfügen über ein externes Rating von A oder höher, wobei die Pools hauptsächlich Forderungen gegenüber europäischen Kunden enthalten.

Kontrahentenausfallrisiko

Ein Kontrahentenausfall bei Derivat-, Pensions- und Wertpapierleihgeschäften kann Verluste durch die Kosten der Wiederbeschaffung eines äquivalenten Kontrakts verursachen. Dieses Risiko wird vom Konzern durch die Marktbewertungsmethode gemessen, die den gegenwärtigen Marktwert und einen vordefinierten Puffer für etwaige Veränderungen des Forderungswerts in der Zukunft berücksichtigt. Für die interne Steuerung werden die möglichen Preisänderungen, die den fairen Wert dieser Instrumente beeinflussen, je nach Instrumentenkategorie aufgrund der historischen Marktwertbewegungen ermittelt.

Voraussetzung für den Abschluss von derivativen Kontrakten ist die Einhaltung des Kreditgenehmigungsprozesses, für den dieselben Risikoklassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren gelten wie für das klassische Kreditgeschäft. Derivative Positionen werden dabei in der Einrichtung und Überwachung von Kreditlimits sowie in der Bemessung und Allokation des internen Kapitals gemeinsam mit den sonstigen Forderungen eines Kunden als gewichtete Anrechnungsbeträge berücksichtigt.

Eine wesentliche Strategie zur Reduktion dieses Risikos stellen Kreditrisikominderungsinstrumente, z. B. Netting und die Unterlegung mit Sicherheiten, dar. Grundsätzlich strebt der Konzern für alle wesentlichen Derivatgeschäfte den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) zur Absicherung der jeweils aktuellen Marktwerte auf täglicher Basis an.

Marktrisiko

Der Konzern definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung der Marktpreise von Handels- und Investmentpositionen. Es wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z. B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Das Marktrisiko der Kundenbereiche wird mittels Transferpreismethode in das Treasury transferiert. Der Bereich Treasury ist für das Management dieser strukturellen Risiken sowie für die Einhaltung der Gesamtkonzernlimits verantwortlich. Der Bereich Capital Markets ist für den Eigenhandel, das Market Making und das Kundengeschäft mit Geld- und Kapitalmarktprodukten zuständig.

Organisation des Marktrisikomanagements

Alle Marktrisiken werden auf Konzernebene gemessen, überwacht und gesteuert.

Die Aufgabe des strategischen Marktrisikomanagements wird durch das Market Risk Committee wahrgenommen, das für das Management und die Steuerung aller Marktrisiken im Konzern verantwortlich ist. Das Konzerngesamtlimit wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und des Ertragsbudgets vom Gesamtvorstand festgelegt. Die Aufteilung dieses Limits auf Sublimits erfolgt abgestimmt mit den jeweiligen Unternehmensbereichen je nach Strategie, Geschäftsmodell und Risikoappetit.

Die Abteilung Market Risk Management stellt sicher, dass der Geschäfts- und der Produktumfang im Rahmen der definierten und beschlossenen Strategie des Konzern liegen. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung und Weiterentwicklung der Risikomanagement-Prozesse, -Infrastruktur und -Systeme sowie der Regelwerke und der Messmethoden für alle Marktrisikokategorien und für marktrisikoinduzierte Kreditrisiken des Derivatgeschäfts. Weiters führt diese Abteilung die tägliche unabhängige Messung und das Reporting aller Marktrisiken durch.

Alle Produkte, in denen offene Positionen gehalten werden, sind im Produktkatalog festgelegt. Neue Produkte werden in diese Liste erst dann aufgenommen, wenn sie den Produkteinführungsprozess erfolgreich durchlaufen haben. Produktanträge werden einer gesamthaften Risikoanalyse unterworfen und nur genehmigt, wenn die Abbildbarkeit in den Front- und Back-Office- bzw. Risikomanagement-Systemen der Bank gewährleistet ist.

Limitsystem

Der Konzern verfolgt einen umfassenden Risikomanagement-Ansatz für Handels- und Bankbücher (Total-Return-Ansatz). Die Steuerung der Marktrisiken wird deshalb konsistent auf alle Handels- und Bankbücher angewendet. Die folgenden Größen werden im Marktrisikomanagement-System auf täglicher Basis gemessen und limitiert:

- Value-at-Risk (VaR) – Konfidenzintervall 99 Prozent, Horizont 1 Tag
Der VaR ist das Hauptsteuerungsinstrument für Marktrisiken in liquiden Märkten und normalen Marktsituationen. Die Messung des VaR basiert auf einem hybriden Simulationsansatz, in dem 5.000 Szenarien generiert werden und der die Vorteile einer historischen Simulation mit denen einer Monte-Carlo-Simulation verbindet. Basis für die verwendeten Marktparameter sind historische Zeitreihen mit einer Dauer von 500 Tagen. In den Verteilungsannahmen sind moderne Eigenschaften wie Volatility Declustering und Random Time Change implementiert, um endlastige und asymmetrische Verteilungen gut abbilden zu können. Das Modell ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses zugelassen. Die Value-at-Risk-Resultate finden nicht nur in der Risikobegrenzung, sondern auch in der Allokation des ökonomischen Kapitals Einsatz.
- Sensitivitäten (gegenüber Änderungen in Währungskursen und Zinssätzen, Gamma, Vega, Aktien- und Warenpreisen)
Sensitivitätslimits sollen Konzentrationen in normalen Marktsituationen vermeiden und sind das Hauptsteuerungsinstrument in Stresssituationen und in illiquiden oder strukturell schwer zu messenden Märkten.
- Stop Loss
Dieses Limit unterstützt die Disziplin der Händler im Management von Eigenpositionen, mögliche Verluste nicht zu akkumulieren, sondern eng zu begrenzen.

Dieses mehrstufige Limitsystem wird durch ein umfangreiches Stresstesting-Konzept ergänzt, in dem die potenziellen Wertveränderungen des Gesamtportfolios bei Anwendung verschiedener Szenarien ermittelt werden. Risikokonzentrationen, die durch diese Stresstests offenbar werden, werden im Marktrisikokomitee berichtet und in der Limitvergabe berücksichtigt. Stresstestberichte je Portfolio sind Teil des täglichen Marktrisiko-Reporting.

Value-at-Risk (VaR)

Nachstehende Tabellen stellen die Risikokennzahlen (VaR 99 Prozent, 1 Tag) für das Marktrisiko der Handels- und Bankbücher je Risikoart dar. Die strukturellen Kapitalpositionen, die strukturellen Zinsrisiken sowie Spread-Risiken aus Anleihebüchern, die als Liquiditätspuffer gehalten werden, dominieren den VaR des Konzerns.

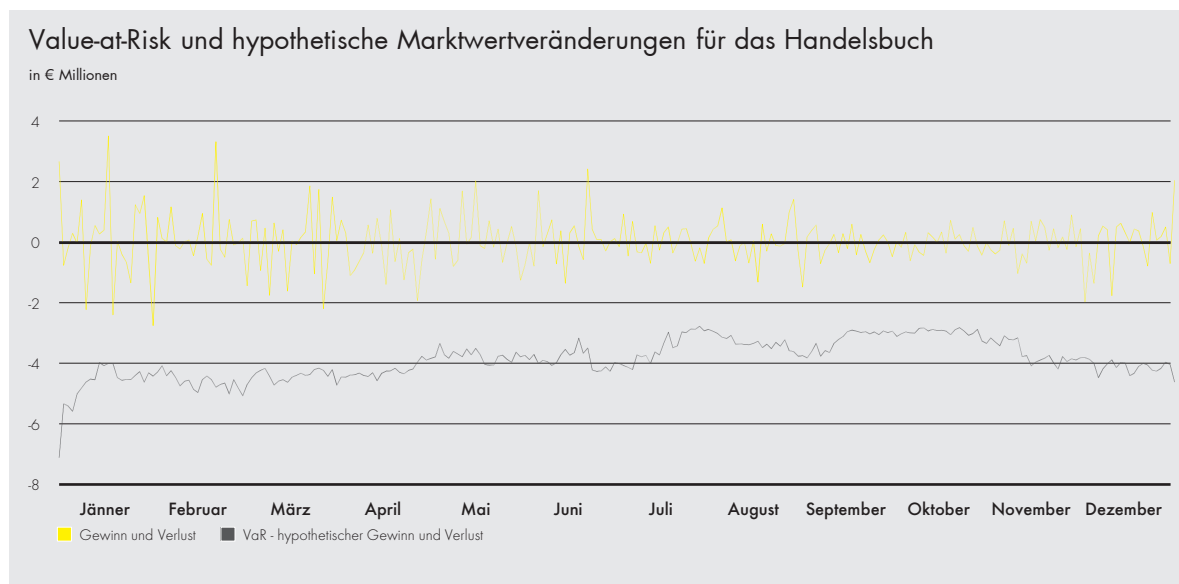
Handelsbuch VaR 99% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2016	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2015
Währungsrisiko	3.506	2.984	1.778	5.980	2.386
Zinsrisiko	3.522	2.400	1.258	4.461	1.534
Credit-Spread-Risiko	692	2.119	496	6.375	3.869
Aktienpreisrisiko	909	724	474	951	676
Vega Risiko	255	482	121	1.333	779
Gesamt	5.012	5.553	3.350	9.720	9.164

Bankbuch VaR 99% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2016	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2015
Währungsrisiko	23.525	26.328	17.128	42.811	28.191
Zinsrisiko	15.260	7.842	4.317	15.367	5.094
Credit-Spread-Risiko	7.316	9.011	5.940	13.427	14.537
Vega Risiko	1.082	2.162	632	5.240	522
Gesamt	34.406	34.492	25.287	47.468	30.728

Gesamt VaR 99% 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2016	Durchschnitts-VaR	Minimum VaR	Maximum VaR	VaR per 31.12.2015
Währungsrisiko	23.683	25.182	16.616	38.973	28.914
Zinsrisiko	15.827	9.505	5.435	17.059	5.834
Credit-Spread-Risiko	7.576	10.325	6.345	16.114	16.915
Aktienpreisrisiko	909	724	474	951	676
Vega Risiko	1.009	1.973	670	4.699	814
Gesamt	35.723	35.964	27.314	48.039	33.075

Die verwendeten Risikomessmethoden werden – neben qualitativen Analysen der Profitabilität – laufend durch Backtesting und statistische Validierungsverfahren überwacht und, falls Modellierungsschwächen festgestellt werden, adaptiert.

Im letzten Jahr gab es keine Backtesting-Überschreitung. Die folgende Grafik stellt den VaR den hypothetischen Gewinnen und Verlusten auf täglicher Basis gegenüber. Der VaR stellt den maximalen Verlust dar, der mit einem Konfidenzintervall von 99 Prozent binnen eines Tages nicht überschritten wird. Er wird dem jeweiligen hypothetischen Gewinn oder Verlust gegenübergestellt, der am darauffolgenden Tag aufgrund der dann tatsächlich eingetretenen Marktbewegungen eintreten würde.



Währungsrisiken und Kapital(quoten)-Hedge

Das Marktrisiko des Konzerns wird vorrangig vom Währungsrisiko, das aus dem in Fremdwährung gehaltenen Eigenkapital der ausländischen Konzerneinheiten resultiert, und den diesbezüglich vom Group Asset/Liability Committee gesteuerten Absicherungsgeschäften geprägt. Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Der Konzern hält materielle Beteiligungen an Gesellschaften außerhalb des Euroraums, die ihr Eigenkapital in der jeweiligen Lokalwährung halten. Ebenso ist ein wesentlicher Teil der Risikoaktiva des Konzerns nicht in Euro denominated. Wechselkursveränderungen führen daher sowohl zu Schwankungen des Eigenkapitals des Konzerns als auch zu Veränderungen des Eigenmittelerfordernisses für das Kreditrisiko.

Um das Währungsrisiko abzusichern, können zwei unterschiedliche Ansätze verfolgt werden:

- **Absoluter Kapitalerhalt:** Diese Hedging-Strategie zielt auf eine Immunisierung des in Lokalwährung gehaltenen Kapitals durch eine entsprechende Gegenposition auf konsolidierter Basis ab. Es bestehen jedoch nicht für alle Währungen Absicherungsmöglichkeiten im erforderlichen Ausmaß, zudem sind derartige Absicherungen aufgrund hoher Zinsdifferenzen wirtschaftlich für manche Währungen nicht sinnvoll.
- **Konstante Kapitalquote:** Ziel dieser Hedging-Strategie ist es, Kernkapital und risikogewichtete Aktiva für jede Währung mit der gewünschten Kernkapitalquote in Einklang zu bringen (d. h. Kapitalüber- oder -unterdeckungen in jeder Währung im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva zu schließen), sodass die Kernkapitalquote bei Währungsschwankungen konstant bleibt.

Der Konzern arbeitet im Währungsrisikomanagement mit dem Ansatz der konstanten Kapitalquote. Bei Veränderungen der Wechselkurse kommt es daher zu absoluten Veränderungen im Eigenkapital, gleichzeitig ändert sich aber auch das Kapitalerfordernis für Kreditrisiken aus Aktiva in Fremdwährungen entsprechend. Das Management dieses Risikos erfolgt in den monatlich stattfindenden Sitzungen des Group Asset/Liability Committee anhand historischer Kursvolatilitäten, Wechselkursprognosen und der Kernkapitalquotensensitivität einzelner Währungen.

Im Folgenden sind die wesentlichen offenen Währungspositionen per 31. Dezember 2016 und die entsprechenden Vergleichswerte des Vorjahres angeführt. Die Beträge beinhalten sowohl Handelspositionen als auch die Kapitalpositionen der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

in € Tausend	2016	2015
ALL	9.238	77.775
BAM	147.906	118.140
BGN	305.709	285.101
BYN	253.524	118.937
CNY	11.637	49.720
CHF	- 240.133	- 13.999
CZK	392.781	231.610
HRK	557.109	398.544
HUF	364.272	169.923
PLN	747.365	734.114
RON	505.480	478.732
RSD	378.831	384.463
RUB	566.157	368.721
UAH	11.036	- 184.372
USD	- 417.224	501.756

Die Veränderungen der UAH- und USD-Position sind auf die geänderte Kapitalposition und Hedging-Strategie zurückzuführen.

Zinsrisiken im Handelsbuch

Die folgenden Tabellen zeigen die größten Barwertveränderungen des Handelsbuchs des Konzerns bei einer parallelen Zinserhöhung um 1 Basispunkt in € Tausend für die Stichtage 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015. Es sind darin Währungen angeführt, bei denen der Absolutwert der Zinssensitivität insgesamt zumindest € 1 Tausend beträgt.

2016 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	- 14	0	- 1	- 1	- 2	- 5	- 5	0	0	0	0	0
CHF	- 9	0	1	- 6	- 9	1	9	- 5	- 1	- 1	1	0
CNY	5	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	26	2	1	7	- 4	0	22	- 4	3	- 2	0	0
EUR	- 162	18	8	- 6	5	- 8	- 37	- 87	37	- 89	10	- 12
HRK	- 14	0	0	- 1	- 4	- 4	- 2	- 3	0	0	0	0
HUF	36	0	- 8	4	14	9	19	0	0	- 2	0	0
NOK	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
PLN	- 10	- 3	4	- 13	- 1	3	5	- 3	- 3	0	0	0
RON	- 24	1	- 3	1	0	- 8	- 5	- 4	- 6	0	0	0
RUB	- 5	- 6	- 7	- 12	16	1	19	3	1	- 20	0	0
UAH	- 5	0	0	0	- 3	- 1	- 1	0	0	0	0	0
USD	- 62	- 16	12	- 19	- 15	- 13	- 3	- 17	- 24	6	15	12
Sonstige	0	- 1	- 1	0	1	0	0	0	1	0	0	0

Die Darstellung der Währungen hat sich im Jahresvergleich abhängig vom Absolutwert der Zinssensitivität verändert.

2015 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-21	0	-2	-1	-4	-2	-11	0	0	0	0	0
BGN	-4	0	0	0	-1	-1	-2	0	0	0	0	0
CHF	2	6	-2	3	-3	-3	1	-4	3	-1	1	0
CNY	12	2	0	10	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	18	-1	9	4	-9	-3	2	5	14	-2	0	0
EUR	-173	-6	-15	-10	-85	-8	56	-40	-88	11	27	-15
GBP	6	0	0	0	1	0	0	0	5	0	0	0
HRK	-12	-1	0	-2	-5	0	-3	0	0	0	0	0
HUF	-8	-2	0	2	0	-2	4	-1	-8	1	0	0
PLN	-4	-4	7	6	-4	-1	2	-10	0	0	0	0
RON	-26	1	-1	0	0	-2	-14	-4	-5	0	0	0
RUB	-9	-2	-2	0	-18	2	-3	1	6	6	0	0
USD	57	0	6	-49	33	-6	-4	38	33	-23	4	25
Sonstige	1	0	0	-1	-2	0	1	0	1	0	1	0

Zinsrisiken im Bankbuch

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im Konzern zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale. Zinsrisiken im Bankbuch bestehen dabei in den Hauptwährungen Euro und US-Dollar sowie in den lokalen Währungen der Konzerngesellschaften in Zentral- und Osteuropa.

Dieses Risiko wird grundsätzlich durch eine Kombination von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften abgesichert, wobei vorwiegend Zinsswaps und - in geringerem Ausmaß - Zinstermingeschäfte und Zinsoptionen zum Einsatz kommen. Das Bilanzstrukturmanagement ist eine Kernaufgabe sowohl des zentralen Bereichs Global Treasury als auch der lokalen Banken, die von Group Asset/Liability Committee unterstützt werden. Sie stützen sich dabei auf Szenarien und Analysen zur Simulation des Zinsertrags, um eine optimale Positionierung im Einklang mit der Zinsmeinung und im Rahmen des Risikoappetits zu gewährleisten.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik besteht ein quartalsweises Berichtswesen an die Aufsichtsbehörde, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Die Barwertveränderung des Bankbuchs des Konzerns bei einer parallelen Zinserhöhung um 1 Basispunkt wird in folgenden Tabellen in € Tausend für die Stichtage 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 dargestellt. Es sind darin Währungen angeführt, bei denen der Absolutwert der Zinssensitivität mindestens € 1 Tausend übersteigt.

2016 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-38	3	-6	-5	-21	-7	-4	0	1	1	0	1
BGN	-11	-2	2	-3	-9	11	42	-22	-14	-11	-4	-1
BYN	-34	-1	-2	-6	-12	-6	-5	-1	-1	0	0	0
CHF	-242	13	4	-1	-4	-4	-5	-22	-60	-109	-48	-7
CNY	-4	-2	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	-49	17	-11	-5	18	42	138	-82	-54	-72	-32	-7
EUR	448	-45	-17	75	135	37	379	370	-141	-201	-64	-79
GBP	-4	-1	0	1	0	0	-1	-1	-2	0	0	0
HRK	-29	2	-1	-5	-22	3	14	-9	-12	3	-1	0
HUF	-107	1	-13	7	1	6	-41	-39	-8	-15	-6	-1
PLN	-51	-6	-25	29	-1	-4	-7	-6	-11	-12	-6	-1
RON	52	-3	0	6	33	31	-6	-4	-2	-1	0	0
RSD	-45	-1	-2	3	-20	-6	-13	-5	0	0	0	0
RUB	-670	12	-16	-25	-193	-121	-90	-80	-85	-62	-8	-2
SGD	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
UAH	-10	1	-1	0	-6	10	-1	-5	-5	-2	0	0
USD	108	28	17	46	23	-1	26	-29	2	29	-5	-28
Sonstige	1	5	-2	-4	-1	-1	0	1	3	0	0	0

Der Anstieg der RUB Zinssensitivitäten hat zwei Gründe:

- Die strategische Investmentposition in der russischen Tochterbank ist ausgeweitet worden
- Die Messmethode wurde auf den Gruppenstandard angepasst in der alle Zins-Cash-Flows in der Messung berücksichtigt werden

Die Darstellung der Währungen hat sich im Jahresvergleich abhängig vom Absolutwert der Zinssensitivität verändert.

2015 in € Tausend	Gesamt	Bis 3 M	> 3 bis 6 M	> 6 bis 12 M	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Mehr als 20 J
ALL	-31	2	-4	-3	-14	-5	-4	-4	0	0	0	0
AUD	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
BAM	2	2	-1	-5	0	0	-1	2	3	1	0	0
BGN	26	-1	0	-7	-2	8	56	-9	-8	-7	-2	0
BYN	-28	0	-1	-8	-10	-5	-2	-1	-1	0	0	0
CHF	-351	15	-3	-20	-9	-6	-18	-15	-71	-138	-71	-13
CNY	2	-4	1	5	0	0	0	0	0	0	0	0
CZK	63	-3	-15	15	22	3	-12	-18	49	14	6	2
EUR	166	-38	-26	92	98	-48	-85	266	261	-218	-48	-88
GBP	-2	1	0	2	0	0	-1	-1	-2	0	0	0
HRK	-21	0	0	0	-11	0	13	-12	-8	-3	0	0
HUF	16	1	-5	12	-5	-13	2	-11	4	22	8	1
PLN	-29	7	24	14	-29	0	-1	-9	-13	-15	-7	-1
RON	45	5	-8	-3	-37	9	95	-9	-5	-1	0	0
RSD	-26	-1	-2	-2	-7	-3	-5	-5	0	0	0	0
RUB	-82	-3	-16	-9	-35	-1	32	-12	-25	-12	-1	0
SGD	-7	1	0	-8	0	0	0	0	0	0	0	0
UAH	-1	-1	0	-1	-3	3	9	-4	-4	-1	0	0
USD	84	17	19	43	-30	33	-7	6	9	8	-3	-10
Sonstige	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0

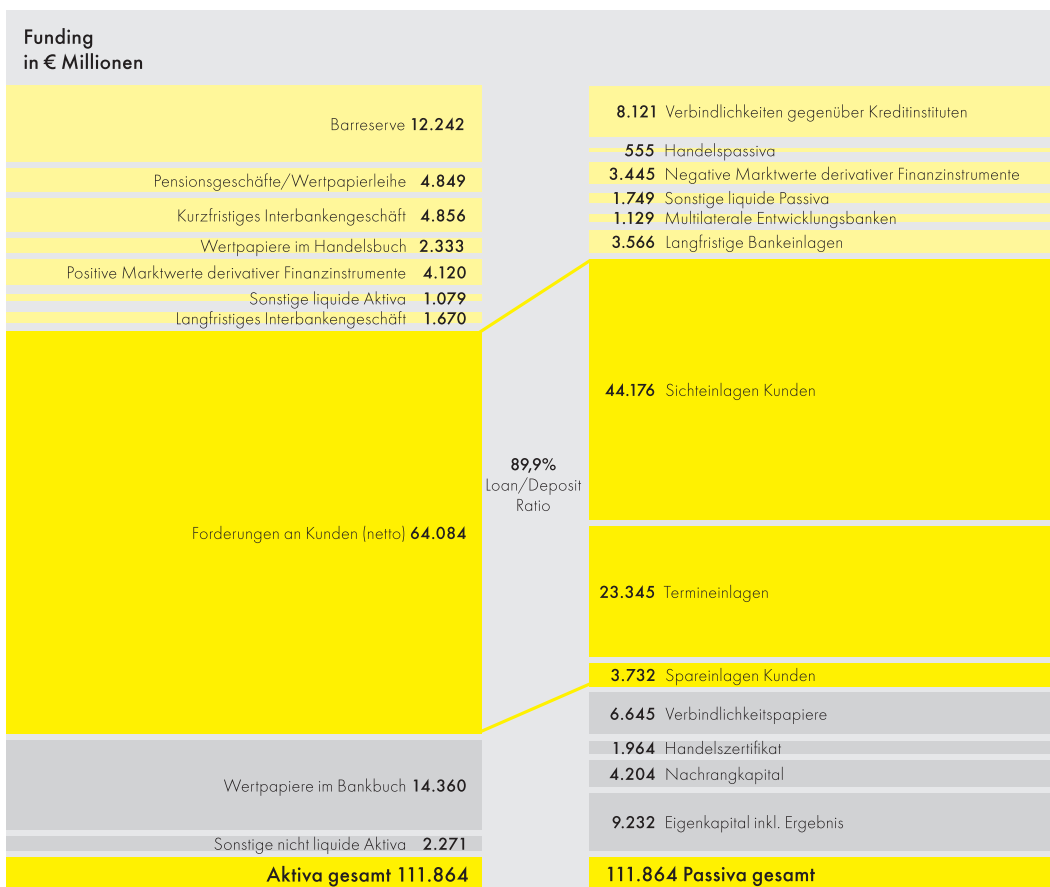
Credit-Spread-Risiken

Das Marktrisikosteuerungssystem berücksichtigt zeitabhängige Anleihe- und CDS-Spread-Kurven als Risikofaktoren für die Ermittlung von Credit-Spread-Risiken. Umfasst sind alle Kapitalmarktinstrumente des Handels- und Bankbuchs.

Liquiditätsmanagement

Fundingstruktur

Die Fundingstruktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf des Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüberhinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen-Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Konzerneinheiten sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inkl. Supranationalen). Die Konzerneinheiten nutzen auch Interbankenkredite mit Drittbanken, teilweise aufgrund knapper Länderlimite und teilweise aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



ÜBER DIE RBI

KONZERNLAGEBERICHT

SEGMENTBERICHT

Grundsätze

Das interne Liquiditätsmanagement stellt einen wesentlichen Geschäftsprozess innerhalb der allgemeinen Banksteuerung dar, da es die kontinuierliche Verfügbarkeit von Mitteln sicherstellt, die zur Deckung von Forderungen im Tagesgeschäft benötigt werden.

Die Liquiditätsadäquanz wird sowohl aus ökonomischer als auch aus regulatorischer Sicht gewährleistet. Im Hinblick auf die ökonomische Dimension hat der Konzern ein Governance-Rahmenwerk festgelegt, das interne Grenzwerte und Steuerungsmaßnahmen umfasst und den vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht festgelegten „Grundsätzen für eine solide Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos“ (Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision) sowie der von der österreichischen Regulierungsbehörde ausgegebenen Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung (KI-RMV) folgt.

Die regulatorische Komponente wird sowohl durch die Einhaltung der Berichterstattungsanforderungen im Rahmen von Basel III (Mindestliquiditätsquote bzw. Liquidity Coverage Ratio, strukturelle Liquiditätsquote bzw. Net Stable Funding Ratio und zusätzliche Kennzahlen zur Liquiditätsüberwachung bzw. Additional Liquidity Monitoring Metrics) als auch durch die Einhaltung der regulatorischen Grenzwerte abgedeckt. Darüber hinaus gelten für einige Einheiten des Konzerns zusätzliche, von den lokalen Aufsichtsbehörden festgelegte Liquiditäts- und Berichterstattungsanforderungen.

Organisation und Verantwortung

Die Verantwortung zur Gewährleistung einer angemessenen Liquiditätsausstattung obliegt dem gesamten Vorstand. Die in ihrer Funktion verantwortlichen Vorstandsmitglieder sind der Chief Financial Officer (Treasury) und der Chief Risk Officer (Risk Controlling). Entsprechend werden die Prozesse im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko im Wesentlichen von zwei Bereichen innerhalb der Bank ausgeführt: Einerseits steuern Treasury Einheiten die Liquiditätsrisikopositionen innerhalb der von Entscheidungsgremien festgelegten Strategie, Richtlinien und Parameter, andererseits werden diese von unabhängigen Einheiten des Bereichs Risk Controlling überwacht und unterstützt. Die Risiko-Einheiten messen und modellieren Liquiditätsrisikopositionen, legen Limite fest und kontrollieren deren Einhaltung. Neben den beschriebenen Linienfunktionen bestehen in allen Konzerneinheiten Aktiv-/Passiv-Managementkomitees (Asset/Liability Committees, ALCOs). Diese Komitees fungieren als Entscheidungsgremien im Hinblick auf alle Angelegenheiten, die sich auf das Management der Liquiditätsposition und der Bilanzstruktur einer Einheit auswirken, ein-

KONZERNABSCHLUSS

SERVICE

schließlich der Festlegung von Strategien und Richtlinien zur Behandlung von Liquiditätsrisiken. Die ALCOs fällen Entscheidungen und berichten den jeweiligen Vorständen mindestens monatlich mittels standardisierter Liquiditätsrisikoberichte. Auf Konzernebene übernimmt diese Funktion das Gruppen-ALCO. Die Tätigkeiten von Treasury und die entsprechenden ALCO-Entscheidungen gründen sich hauptsächlich auf konzernweite, standardisierte Gruppenvorgaben und ihre lokalen Ergänzungen, die regionale Besonderheiten berücksichtigen.

Liquiditätsstrategie

Das Treasury ist zur Einhaltung bestimmter Performance-Kennzahlen und risikobasierter Grundsätze verpflichtet. Die aktuellen Performance-Kennzahlen umfassen allgemeine Ziele, z.B. für die Rendite auf das risikoadjustierte Kapital (Return on Risk Adjusted Capital, RoRAC) oder Deckungsbeiträge. Dazu kommen spezifische Treasury-Ziele zur Liquidität wie eine Mindestüberlebensdauer in definierten Stressszenarien oder die Diversifizierung der Finanzierungsstruktur. Neben der Erwirtschaftung eines Strukturbeitrags mittels Fristentransformation, die das von der Bank eingegangene Liquiditäts- und Marktrisiko widerspiegelt, hat Treasury bei der Bilanzsteuerung eine umsichtige und nachhaltige Risikopolitik zu verfolgen. Zu den strategischen Zielen zählen eine Verringerung des Fundings der Muttergesellschaft an die Konzerntöchter, eine weitere Stabilisierung der Einlegerbasis und eine durchgehende Einhaltung der regulatorischen Anforderungen sowie der internen Vorgaben und Limite.

Liquidity Risk Framework

Auf Grundlage von bestimmten Modellannahmen werden regulatorische und interne Liquiditätsberichte und -quoten erstellt und festgelegt. Während die regulatorischen Berichte gemäß den Vorgaben der Behörden erstellt werden, gründen sich die internen Berichte auf Annahmen anhand von empirischen Beobachtungen.

Der Konzern verfügt über eine solide Datenbasis sowie Expertenwissen zur Vorhersage von Kapitalflüssen, die sich aus allen wesentlichen Bilanzposten und außerbilanziellen Positionen ergeben. Die Modellierung von Liquiditätszu- und -abflüssen erfolgt in einer angemessen detaillierten Art und Weise, wobei zumindest zwischen Produkten, Kundensegmenten sowie gegebenenfalls Währungen unterschieden wird. In die Modellierung der Retail- und Firmenkundeneinlagen fließen Annahmen bezüglich der Verweildauer der Einlagen nach Laufzeitende ein. Die Modellannahmen sind umsichtig, so dass beispielsweise nicht von einem „Rollover“ der Einlagen von Finanzinstituten ausgegangen wird und alle Finanzierungskanäle sowie der Liquiditätspuffer gleichzeitig gestresst werden, ohne Berücksichtigung der abschwächenden Auswirkungen von Diversifizierung.

Die Eckpfeiler des ökonomischen Liquidity Risk Frameworks sind das Going Concern (GC) und das Time to Wall Szenario (TTW). Der Going Concern Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, welche den Konzern in einem normalen Geschäftsumfeld („business as usual“) belasten könnten. Die Going Concern Modelle sind zudem die wesentlichsten Inputfaktoren für den Kostenbeitrag für den Transfer von Mitteln innerhalb der Bank (Funds Transfer Pricing Model). Der Time to Wall Bericht wiederum zeigt die Überlebensdauer unter bestimmten nachteiligen Szenarien und Stressannahmen (Markt-, Namens- und Kombinierte Krise) auf und legt die Mindesthöhe des Liquiditätspuffers (bzw. der Ausgleichskapazität) des Konzerns und seiner einzelnen Einheiten fest.

Die Modellierung der Liquiditätsszenarien erfolgt mittels einer gruppenweiten Methodik, die lokale Spezifika berücksichtigt, sofern diese durch Einflussfaktoren wie das Markt- oder das rechtliche Umfeld oder bestimmte Geschäftsmerkmale gerechtfertigt sind; die Berechnung erfolgt in der Konzernzentrale. Bei der Modellierung von Liquiditätszu- und -abflüssen wird zumindest zwischen Produkten, Kundensegmenten sowie gegebenenfalls zwischen einzelnen Währungen unterschieden. Für Produkte ohne vertragliche Laufzeit wird die Verteilung der Liquiditätszuflüsse und Abflüsse unter Verwendung einer „Geometrischen Brownschen Bewegung“ ermittelt, welche statistische Prognosen zu den zukünftigen Tagessalden von der beobachteten und exponentiell gewichteten historischen Volatilität der entsprechenden Produkte ableitet.

Das Liquiditätsrisikorahmenwerk wird sowohl auf Konzern- als auch auf Ebene der einzelnen Einheiten kontinuierlich weiterentwickelt. In mehreren konzernweiten Projekten wird die technische Infrastruktur ausgebaut und die Datenverfügbarkeit verbessert, um den neuen Berichterstattungs- und Managementanforderungen in diesem Risikobereich gerecht zu werden.

Risikoappetit und Liquiditätslimite

Die Liquiditätsposition wird auf Konzern- und auf Ebene der einzelnen Einheiten überwacht und durch ein umfassendes Limitsystem eingegrenzt. Die Limite werden sowohl im Hinblick auf ein reguläres Geschäftsumfeld als auch für Stressszenarien festgelegt. Entsprechend dem definierten Risikoappetit muss jede Konzerneinheit in einem schweren, kombinierten Stressszenario (Namens- und Marktstress) eine Überlebensdauer von bis zu 90 Tagen (TTW) aufweisen. Dies lässt sich entweder durch ein strukturell positives Liquiditätsprofil oder einen ausreichend hohen Liquiditätspuffer gewährleisten. In einem regulären Geschäftsumfeld (GC) muss die Fristentransformation auf mittlere Sicht vollständig vom verfügbaren Liquiditätspuffer abgedeckt werden. Das heißt, dass die kumulierte Liquiditätsposition über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr positiv sein muss. Auf lange Sicht (ein Jahr und länger) ist die Fristentransformation bis zu einem gewissen Grad gestattet. Diese Grenzwerte bei internen Modellen werden durch Limite zur Einhaltung regulatorischer Liquiditätsquoten, wie z.B. die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR), ergänzt. Alle Grenzwerte müssen täglich eingehalten werden.

Liquiditätsüberwachung

Die Bank verwendet eine Reihe maßgeschneiderter Messinstrumente und Frühwarnindikatoren, die dem Vorstand und der Unternehmensführung zeitnahe und vorausschauende Informationen zur Verfügung stellen. Die Einhaltung des Liquiditätsrisikorahmenwerks stellt sicher, dass die Bank ihre Geschäftstätigkeit auch unter großem Stress fortführen kann.

Die Überwachung und die Berichterstattung zur Einhaltung der Limite erfolgt regelmäßig und effektiv, und die entsprechenden Eskalationskanäle funktionieren und werden wie vorgesehen eingesetzt. Die festgesetzten Limite werden konzernweit allgemein sehr diszipliniert eingehalten, und jeder Verstoß seitens der Konzerneinheiten wird an das Konzern-ALCO berichtet und eskaliert, wo in Absprache mit der betreffenden Einheit angemessene Schritte unternommen oder strittige Angelegenheiten weiter an die verantwortliche höhere Instanz eskaliert werden.

Liquiditätsstresstest

Stresstests werden täglich für die einzelnen Konzerneinheiten und für den „Liquiditätsverbund Wien“ (bestehend aus Raiffeisen Bank International AG, Wien, ZUNO BANK AG, Wien, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien, RB International Finance (USA) LLC, New York, Raiffeisen Centrobank AG, Wien) sowie wöchentlich auf Konzernebene durchgeführt. Die Tests decken drei Szenarien (Markt-, Namens- und Kombinierte Krise) ab, berücksichtigen die Auswirkungen der Szenarien für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten und verdeutlichen, dass Stressereignisse gleichzeitig zu zeitkritischem Liquiditätsbedarf in mehreren Währungen führen können. Die Stressszenarien beziehen die wesentlichen Funding- und Marktliquiditätsrisiken ein, ohne vorteilhafte Diversifizierungseffekte zu berücksichtigen, d.h., dass alle Netzwerkeinheiten in den Stresstests des Konzerns einzeln einer ausgeprägten kombinierten Krise für all ihre wesentlichen Produkte gleichzeitig unterzogen werden. Die Ergebnisse der Stresstests werden den Kreditrisiko- sowie Finanzvorständen und anderen Mitgliedern der Unternehmensführung wöchentlich gemeldet, stellen einen wesentlichen Bestandteil der monatlichen ALCO-Sitzungen dar und fließen in die strategische Planung sowie die Notfallplanung der Bank ein.

Bei der Festlegung von Abflussquoten, die auf historischen Daten und Expertenmeinungen basieren, wird ein konservativer Ansatz verfolgt: Die Simulation geht von fehlendem Zugang zum Geld- oder Kapitalmarkt sowie gleichzeitig von erheblichen Abflüssen von Kundeneinlagen aus. In dieser Hinsicht wird auch das Einlagenkonzentrationsrisiko berücksichtigt, indem Großkunden sogar noch höhere Abflussquoten zugewiesen werden. Darüber hinaus werden Stressannahmen für die Inanspruchnahme von Garantien und Kreditverbindlichkeiten formuliert. Des Weiteren werden die Liquiditätspufferpositionen durch Haircuts angepasst, um das Risiko nachteiliger Marktbewegungen abzudecken, und die potenziellen Abflüsse infolge besicherter derivativer Geschäfte geschätzt. Die Bank kontrolliert kontinuierlich, ob die formulierten Stressannahmen nach wie vor angemessen sind oder neue Risiken berücksichtigt werden müssen. Das Time to Wall Konzept hat sich als Hauptsteuerungsinstrument für das tägliche Liquiditätsmanagement etabliert und ist daher zentraler Bestandteil der Fundingplanung und der Budgetierung und ist wesentlich für die Festlegung von Performance-Kennzahlen im Hinblick auf die Liquidität.

Liquiditätspuffer

Wie die täglichen Liquiditätsrisikoberichte aufzeigen, unterhält und verwaltet jede Konzerneinheit aktiv Liquiditätspuffer, einschließlich erstklassiger liquider Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA), die stets umfangreich genug sind, um die in Krisenszenarien erwarteten Nettoabflüsse abzudecken. Der Konzern verfügt über umfangreiche unbelastete und liquide Wertpapierbestände und bevorzugt für Tender-Transaktionen der Zentralbank in Frage kommende Papiere, um ausreichend Liquidität in verschiedenen Währungen zu gewährleisten. Jede Konzerneinheit stellt die Verfügbarkeit von Liquiditätspuffern sicher, testet ihre Fähigkeit, Zentralbankmittel in Anspruch zu nehmen, bewertet durchgehend ihre Sicherheitenpositionen im Hinblick auf deren Marktwert und Belastung und prüft ihre Ausgleichskapazität, einschließlich des gesicherten und ungesicherten Fundingpotenzials und der Liquidierbarkeit der Assets.

In der Regel wird ein Haircut auf alle Positionen des Liquiditätspuffers angewandt. Diese Haircuts setzen sich aus einem marktrisikospezifischen und einem Zentralbankhaircut zusammen. Während der Haircut des Marktrisikos die potenzielle Kursvolatilität der Wertpapiere auf der Aktivseite im Liquiditätspuffer darstellt, stellt der Haircut der Zentralbank den zusätzlichen Haircut seitens der Zentralbank für jedes einzelne in Frage kommende und als Sicherheit angebotene Wertpapier dar.

Notfall-Fundingplan

Unter erschwerten Liquiditätsbedingungen gehen die Einheiten zu einer Krisenorganisation über, in welcher sie vordefinierte Liquiditätsnotfallpläne verfolgen. Diese Notfallpläne stellen ebenfalls einen Bestandteil des Liquiditätsmanagement-Rahmens dar und sind für alle wesentlichen Konzerneinheiten obligatorisch. Der Notfallmanagement-Prozess ist so konzipiert, dass der Konzern selbst in ersten Krisensituationen eine starke Liquiditätsposition beibehalten kann.

Verbindlichkeitenstruktur und Liquiditätsposition

Das Konzernfunding gründet sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen und wird durch Wholesale Funding – hauptsächlich über die Konzernzentrale und die Konzerneinheiten – ergänzt. Die Fundinginstrumente sind angemessen diversifiziert und kommen

regelmäßig zum Einsatz. Die Fähigkeit zur Beschaffung von Mitteln wird von den Treasury-ALM-Einheiten und den ALCOs genau überwacht und beurteilt.

Der Liquiditätsüberschuss des Konzerns lag im vergangenen Jahr und bis zum jetzigen Zeitpunkt deutlich über allen regulatorischen und internen Grenzwerten. Das Ergebnis des internen Time to Wall Stresstests macht deutlich, dass der Konzern die modellierte Stressphase von 90 Tagen selbst ohne die Anwendung von Notfallmaßnahmen durchgehend überstehen würde.

Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Tausend Laufzeit	2016		2015	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	21.066.192	24.517.362	19.783.414	23.430.660
Liquiditäts-Ratio	160%	131%	147%	127%

Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR)

Die Liquiditätsdeckungsquote erfordert eine kurzfristige Belastbarkeit von Banken. Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstressszenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben.

2016 lag das regulatorische LCR Limit bei 70 Prozent, dieses wird schrittweise auf 100 Prozent bis 2018 angehoben.

in € Tausend	2016	2015
Durchschnittliche liquide Aktiva	12.976.791	17.898.255
Netto-Abflüsse	7.071.013	9.901.948
Zuflüsse	11.185.616	10.394.364
Abflüsse	18.256.629	20.296.311
Liquidity Coverage Ratio	184%	181%

Im Jahresvergleich ist die LCR 2016 leicht angestiegen, was einerseits durch die Implementierung der Ziele aus dem Transformationsprogramm, andererseits durch die Strategie, eine höhere Liquiditätsposition während der geplanten Umstrukturierung der Gruppe zu halten, begründet ist. Das HQLA Portfolio wurde dadurch verringert, dass EZB Fazilitäten durch Repos ersetzt wurden. Die Nettoabflüsse sind aufgrund geringerer Einlagen von Kreditinstituten, außerplanmäßig hoher Kundeneinlagen und außerplanmäßig niedriger Kreditvergaben zurückgegangen.

Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Dieses Verhältnis sollte kontinuierlich mindestens 100 Prozent betragen, wenngleich noch kein regulatorisches Limit festgelegt wurde. „Verfügbare stabile Refinanzierung“ wird definiert als der Teil von Eigen- und Fremdmitteln, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle ist. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig.

Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding Position. Die regulatorischen Vorschriften werden derzeit von den Aufsichtsbehörden überarbeitet.

in € Tausend	2016
Erforderliche strukturelle Liquidität	73.729.744
Vorhandene strukturelle Liquidität	86.230.087
Net Stable Funding Ratio	117%

Auf Grund der eingeschränkten Vergleichbarkeit wird die NSFR für das Jahresende 2015 nicht dargestellt.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Strukturelle Liquiditätsrisiken werden vor allem durch eine Änderung in der Risikostrategie der Kreditgeber oder durch eine Bonitätsverschlechterung eines sich refinanzierenden Instituts ausgelöst. Die Refinanzierungskosten und -möglichkeiten steigen und fallen mit den geforderten Risikoprämien, die sowohl markt- als auch institutsspezifisch schwanken.

Die langfristige Refinanzierungsmöglichkeit ist somit von der generellen Wiederherstellung des Vertrauens in Banken und dem verstärkten Bemühen um Spareinlagen abhängig. Die RBI AG refinanziert sich dabei einerseits durch Geld- und Kapitalmarkttransaktionen und andererseits aus dem Retail-Geschäft der Tochterbanken. Sie ist die zentrale Liquiditätsausgleichsstelle für die verschiedenen lokalen Konzerngesellschaften in Zentral- und Osteuropa.

Im Refinanzierungsplan des Konzerns wird spezielles Augenmerk auf eine ausgewogene Finanzierungsstruktur gelegt, um das strukturelle Liquiditätsrisiko zu kontrollieren. Im Konzern werden dabei Gelder nicht nur durch die RBI AG als Konzernspitze, sondern auch von vielen Tochterbanken aufgenommen. Dies wird durch ein gemeinsames Konzept koordiniert und optimiert. Darüber hinaus ermöglicht die RBI AG die mittel- und langfristige Mittelaufnahme ihrer Töchter im Weg von syndizierten Krediten, bilateralen Bankrefinanzierungen und Globaldarlehen supranationaler Institutionen. Diese Refinanzierungsquellen werden durchwegs auf Basis langjähriger Geschäftsbeziehungen genutzt.

Zur Steuerung und aktiven Begrenzung des Liquiditätsrisikos berücksichtigen die Zielvorgaben für die Loan/Deposit Ratios (Verhältnis von Kundenforderungen zu Kundeneinlagen) in den einzelnen Tochterbanken sowohl das geplante zukünftige Geschäftsvolumen als auch die Möglichkeiten zur Stärkung der Einlagenbasis in den jeweiligen Ländern. Dies verringert einerseits den externen Refinanzierungsbedarf für den Konzern und andererseits die Notwendigkeit konzerninterner Liquiditätstransfers sowie das damit verbundene Risiko.

Die Analyse der vereinbarten vertraglichen Zahlungsströme für die Finanzverbindlichkeiten ergibt folgende Laufzeiten:

2016 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Verbindlichkeiten	98.488.181	105.586.892	70.187.335	13.106.947	15.869.512	6.423.093
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.816.475	16.405.878	6.505.140	2.575.320	5.124.414	2.201.003
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71.538.226	73.358.262	60.881.071	7.758.164	3.532.505	1.186.522
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.645.127	7.167.793	979.807	2.410.159	3.061.778	716.049
Sonstige Passiva	3.284.660	3.702.007	1.786.696	227.750	1.311.615	375.943
Nachrangkapital	4.203.693	4.952.952	34.621	135.554	2.839.200	1.943.576
Derivative Verbindlichkeiten	3.387.282	8.109.383	4.123.582	1.700.682	1.717.117	568.004
Derivate im Handelsbuch	2.600.333	6.292.952	3.157.018	1.533.305	1.139.389	463.241
Derivate in Sicherungsbeziehungen	425.415	272.198	15.711	29.287	222.309	4.891
Sonstige Derivate	361.534	1.544.233	950.853	138.090	355.419	99.872
Kreditderivate	0	0	0	0	0	0
Eventualverpflichtungen	9.055.448	1.558.439	856.711	424.683	239.507	37.538
Avalkredite	5.397.891	288.391	82.608	65.511	103.361	36.911
Sonstige Bürgschaften	2.626.370	199.050	85.802	68.599	44.022	627
Akkreditive	993.936	1.033.747	651.050	290.573	92.124	0
Sonstige Eventualverpflichtungen	37.251	37.251	37.251	0	0	0
Kreditrisiken	10.174.261	10.615.520	4.701.813	1.074.241	4.426.760	412.706
Unwiderrufliche Kreditzusagen	10.174.261	10.615.520	4.701.813	1.074.241	4.426.760	412.706

2015 in € Tausend	Buchwert	Vertragliche Zahlungsströme	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Nicht derivative Verbindlichkeiten	100.184.302	107.569.572	70.296.120	14.584.917	17.454.182	5.234.353
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.369.175	21.105.519	10.315.690	3.402.338	5.848.589	1.538.902
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	68.990.887	70.689.215	57.806.203	9.483.172	3.066.938	332.902
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.501.593	8.502.892	794.522	1.425.090	5.615.737	667.543
Sonstige Passiva	3.158.294	2.141.903	1.349.992	125.481	493.571	172.858
Nachrangkapital	4.164.353	5.130.043	29.713	148.836	2.429.347	2.522.148
Derivative Verbindlichkeiten	4.927.492	10.705.247	3.658.348	2.100.882	3.292.865	1.653.151
Derivate im Handelsbuch	3.943.192	8.706.683	3.020.170	1.805.114	2.321.286	1.560.113
Derivate in Sicherungsbeziehungen	434.791	261.216	29.385	13.782	243.506	- 25.457
Sonstige Derivate	549.355	1.737.142	608.725	281.848	728.073	118.495
Kreditderivate	154	206	68	138	0	0
Eventualverpflichtungen	9.386.509	1.082.964	573.621	306.735	163.070	39.538
Avalkredite	4.954.980	164.257	70.380	70.545	21.413	1.919
Sonstige Bürgschaften	2.985.994	203.408	99.820	68.501	34.466	621
Akkreditive	1.237.908	676.857	401.977	167.689	107.191	0
Sonstige Eventualverpflichtungen	207.627	38.442	1.444	0	0	36.998
Kreditrisiken	9.980.036	9.525.946	4.826.324	1.331.788	3.108.622	259.211
Unwiderrufliche Kreditzusagen	9.980.036	9.525.946	4.826.324	1.331.788	3.108.622	259.211

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z. B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, verhaltensbedingte Schäden, Modellfehler, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren, einschließlich Sachschäden und Betrugsabsichten, kontrolliert und gesteuert.

Die Analyse und Steuerung dieser Risiken erfolgt basierend auf der eigenen historischen Verlustdatensammlung und der Ergebnisse der Risikobeurteilung.

Analog zu den anderen Risikoarten gilt im Konzern auch für das operationelle Risiko das Prinzip der Funktionstrennung in Risikomanagement und -controlling. Dazu werden für jeden Geschäftsbereich Personen als sogenannte Operational Risk Manager nominiert und geschult. Operational Risk Manager berichten Risikoeinschätzungen, Schadensfälle, Indikatoren und Maßnahmen an das zentrale Operational Risk Controlling. Sie werden dabei von Dedicated Operational Risk Specialists (DORS) unterstützt.

Die Risikocontrolling-Einheiten für operationelles Risiko verantworten das Reporting, die Implementierung des Rahmenwerkes, Entwicklung der Steuerungsmaßnahmen und die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben. Im Rahmen des jährlichen Risikomanagementzyklus koordinieren diese auch die Teilnahme der relevanten Second Line of Defence Bereiche (Financial Crime Management, Compliance, Vendor Management, Outsourcing Management, Insurance Management, Informationssicherheit, Physische Sicherheit, BCM, Internes Kontrollsystem) und der gesamten First Line of Defence Ansprechpartner (Operational Risk Manager).

Risikoidentifikation

Ein wesentlicher Schritt in der Steuerung von operationellen Risiken ist die Identifikation und Beurteilung von Risiken, die den Fortbestand des Konzerns gefährden würden (allerdings nur mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit eintreten), und von anderen Bereichen, in denen Verluste häufiger auftreten (allerdings nur mit geringer Schadenshöhe).

Die Beurteilung der operationellen Risiken erfolgt in der Gruppe in strukturierter Form nach Kategorien wie Geschäftsprozessen und Ereignistypen durch Risikoassessments, ebenso wird für alle Neuprodukte ein Risikoassessment durchlaufen. Alle Konzerneinheiten bewerten die Auswirkung von wahrscheinlichen Ereignissen mit geringer Verlusthöhe (High Probability/Low Impact) und unwahrscheinlichen Ereignissen mit großem Verlustpotenzial (Low Probability/High Impact) bezogen auf einen einjährigen bzw. zehnjährigen Zeithorizont. Die Low-Probability/High-Impact-Ereignisse werden in einem konzernweiten Analysetool (Szenarien) gemessen. Welche Fälle detailliert behandelt werden, bestimmen das interne Risikoprofil, die aufgetretenen Schäden und externe Änderungen.

Überwachung

Für die Überwachung der operationellen Risiken werden Frühwarnindikatoren (Early Warning Indicators) verwendet, die eine zeitnahe Erkennung und Minderung von Verlusten ermöglichen.

Die Erfassung von operationellen Schäden erfolgt strukturiert und konzernweit in der zentralen Datenbank ORCA (Operational Risk Controlling Application) mit entsprechender Untergliederung nach Geschäftsfeld und Ereignistyp. Neben den Anforderungen zum internen und externen Reporting dienen die Schadensfälle zum Austausch mit internationalen Verlustdatenbanken zur Weiterentwicklung der eingesetzten Messmethoden sowie zur Weiterverfolgung von Maßnahmen und der Kontrolleffektivität. Der Konzern ist seit 2010 Teilnehmer im ORX-Datenkonsortium (Operational Riskdata Exchange Association), dessen Daten aktuell zu internen Benchmarking-Zwecken und Analysen, sowie als Teil des Operational Risk Modells herangezogen werden. Beim ORX-Datenkonsortium handelt es sich um einen Zusammenschluss von Banken- und Versicherungsgruppen für statistische Zwecke. Die Ergebnisse der Analysen sowie Vorfälle aus operationellen Risiken werden in umfassender Weise regelmäßig dem relevanten Operational Risk-Management-Komitee berichtet.

Messung und Risikoreduktion

Seit Oktober 2016 unterlegt der Konzern für einen signifikanten Teil des Konzerns den Eigenmittelbedarf aufgrund des Fortgeschrittenen Ansatzes (AMA). Dies inkludiert Einheiten in Bulgarien, Rumänien, Russland, der Slowakei und wesentliche Banken in Österreich (Raiffeisen Bank International AG, Wien, Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien, Raiffeisen Centrobank AG, Wien). Für die Unterlegung des operationellen Risikos der verbleibenden Einheiten im CRR-Konsolidierungskreis wird nach wie vor der Standardansatz (STA) verwendet.

Um das operationelle Risiko zu reduzieren, werden durch die Geschäftsbereichsleiter vorbeugende Maßnahmen zur Risikoreduktion und zum Risikotransfer gesetzt und deren Fortschritt und Wirkungsgrad vom Risikocontrolling überwacht. Erstere entwickeln auch Krisenpläne und bestimmen Personen oder Abteilungen, welche die notwendigen Maßnahmen einleiten, falls Schadensfälle tatsächlich eintreten. Weiters unterstützen mehrere spezialisierte Organisationseinheiten die Geschäftsbereiche bei der Vermeidung von operationellen Risiken. Eine wesentliche Rolle im Zusammenspiel mit den Tätigkeiten aus dem operationellen Risiko nimmt das Financial Crime Management ein. Das Financial Crime Management unterstützt bei der Prävention und Identifikation von Betrugsfällen. Der Konzern führt auch laufend umfangreiche Mitarbeiterschulungen durch und verfügt über verschiedenste Notfallpläne und Back-up-Systeme.

Sonstige Angaben

(43) Treuhandgeschäfte

In der Bilanz nicht ausgewiesene Treuhandgeschäfte waren am Bilanzstichtag mit folgenden Volumina abgeschlossen:

in € Tausend	2016	2015
Forderungen an Kreditinstitute	0	11.168
Forderungen an Kunden	249.078	274.912
Wertpapiere und Beteiligungen	7.091	7.091
Sonstiges Treuhandvermögen	68.651	52.860
Treuhandvermögen	324.821	346.031
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	136.611	148.028
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	112.467	143.252
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	75.742	54.751
Treuhandverbindlichkeiten	324.821	346.031

Die Treuhanderträge und die Treuhandaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2016	2015
Treuhanderträge	15.083	13.248
Treuhandaufwendungen	- 53	- 352

Die folgende Tabelle enthält das vom Konzern verwaltete Fondsvermögen:

in € Tausend	2016	2015
Publikumsfonds	5.265.851	4.860.389
Aktien- und gemischte Fonds	4.279.473	3.813.056
Anleihedfonds	719.722	751.719
Sonstige	266.656	295.614
Spezialfonds	0	61.207
Immobilienfonds	244.036	242.143
Gesamt	5.509.887	5.163.739

(44) Finanzierungsleasing

in € Tausend	2016	2015
Bruttoinvestitionswert	2.039.604	3.519.290
Mindest-Leasingzahlungen	1.998.311	3.479.369
Bis 3 Monate	205.087	375.659
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	433.267	858.544
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.130.489	1.929.385
Mehr als 5 Jahre	229.467	315.782
Nicht garantierte Restwerte	41.293	39.921
Unrealisierter Finanzertrag	205.850	361.405
Bis 3 Monate	27.548	47.433
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	52.189	95.063
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	104.064	181.878
Mehr als 5 Jahre	22.049	37.031
Nettoinvestitionswert	1.833.754	3.157.885

Der Rückgang des Nettoinvestitionswerts im Finanzierungsleasing ist im Wesentlichen auf den Verkauf der Leasinggesellschaft in Polen zurückzuführen. Die Wertberichtigungen auf uneinbringliche Mindest-Leasingzahlungen verringerten sich ebenfalls auf € 9.633 Tausend (2015: € 65.618 Tausend).

Die im Rahmen des Finanzierungsleasings finanzierten Vermögenswerte verteilen sich wie folgt:

in € Tausend	2016	2015
Kraftfahrzeugleasing	929.756	1.869.112
Immobilienleasing	367.469	694.080
Mobilienleasing	536.529	594.693
Gesamt	1.833.754	3.157.885

(45) Operating Leasing

Operating Leasing aus der Sicht des Leasinggebers

Die zukünftigen Leasingzahlungen im Rahmen unkündbarer operativer Leasingverträge stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Bis 1 Jahr	31.285	35.552
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	51.568	65.200
Mehr als 5 Jahre	694	1.991
Gesamt	83.547	102.743

Operating Leasing aus der Sicht des Leasingnehmers

Die zukünftigen Leasingzahlungen im Rahmen unkündbarer operativer Leasingverträge stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Bis 1 Jahr	62.876	77.938
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	125.060	149.314
Mehr als 5 Jahre	30.962	36.687
Gesamt	218.898	263.938

(46) Sonstige Angaben gemäß BWG

Geografische Märkte

2016 Monetäre Werte in € Tausend	Betriebserträge	davon Zinsüberschuss	Ergebnis vor Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag	Mitarbeiter zum Stichtag
Zentraleuropa	1.016.411	629.441	354.356	- 63.524	9.051
Slowakei	426.552	274.774	165.670	- 36.743	3.910
Tschechische Republik	380.460	247.177	136.234	- 26.920	3.158
Ungarn	209.896	106.635	52.453	139	1.983
Südosteuropa	1.202.953	738.218	362.627	- 61.919	14.831
Albanien	77.872	55.632	- 32.250	- 289	1.291
Bosnien und Herzegowina	106.407	67.007	34.777	- 5.640	1.268
Bulgarien	156.359	111.909	77.896	- 7.390	2.569
Kroatien	224.427	126.379	77.910	- 18.711	2.128
Kosovo	48.786	37.577	19.826	- 2.371	731
Rumänien	462.719	259.239	125.492	- 21.036	5.322
Serbien	126.434	80.434	58.976	- 6.483	1.522
Osteuropa	1.314.919	866.320	649.271	- 125.685	17.827
Belarus	184.894	127.918	95.135	- 22.837	2.005
Kasachstan	396	468	113	- 65	7
Russland	869.097	566.773	404.235	- 87.795	7.742
Ukraine	260.532	171.071	149.788	- 14.989	8.073
Non-Core	479.564	330.777	- 203.041	- 40.609	4.573
Asien	28.256	37.484	- 198.027	- 1.040	108
Polen	413.509	262.473	46.710	- 40.794	4.242
Slowenien	9.069	3.495	1.114	- 475	16
USA	17.597	14.071	- 36.671	1.708	32
ZUNO	11.134	13.253	- 16.168	- 8	175
Konzernzentrale und andere	1.180.436	736.454	152.888	- 20.245	2.274
Überleitung	- 502.061	- 365.781	- 430.504	0	0
Gesamt	4.692.222	2.935.429	885.598	- 311.982	48.556

2015 Monetäre Werte in € Tausend	Betriebserträge	davon Zinsüberschuss	Ergebnis vor Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag	Mitarbeiter zum Stichtag
Zentraleuropa	1.048.134	654.409	309.943	- 65.813	8.623
Slowakei	465.516	298.189	164.078	- 40.023	3.854
Tschechische Republik	362.680	234.950	127.100	- 25.251	2.753
Ungarn	220.112	120.892	18.765	- 539	2.016
Südosteuropa	1.213.972	780.220	260.174	- 32.686	15.041
Albanien	90.430	69.880	14.872	- 2.428	1.349
Bosnien und Herzegowina	103.914	66.066	36.346	- 4.169	1.311
Bulgarien	158.217	116.144	34.275	- 3.410	2.546
Kroatien	232.475	135.882	- 14.028	2.746	2.133
Kosovo	49.434	39.675	21.703	- 2.278	715
Rumänien	446.533	263.938	118.935	- 18.933	5.437
Serbien	133.352	88.637	48.072	- 4.214	1.550
Osteuropa	1.360.673	948.557	549.515	- 127.589	19.369
Belarus	256.348	124.975	156.759	- 38.185	2.086
Kasachstan	2.985	863	406	185	9
Russland	923.451	646.666	483.751	- 96.331	7.635
Ukraine	177.889	175.810	- 91.401	6.742	9.639
Non-Core	576.677	384.908	- 262.817	- 23.541	5.797
Asien	82.227	84.425	- 269.316	- 6.669	197
Polen	428.604	253.299	41.632	- 16.209	5.128
Slowenien	22.401	10.601	- 14.722	- 15	218
USA	31.915	25.476	- 3.163	- 639	56
ZUNO	11.605	11.107	- 17.248	- 8	198
Konzernzentrale und andere	1.295.837	798.423	- 49.068	- 19.592	2.662
Überleitung	- 566.543	- 239.868	- 96.801	- 6.733	0
Gesamt	4.928.751	3.326.650	710.946	- 275.955	51.492

Auslandsaktiva/-passiva

Die Vermögenswerte mit Vertragspartnern außerhalb Österreichs stellen sich wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Aktiva	86.906.325	81.049.678
Passiva	71.456.232	71.856.759

Volumen des Wertpapierhandelsbuchs

in € Tausend	2016	2015
Wertpapiere	4.771.172	5.806.872
Sonstige Finanzinstrumente	146.269.000	152.826.437
Gesamt	151.040.172	158.633.308

Zum Börsehandel zugelassene Wertpapiere

in € Tausend	2016		2015	
	börsennotiert	nicht börsennotiert	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.897.188	276.540	11.397.602	452.546
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	155.634	56.628	240.433	79.771
Beteiligungen	31.939	247.035	1.544	271.789
	10.084.762	580.204	11.639.579	804.107

Nachrangige Vermögenswerte

in € Tausend	2016	2015
Forderungen an Kreditinstitute	1.803	4.139
Forderungen an Kunden	178.873	252.219
Handelsaktiva	15.226	13.694
Wertpapiere und Beteiligungen	59.429	102.919
Gesamt	255.331	372.971

(47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Kapitalmanagement

Kapital war und ist integraler Bestandteil in den Steuerungsmechanismen des Konzerns. Für einen international tätigen Konzern wie die RBI sind dabei verschiedene Steuerungsebenen zu berücksichtigen. Regulatorisch ist der RBI Konzern gemäß Art 11 (5) CRR (Capital Requirement Regulation) mit FMA-Bescheid vom 24. Oktober 2014 eigens auf teilkonsolidierter Basis beaufsichtigt und gilt im Sinn des § 30 BWG (österreichisches Bankwesengesetz) als übergeordnetes Kreditinstitut für den Teilkonzern. Darüber hinausgehend muss der Konzern auf Einzelinstitutsebene die gesetzlichen Eigenmittelvorschriften einhalten und ist außerdem Bestandteil der RZB-Kreditinstitutsgruppe.

Regulatorische Werte auf Einzelinstitutsebene sowie auf teilkonsolidierter Basis werden gemäß den entsprechenden EU-Richtlinien durch das BWG sowie durch die anwendbare Verordnung des europäischen Parlaments (CRR) vorgegeben. Daneben bestehen – oft inhaltlich abweichende – Vorschriften in einzelnen Ländern des Tätigkeitsgebiets des Konzerns. Die Steuerung auf Konzernebene erfolgt durch den Bereich Planning & Finance, während die Einhaltung der lokalen Kapitalvorgaben der einzelnen Konzerneinheiten primär den Einheiten selbst obliegt und in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Zentralstellen erfolgt.

In der internen Steuerung werden für den Konzern Zielwerte definiert, die zusätzlich zu den regulatorischen Anforderungen einen Managementpuffer berücksichtigen. Das Hauptaugenmerk liegt auf den regulatorischen (Mindest-)Kapitalquoten sowie dem ökonomischen Kapital im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process; quantitatives Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung). Darüber hinaus spielt die optimale Zusammensetzung verschiedener Eigenmittelinstrumente (z. B. zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital) eine wichtige Rolle und wird laufend analysiert und optimiert. Im Rahmen der regulatorischen Grenzen wird die Risikotragfähigkeit ermittelt. Sie entspricht dem maximalen Schaden, der die Bank oder die Bankengruppe innerhalb der nächsten zwölf Monate treffen kann, ohne dass die regulatorischen Mindestkapitalquoten unterschritten werden.

Die Ermittlung der Zielquoten im Verhältnis zu den gesetzlichen Mindestanforderungen erfordert zusätzliche interne Kontrollrechnungen. Im Bereich Risiko Controlling wird dazu der Value-at-Risk mit der oben definierten Risikotragfähigkeit in Bezug gesetzt. Weiters erfolgt ein Abgleich des ökonomischen Kapitals mit dem internen Kapital. Nähere Angaben zu dieser Berechnung finden sich im Risikobericht.

Im Jahr 2016 führte die RBI die Implementierung der geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalquoten weiter fort, wodurch eine kontinuierliche und deutliche Verbesserung der Kapitalquoten erreicht wurde.

Regulatorisches Kapital

Die RBI ermittelt das regulatorische Kapital und das regulatorische Eigenmittelerfordernis gemäß CRR. Die Umsetzung dieser Vorschriften innerhalb der EU erfolgte im Weg einer Verordnung (CRR) sowie einer Richtlinie (CRD IV).

Darüber hinaus hat die Europäische Zentralbank (EZB) im November 2014 auf Grundlage der SSM (Single Supervisory Mechanism) Verordnung die Aufsicht über Großbanken in der Eurozone übernommen, deren Bilanzsumme mehr als € 30 Milliarden oder 20 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes ausmacht. Darunter fallen sowohl die RBI als auch die RZB. Die EZB schreibt der RBI wie auch der RZB auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) per Bescheid vor, zusätzliches Kapital zu halten, um jene Risiken abzudecken, die in der Säule 1 nicht oder nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Ein Entwurf des Baseler Komitees für eine Nachschärfung in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva befindet sich derzeit in Vorbereitung.

Die so genannte SREP-Anforderung stellt einen Aufschlag auf die Mindestvorgaben gemäß CRR und CRD IV bzw. BWG dar. Darüber hinaus sind zusätzliche Puffererfordernisse einzuhalten. Diese gliedern sich in den Kapitalerhaltungspuffer (bis

2,5 Prozent), einen durch die nationale Aufsicht festgelegten systemischen Risikopuffer (bis 5 Prozent) sowie zusätzliche Kapitalaufschläge für systemrelevante Banken (bis 3,5 Prozent). Sofern sowohl systemische Risikopuffer als auch Aufschläge für systemrelevante Banken für ein Institut festgelegt werden, findet nur der höhere der beiden Werte Anwendung. Im September 2015 hat das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der Österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer für zwölf in Österreich ansässige Großbanken zu verordnen, darunter auch für die RBI und die RZB. Diese Empfehlung wurde durch die FMA mit Jahresbeginn 2016 in Kraft gesetzt. Für die RBI und die RZB wurde der Systemrisikopuffer ab 1. Jänner 2016 mit 0,25 Prozent angesetzt und steigt bis 2019 schrittweise auf 2 Prozent an. Des Weiteren können die Mitgliedstaaten die Einhaltung eines antizyklischen Kapitalpuffers (Countercyclical Buffer) verlangen, um zu starkes Kreditwachstum einzudämmen. Dieser Puffer wurde aufgrund des zurückhaltenden Kreditwachstums und des stabilen makroökonomischen Umfelds in Österreich vorerst mit 0 Prozent festgesetzt. Im Rahmen des SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) hat die EZB für 2017 implizit das Mindestanforderung für die konsolidierte CET1 Ratio auf 8,5 Prozent (SREP Anforderung) festgelegt. Darin sind der Kapitalerhaltungspuffer sowie der Systemrisikopuffer bereits enthalten.

Eine Verletzung des kombinierten Pufferanforderung würde zu Einschränkungen von z. B. Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen für bestimmte Kapitalinstrumente führen. Die im Jahresverlauf gültigen Kapitalanforderungen wurden inklusive eines ausreichenden Puffers auf teilkonsolidierter Basis (Konzernebene) eingehalten

Weitere zu erwartende regulatorische Veränderungen bzw. Entwicklungen werden vom Bereich Planning & Finance gemeinsam mit dem RZB-Bereich Group Regulatory & Transformation Office laufend beobachtet, in Szenarioberechnungen dargestellt und analysiert. Potentielle Effekte werden, sofern Ausmaß und Implementierung absehbar sind, in der Planung und Steuerung berücksichtigt.

Eigenmittelrechnung

Die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel unter Berücksichtigung des Jahresgewinns 2016 erfolgt gemäß den anwendbaren Regularien auf Basis internationaler Rechnungslegungsstandards. Weitere Details sind im regulatorischen Offenlegungsbericht gemäß Artikel 431 ff CRR ersichtlich.

Die Eigenmittel setzten sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2016	2015
Eingezahltes Kapital	5.886.199	5.885.624
Erwirtschaftetes Kapital	2.584.942	1.750.292
Kapital nicht beherrschender Anteile	445.249	398.562
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	8.916.390	8.034.479
Abzugsposten Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	- 520.436	- 326.273
Abzugsposten Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	- 33.511	- 19.753
Abzugsposten Verbriefungen	- 20.693	- 14.184
Abzugsposten Latente Steuern	0	0
Abzugsposten Verlustvorträge	- 2.388	- 2.963
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	0	0
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten	8.339.362	7.671.305
Zusätzliches Kernkapital	90.475	308.876
Kapital nicht beherrschender Anteile	- 1.374	464
Abzugsposten Immaterielle Vermögenswerte/Firmenwerte	- 77.930	- 294.526
Abzugsposten Risikovorsorge-Fehlbeträge für IRB-Positionen	- 11.170	- 14.815
Abzugsposten Verbriefungen	0	0
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	0	0
Kernkapital	8.339.362	7.671.305
Langfristiges nachrangiges Kapital	3.046.665	3.159.832
Kapital nicht beherrschender Anteile	- 8.530	- 3.641
Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen	159.437	159.674
Risikovorsorgeüberschuss für STA-Positionen	0	0
Abzugsposten Verbriefungen	0	0
Abzugsposten Versicherungen und Beteiligungen	0	0
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten	3.197.573	3.315.864
Gesamte Eigenmittel	11.536.935	10.987.169
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	4.804.852	5.061.931
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	13,9%	12,1%
Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded)	13,6%	11,5%
Tier 1 Ratio (transitional)	13,9%	12,1%
Tier 1 Ratio (fully loaded)	13,6%	11,5%
Eigenmittelquote (transitional)	19,2%	17,4%
Eigenmittelquote (fully loaded)	18,9%	16,8%

Die Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko stellte sich nach Asset-Klassen wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach Standardansatz	20.025.409	21.884.143
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.924.568	2.208.732
Regionale Gebietskörperschaften	60.256	48.813
Verwaltungseinrichtungen und Unternehmen ohne Erwerbscharakter	12.330	6.673
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0
Kreditinstitute	293.052	301.932
Firmenkunden	7.908.946	8.905.615
Retail-Kunden	7.240.705	7.447.821
Beteiligungspositionen	397.460	406.792
Gedekte Schuldverschreibungen	0	0
Investmentfonds-Anteile	4.180	6.681
Verbriefungspositionen	0	0
Sonstige Posten	2.183.912	2.551.083
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach auf internen Ratings basierendem Ansatz	28.434.587	29.081.410
Zentralstaaten und Zentralbanken	243.971	311.112
Kreditinstitute	1.995.047	2.094.780
Firmenkunden	21.454.083	22.143.058
Retail-Kunden	4.389.683	4.140.911
Beteiligungspositionen	122.681	132.753
Verbriefungspositionen	229.122	258.795
CVA Risiko	381.249	405.734
Basel 1 Floor	0	87.359
Risikogewichtete Aktiva (Kreditrisiko)	48.841.245	51.458.646
Eigenmittelerfordernis (Kreditrisiko)	3.907.300	4.116.692

Das gesamte Eigenmittelerfordernis setzte sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2016	2015
Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko	3.907.300	4.116.692
Auf internen Ratings basierender Ansatz	2.274.767	2.326.513
Standardansatz	1.602.033	1.750.731
CVA Risiko	30.500	32.459
Basel 1 Floor	0	6.989
Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen	214.060	240.924
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	683.492	704.161
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	4.804.852	5.061.777
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	60.060.645	63.272.218

Verschuldungsquote

Ergänzend zu den Eigenmittelanforderungen wurde im Rahmen der CRR die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) als neues Instrument zur Begrenzung des Risikos aus einer überhöhten Verschuldung eingeführt. Gemäß Artikel 429 CRR ist die Leverage Ratio der Quotient aus der Kapitalmessgröße und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure). Es wird daher das Kernkapital (Tier 1) ins Verhältnis zu den ungewichteten bilanzmäßigen und außerbilanzmäßigen Aktivposten gesetzt. Vom Baseler Komitee wurde ein Mindestwert von 3 Prozent festgelegt. Nach einer Testphase, in der die Kreditinstitute die Werte veröffentlichen müssen, und einer möglichen Rekalibrierung des Mindestwerts soll die Verschuldungsquote ab 1. Jänner 2018 rechtsverbindlich gelten.

in € Tausend	2016	2015
Gesamtrisikoposition	122.842.860	136.163.097
Kernkapital	8.339.362	7.671.305
Verschuldungsquote (transitional)	6,8%	5,6%
Verschuldungsquote (fully loaded)	6,6%	5,4%

Der Anstieg der Leverage Ratio um 1,2 Prozentpunkte (transitional und fully loaded) im Vergleich zum Vorjahr ist auf das gestiegene Kernkapital sowie auf eine reduzierte Gesamtrisikoposition – bedingt im Wesentlichen durch die geänderte Einstufung der außerbilanziellen Geschäfte gemäß Anhang I der CRR und dadurch geringere angewendete Kreditumrechnungsfaktoren (CCF) – zurückzuführen.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die im Rahmen der Berechnung des Eigenmittelerfordernisses verwendeten Kalkulationsmethoden in den Tochterunternehmen:

Einheit	Kreditrisiko		Marktrisiko	Operationelles Risiko
	Non-Retail	Retail		
Raiffeisen Bank International AG, Wien (AT)	IRB	n.a.	Internes Modell	AMA
RBI Finance (USA) LLC, New York (USA)	IRB	n.a.	STA	STA
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	IRB	IRB	STA	STA
Tatra banka a.s., Bratislava (SK)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (RO)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	IRB	STA	STA	STA
Raiffeisenbank Russland d.d., Moskau (RU)	IRB	STA	STA	AMA
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	IRB	IRB	STA	AMA
Raiffeisen Centrobank AG, Wien (AT)	STA	n.a.	STA	AMA
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	STA	STA	n.a.	AMA
Alle anderen Einheiten	STA	STA	STA	STA

IRB: Internal-Rating-Based-Ansatz

Internes Modell für Risiko der offenen Devisenposition und allgemeines Zinsrisiko des Handelsbuchs

STA: Standardansatz

AMA: Fortgeschrittener Messansatz

(48) Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

in Vollzeitäquivalenten	2016	2015
Angestellte	49.443	53.156
Arbeiter	743	936
Gesamt	50.186	54.092

in Vollzeitäquivalenten	2016	2015
Inland	2.196	2.656
Ausland	47.990	51.436
Gesamt	50.186	54.092

(49) Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen können mit nahe stehenden Unternehmen und Personen Geschäfte abschließen, die sich auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können. Die Angaben zu nahe stehenden Unternehmen beziehen sich auf den obersten Konsolidierungskreis, den der Konzern der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft bildet.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen. Ende September 2016 wurde das bisherige Mutterunternehmen, die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, Wien, und deren 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH, Wien, in die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, Wien, verschmolzen. Unter verbundene Unternehmen werden Beziehungen zu jenen 306 Tochtergesellschaften ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden. Angaben zu den Beziehungen der RBI mit Personen in Schlüsselpositionen finden sich im Punkt (50) Beziehungen zu Organen.

2016 in € Tausend	Mutter- unternehmen	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Forderungen an Kreditinstitute	686.183	65.270	353.103	46.245
Forderungen an Kunden	0	658.659	36.990	132.788
Handelsaktiva	0	42.408	14	1.908
Wertpapiere und Beteiligungen	0	198.019	0	88.150
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0
Sonstige Aktiva (inkl. Derivate)	59.501	13.764	47	822
Summe Forderungen	745.684	978.120	390.154	269.913
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	332.683	296.608	2.592.458	75.425
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	553.641	401.928	89.433
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.355	0	0
Rückstellungen	0	53	0	0
Handelspassiva	0	65.492	5.920	0
Sonstige Passiva (inkl. Derivate)	1.145	2.231	1.499	452
Nachrangkapital	68.205	0	0	0
Summe Verbindlichkeiten	402.033	919.380	3.001.805	165.310
Gegebene Garantien	0	148.461	138	8.012
Erhaltene Garantien	556.098	204.432	46.809	37.828

2015 in € Tausend	Mutter- unternehmen	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Forderungen an Kreditinstitute	2.021.342	101.678	133.795	47.919
Forderungen an Kunden	0	760.423	122.468	164.082
Handelsaktiva	0	39.582	190	1.337
Wertpapiere und Beteiligungen	0	178.763	0	148.261
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0
Sonstige Aktiva (inkl. Derivate)	7.284	23.814	8	205
Summe Forderungen	2.028.626	1.104.260	256.461	361.804
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	337.960	206.556	2.452.570	118.197
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171	471.582	719.037	52.069
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	11.319	0	0
Rückstellungen	0	816	0	0
Handelspassiva	0	71.619	8.329	0
Sonstige Passiva (inkl. Derivate)	5.511	3.400	0	247
Nachrangkapital	66.099	2.072	0	0
Summe Verbindlichkeiten	409.741	767.364	3.179.936	170.513
Gegebene Garantien	0	183.761	70	0
Erhaltene Garantien	698.789	266.066	164.083	36.277

2016 in € Tausend	Mutter- unternehmen	Verbundene Unternehmen	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	46.190	13.589	7.118	8.407
Zinsaufwendungen	- 10.711	- 6.347	- 30.142	- 935
Dividenerträge	0	24.640	0	3.661
Provisionserträge	768	38.363	7.887	5.487
Provisionsaufwendungen	- 4.344	- 1.271	- 3.904	- 3.649

2015 in € Tausend	Mutter- unternehmen	Verbundene Unternehmen ¹	At-equity bewertete Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
Zinserträge	38.296	21.403	8.910	12.354
Zinsaufwendungen	- 9.776	- 13.771	- 59.224	- 1.339
Dividenerträge	0	82.702	0	4.949
Provisionserträge	297	42.072	5.097	5.515
Provisionsaufwendungen	- 6.125	- 1.546	- 5.960	- 3.291

¹ Adaptierung der Vorjahreszahlen

(50) Beziehungen zu Organen

Konzernbeziehungen des Key Managements

Unter Key Management sind die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der RBI AG und des Mehrheitsaktionärs Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft zu verstehen. Die Beziehungen des Key Managements zur RBI stellen sich wie folgt dar (jeweilige Marktwerte):

in € Tausend	2016	2015
Sichteinlagen	96	861
Schuldverschreibungen	1.226	1.186
Aktien	1.746	1.246
Termineinlagen	0	65
Kredite	0	2
Leasingverbindlichkeiten	560	578
Sonstige Verbindlichkeiten	34	0

In der folgenden Tabelle sind die Beziehungen der nahe stehenden Personen des Key Managements zur RBI dargestellt:

in € Tausend	2016	2015
Aktien	51	3
Sonstige Forderungen	13	0
Termineinlagen	66	114
Kredite	3	4

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Bezüge des Vorstands

Nachfolgend werden die Gesamtbezüge des Vorstands gemäß IAS 24.17 dargestellt. Der Aufwand nach IAS 24 wurde periodengerecht und gemäß den Vorschriften der zugrunde liegenden Standards (IAS 19 und IFRS 2) erfasst:

in € Tausend	2016	2015
Kurzfristig fällige Leistungen	7.209	7.223
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	- 787	1.065
Andere langfristig fällige Leistungen	498	- 786
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0
Anteilsbasierte Vergütung	220	421
Gesamt	7.140	7.923

Die in der Tabelle unter kurzfristig fällige Leistungen dargestellten Werte enthalten Gehälter, Sachbezüge und sonstige Leistungen, Entgelte für Organfunktionen bei verbundenen Unternehmen sowie jene Anteile der Bonusrückstellung, die kurzfristig fällig werden. Zudem sind Veränderungen, die sich aus einem allfälligen Unterschied zwischen der Bonusrückstellung und dem später tatsächlich zuerkannten Bonus ergeben, enthalten. Unter Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind Zahlungen an Pensionskassen, Rückdeckungsversicherungen und die Mitarbeitervorsorgekasse sowie Nettodotierungen für Pensions- und Abfertigungsrückstellungen ausgewiesen.

Unter andere langfristig fällige Leistungen werden Anteile der Bonusrückstellung ausgewiesen, die verschobene Bonusanteile in bar sowie zurückbehaltene, in Instrumenten zahlbare Teile betreffen. Bei letzteren werden auch die Bewertungsänderungen infolge von Kursschwankungen berücksichtigt.

Die Bonusbemessung ist an die Erreichung jährlich vereinbarter Ziele geknüpft. Diese umfassen in vier bzw. fünf Kategorien spezifische Ziele sowie an die jeweilige Funktion angepasste Finanzziele. Dies sind z. B. Gewinn nach Steuern in einem Segment, Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC), Gesamtkosten, risikogewichtete Aktiva, Kunden-, Mitarbeiter- sowie Prozess-/Effizienz- und Infrastruktur-Ziele, allenfalls zuzüglich weiterer Ziele. Die Höhe des Bonus bestimmt sich nach dem Konzernergebnis und der Cost/Income Ratio, wobei die zu erreichenden Zielwerte vom mittelfristigen ROE-Ziel des Konzern abgeleitet wurden. Die Auszahlung erfolgt nach den geltenden Bestimmungen des BWG, umgesetzt in den internen Regelungen (siehe Mitarbeitervergütungspläne im Kapitel Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

Unter anteilsbasierter Vergütung werden die Anpassungen für die bis 2013 begebenen Tranchen des SIP erfasst, siehe aktienbasierte Vergütung unter Punkt (32) Eigenkapital.

An ehemalige Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr € 511 Tausend an Versorgungsleistungen ausbezahlt (2015: € 509 Tausend). Zusätzlich zu den diesen Beträgen wurden zeitlich verschobene Bonusanteile und anteilige Leistungen aus einer abgereiften SIP-Tranche an ehemalige Mitglieder des Vorstands in Höhe von insgesamt € 493 Tausend (2015: € 420 Tausend) bezahlt.

Bezüge des Aufsichtsrats

in € Tausend	2016	2015
Bezüge Aufsichtsrat	525	550

Die Hauptversammlung hat am 16. Juni 2016 eine jährliche Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von € 550 Tausend beschlossen und die Verteilung dem Aufsichtsrat übertragen. Der Aufsichtsrat hat per Beschluss am 9. Mai 2016, unter der Bedingung der Genehmigung in der Hauptversammlung am 16. Juni 2016, folgende Verteilung festgelegt: Vorsitzender € 70 Tausend, Stellvertreter des Vorsitzenden € 60 Tausend, Mitglieder des Aufsichtsrats € 50 Tausend. Sitzungsgelder werden nicht gezahlt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine zustimmungspflichtigen Verträge im Sinn von § 95 (5) Z 12 AktG mit Aufsichtsratsmitgliedern abgeschlossen.

(51) Organe

Vorstand

Vorstandsmitglieder	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Karl Sevelda, Vorsitzender	22. September 2010 ¹	Mit Eintragung der Verschmelzung von RZB AG auf die RBI AG (voraussichtlich am 18. März 2017) ²
Dr. Johann Strobl, Stellvertretender Vorsitzender	22. September 2010 ¹	28. Februar 2022 ³
Dkfm. Klemens Breuer	16. April 2012	31. Dezember 2020
Mag. Martin Grill	3. Jänner 2005	28. Februar 2020 ³
Mag. Andreas Gschwenter	1. Juli 2015	30. Juni 2018
Mag. Peter Lennkh	1. Oktober 2004	31. Dezember 2020

1 Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

2 Aufgrund der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG legt Dr. Karl Sevelda sein Mandat als Mitglied des Vorstands mit Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG zurück.

3 Die Mandate von Dr. Johann Strobl und Mag. Martin Grill als Mitglieder des Vorstands werden mit Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG verlängert.

In der Aufsichtsratssitzung vom 30. November 2016 wurde im Zusammenhang mit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG beschlossen, Dr. Johann Strobl mit Wirksamkeit der Verschmelzung zum Vorstandsvorsitzenden, Dkfm. Klemens Breuer zum stellvertretenden Vorsitzenden und Mag. Dr. Hannes Mösenbacher zum Vorstandsmitglied zu bestellen.

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder	Erstbestellung	Ende der Funktionsperiode
Dr. Walter Rothensteiner, Vorsitzender	11. Mai 2001	Ordentliche Hauptversammlung 2017 ³
Mag. Erwin Hameseder, Erster stellvertretender Vorsitzender	8. Juli 2010 ¹	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Dr. Heinrich Schaller, Zweiter stellvertretender Vorsitzender	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2017
MMag. Martin Schaller, Dritter stellvertretender Vorsitzender	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Klaus Buchleitner, MBA	26. Juni 2013	Ordentliche Hauptversammlung 2020
Dr. Kurt Geiger	9. Juni 2009	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Michael Höllerer	17. Juni 2015	Mit Eintragung der Verschmelzung von RZB AG auf die RBI AG (voraussichtlich am 18. März 2017) ⁴
Dr. Günther Reibersdorfer	20. Juni 2012	Ordentliche Hauptversammlung 2017
Dr. Johannes Schuster	8. Juli 2010 ¹	Mit Eintragung der Verschmelzung von RZB AG auf die RBI AG (voraussichtlich am 18. März 2017) ⁴
Mag. Bettina Selden	4. Juni 2014	Ordentliche Hauptversammlung 2019
Mag. Rudolf Kortenhof ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Martin Prater ²	10. Oktober 2010	31. Jänner 2016
Mag. Peter Anzeletti-Reikl ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Susanne Unger ²	18. Jänner 2012	Bis auf Weiteres
Mag. Helge Rechberger ²	10. Oktober 2010	Bis auf Weiteres
Dr. Natalie Egger-Grunicke ²	18. Februar 2016	Bis auf Weiteres

1 Mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010

2 Vom Betriebsrat entsendet

3 Aufgrund der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG legt Dr. Walter Rothensteiner sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats mit Ende der ordentlichen Hauptversammlung am 22. Juni 2017 zurück.

4 Mag. Michael Höllerer und Dr. Johannes Schuster legen mit Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG ihre Aufsichtsratsfunktionen zurück.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

	Arbeits- ausschuss	Prüfungs- ausschuss	Personal- ausschuss	Vergütungs- ausschuss	Risiko- ausschuss	Nominierungs- ausschuss
Vorsitzender	Dr. Walter Rothensteiner	Mag. Michael Höllner ¹	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Walter Rothensteiner	Dr. Johannes Schuster ¹	Dr. Walter Rothensteiner
1. Stellvertreter	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner ²	Mag. Erwin Hameseder	Mag. Erwin Hameseder	Dr. Walter Rothensteiner ²	Mag. Erwin Hameseder
2. Stellvertreter	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder ³	Dr. Heinrich Schaller	Dr. Heinrich Schaller	Mag. Erwin Hameseder ³	Dr. Heinrich Schaller
3. Stellvertreter	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller ⁴	MMag. Martin Schaller	MMag. Martin Schaller	Dr. Heinrich Schaller ⁴	MMag. Martin Schaller
4. Stellvertreter	-	MMag. Martin Schaller ⁵	-	-	MMag. Martin Schaller ⁵	-
Mitglied	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster	Dr. Johannes Schuster ⁶	Dr. Johannes Schuster
Mitglied	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	-	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof	Mag. Rudolf Kortenhof
Mitglied	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	-	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl	Mag. Peter Anzeletti-Reikl
Mitglied	Dr. Susanne Unger ⁷	Dr. Susanne Unger ⁷	-	Dr. Susanne Unger ⁷	Dr. Susanne Unger ⁷	Dr. Susanne Unger ⁷

1 Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 Dr. Walter Rothensteiner

2 Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 Mag. Erwin Hameseder

3 Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 Dr. Heinrich Schaller

4 Seit 15. März 2016; bis 15. März 2016 MMag. Martin Schaller

5 Seit 15. März 2016

6 Bis 15. März 2016

7 Seit 1. Februar 2016; bis 31. Jänner 2016 Martin Prater

Staatskommissäre

- Ministerialrat Mag. Alfred Lejsek, Staatskommissär (seit 1. Jänner 2011)
- Ministerialrat Dr. Anton Matzinger, Staatskommissär-Stellvertreter (seit 1. April 2011)

(52) Zusammensetzung des Konzerns

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	2016	2015
Stand Beginn der Periode	120	135
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	3	15
In der Berichtsperiode verschmolzen	- 1	- 2
In der Berichtsperiode ausgeschieden	- 16	- 28
Stand Ende der Periode	106	120

Von den 106 Konzerneinheiten haben 36 ihren Sitz in Österreich (2015: 37) und 70 im Ausland (2015: 83). Bei diesen Gesellschaften handelt es sich um 19 Kreditinstitute, 50 Finanzinstitute, 16 Anbieter von Nebendienstleistungen, neun Finanzholdings und zwölf sonstige Unternehmen.

Erstkonsolidierungen

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Finanzinstitute			
Ados Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	75,0%	1.1.	Wesentlichkeit
RBI eins Leasing Holding GmbH, Wien (AT)	75,0%	1.6.	Wesentlichkeit
RBI ITS Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	75,0%	1.6.	Wesentlichkeit

Endkonsolidierungen

Name/Sitz	Anteil	Stichtag	Grund
Kreditinstitute			
Raiffeisen Banka d.d., Maribor (SI)	99,8%	30.6.	Verkauf
Finanzinstitute			
Eastern European Invest GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Eastern European Invest Holding GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Golden Rainbow International Limited, Tortola (VG)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Raiffeisen-Leasing Real Estate Sp. z o.o., Warschau (PL)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
RI Eastern European Finance B.V., Amsterdam (NL)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Roof Russia DPR Finance Company S.A., Luxemburg (LU)	<0,1%	1.1.	Unwesentlichkeit
SCTF Szentendre Ingatlanforgalmazó és Ingatlanfejlesztő Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Raiffeisen Lizing Zrt., Budapest (HU)	100,0%	2.8.	Verkauf
Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau (PL)	100,0%	1.12.	Verkauf
ROOF Poland Leasing 2014 Ltd, Dublin (IE)	<0,1%	1.12.	Verkauf
Anbieter von Nebendienstleistungen			
Raiffeisen Ingatlan Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.4.	Unwesentlichkeit
Tatra Residence, s. r. o., Bratislava (SK)	78,8%	31.10.	Verschmelzung
Raiffeisen Insurance Agency Sp.z.o.o, Warschau (PL)	100,0%	1.12.	Verkauf
RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Wien (AT)	50,0%	31.12.	Änderung Kontrollverhältnis
Sonstige Unternehmen			
Raiffeisen Energiaszolgáltató Kft., Budapest (HU)	100,0%	1.1.	Unwesentlichkeit
Bondy Centrum, s.r.o., Prag (CZ)	43,8%	1.2.	Verkauf

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen – RBI hält weniger als 50 Prozent der Stimmrechtsanteile

Über die folgenden Tochterunternehmen hat der Konzern die Kontrolle, auch wenn er weniger als die Hälfte der Stimmrechte der Tochtergesellschaft hält.

Strukturierte Einheiten

Name/Sitz	Stimmrechtsanteil	Grund
Raiffeisen Real Estate Fund, Budapest (HU)	<0,1%	Fonds
CJSC Mortgage Agent Raiffeisen OJ, Moskau (RU)	<0,1%	SPV
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	<0,1%	SPV

Die oben genannten Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles, SPV) werden konsolidiert, da der Konzern Schwankungen der Erträge aus diesen strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Die Erträge begründen sich im Wesentlichen aus Aktivitäten wie dem Halten von Schuldverschreibungen oder gegebenen Finanzgarantien. Außerhalb der laufenden Gestionierung der Forderungen (die im Rahmen eines Servicevertrags vom Konzern durchgeführt wird) werden wichtige Entscheidungen erst zum Ausfallzeitpunkt der strukturierten Einheiten erforderlich.

Nicht vollkonsolidierte Tochterunternehmen – RBI hält mehr als 50 Prozent der Stimmrechtsanteile

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf die Einbeziehung von 227 Tochterunternehmen (2015: 224) verzichtet. Diese werden zu Anschaffungskosten als Anteile an verbundenen Unternehmen unter den Wertpapieren und Beteiligungen erfasst und der Bewertungskategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet. Die Bilanzsumme der nicht einbezogenen Unternehmen beträgt insgesamt weniger als 1 Prozent der Summenbilanz des Konzerns.

Liste der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹	in Währung	Anteil ¹	Typ ²
Adas Immobilienleasing GmbH, Eschborn (DE)	25.000	EUR	75,0%	FI
AMYKOS RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
AO Raiffeisenbank, Moskau (RU)	36.711.260.000	RUB	100,0%	KI
B52 RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	SU
BAILE Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	FI
Baumgartner Höhe RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
BUILDING BUSINESS CENTER DOO NOVI SAD, Novi Sad (RS)	559.220.792	RSD	100,0%	FI
Bulevard Centar BBC Holding d.o.o., Belgrad (RS)	63.708	RSD	100,0%	BH
CINOVA RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
CJSC Mortgage Agent Raiffeisen OJ, Moskau (RU)	10.000	RUB	<0,1%	BH
CP Inlandsimmobilien-Holding GmbH, Wien (AT)	364.000	EUR	99,0%	SU
DAV Holding Ltd., Budapest (HU)	3.030.000	HUF	100,0%	FI
DAV-PROPERTY Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
Expo 2000 Real Estate EOOD, Sofia (BG)	10.000	BGN	100,0%	SU
FCC Office Building SRL, Bukarest (RO)	30.298.500	RON	100,0%	BH
Floreasca City Center Verwaltung Kft., Budapest (HU)	41.000	HUF	100,0%	FI
FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)	1	EUR	<0,1%	FI
Harmadik Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU)	3.100.000	HUF	100,0%	BH
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn RBI-Leasing GmbH & Co.KG., Bad Sauerbrunn (AT)	0	EUR	75,0%	FI
Invest Vermögensverwaltungs-GmbH, Wien (AT)	73.000	EUR	98,0%	SU
JLLC "Raiffeisen-leasing", Minsk (BY)	430.025	BYN	91,4%	FI
Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Wien (AT)	20.000.000	EUR	100,0%	KI
Lexus Services Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Limited Liability Company Raiffeisen Leasing Aval, Kiew (UA)	180.208.527	UAH	72,3%	FI
LLC "ARES Nedvizhimost", Moskau (RU)	10.000	RUB	50,0%	BH
MP Real Invest a.s., Bratislava (SK)	140.000.000	EUR	100,0%	SU
OOO Raiffeisen-Leasing, Moskau (RU)	1.071.000.000	RUB	100,0%	FI
Park City real estate Holding d.o.o., Novi Sad (RS)	63.708	RSD	100,0%	BH
PERSES RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
Pointon Investment Limited, Limassol (CY)	77.446	RUB	100,0%	BH
Priorbank JSC, Minsk (BY)	86.147.909	BYN	87,7%	KI
Raiffeisen Bank Aval JSC, Kiew (UA)	6.154.516.258	UAH	68,2%	KI
Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA)	247.167.000	BAM	100,0%	KI
Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C., Pristina (KO)	63.000.000	EUR	100,0%	KI
Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau (PL)	2.256.683.400	PLN	100,0%	KI
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (RO)	1.200.000.000	RON	99,9%	KI
Raiffeisen Bank Sh.a., Tirana (AL)	14.178.593.030	ALL	100,0%	KI
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU)	50.000.090.000	HUF	100,0%	KI
Raiffeisen banka a.d., Belgrad (RS)	27.466.157.580	RSD	100,0%	KI
Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen Centrobank AG, Wien (AT)	47.598.850	EUR	100,0%	KI
Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen consulting d.o.o., Zagreb (HR)	105.347.000	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen Corporate Lizing Zrt., Budapest (HU)	50.100.000	HUF	100,0%	BH
Raiffeisen Factoring Ltd., Zagreb (HR)	15.000.000	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen FinCorp, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	87,5%	FI
Raiffeisen International Invest Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen International Liegenschaftsbesitz GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	BH
Raiffeisen Leasing Bulgaria OOD, Sofia (BG)	5.900.000	BGN	100,0%	FI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹	in Währung	Anteil ¹	Typ ²
Raiffeisen Leasing d.o.o., Belgrad (RS)	226.389.900	RSD	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o., Ljubljana (SI)	3.738.107	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	15.405.899	BAM	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing IFN S.A., Bukarest (RO)	14.935.400	RON	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing Kosovo LLC, Pristina (KO)	642.857	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Leasing sh.a., Tirana (AL)	263.520.134	ALL	100,0%	FI
Raiffeisen Mandatory and Voluntary Pension Funds Management Company Plc., Zagreb (HR)	143.445.300	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen Pension Insurance d.d., Zagreb (HR)	23.100.000	HRK	100,0%	VV
Raiffeisen Property Holding International GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Property International GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen Property Management GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Raiffeisen Real Estate Fund, Budapest (HU)	0	HUF	<0,1%	FI
Raiffeisen Rent DOO, Belgrad (RS)	243.099.913	RSD	100,0%	FI
Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
Raiffeisen stambena stedionica d.d., Zagreb (HR)	180.000.000	HRK	100,0%	KI
Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	603.447.952	BGN	100,0%	KI
Raiffeisenbank a.s., Prag (CZ)	11.060.800.000	CZK	75,0%	KI
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR)	3.621.432.000	HRK	100,0%	KI
Raiffeisen-Leasing d.o.o., Zagreb (HR)	30.000.000	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing International Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen-Leasing Lithuania UAB, Vilnius (LT)	100.000	EUR	92,3%	FI
Raiffeisen-Leasing, s.r.o., Prag (CZ)	450.000.000	CZK	87,5%	FI
Raiffeisen-RBHU Holding GmbH, Wien (AT)	236.640	EUR	100,0%	FH
RB International Finance (Hong Kong) Ltd., Hong Kong (HK)	10.000.000	HKD	100,0%	FI
RB International Finance (USA) LLC, New York (US)	1.510.000	USD	100,0%	FI
RB International Investment Asia Limited, Labuan (MY)	1	USD	100,0%	FI
RB International Markets (USA) LLC, New York (US)	8.000.000	USD	100,0%	FI
RBI KI Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	48.000	EUR	100,0%	FH
RBI eins Leasing Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
RBI IB Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FH
RBI ITS Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	75,0%	FI
RBI LEA Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	70.000	EUR	100,0%	FI
RBI Leasing GmbH, Wien (AT)	100.000	EUR	75,0%	FI
RBI LGG Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
RBI PE Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	150.000	EUR	100,0%	FI
REC Alpha LLC, Kiev (UA)	267.643.204	UAH	100,0%	BH
Regional Card Processing Center s.r.o., Bratislava (SK)	539.465	EUR	100,0%	BH
RIRE Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	BH
RUI Holding Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	FI
RZB Finance (Jersey) III Ltd, St. Helier (JE)	1.000	EUR	100,0%	FI
RZB Finance (Jersey) IV Limited, St. Helier (JE)	2.000	EUR	100,0%	FI
S.C. PLUSFINANCE ESTATE 1 S.R.L., Bukarest (RO)	13.743.340	RON	100,0%	BH
Sky Tower Immobilien- und Verwaltung Kft, Budapest (HU)	41.000	HUF	100,0%	SU
Skytower Building SRL, Bukarest (RO)	126.661.500	RON	100,0%	SU
'S-SPV' d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	FI
Tatra Asset Management, správ. spol., a.s., Bratislava (SK)	1.659.700	EUR	78,8%	FI
Tatra banka, a.s., Bratislava (SK)	64.326.228	EUR	78,8%	KI
Tatra Residence, a.s., Bratislava (SK)	21.420.423	EUR	78,8%	BH
Tatra-Leasing, s.r.o., Bratislava (SK)	6.638.785	EUR	78,8%	FI

¹ Abzuglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital ¹	in Währung	Anteil ¹	Typ ²
TOO Raiffeisen Leasing Kazakhstan, Almaty (KZ)	85.800.000	KZT	100,0%	FI
Ukrainian Processing Center PJSC, Kiev (UA)	180.000	UAH	100,0%	BH
Viktor Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	87,5%	SU
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)	67.998	RUB	100,0%	BH
ZUNO BANK AG, Wien (AT)	5.000.000	EUR	100,0%	KI

¹ Abzüglich eigener Aktien

² Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Strukturierte Einheiten

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Buchwerte der in der Konzernbilanz erfassten Beteiligungen des Unternehmens sowie das mit diesen Beteiligungen verbundene maximale Verlustrisiko, aufgeschlüsselt nach Art der strukturierten Einheit. Die ausgewiesenen Buchwerte spiegeln die tatsächliche Ertragsvariabilitat nicht wider, weil sie die Effekte von Sicherungs- bzw. Absicherungsgeschäften nicht berücksichtigen.

Vermögenswerte

2016 in € Tausend	Kredite und Forderungen	Eigenkapitalinstrumente	Fremdkapitalinstrumente	Derivate
Verbriefungsvehikel	315.147	0	389.813	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	166.949	1.925	0	0
Fonds	0	48.004	0	0
Gesamt	482.095	49.929	389.813	0

2015 in € Tausend	Kredite und Forderungen	Eigenkapitalinstrumente	Fremdkapitalinstrumente	Derivate
Verbriefungsvehikel	231.362	0	451.637	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	111.577	18.180	0	0
Fonds	0	29.922	0	0
Gesamt	342.939	48.101	451.637	0

Verbindlichkeiten

2016 in € Tausend	Einlagen	Eigenkapitalinstrumente	Verbrieftete Verbindlichkeiten	Derivate
Verbriefungsvehikel	330	0	0	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	22.219	0	0	1.051
Fonds	0	0	0	956
Gesamt	22.550	0	0	2.007

2015 in € Tausend	Einlagen	Eigenkapitalinstrumente	Verbrieftete Verbindlichkeiten	Derivate
Verbriefungsvehikel	2.920	0	22.628	0
Finanzierungsgesellschaften Dritter	30.067	0	0	1.118
Gesamt	32.987	0	22.628	1.118

Art, Zweck und Umfang der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Der Konzern verfolgt diverse Geschaftstaktivitaten mit strukturierten Einheiten, die auf die Erreichung eines bestimmten Geschäftszwecks ausgelegt sind. Die Errichtung strukturierter Einheiten zielt darauf ab, dass Stimm- oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor dafür sind, wer die betreffende Einheit kontrolliert. Dies ist z. B. der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die jeweiligen Aktivitäten mittels vertraglicher Vereinbarungen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit weist häufig einige oder alle der folgenden Merkmale oder Attribute auf:

- Eingeschränkte Aktivitäten
- Eng gefasster und gut definierter Geschäftszweck
- Zu geringes Eigenkapital, als dass die strukturierte Einheit ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung finanzieren könnte
- Finanzierung in Form der Ausgabe multipler, vertraglich verknüpfter Instrumente an Investoren, die Kredit- oder sonstige Risikokonzentrationen entstehen lassen (Tranchen)

Strukturierte Einheiten werden hauptsächlich dazu eingesetzt, Kunden den Zugang zu spezifischen Vermögensportfolios zu ermöglichen und ihnen durch die Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten Liquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Treuhand- oder Personengesellschaften errichtet werden. Strukturierte Einheiten dienen im Allgemeinen zur Finanzierung des Kaufs von Vermögenswerten durch die Emission von Schuld- und Eigenkapitalpapieren, die mit Sicherheiten unterlegt und/oder durch eine Indexklausel mit den von den strukturierten Einheiten gehaltenen Vermögenswerten verknüpft sind.

Strukturierte Einheiten werden konsolidiert, wenn die substantielle Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten darauf hindeutet, dass die strukturierten Einheiten vom Konzern kontrolliert werden.

Nachstehend erfolgt eine Aufschlüsselung der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten nach ihrer Art.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl von Vermögenswerten halten. Diese Einheiten können die Form von Finanzierungs-, Treuhand- und privaten Beteiligungsgesellschaften annehmen. Die Finanzierung wird durch die in den strukturierten Einheiten gehaltenen Vermögenswerte besichert. Die Beteiligungstätigkeit des Konzerns erstreckt sich vorwiegend auf Kreditgeschäfte.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern etabliert Verbriefungsvehikel, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten erwerben, einschließlich festverzinslicher Wertpapiere, Unternehmenskredite und durch Vermögenswerte gesicherter Wertpapiere (ABS; vorwiegend Commercial Papers, durch Hypothekendarlehen gesicherte Wertpapiere (RMBS) und Kreditkartenforderungen). Die Vehikel finanzieren diese Käufe durch die Emission multipler Tranchen von Schuld- und Eigenkapitalpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der in den Vehikeln enthaltenen Vermögenswerte geknüpft ist.

Der Konzern überträgt häufig Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und gewährt ihnen finanzielle Unterstützung in Form von Kreditlinien.

Fonds

Der Konzern etabliert strukturierte Einheiten zur Deckung des kundenseitigen Bedarfs im Hinblick auf Beteiligungen an spezifischen Vermögenswerten. Der Konzern investiert auch in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Rolle des Fondsmanagers, der Depotstelle oder eine andere Funktion übernehmen und Finanzierungsmittel und Kreditlinien sowohl für konzerngesponserte Fonds als auch für Fonds Dritter zur Verfügung stellen. Die bereitgestellte Finanzierung wird durch die vom Fonds gehaltenen zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert.

Maximales Exposure bei und Größe von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximale Verlustrisiko wird anhand der Art der Beteiligung an der nicht konsolidierten strukturierten Einheit ermittelt. Das maximale Exposure für Darlehen und Handelsinstrumente ergibt sich aus deren bilanzierten Buchwerten. Das maximale Exposure für Derivate und außerbilanzielle Instrumente wie Garantien, Kreditlinien und Kreditverpflichtungen gemäß IFRS 12 in der Interpretation durch den Konzern ergibt sich aus den Nominalen. Die betreffenden Beträge spiegeln die wirtschaftlichen Risiken für den Konzern nicht wider, weil sie weder die Effekte von Sicherungs- oder Absicherungsgeschäften noch die Wahrscheinlichkeit des Eintritts entsprechender Verluste berücksichtigen. Per 31. Dezember 2016 belief sich das Nominal von Derivaten und außerbilanziellen Instrumenten auf € 27.822 Tausend (2015: € 29.064 Tausend) bzw. € 95.292 Tausend (2015: € 104.682 Tausend). Informationen zur Größe von strukturierten Einheiten sind nicht immer öffentlich verfügbar. Daher hat der Konzern sein Exposure auf angemessenen Maßstab für die Größe festgelegt.

Finanzielle Unterstützung

Der Konzern hat während des Berichtsjahres finanzielle Unterstützung mit einem Buchwert in Höhe von € 3.420 Tausend zum 31. Dezember 2016 (2015: € 0 Tausend) an nicht konsolidierte strukturierte Einheiten gewährt.

Gesponserte strukturierte Einheiten

Als Sponsor ist der Konzern oft an der rechtlichen Gründung und Vermarktung einer Einheit beteiligt und unterstützt diese auf verschiedene Weise, z. B. durch die Bereitstellung operationeller Unterstützung zur Gewährleistung des fortlaufenden Geschäftsbetriebs.

Der Konzern wird auch als Sponsor für eine strukturierte Einheit betrachtet, wenn diese unter Zugrundelegung vernünftiger Maßstäbe vom Markt mit dem Konzern assoziiert wird. Darüber hinaus deutet häufig die Verwendung der Bezeichnung „Raiffeisen“ für die strukturierte Einheit darauf hin, dass der Konzern als Sponsor fungiert.

Die Bruttoerlöse aus gesponserten Einheiten für das am 31. Dezember 2016 abgelaufene Geschäftsjahr betragen € 18.197 Tausend (2015: € 21.923 Tausend).

Im Jahr 2016 als auch 2015 wurden keine Vermögenswerte an gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

(53) Beteiligungsübersicht

Sonstige verbundene Unternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Währung	Anteil	Typ ¹
A-SPV d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	FI
Immobilien Invest Limited Liability Company, Moskau (RU)	10.000	RUB	100,0%	BH
K-SPV d.o.o. Sarajevo, Sarajevo (BA)	2.000	BAM	100,0%	FI
Afradite Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
ALT POHLEDY s.r.o., Prag (CZ)	84.657.000	CZK	100,0%	SU
Amfion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Appolon Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Aspius Immobilien Holding International GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Astra Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Athena Property, s.r.o. v likvidaci, Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
BA Development II, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
BA Development, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Boreas Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
BUXUS Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Centralised Raiffeisen International Services & Payments S.R.L., Bukarest (RO)	2.820.000	RON	100,0%	BH
Centrotade Chemicals AG - in liquidation, Zug (CH)	5.000.000	CHF	100,0%	SU
Centrotade Holding GmbH, Wien (AT)	3.000.000	EUR	100,0%	SU
Chronos Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
CP Linzerstraße 221-227 Projektentwicklungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	100,0%	SU
CP Logistikcenter Errichtungs- und Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	37.000	EUR	<0,1%	SU
CP Projekte Muthgasse Entwicklungs GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
Credibilis a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK	100,0%	SU
CRISTAL PALACE Property s.r.o., Prag (CZ)	400.000	CZK	100,0%	FI
Dafne Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
DAV Depo Projekt Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
DAV Management Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	BH
DAV-ESTATE Kft., Budapest (HU)	3.030.000	HUF	100,0%	BH
DAV-LAND Kft., Budapest (HU)	3.020.000	HUF	100,0%	BH
DAV-OUTLET Kft., Budapest (HU)	3.020.000	HUF	100,0%	SU
Dike Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Dom-office 2000, Minsk (BY)	283.478	BYN	100,0%	SU
Don Giovanni Properties, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Doplnková dôchodková spoločnosť Tatra banky, a.s., Bratislava (SK)	1.659.700	EUR	100,0%	FI
DORISCUS ENTERPRISES LTD., Limassol (CY)	18.643.400	EUR	86,6%	SU
Důbravčice, s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	100,0%	FI
Eastern European Invest GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Eastern European Invest Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Easy Develop s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	WP
Eos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Erato Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Eris Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Euro Green Energy Fejlesztő és Szolgáltató Kft., Budapest (HU)	14.490.000	HUF	100,0%	SU
Eurolease RE Leasing, s. r. o., Bratislava (SK)	6.125.256	EUR	100,0%	SU
Euros Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Euterpe Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Exit 90 SPV s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Extra Year Investments Limited, Tortola (VG)	50.000	USD	100,0%	FH
FARIO Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
FMK Fachmarktcenter Kohlbruck Betriebs GmbH, Eschborn (DE)	30.678	EUR	<0,1%	FI
FORZA SOLE s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Wahrung	Anteil	Typ ¹
FVE Cihelna s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Gaia Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Gala Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Gergely u. Ingatlanfejleszto Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
Golden Rainbow International Limited, Tortola (VG)	1	SGD	100,0%	FI
Grainulos s.r.o., Prag (CZ)	1	CZK	100,0%	FI
GS55 Sazovice s.r.o., Prag (CZ)	15.558.000	CZK	90,0%	SU
Harmonia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Hebe Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	95,0%	SU
Hermes Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Hestia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Holeckova Property s.r.o., Prag (CZ)	210.000	CZK	100,0%	FI
Humanitarian Fund "Budimir Bosko Kostic", Belgrad (RS)	30.000	RSD	100,0%	SU
Hyperion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Hypnos Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
ICS Raiffeisen Leasing s.r.l., Chisinau (MD)	8.307.535	MDL	100,0%	FI
INFRA MI 1 Immobilien Gesellschaft mbH, Wien (AT)	1.000.000	EUR	100,0%	SU
Ino Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Iris Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
Janus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Kalypso Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
KAPMC s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	100,0%	SU
Kappa Estates s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Kathrein & Co Life Settlement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Kathrein & Co. Private Equity I AG, Wien (AT)	190.000	EUR	100,0%	SU
Kathrein & Co. Trust Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Kathrein Capital Management GmbH, Wien (AT)	1.000.000	EUR	100,0%	FI
KIWANDA Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Kleio Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Konevova s.r.o., Prag (CZ)	50.000.000	CZK	10,0%	BH
Leasing Poland Sp.z.o.o., Warschau (PL)	19.769.500	PLN	100,0%	FI
Leto Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	77,0%	SU
Limited Liability Company European Insurance Agency, Moskau (RU)	120.000	RUB	100,0%	SU
Limited Liability Company REC GAMMA, Kiew (UA)	49.015.000	UAH	100,0%	BH
LOTA Handels- und Beteiligungs-GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Luna Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Lysithea a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK	100,0%	SU
Mall Varna EAD, Sofia (BG)	146.700.000	BGN	100,0%	SU
MAMONT GmbH, Kiew (UA)	44.000	UAH	100,0%	SU
Medea Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Melete Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Melpomene Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Michalka - Sun s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Morfeus Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
MORHUA Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	SU
MOVEO Raiffeisen-Leasing GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	51,0%	FI
Na Starce, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
NAURU Handels- und Beteiligungs GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
NC Ivance, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Neptun Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Wahrung	Anteil	Typ ¹
Nike Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Niobe Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Nudorf Immobilienverwaltung GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	99,5%	SU
Ofion Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Onyx Energy Projekt II s.r.o., Prag (CZ)	210.000	CZK	100,0%	SU
Onyx Energy s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
OOO "Vneshleasing", Moskau (RU)	131.770	RUB	100,0%	FI
OOO Raiffeisen Capital Asset Management Company, Moskau (RU)	225.000.000	RUB	100,0%	FI
OOO SB "Studia Strahovania", Minsk (BY)	34.924	BYN	100,0%	SU
Orchideus Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
tdik Vagyongkezel Kft., Budapest (HU)	9.510.000	HUF	100,0%	FI
P & C Beteiligungs Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	SU
Palace Holding s.r.o., Prag (CZ)	2.700.000	CZK	90,0%	FI
Peito Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Photon Energie s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Photon SPV 10 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Photon SPV 11 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Photon SPV 3 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Photon SPV 4 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Photon SPV 6 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Photon SPV 8 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
PILSENINEST SICAV, a.s., Prag (CZ)	212.000.000	CZK	100,0%	SU
PLUSFINANCE LAND S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON	100,0%	BH
PLUSFINANCE OFFICE S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON	100,0%	BH
PLUSFINANCE RESIDENTIAL S.R.L., Bukarest (RO)	1.000	RON	100,0%	BH
Pontos Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Pro Invest da Vinci e.o.o.d., Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	SU
PRODEAL, a.s., Bratislava (SK)	796.654	EUR	100,0%	FI
Production unitary enterprise "PriortransAgro", Minsk (BY)	50.000	BYN	100,0%	SU
PZ PROJEKT a.s., Prag (CZ)	2.000.000	CZK	100,0%	SU
R LUX IMMOBILIEN LINIE S.R.L., Timisoara (RO)	50.000	RON	1,0%	SU
R MORMO IMMOBILIEN LINIE S.R.L., Bukarest (RO)	50.000	RON	1,0%	SU
R.L.H. Holding GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen (Beijing) Investment Management Co., Ltd., Peking (CN)	2.000.000	CNH	100,0%	FI
Raiffeisen Asset Management (Bulgaria) EAD, Sofia (BG)	250.000	BGN	100,0%	FI
Raiffeisen Assistance D.O.O., Beograd, Belgrad (RS)	4.307.115	RSD	100,0%	SU
Raiffeisen Assistance doo Sarajevo, Sarajevo (BA)	4.000	BAM	100,0%	BH
Raiffeisen Aut Lizing Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	FI
Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A., Bukarest (RO)	131.074.560	RON	33,3%	KI
Raiffeisen Befektetési Alapkezelő Zrt., Budapest (HU)	100.000.000	HUF	100,0%	FI
Raiffeisen Biztositskzvetit Kft., Budapest (HU)	5.000.000	HUF	100,0%	BH
Raiffeisen Bonus Ltd., Zagreb (HR)	200.000	HRK	100,0%	BH
Raiffeisen Capital a.d. Banja Luka, Banja Luka (BA)	355.000	BAM	100,0%	BH
Raiffeisen Direct Investments CZ s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
Raiffeisen Energiaszolgáltató Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
Raiffeisen Financial Services Polska Sp. z o.o., Warschau (PL)	4.657.500	PLN	100,0%	FI
Raiffeisen Future AD Beograd drustvo za upravljanje dobrovoljnim penzijskim fondom, Belgrad (RS)	143.204.921	RSD	100,0%	FI
Raiffeisen Gazdasági Szolgáltató Zrt., Budapest (HU)	20.099.879	HUF	100,0%	FI
Raiffeisen Ingatlan zemeltet Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Wahrung	Anteil	Typ ¹
Raiffeisen Ingatlan Vagyonekezel Kft., Budapest (HU)	3.110.000	HUF	100,0%	BH
Raiffeisen Insurance and Reinsurance Broker S.R.L, Bukarest (RO)	180.000	RON	100,0%	BH
RAIFFEISEN INSURANCE BROKER EOOD, Sofia (BG)	5.000	BGN	100,0%	BH
Raiffeisen Insurance Broker Kosovo L.L.C., Pristina (KO)	10.000	EUR	100,0%	BH
RAIFFEISEN INVEST AD DRUSTVO ZA UPRAVLJANJE INVESTICIONIM FONDOVIMA BEOGRAD, Belgrad (RS)	47.662.692	RSD	100,0%	FI
Raiffeisen Invest d.o.o., Zagreb (HR)	8.000.000	HRK	100,0%	FI
Raiffeisen Invest Drustvo za upravljanje fondovima d.o.o Sarajevo, Sarajevo (BA)	945.424	BAM	100,0%	BH
Raiffeisen INVEST Sh.a., Tirana (AL)	90.000.000	ALL	100,0%	FI
Raiffeisen investicni spolecnost a.s., Prag (CZ)	40.000.000	CZK	100,0%	WP
Raiffeisen Investment Advisory GmbH, Wien (AT)	730.000	EUR	100,0%	FI
Raiffeisen Investment Financial Advisory Services Ltd. Co., Istanbul (TR)	2.930.000	TRY	99,0%	FI
Raiffeisen Investment Polska sp.z.o.o., Warschau (PL)	3.024.000	PLN	100,0%	FI
Raiffeisen Investment Ukraine TOV - in liquidation, Kiew (UA)	3.733.213	UAH	100,0%	FI
Raiffeisen Property Management Bulgaria EOOD, Sofia (BG)	80.000	BGN	100,0%	SU
Raiffeisen Property Management spol.s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	100,0%	SU
RAIFFEISEN SERVICE EOOD, Sofia (BG)	4.220.000	BGL	100,0%	SU
Raiffeisen Services SRL, Bukarest (RO)	30.000	RON	100,0%	SU
Raiffeisen Solutions Spotka z ograniczon odpowiedzialnoci, Warschau (PL)	550.000	PLN	100,0%	FI
RAIFFEISEN SPECIAL ASSETS COMPANY d.o.o. Sarajevo (in liquidation), Sarajevo (BA)	1.982.591	BAM	100,0%	FI
Raiffeisen stavebni sporitelna, a.s., Prag (CZ)	650.000.000	CZK	10,0%	KI
Raiffeisen Towarzystwo Funduszy Inwestycyjnych S.A., Warschau (PL)	4.000.000	PLN	100,0%	SU
Rail-Rent-Holding GmbH in Liqu., Wien (AT)	40.000	EUR	60,0%	SU
Ratio Holding Gesellschaft mit beschrankter Haftung, Wien (AT)	40.000	EUR	100,0%	SU
RB Kereskedhaz Kft., Budapest (HU)	4.000.000	HUF	100,0%	BH
RB Szolgaltat Kzpont Kft. - RBSC Kft., Nyiregyhaza (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	BH
RBI Vajnorria spol.s.r.o., Bratislava (SK)	5.000	EUR	100,0%	SU
RCR Ukraine LLC, Kiew (UA)	282.699	UAH	100,0%	BH
RDI Czech 1 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 3 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 4 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 5 s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RDI Czech 6 s.r.o., Prag (CZ)	3.700.000	CZK	100,0%	SU
RDI Management s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Real Estate Rent 4 DOO, Belgrad (RS)	40.310	RSD	100,0%	FI
Rent CC, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
Rent GR, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	SU
Rent PO, s.r.o., Bratislava (SK)	6.639	EUR	100,0%	FI
Residence Park Trebes, s.r.o., Prag (CZ)	20.000.000	CZK	100,0%	SU
Rheia Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	95,0%	SU
RIRBRO ESTATE MANAGEMENT S.R.L, Bukarest (RO)	1.000	RON	100,0%	BH
RL Leasing Gesellschaft m.b.H., Eschborn (DE)	25.565	EUR	25,0%	FI
RL-Assets Sp.z.o.o., Warschau (PL)	50.000	PLN	100,0%	SU
RLRE Beta Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
RLRE Carina Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Dorado Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
RLRE Eta Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
RLRE Hotel Ellen, s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	100,0%	FI
RLRE Jota Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
RLRE Ypsilon Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	50,0%	FI

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Wahrung	Anteil	Typ ¹
Robert Károly Korut Irodaház Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
Rogofield Property Limited, Nikosia (CY)	2.174	USD	100,0%	SU
RPM Budapest KFT, Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	SU
RPN Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	37.464	EUR	100,0%	SU
S.A.I. Raiffeisen Asset Management S.A., Bukarest (RO)	10.656.000	RON	100,0%	FI
SAM-House Kft, Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	BH
SASSK Ltd., Kiev (UA)	152.322.000	UAH	88,7%	SU
SCT Kárász utca Ingatlankezelő Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	FI
SCTB Ingatlanfejlesztés Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
SCTF Szentendre Ingatlanforgalmazó és Ingatlanfejlesztő Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	100,0%	FI
SCTP Biatorbágy Ingatlanfejlesztő és Ingatlanhasznosító Kft., Budapest (HU)	3.000.000	HUF	75,3%	SU
SCTS Kft., Budapest (HU)	3.100.000	HUF	100,0%	SU
Selene Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Sirius Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
Sky Solar Distribuce s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	77,0%	SU
St. Marx-Immobilien Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	99,0%	SU
Stadtpark Hotelreal GmbH, Wien (AT)	6.543.000	EUR	1,0%	SU
Szentkiraly utca 18 Kft., Budapest (HU)	5.000.000	HUF	100,0%	SU
Tatra Office, s.r.o., Bratislava (SK)	185.886	EUR	100,0%	BH
TAURUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H. in Liqu., Wien (AT)	36.336	EUR	100,0%	FI
TB Invest Ingatlanforgalmazo Zrt., Budapest (HU)	20.000.000	HUF	50,0%	SU
Theia Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
Triton Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Unitary insurance enterprise "Priorlife", Minsk (BY)	4.689.500	BYN	100,0%	VV
UPC Real, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	FI
Urania Property, s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	FI
Villa Atrium Bubenec, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
VINAGRIUM Boraszati es Kereskedelmi Kft., Budapest (HU)	3.010.000	HUF	100,0%	SU
VN-Industrie Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	74,0%	SU
VN-Wohn Immobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	74,0%	SU
VUWG Verwaltung und Verwertung von Gewerbeimmobilien GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	100,0%	SU
Zefyros Property, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	100,0%	SU
Zeleny Zlonin s.r.o., Prag (CZ)	50.000	CZK	100,0%	SU
ZHS Office- & Facilitymanagement GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	1,2%	BH

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FI Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Währung	Anteil	Typ ¹
Accession Mezzanine Capital II L.P., Bermuda (BM)	2.613	EUR	5,7%	SU
Accession Mezzanine Capital III L.P., St. Helier (BM)	134.125.000	EUR	3,7%	SU
Accession Mezzanine Capital L.P. in Liquidation, Bermuda (BM)	1.147	EUR	2,6%	SU
Agricultural Open Joint Stock Company Illintsi Livestock Breeding Enterprise, Illinci (UA)	703.100	UAH	4,7%	SU
ALCS Association of Leasing Companies in Serbia, Belgrad (RS)	853.710	RSD	12,5%	SU
A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH, Wien (AT)	5.290.013	EUR	<0,1%	SU
bat-groupware GmbH, Wien (AT)	50.000	EUR	<0,1%	BH
Belarussian currency and stock exchange JSC, Minsk (BY)	9.006.584	BYN	<0,1%	WP
Biroul de Credit S.A., Bukarest (RO)	4.114.615	RON	13,2%	FI
Bucharest Stock Exchange, Bukarest (RO)	76.741.980	RON	1,0%	SU
Budapest Stock Exchange, Budapest (HU)	541.348.100	HUF	<0,1%	WP
Burza cennych papierov v. Bratislave, a.s., Bratislava (SK)	11.404.927.296	EUR	0,1%	WP
CASA DE COMPENSARE S.A., Bukarest (RO)	239.255	RON	0,1%	SU
Cash Service Company AD, Sofia (BG)	12.500.000	BGN	20,0%	BH
CEESEG Aktiengesellschaft, Wien (AT)	18.620.720	EUR	7,0%	WP
CELL MED Research GmbH, Wien (AT)	1.898.418	EUR	4,5%	SU
Central Depository and Clearing Company, Inc., Zagreb (HR)	86.925.000	HRK	0,1%	FI
Closed Joint Stock Company Truskavets Valeological Innovative Centre, Truskavets (UA)	100.000	UAH	5,0%	SU
Closed Joint Stock Company Vinegar-yeast Factory, Uzyn (UA)	9.450.000	UAH	33,8%	SU
Commodity Exchange Crimean Interbank Currency Exchange, Simferopol (UA)	440.000	UAH	4,5%	WP
Commodity Exchange of the Agroindustrial Complex of Central Regions of Ukraine, Tscherkassy (UA)	90.000	UAH	11,1%	SU
Czech Real Estate Fund (CREF) B.V., Amsterdam (NL)	18.000	EUR	20,0%	FI
D. Trust Certifikačná Autorita, a.s., Bratislava (SK)	331.939	EUR	10,0%	SU
Easdaq NV, Lowen (BE)	128.526.849	EUR	<0,1%	SU
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	70.000	EUR	0,1%	FI
EMERGING EUROPE GROWTH FUND II, L.P., Delaware (US)	370.000.000	USD	1,9%	SU
Euro Banking Association (ABE Clearing S.A.S.), Paris (FR)	53.000	EUR	1,9%	FI
European Investment Fund S.A., Luxemburg (LU)	3.000.000.000	EUR	0,2%	FI
Export and Industry Bank Inc., Makati City (PH)	4.734.452.540	PHP	9,5%	KI
Flex-space Plzen I, s.r.o., Prag (CZ)	200.000	CZK	<0,1%	SU
Fondul de Garantare a Creditului Rural S.A., Bukarest (RO)	15.940.890	RON	33,3%	FI
Garantiqa Hitelgarancia Zrt., Budapest (HU)	7.839.600.000	HUF	0,2%	FI
Greenix Limited, Road Town (VG)	100.000	USD	25,0%	SU
Hrvatski registar obveza po kreditima d.o.o., Zagreb (HR)	13.500.000	HRK	10,5%	BH
INVESTOR COMPENSATION FUND, Bukarest (RO)	344.350	RON	0,4%	WP
limited liability company Scientific-Production Enterprise Assembling and Implementation of Telecommunication Systems, Dnepropetrovsk (UA)	500.000	UAH	10,0%	SU
LLC "Insurance Company "Raiffeisen Life", Moskau (RU)	240.000.000	RUB	25,0%	VV
LUXTEN LIGHTING COMPANY S.A., Bukarest (RO)	42.126.043	RON	<0,1%	SU
MasterCard Inc, New York (US)	13.518	USD	<0,1%	KI
National Settlement Depository, Moskau (RU)	1.180.675.000	RUB	<0,1%	FI
Open Joint Stock Company Kyiv Special Project and Design Bureau Menas, Kiev (UA)	3.383.218	UAH	4,7%	SU
Open Joint Stock Company Volodymyr-Volynskiy Sugar Refinery, Volodymyr-Volynskiy City (UA)	13.068.010	UAH	2,6%	SU
österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen, Wien (AT)	3.100	EUR	9,7%	SU
OT-Optima Telekom d.d., Zagreb (HR)	635.568.080	HRK	3,3%	SU
OVIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)	36.400	EUR	<0,1%	FI
Pannon Lud Kft, Mezőkovacsaza (HU)	852.750.000	HUF	0,6%	SU
Polish Real Estate Investment Limited, Limassol (CY)	911.926	EUR	11,2%	SU
Private Joint Stock Company First All-Ukrainian Credit Bureau, Kiev (UA)	11.750.000	UAH	5,1%	SU

¹ Unternehmens: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, VV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Unternehmen, Sitz (Land)	Gezeichnetes Kapital	in Währung	Anteil	Typ ¹
Private Joint Stock Company Ukrainian Interbank Currency Exchange, Kiev (UA)	36.000.000	UAH	3,1%	WP
Public Joint Stock Company Bird Farm Bershadskiy, Vytivka (UA)	6.691.141	UAH	0,5%	SU
Public Joint Stock Company National Depository of Ukraine, Kiev (UA)	103.200.000	UAH	0,1%	BH
Public Joint Stock Company Settlement Center for Servicing of Contracts in Financial Markets, Kiev (UA)	153.100.000	UAH	<0,1%	FI
Public Joint Stock Company Stock Exchange PFTS, Kiev (UA)	32.010.000	UAH	0,2%	WP
Raiffeisen e-force GmbH, Wien (AT)	145.346	EUR	0,7%	SU
Raiffeisen Informatik GmbH, Wien (AT)	1.460.000	EUR	0,1%	BH
Raiffeisen Software GmbH, Linz (AT)	150.000	EUR	0,1%	SU
Raiffeisen-Leasing BOT s.r.o., Prag (CZ)	100.000	CZK	<0,1%	SU
Raiffeisen-Leasing Management GmbH, Wien (AT)	300.000	EUR	25,0%	SU
Raiffeisen-Leasing Mobilien und KFZ GmbH, Wien (AT)	35.000	EUR	15,0%	FI
RC Gazdasagi es Adotanacsado Zrt., Budapest (HU)	20.000.000	HUF	22,2%	FI
Registry of Securities in FBH, Sarajevo (BA)	2.052.300	BAM	1,4%	SU
REPEF Holding GmbH in Liquidation, Wien (AT)	400.000	EUR	3,5%	SU
RLKG Raiffeisen-Leasing GmbH, Wien (AT)	40.000	EUR	12,5%	FI
RSC Raiffeisen Service Center GmbH, Wien (AT)	2.000.000	EUR	50,0%	BH
RVS, a. s., Bratislava (SK)	6.852.480	EUR	0,7%	SU
S.C. DEPOZITARUL CENTRAL S.A., Bukarest (RO)	25.291.953	RON	2,6%	SU
Sarajevska berza-burza vrijednosnih papira dd Sarajevo, Sarajevo (BA)	1.975.680	BAM	5,2%	SU
Scanviwood Co. Ltd., Ho Chi Minh Stadt (VN)	2.500.000	USD	6,0%	SU
Slovak Banking Credit Bureau, s.r.o., Bratislava (SK)	9.958	EUR	33,3%	BH
Societatea de Transfer de Fonduri si Decontari-TRANSFOND S.A, Bukarest (RO)	6.720.000	RON	3,4%	BH
Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication srl, La Hulpe (BE)	13.781.250	EUR	0,5%	FI
Stemcor Global Holdings Limited, St Helier (JE)	100.000	USD	3,2%	SU
Syrena Immobilien Holding AG, Spittal an der Drau (AT)	22.600.370	EUR	21,0%	SU
The Zagreb Stock Exchange joint stock company, Zagreb (HR)	46.357.000	HRK	2,9%	WP
Transilvania LEASING SI CREDIT IFN S.A., Brasov (RO)	51.569.000	RON	0,6%	FI
UNIQA Raiffeisen Software Service Kft., Budapest (HU)	19.900.000	HUF	1,0%	SU
VERMREAL Liegenschaftserwerbs- und -betriebs GmbH, Wien (AT)	36.336	EUR	17,0%	SU
Visa Inc., San Francisco (US)	192.964	USD	<0,1%	BH
Zhytomyr Commodity Agroindustrial Exchange, Zhitomir (UA)	476.615	UAH	3,1%	SU
Ziloti Holding S.A., Luxemburg (LU)	48.963	EUR	0,9%	SU

¹ Unternehmenskategorie: KI Kreditinstitut, FI Finanzinstitut, BH Anbieter von Nebendienstleistungen, FH Finanzholding, SU Sonstiges Unternehmen, WV Versicherung, WP Wertpapierunternehmen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich der derivativen Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 in der Bilanz zu erfassen. Ein Finanzinstrument ist definitionsgemäß ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Geschäftspartner zu einem finanziellen Vermögenswert und beim anderen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Beim erstmaligen Ansatz sind Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten; dieser entspricht in der Regel dem Transaktionspreis zum Zugangszeitpunkt. Gemäß IFRS 13 ist der beizulegende Zeitwert definiert als Veräußerungspreis. Hierbei handelt es sich um den Preis, den Marktteilnehmer im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten bzw. bei der Übertragung einer Schuld zahlen. In der Folgebewertung werden Finanzinstrumente in Abhängigkeit von der jeweiligen Bewertungskategorie gemäß IAS 39 entweder zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz angesetzt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die Bewertungskategorien der Finanzinstrumente gemäß IAS 39 sind nicht mit dem Hauptposten in der Bilanz gleichzusetzen. Beziehungen zwischen den Hauptposten in der Bilanz und dem angelegten Bewertungsmaßstab sind in der Tabelle „Klassen der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7“ beschrieben und unter Punkt (1) Erfolgsrechnung nach Bewertungskategorien bzw. Punkt (12) Bilanz nach Bewertungskategorien dargestellt.

1. Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als „Zu Handelszwecken gehalten“ oder als „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen dargestellt.

a. Handelsaktiva/-passiva

Handelsaktiva/-passiva dienen der Nutzung von kurzfristigen Marktpreisschwankungen. Die zu Handelszwecken dienenden Wertpapiere (inkl. Leerverkäufe von Wertpapieren) und derivativen Instrumente werden zum Marktwert bilanziert. Für die Ermittlung des Marktwerts werden bei börsnotierten Produkten die Börsenkurse herangezogen. Sind solche Kurse nicht vorhanden, werden bei originären Finanzinstrumenten und Termingeschäften auf Basis von Barwertberechnungen und bei Optionen anhand von geeigneten Optionspreismodellen interne Preise ermittelt. Der Barwertberechnung wird eine Zinskurve zugrunde gelegt, die sich aus Geldmarkt, Future- und Swapsätzen zusammensetzt. Als Optionspreisformeln werden je nach Optionsart entweder Black-Scholes 1972, Black 1976 oder Garman-Kohlhagen verwendet. Für komplexe Optionen erfolgt die Bewertung mithilfe von Binomialbaummodellen und Monte-Carlo-Simulationen. Die zu Handelszwecken dienenden Derivate werden unter den Bilanzposten „Handelsaktiva“ oder „Handelspassiva“ ausgewiesen. Wenn positive Marktwerte inklusive Zinsabgrenzungen (Dirty Price) bestehen, werden diese den Handelsaktiva zugeordnet, bei negativen Marktwerten erfolgt ein Ausweis unter den Handelspassiva. Eine Verrechnung von positiven und negativen Marktwerten wird nicht vorgenommen. Die Wertänderung des Dirty Price wird erfolgswirksam im Handelsergebnis dargestellt. Derivate, die weder Handels- noch Sicherungszwecken dienen, werden unter dem Bilanzposten „Derivative Finanzinstrumente“ ausgewiesen. Außerdem sind etwaige Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapier-Leerverkäufen in den „Handelspassiva“ dargestellt.

Kapitalgarantierte Produkte (Garantiefonds und Zukunftsvorsorge) werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben als verkaufte Put-Optionen auf den jeweils zu garantierenden Fonds dargestellt. Die Bewertung basiert auf einer Monte-Carlo-Simulation. Der Konzern hat im Rahmen der staatlich geförderten prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge gem. § 108h (1) Z 3 EStG Kapitalgarantieverpflichtungen abgegeben. Dabei garantiert das Kreditinstitut, dass im Fall einer Verrentung der für die Verrentung zur Verfügung stehende Auszahlungsbetrag nicht geringer ist als die Summe der vom Steuerpflichtigen eingezahlten Beträge zuzüglich der für diesen Steuerpflichtigen gutgeschriebenen Prämien im Sinn des § 108g EStG.

b. Designierte Finanzinstrumente zum Fair Value

Diese Kategorie umfasst im Wesentlichen jene finanziellen Vermögenswerte, die zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes unabhängig von einer Handelsabsicht unwiderruflich als designiertes Finanzinstrument zum Fair Value gewidmet wurden (sog. Fair Value Option). Die Anwendung der Fair Value Option ist an die Voraussetzung geknüpft, dass sie zu relevanten Informationen für

den Bilanzleser führt. Dies ist für jene finanziellen Vermögenswerte der Fall, die einem Portfolio angehören, für das die Steuerung und Performance-Messung auf der Basis von Fair Values erfolgt.

In diese Definition fallen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Diese Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 zum Marktwert bewertet. Der Bilanzausweis erfolgt unter dem Bilanzposten „Wertpapiere und Beteiligungen“. Laufende Erträge werden im Zinsüberschuss dargestellt, Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse im Ergebnis aus Finanzinvestitionen.

Ebenso werden finanzielle Verbindlichkeiten als Finanzinstrumente zum Fair Value designiert, um Bewertungsabweichungen von den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Derivaten zu vermeiden. Der Fair Value der unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifizierten finanziellen Verpflichtungen enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit diesen finanziellen Verpflichtungen in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Emittenten.

Im Jahr 2016 konnten ebenso wie im Vergleichsjahr 2015 durchwegs beobachtbare Marktpreise für die Bewertung der eigenen Bonität nachrangiger Emissionen herangezogen werden. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören im Wesentlichen strukturierte Anleihen. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cash-Flows mithilfe einer kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. Bewertungsergebnisse für Verbindlichkeiten, die als Finanzinstrument zum Fair Value designiert wurden, werden im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

2. Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte

Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte (Wertpapiere mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit), die mit der Absicht und der Möglichkeit, sie bis zur Endfälligkeit zu halten, erworben werden, sind im Bilanzposten „Wertpapiere und Beteiligungen“ ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, wobei Unterschiedsbeträge über die Laufzeit verteilt im Zinsüberschuss abgebildet werden. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten im Ergebnis aus Finanzinvestitionen berücksichtigt. Kuponzahlungen fließen in das Zinsergebnis ein. Eine Veräußerung dieser Finanzinstrumente ist nur in den im IAS 39 explizit angeführten Ausnahmefällen zulässig.

3. Kredite und Forderungen

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungsansprüchen zugeordnet, für die kein aktiver Markt besteht. Diese Finanzinstrumente werden im Wesentlichen in den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ erfasst. Darüber hinaus werden Forderungen aus Finanzierungsleasing, die gemäß IAS 17 bilanziert werden, in den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag wird – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten berücksichtigt. Der Ausweis von Wertberichtigungen sowie Vorsorgen für eingetretene, aber noch nicht erkannte Verluste erfolgt in der Bilanz unter dem Posten „Kreditrisikovorsorgen“. Gewinne aus dem Verkauf von wertberechtigten Forderungen werden in der Erfolgsrechnung unter dem Posten „Kreditrisikovorsorgen“ erfasst.

Des Weiteren werden hier Schuldverschreibungen ausgewiesen, für die kein aktiver Markt vorliegt. Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts im Rahmen von Verbriefungen erfolgt – nach Prüfung, ob die Verbriefungszweckgesellschaft konsolidiert werden muss – anhand eines Chancen- und Risiken- bzw. Kontrolltests gemäß IAS 39 bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert.

4. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Diese Kategorie umfasst Finanzinstrumente einschließlich nicht konsolidierter Unternehmensanteile, die keiner der drei anderen Kategorien zugeordnet wurden. Die Bewertung erfolgt, soweit sich ein Marktwert verlässlich bestimmen lässt, zu diesem. Bewertungsdifferenzen sind im sonstigen Ergebnis erfolgsneutral auszuweisen und werden nur dann ins Ergebnis aus Finanzinvestitionen umgliedert, wenn ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung besteht oder der zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswert verkauft wird.

Bei Eigenkapitalinstrumenten liegt eine Wertminderung unter anderem dann vor, wenn der Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter den Anschaffungskosten liegt. Im Konzern werden Eigenkapitalinstrumente der Kategorie „AfS“ abgeschrieben, wenn der Fair Value in den letzten sechs Monaten vor dem Abschlussstichtag permanent um mehr als 20 Prozent oder in den letzten zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag im Durchschnitt um mehr als 10 Prozent unter dem Buchwert lag. Neben diesen quantitativen Hinweisen (Trigger Events) werden zur Prüfung auch die qualitativen Trigger Events des IAS 39.59 herangezogen. Wertaufholungen dürfen bei Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie „AfS“ nicht in der Erfolgsrechnung erfasst werden, vielmehr

sind sie als sonstiges Ergebnis über die Neubewertungsrücklage (AFS-Rücklage) zu buchen. Insofern ergeben sich Effekte auf den Jahresüberschuss hier nur bei Wertminderung oder Veräußerung.

Nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, die aus immateriellen Gründen nicht vollkonsolidiert werden, werden zu Anschaffungskosten bewertet, da der beizulegende Zeitwert keine bessere Angleichung des Vollkonsolidierungswerts darstellt. Andere nicht notierte Eigenkapitalinstrumente, für die ein verlässlicher beizulegender Zeitwert nicht regelmäßig ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen bewertet. Eine Wertaufholung darf nicht vorgenommen werden. Die beizulegenden Zeitwerte können in Schwellenländern nicht regelmäßig verlässlich beurteilt werden aufgrund des Fehlens von Vergleichsmaßstäben für den „Market Approach“ und aufgrund der inhärenten Schwierigkeiten bei der Anwendung des „Income Approach“. Der Ausweis der Finanzinstrumente selbst erfolgt im Bilanzposten „Wertpapiere und Beteiligungen“.

Zins- und Dividenderträge von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten werden im Zinsüberschuss erfasst.

5. Finanzielle Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden überwiegend mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten angesetzt. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden zum Barwert ausgewiesen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Bilanz unter den Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“, „Verbriefte Verbindlichkeiten“ oder „Nachrangige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten sind in der Kategorie „Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ dargestellt. Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cash-Flows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind oder der Konzern diese übertragen hat bzw. bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cash-Flows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten. Ein übertragener Vermögenswert wird auch ausgebucht, wenn alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle, SPV), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Übertragung der Vermögenswerte kann zu einer vollständigen oder teilweisen Ausbuchung führen. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden.

Ausbuchung finanzieller Verbindlichkeiten

Der Konzern bucht eine finanzielle Verbindlichkeit aus, wenn seine Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Der Ertrag oder Aufwand aus dem Rückkauf von eigenen Verbindlichkeiten wird unter Punkt (6) Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten dargestellt. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agios und Disagios) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten erfasst.

Umkategorisierung

Gemäß IAS 39.50 können unter außergewöhnlichen Umständen nicht derivative Finanzinstrumente der Kategorien „Handelsaktiva“ und „AFS“ in die Kategorien „Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte“ oder „Kredite und Forderungen“ umgegliedert werden. Die Effekte aus solchen Umkategorisierungen werden unter Punkt (19) Wertpapiere und Beteiligungen dargestellt.

Saldierung von Finanzinstrumenten

Bei Identität von Schuldner und Gläubiger erfolgt eine Aufrechnung laufzeit- und währungskonformer Forderungen und Verbindlichkeiten nur dann, wenn ein durchsetzbares Recht darauf besteht und die Aufrechnung dem tatsächlich erwarteten Ablauf des Geschäfts entspricht. Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten sind unter Punkt (38) Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden dargestellt.

Derivative Finanzinstrumente

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Zu den im Konzern eingesetzten Derivaten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Kreditderivate, Optionen und ähnliche Kontrakte. Der Konzern setzt Derivate ein, um den Bedürfnissen der Kunden im Rahmen von deren Risikomanagement Rechnung zu tragen, um Risiken zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren. Derivate werden erstmals zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und anschließend auch zu diesem bewertet. Der aus der Bewertung resultierende Gewinn oder Verlust wird sofort im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten erfasst, es sei denn, das Derivat ist als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accounting designiert und effektiv. Hier hängt der Zeitpunkt der Erfassung der Bewertungsergebnisse von der Art der Sicherungsbeziehung ab.

Derivate, die zur Absicherung gegen Marktrisiken (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen und gegen ein inhomogenes Portfolio gestellt werden, erfüllen nicht die Bedingung für IAS 39 Hedge Accounting. Sie werden bilanziert, indem die Dirty Prices unter dem Posten „Derivative Finanzinstrumente“ (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) ausgewiesen werden. Die Wertänderung dieser Derivate auf Basis des Clean Price ist im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten (Ergebnis aus sonstigen Derivaten) dargestellt, die Zinsen werden im Zinsüberschuss gezeigt.

Kreditderivate, deren Wert von dem in der Zukunft erwarteten (Nicht-)Eintritt spezifizierter Kreditereignisse abhängt, sind mit dem Marktwert unter dem Bilanzposten „Derivative Finanzinstrumente“ (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) ausgewiesen. Die Wertänderungen werden im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten erfasst.

Weitere Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten sind unter Punkt (39) Derivative Finanzinstrumente dargestellt.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Er designiert dafür einzelne Sicherungsinstrumente, im Wesentlichen Derivate, im Rahmen der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge), von Zahlungsströmen (Cash-Flow Hedge) oder von Nettoinvestitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten (Capital Hedge). Zu Beginn der Sicherungsbeziehung wird der Zusammenhang zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft einschließlich der zugrunde liegenden Risikomanagement-Ziele dokumentiert. Weiters wird sowohl bei Eingehen der Sicherungsbeziehung als auch in deren Verlauf regelmäßig dokumentiert, dass das in der Sicherungsbeziehung designierte Sicherungsinstrument hinsichtlich der Kompensation der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts bzw. der Cash-Flows des Grundgeschäfts in hohem Maß effektiv ist.

a. Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge)

IAS 39 sieht die Anwendung des Hedge Accounting für Derivate vor, die der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten dienen. Einem solchen Marktwertisiko unterliegt insbesondere das Kreditgeschäft, sofern es sich um festverzinsliche Forderungen handelt. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bei einzelnen Krediten oder Refinanzierungen werden Interest Rate Swaps abgeschlossen, welche die Voraussetzungen für Hedge Accounting erfüllen. Dies bedeutet, dass die Sicherungsgeschäfte dokumentiert, fortlaufend beurteilt und als hoch wirksam eingestuft werden. Somit kann über die gesamte Laufzeit des Sicherungsgeschäfts davon ausgegangen werden, dass Änderungen des beizulegenden Zeitwerts eines gesicherten Grundgeschäfts nahezu vollständig durch eine Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments kompensiert werden und die tatsächlichen Ergebnisse in einer Bandbreite von 80 bis 125 Prozent liegen.

Derivate, die zur Absicherung des Marktwerts von einzelnen Bilanzposten (ausgenommen Handelsaktiva/-passiva) abgeschlossen werden, werden mit dem Marktwert (Dirty Price) unter der Position „Derivative Finanzinstrumente“ (aktivseitig: positive Marktwerte, passivseitig: negative Marktwerte) bilanziert. Die Buchwertänderungen des gesicherten Grundgeschäfts (Aktiva oder Passiva) werden direkt den betroffenen Bilanzposten zugerechnet und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Sowohl das Ergebnis aus der Veränderung der Buchwerte der abzusichernden Positionen als auch das Ergebnis aus der Veränderung der Clean Prices der Derivate werden im Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten (Ergebnis aus dem Hedge Accounting) gebucht.

Im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken wird die Absicherung von Zinsrisiken auch auf Portfolioebene abgebildet. Abgesichert werden einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften mit ähnlicher Risikostruktur, gegliedert nach Laufzeitbändern entsprechend den erwarteten Rückzahlungs- und Zinsanpassungsterminen in einem Portfolio. Portfolios können nur Aktiva, nur Passiva oder beides enthalten. Bei dieser bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen werden die Wertänderungen der Grundgeschäfte als separate Aktiv- bzw. Passivposten in den sonstigen Aktiva/Passiva erfasst. Der abgesicherte Betrag der Grundgeschäfte wird im Konzernabschluss bei einer Konzerneinheit inklusive Sichteinlagen bestimmt, somit werden die Regelungen des EU-Carve-out in Anspruch genommen.

b. Absicherung von Zahlungsströmen (Cash-Flow Hedge)

IAS 39 sieht die Anwendung des Cash-Flow Hedge Accounting für Derivate vor, die der Absicherung gegen das Risiko einer Veränderung künftiger Zahlungsströme dienen. Einem solchen Cash-Flow-Risiko unterliegen insbesondere variabel verzinsliche Kredite und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen (z. B. erwartete Geldaufnahmen oder -veranlagungen). Interest Rate Swaps, die zur Absicherung des Risikos aus schwankenden Cash-Flows bestimmter variabler Zinspositionen abgeschlossen werden, werden wie folgt bilanziert: Das Sicherungsinstrument wird mit dem Marktwert angesetzt, die Änderungen des Clean Price werden im sonstigen Ergebnis verbucht. Der ineffektive Teil wird hingegen ergebniswirksam als Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

c. Absicherung einer Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbständige Teileinheit (Capital Hedge)

Im Konzern werden Kurssicherungsgeschäfte für Investitionen in wirtschaftlich selbständige Teileinheiten (IAS 39.102) zur Reduktion der aus der Währungsumrechnung der Eigenkapitalbestandteile resultierenden Differenzen getätigt. Als Sicherungsinstrumente dienen in erster Linie Fremdwährungsswaps. Die aus ihnen entstehenden Gewinne bzw. Verluste aus der Währungsumrechnung werden im sonstigen Ergebnis verrechnet und in der Eigenkapitalüberleitung gesondert dargestellt, soweit die Sicherungsbeziehung effektiv ist. Ein etwaiger ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung wird im Handelsergebnis erfasst. Die dazugehörigen Zinskomponenten werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value)

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde. Dies gilt unabhängig davon, ob der Preis direkt beobachtbar oder unter Anwendung einer Bewertungsmethode geschätzt worden ist. Gemäß IFRS 13 verwendet die RBI folgende Hierarchie zur Feststellung und Offenlegung des Fair Value für Finanzinstrumente.

Notierte Preise in einem aktiven Markt (Level I)

Der beizulegende Zeitwert wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein öffentlich notierter Marktpreis zur Verfügung steht. Dies gilt insbesondere für an Börsen gehandelte Eigenkapitalinstrumente, im Interbankenmarkt gehandelte Fremdkapitalinstrumente und börsegehandelte Derivate. Die Bewertung beruht im Wesentlichen auf externen Datenquellen (Börsepreise bzw. Broker-Quotierungen in liquiden Marktsegmenten). Bei einem aktiven Markt handelt es sich um einen Markt, in dem Transaktionen von Vermögenswerten und Schulden mit ausreichender Häufigkeit und ausreichendem Volumen stattfinden, sodass Preisinformationen laufend zur Verfügung stehen. Indikatoren für aktive Märkte können die Anzahl, die Häufigkeit der Aktualisierung oder die Qualität der Quotierungen (z. B. Banken oder Börsen) sein. Weiters sind auch enge Bid-/Ask-Spannen sowie Quotierungen der Marktteilnehmer innerhalb eines bestimmten Korridors Anzeichen für einen aktiven liquiden Markt.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level II)

In den Fällen, in denen keine Börsennotierungen für einzelne Finanzinstrumente vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Value die Marktpreise vergleichbarer Finanzinstrumente herangezogen oder durch anerkannte Bewertungsmodelle mithilfe von beobachtbaren Preisen oder Parametern (insbesondere von Barwertmethoden oder Optionspreismodellen) ermittelt. Diese Verfahren betreffen die Mehrheit der OTC-Derivate und der nicht börsennotierten Fremdkapitalinstrumente.

Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Parameter (Level III)

Wenn für die Bewertung mit Bewertungsmodellen nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorliegen, werden auch nicht auf dem Markt beobachtbare Parameter herangezogen. Diese Eingangsparameter können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten unter anderem aus historischen Daten ermittelt werden (Bewertungshierarchie Level III). Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind unter Punkt (40) Fair Value von Finanzinstrumenten enthalten.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die Effektivzinsmethode ist eine Methode zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments und der Zuordnung von Zinsaufwendungen und -erträgen zu den jeweiligen Perioden. Der Effektivzinssatz ist derjenige Zinssatz, mit dem

die geschätzten künftigen Ein- und Auszahlungen (einschließlich aller Gebühren, die Teil des Effektivzinssatzes sind, Transaktionskosten und sonstigen Agios und Disagios) über die erwartete Laufzeit des Finanzinstruments oder eine kürzere Periode, sofern zutreffend, auf den Nettobuchwert aus der erstmaligen Erfassung abgezinst werden.

Klassen der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7

Da die Wesensart der Finanzinstrumente bereits in geeigneter Weise durch die Gliederung der Bilanzposten zum Ausdruck gebracht wird, wurde die Bildung von Klassen an jenen Posten der Bilanz ausgerichtet, die Finanzinstrumente beinhalten. Klassen von Finanzinstrumenten der Aktivseite sind vor allem Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Handelsaktiva, derivative Finanzinstrumente, Derivate aus Sicherungsgeschäften sowie Wertpapiere und Beteiligungen (darunter separat nicht auf einem aktiven Markt gehandelte finanzielle Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bewertet werden). Klassen von Finanzinstrumenten der Passivseite sind insbesondere Handelspassiva, derivative Finanzinstrumente, Derivate aus Sicherungsgeschäften, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieft Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten.

Aktiva/Passiva	Wesentlicher Bewertungsmaßstab			Kategorie gemäß IAS 39 ¹
	Marktwert	Fortgeführte Anschaffungskosten	Sonstige	
Aktivische Klassen				
Barreserve			Nominalwert	n. a.
Handelsaktiva	X			TA
Derivative Finanzinstrumente	X			TA
Forderungen an Kreditinstitute			X	LAR
Forderungen an Kunden			X	LAR
davon Forderungen aus Finanzierungsleasing			IAS 17	n. a.
Wertpapiere und Beteiligungen	X			AFVTPL
Wertpapiere und Beteiligungen	X			AfS
Wertpapiere und Beteiligungen			X	HTM
davon nicht auf einem aktiven Markt gehandelte finanzielle Vermögenswerte			At Cost	AfS
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten gemäß IAS 39	X			n. a.
Passivische Klassen				
Handelspassiva	X			TL
Derivative Finanzinstrumente	X			TL
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			X	FL
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			X	FL
Nachrangige Verbindlichkeiten			X	FL
Verbrieft Verbindlichkeiten			X	FL
Verbrieft Verbindlichkeiten	X			AFVTPL
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten gemäß IAS 39	X			n. a.

1 AfS: Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
 AFVTPL: Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
 FL: Finanzielle Verbindlichkeiten

HTM: Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte
 LAR: Kredite und Forderungen
 TA: Handelsaktiva
 TL: Handelspassiva

Kreditrisikovorsorgen

An jedem Bilanzstichtag wird beurteilt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cash-Flows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Objektive Hinweise für eine Wertminderung können bestehen, wenn erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder der Gegenpartei vorliegen, ein Vertragsbruch (etwa ein Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen) erfolgt oder mit erhöhter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass eine Insolvenz oder ein sonstiges Sanierungsverfahren über den Kreditnehmer eröffnet wird.

Risiken des Kreditgeschäfts wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Portfolio-Wertberichtigungen Rechnung getragen. Letztere umfassen Wertberichtigungen auf Portfolios von Krediten mit gleichem Risikoprofil, die unter bestimmten Voraus-

setzungen für die IBNR-Verluste („incurred but not reported“) gebildet werden. Dies betrifft solche Fälle, in denen noch kein objektiver Hinweis auf eine individuelle Wertminderung bei einem finanziellen Vermögenswert vorliegt, weshalb Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbarem Ausfallrisikoprofil gemeinsam auf Wertminderung untersucht werden. Die zugrunde liegenden Ratingmodelle für Firmenkunden werden unterschieden in „Corporate Large“ und „Corporate Regular“ sowie „SME Large“ und „SME Regular“. Weiters werden Portfolios unter dem Ratingmodell „Finanzinstitute“ und jene unter dem „Project Finance Rating“-Modell gesondert beurteilt. Für die Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen ist eine konzernweit einheitliche Vorgehensweise dadurch gegeben, dass zentral errechnete historische Konzern-Ausfallraten („Group HDRs“) je Ratingstufe ermittelt und für die Berechnungen herangezogen werden. Diese „Group HDRs“ bilden die tatsächlich beobachtete Ausfallwahrscheinlichkeit der letzten 5 Jahre im Mittel ab. Im Retail-Bereich erfolgt die Bildung mit Ausnahme einer Konzerneinheit, die nach Produktportfolios bzw. Überfälligkeiten die Höhe der Portfolio-Wertberichtigung ermittelt, unter Verwendung einer PD-/LGD-basierten Berechnung (Probability of Default/Loss Given Default). Sowohl die Einzelwertberichtigungen als auch die Portfolio-Wertberichtigungen werden nicht mit den entsprechenden Forderungen verrechnet, sondern in der Bilanz offen ausgewiesen.

Für die bei Kunden- und Bankforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls gebildet. Eine Ausfallgefährdung wird dann angenommen, wenn – unter Berücksichtigung der Sicherheiten – die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge und Zinszahlungen unter dem Buchwert der Forderung liegen. Für die Ermittlung von Portfolio-Wertberichtigungen werden Bewertungsmodelle herangezogen, in deren Rahmen die voraussichtlichen zukünftigen Cash-Flows anhand historischer Ausfallerfahrungen für die Forderungen im jeweiligen Kreditportfolio geschätzt werden.

Der Gesamtbetrag der Kreditrisikovorsorgen, der sich auf bilanzielle Forderungen bezieht und Einzelwertberichtigungen sowie Portfolio-Wertberichtigungen umfasst, wird als eigener Posten „Kreditrisikovorsorgen“ auf der Aktivseite nach den Forderungen ausgewiesen.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) verkauft der Konzern Vermögenswerte an einen Vertragspartner und vereinbart gleichzeitig, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben in der Bilanz des Konzerns und werden nach den Regeln des jeweiligen Bilanzpostens bewertet. Eine Ausbuchung der Wertpapiere erfolgt nicht, da alle mit dem Eigentum am Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden. Die Liquiditätszuflüsse aus den Repo-Geschäften werden je nach Gegenpartei als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen.

Bei Reverse-Repo-Geschäften werden Vermögenswerte mit der gleichzeitigen Verpflichtung eines zukünftigen Verkaufs gegen Entgelt erworben. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden, in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen und folglich auch nicht bewertet. Die Liquiditätsabflüsse aus den Reverse-Repo-Geschäften werden in den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ bzw. „Forderungen an Kunden“ bilanziert.

Zinsaufwendungen für Repo-Geschäfte und Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden linear über die Laufzeit abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihgeschäfte

Wertpapierleihgeschäfte schließt der Konzern mit Kreditinstituten und Kunden ab, um der Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Wertpapierleihgeschäfte werden analog dem Ausweis von Wertpapieren aus echten Pensionsgeschäften bilanziert. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entlehene Wertpapiere werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Durch den Konzern gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen in den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ bzw. „Forderungen an Kunden“, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen.

Leasing

Leasingverhältnisse werden entsprechend ihrer vertraglichen Ausgestaltung wie folgt klassifiziert:

Finanzierungsleasing

Wenn nahezu alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übergehen, wird beim Konzern als Leasinggeber eine Forderung gegenüber Kreditinstituten bzw. eine Forderung gegenüber Kunden ausgewiesen. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswerts. Die Erträge aus Finanzierungsverhältnissen werden so auf die Perioden verteilt, dass eine konstante periodische Verzinsung des ausstehenden Nettoinvestitionswerts aus den Leasingverhältnissen gezeigt wird. Der Ausweis der Zinserträge erfolgt im Zinsüberschuss.

Hält der Konzern Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungs-Leasingverhältnisses als Leasingnehmer, werden diese im jeweiligen Posten des Sachanlagevermögens ausgewiesen, dem passivseitig eine entsprechende Leasingverbindlichkeit gegenübersteht. Der Ausweis der Zinsaufwendungen erfolgt im Zinsüberschuss.

Operating Leasing

Operating Leasing liegt vor, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber liegen. Die Leasinggegenstände werden beim Konzern dem Bilanzposten „Sachanlagen“ zugeordnet, Abschreibungen erfolgen nach den für das jeweilige Anlagevermögen geltenden Grundsätzen. Mieteinnahmen aus dem entsprechenden Leasinggegenstand werden linear über die Laufzeit des entsprechenden Leasingverhältnisses verteilt und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufwendungen für Operating-Leasingverhältnisse werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst und in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, bei denen die RBI AG direkt oder indirekt beherrschenden Einfluss ausübt, werden vollkonsolidiert. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Bei strukturierten Unternehmen handelt es sich um Unternehmen, bei denen nicht die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominante Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind, so z. B. wenn die Stimmrechte sich lediglich auf die Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Tätigkeiten durch Vertragsvereinbarungen geregelt sind.

Ebenso wie bei Tochterunternehmen ist die Konsolidierung von strukturierten Unternehmen erforderlich, wenn der Konzern das Unternehmen beherrscht. Im Konzern wird die Verpflichtung zur Konsolidierung von strukturierten Unternehmen im Rahmen eines Prozesses geprüft, der Transaktionen umfasst, bei denen ein strukturiertes Unternehmen durch den Konzern mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien initiiert wird, sowie Transaktionen, bei denen der Konzern mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien in vertragliche Beziehungen zu einem bereits bestehenden strukturierten Unternehmen tritt. Die Konsolidierungsentscheidungen werden anlassbezogen, mindestens jedoch quartalsweise überprüft. Die Auflistung aller konsolidierten strukturierten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen strukturierten Unternehmen ist in Punkt (56) Zusammensetzung des Konzerns ersichtlich.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung:

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
- ob der Konzern durch seine Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Möglichkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Einer oder mehrere der folgenden Faktoren deuten auf solche Anzeichen hin:

- Ein anderer Investor besitzt aufgrund einer Vereinbarung mit dem Konzern die Beherrschungsmöglichkeit über mehr als die Hälfte der Stimmrechte.
- Ein anderer Investor besitzt aufgrund gesetzlicher Regelungen oder einer Vereinbarung die Möglichkeit zur Beherrschung der Finanzpolitik und der geschäftlichen Tätigkeiten der Beteiligung.
- Ein anderer Investor beherrscht die Beteiligung aufgrund seiner Möglichkeit zur Bestellung und Abberufung der Mehrheit der Vorstandsmitglieder oder der Mitglieder eines gleichwertigen Lenkungsorgans.
- Ein anderer Investor beherrscht das Unternehmen aufgrund seiner Möglichkeit, über die Mehrheit der abzugebenden Stimmrechte bei einer Sitzung des Vorstands oder eines gleichwertigen Lenkungsorgans zu verfügen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn der Konzern aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt.

Tochterunternehmen werden grundsätzlich ab dem Tag in den Konsolidierungskreis einbezogen, an dem der Konzern direkt oder indirekt die Kontrolle erlangt, und scheiden ab dem Zeitpunkt, ab dem die Bank nicht länger beherrschenden Einfluss ausübt, aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Ergebnisse der im Lauf des Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden vom tatsächlichen Erwerbszeitpunkt an oder bis zum tatsächlichen Abgangszeitpunkt in der Konzern-Erfolgsrechnung erfasst. Der Konzern überprüft zumindest zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile wird in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Aktionären der RBI AG zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile wird in der Erfolgsrechnung separat ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten miteinander aufgerechnet. Dabei verbleibende zeitliche Differenzen werden in der Konzernbilanz unter den Posten „Sonstige Aktiva“ bzw. „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

Konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden ebenfalls miteinander aufgerechnet, wobei temporäre Aufrechnungsdifferenzen aus dem Bankgeschäft teils im Zinsergebnis und teils im Handelsergebnis dargestellt werden. Andere Differenzen werden in der Position „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ erfasst.

Zwischengewinne werden dann eliminiert, wenn sie wesentlichen Einfluss auf die Posten der Erfolgsrechnung haben. Geschäfte, die zwischen den einzelnen Gesellschaften des Konzerns getätigt werden, erfolgen grundsätzlich zu Marktkonditionen.

Änderungen der Beteiligungsquote des Konzerns an bestehenden Tochterunternehmen

Werden im Zuge der Folgekonsolidierung bei bereits bestehender Beherrschung weitere Anteile erworben oder Anteile ohne Kontrollverlust veräußert, werden diese Vorgänge erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktionen dargestellt. Die Buchwerte der vom Konzern gehaltenen Anteile und der nicht beherrschenden Anteile werden so angepasst, dass sie die Änderungen der an den Tochterunternehmen bestehenden Anteilsquoten widerspiegeln. Jede Differenz zwischen dem Betrag, um den die nicht beherrschenden Anteile angepasst werden, und dem beizulegenden Zeitwert der gezahlten oder erhaltenen Gegenleistung wird unmittelbar im Eigenkapital erfasst und den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zugeordnet.

Wenn die Gesellschaft die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, wird der Endkonsolidierungsgewinn oder -verlust erfolgswirksam erfasst. Dieser wird ermittelt aus der Differenz zwischen

- dem Gesamtbetrag des beizulegenden Zeitwerts der erhaltenen Gegenleistung und dem beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Anteile und
- dem Buchwert der Vermögenswerte (einschließlich des Geschäfts- oder Firmenwerts), der Schulden des Tochterunternehmens und aller nicht beherrschenden Anteile.

Alle im Zusammenhang mit diesem Tochterunternehmen im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Beträge werden so bilanziert, wie dies bei einem Verkauf der Vermögenswerte erfolgen würde, d. h. es erfolgt eine Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung oder eine direkte Übertragung in die Gewinnrücklagen.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf das der Konzern maßgeblichen Einfluss hat. Maßgeblicher Einfluss ist die Möglichkeit, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Unternehmens, an dem die Beteiligung gehalten wird, mitzuwirken. Dabei liegt weder Beherrschung noch gemeinschaftliche Führung der Entscheidungsprozesse vor. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 und 50 Prozent der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei österreichischen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Anteile an assoziierten Unternehmen werden at-equity einbezogen und im Bilanzposten „Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen“ ausgewiesen.

Die Anschaffungskosten dieser Beteiligungen einschließlich darin enthaltener Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss bestimmt. Dabei werden dieselben Regeln angewendet wie bei vollkonsolidierten Unternehmen an (Aufrechnung der Anschaffungskosten mit dem zum Fair Value bewerteten anteiligen Nettovermögen). Sofern assoziierte Unternehmen wesentlich sind, wird eine Fortschreibung des Equity-Buchwerts entsprechend der jeweiligen anteiligen Entwicklung des Eigenkapitals der Unternehmen vorgenommen. Jahresergebnisse aus at-equity bewerteten Unternehmen werden saldiert im Posten „Laufendes Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen“ dargestellt. Zurechenbare Verluste der at-Equity-

bewerteten Unternehmen werden nur bis zur Höhe des Equity-Buchwerts berücksichtigt. Übersteigende Verluste werden nicht erfasst, da keine Verpflichtung besteht, die übersteigenden Verluste auszugleichen. Darüber hinaus werden die beim assoziierten Unternehmen erfolgsneutral erfassten Bewertungen im Konzernabschluss der RBI ebenfalls erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis dargestellt. Dies betrifft insbesondere Bewertungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Buchwert verglichen wird. Eine in Vorperioden erfasste Wertminderung wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Buchwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, und Anteile an assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity zu erfassen waren, sind zu Anschaffungskosten im Bilanzposten „Wertpapiere und Beteiligungen“ ausgewiesen und der Bewertungskategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet.

Unternehmenserwerbe

Der Erwerb von Geschäftsbetrieben wird nach der Erwerbsmethode bilanziert. Die bei einem Unternehmenszusammenschluss übertragene Gegenleistung wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser bestimmt sich aus der Summe der zum Erwerbszeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwerte der übertragenen Vermögenswerte, der von den früheren Eigentümern des erworbenen Unternehmens übernommenen Schulden und der vom Konzern emittierten Eigenkapitalinstrumente im Austausch gegen die Beherrschung des erworbenen Unternehmens. Mit dem Unternehmenszusammenschluss verbundene Transaktionskosten werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Der Geschäfts- oder Firmenwert ergibt sich als Überschuss der Summe aus der übertragenen Gegenleistung, dem Betrag aller nicht beherrschenden Anteile an dem erworbenen Unternehmen und dem beizulegenden Zeitwert des zuvor vom Erwerber gehaltenen Eigenkapitalanteils an dem erworbenen Unternehmen (sofern gegeben) über den Saldo der zum Erwerbszeitpunkt ermittelten beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und der übernommenen Schulden. Für den Fall, dass sich – auch nach nochmaliger Beurteilung – ein negativer Unterschiedsbetrag ergibt, wird dieser unmittelbar als Ertrag in der Erfolgsrechnung erfasst.

Anteile nicht beherrschender Gesellschafter, die gegenwärtig Eigentumsrechte vermitteln und dem Inhaber im Falle der Liquidation das Recht gewähren, einen proportionalen Anteil am Nettovermögen des Unternehmens zu erhalten, werden bei Zugang entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens bewertet. Dieses Wahlrecht kann bei jedem Unternehmenszusammenschluss neu ausgeübt werden. Andere Komponenten von Anteilen nicht beherrschender Gesellschafter werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder den Wertmaßstäben bewertet, die sich aus anderen Standards ergeben.

Enthält die übertragene Gegenleistung eine bedingte Gegenleistung, wird diese mit dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der bedingten Gegenleistung innerhalb des Bewertungszeitraums werden rückwirkend korrigiert und entsprechend gegen den Geschäfts- oder Firmenwert gebucht. Berichtigungen während des Bewertungszeitraums sind Anpassungen, um zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände widerzuspiegeln, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden. Der Bewertungszeitraum darf ein Jahr vom Erwerbszeitpunkt an nicht überschreiten.

Die Bilanzierung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der bedingten Gegenleistung, die keine Berichtigungen während des Bewertungszeitraums darstellen, erfolgt in Abhängigkeit davon, wie die bedingte Gegenleistung einzustufen ist. Handelt es sich bei der bedingten Gegenleistung um Eigenkapital, erfolgt keine Folgebewertung an nachfolgenden Abschlussstichtagen; ihre Erfüllung wird innerhalb des Eigenkapitals bilanziert. Eine bedingte Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, wird an nachfolgenden Abschlussstichtagen gem. IAS 39 oder IAS 37 Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen, sofern anzuwenden, bewertet und ein resultierender Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Barreserve

Die Barreserve enthält den Kassenbestand und täglich fällige Forderungen gegenüber Zentralbanken. Diese werden mit ihrem Nennwert dargestellt.

Beteiligungen

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, Anteile an assoziierten Unternehmen, die nicht at-equity erfasst wurden, und sonstige Beteiligungen sind in den Wertpapieren und Beteiligungen ausgewiesen.

Diese werden zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet und – soweit kein Börsenkurs vorliegt – mit den Anschaffungskosten bewertet. Wertänderungen werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine dauerhafte Wertminderung wird im Ergebnis aus Finanzinvestitionen verbucht.

Immaterielle Vermögenswerte

Separat erworbene immaterielle Vermögenswerte

Separat, d. h. nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen erfasst. Die Abschreibungen werden linear über die erwartete Nutzungsdauer aufwandswirksam erfasst. Die erwartete Nutzungsdauer sowie die Abschreibungsmethode werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und sämtliche Schätzungsänderungen prospektiv berücksichtigt. Separat erworbene immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungen erfasst. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer für Software beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Bei Software-Großprojekten kann sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer auch auf einen darüber hinausgehenden Zeitraum erstrecken.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte – Forschungs- und Entwicklungskosten

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte umfassen ausschließlich Software und werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Konzern daraus künftig ein wirtschaftlicher Nutzen entsteht, und die Herstellungskosten verlässlich ermittelt werden können. Kosten für Forschungsaktivitäten werden in der Periode, in der sie anfallen, als Aufwand erfasst.

Ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert, der sich aus der Entwicklungstätigkeit oder aus der Entwicklungsphase eines internen Projekts ergibt, wird dann bilanziert, wenn die folgenden Nachweise erbracht wurden:

- Die Fertigstellung des immateriellen Vermögenswerts ist technisch realisierbar, sodass er zur Nutzung oder zum Verkauf zur Verfügung stehen wird.
- Es besteht die Absicht, den immateriellen Vermögenswert fertigzustellen sowie ihn zu nutzen oder zu verkaufen.
- Die Möglichkeit den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen, ist gegeben. Der immaterielle Vermögenswert wird voraussichtlich einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen erzielen.
- Die Verfügbarkeit adäquater technischer, finanzieller und sonstiger Ressourcen, um die Entwicklung abzuschließen und den immateriellen Vermögenswert nutzen oder verkaufen zu können, ist gegeben.
- Die Möglichkeit zur verlässlichen Bestimmung der im Rahmen der Entwicklung des immateriellen Vermögenswerts zurechenbaren Aufwendungen ist gegeben.

Der Betrag, mit dem ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert erstmals aktiviert wird, ist die Summe der entstandenen Aufwendungen von dem Tag an, an dem der immaterielle Vermögenswert die oben genannten Bedingungen erstmals erfüllt. Wenn ein selbst erstellter immaterieller Vermögenswert nicht aktiviert werden kann bzw. noch kein immaterieller Vermögenswert vorliegt, werden die Entwicklungskosten erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie entstehen.

Aktiviert Entwicklungskosten werden im Konzern in der Regel über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren linear abgeschrieben. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer für Software beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Bei Software-Großprojekten kann sich die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer auch auf einen darüber hinausgehenden Zeitraum erstrecken.

Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, werden gesondert vom Geschäfts- oder Firmenwert erfasst und im Erwerbszeitpunkt mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte ohne bestimmbare Nutzungsdauer werden an jedem Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Bei besonderen Ereignissen (Trigger Events) erfolgt auch unterjährig eine Überprüfung der Werthaltigkeit. Sofern Umstände vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, wird gemäß IAS 36 eine Wertminderung vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden über den Zeitraum abgeschrieben, über den dieser immaterielle Vermögenswert genutzt werden kann. Die Nutzungsdauer für den erworbenen Kundenstock wurde für die Raiffeisen Bank Aval JSC für den Geschäftsbereich Retail Customers mit 20 Jahren festgelegt. Für den der Kaufpreisallokation zugrunde gelegten Kundenstock der Polbank EFG S.A. wurde eine Nutzungsdauer von zehn Jahren festgelegt.

Unternehmen des Konzerns verwenden zur Unterscheidung ihrer Dienstleistungen von Mitbewerbern Warenzeichen (Marken). Gemäß IFRS 3 werden Marken erworbener Unternehmen gesondert unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ bilanziert. Es wurde eine unbegrenzte Nutzungsdauer angenommen, sodass keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Die Marken werden jährlich und zusätzlich immer dann, wenn Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, auf Werthaltigkeit getestet. Details zur Werthaltigkeitsprüfung sind in Punkt (20) Immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Sachanlagen

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden im Posten „Verwaltungsaufwendungen“ erfasst. Den linearen Abschreibungen werden folgende betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer	Jahre
Gebäude	25-50
Büro- und Geschäftsausstattung	5-10
Hardware	3-5

Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die erwarteten Nutzungsdauern, Restwerte und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft. Dabei fließen alle notwendigen Schätzungsänderungen prospektiv ein. Voraussichtlich dauernde Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst und im Posten „Verwaltungsaufwendungen“ dargestellt. Bei Wegfall der Abschreibungsgründe erfolgt eine Zuschreibung bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten.

Eine Sachanlage wird bei Abgang oder dann, wenn kein zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen aus der fortgesetzten Nutzung des Vermögenswerts erwartet wird, ausgebucht. Der sich aus dem Verkauf oder der Stilllegung einer Sachanlage ergebende Gewinn oder Verlust bestimmt sich als Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts und wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als solche bezeichnet man Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Die als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücke und Gebäude werden entsprechend der nach IAS 40 zulässigen Cost Method mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewertet und wegen untergeordneter Bedeutung in den Sachanlagen ausgewiesen. Die lineare Abschreibung erfolgt auf Basis der Nutzungsdauer. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist ident mit jener von Gebäuden, die unter den Sachanlagen bilanziert werden. Die Abschreibungen werden im Posten „Verwaltungsaufwendungen“ erfasst.

Eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wird bei Abgang oder dann, wenn sie dauerhaft nicht mehr genutzt werden soll und ein zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen aus dem Abgang nicht mehr erwartet wird, ausgebucht. Der sich aus dem Abgang ergebende Gewinn oder Verlust bestimmt sich als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts und wird in der Periode des Abgangs im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten (Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte)

Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte

Alle Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag auf Basis Zahlungsmittel generierender Einheiten (Cash Generating Units; CGU) auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen überprüft. Eine Zahlungsmittel generierende Einheit wird vom Management festgelegt und ist als die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten eines Unternehmens definiert, die permanente Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Nutzung hervorbringt. In der RBI werden alle Segmente gemäß Segmentberichterstattung als Zahlungsmittel generierende Einheiten bestimmt. Innerhalb der Segmente bilden rechtlich selbständige Einheiten zum Zweck der Wertminderungsprüfung der Firmenwerte jeweils eine eigene CGU. Dabei wird der Buchwert der jeweiligen Einheit (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit dem aus ihr erzielbaren Betrag verglichen. Dieser ist grundsätzlich als der Betrag aus dem Nutzungswert (Value in Use) definiert und basiert auf den erwarteten die potenziellen Dividenden, die mit einem risikoadäquaten Zinssatz diskontiert werden. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen sowie der zukünftigen Performance, letztere unter Beachtung der voraussichtlichen Entwicklung der relevanten Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds.

Die Impairment Tests der Firmenwerte auf Basis der Zahlungsmittel generierenden Einheiten beruhen auf einer vom jeweiligen Management erstellten und von den zuständigen Organen genehmigten Mehrjahresplanung. Darin wird die mittelfristige Erfolgsperspektive der CGU unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie, der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Bruttoinlandsprodukt, Inflationserwartungen etc.) sowie der jeweiligen Marktverhältnisse abgebildet. Im Anschluss daran erfolgt eine Verstetigung unter Zugrundelegung eines zeitlich unbefristeten Fortbestands. Die Diskontierung der bewertungsrelevanten Erträge, das sind die potenziellen Dividenden, erfolgt mit risikoadaptierten und länderspezifisch angepassten Eigenkapitalkostensätzen. Diese wurden in Anlehnung an das Capital-Asset-Pricing-Modell ermittelt. Die einzelnen Zinssatz-Parameter (risikoloser Zinssatz, Inflationsdifferenz, Marktrisikoprämie, länderspezifische Risiken und Betafaktoren) wurden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Der gesamte Planungshorizont wird in drei Phasen aufgeteilt, wobei sich die Phase I auf den Planungszeitraum des Managements von drei Jahren erstreckt. In der Phase II, die weitere zwei Jahre umfasst, wird die Detailplanung unter Beachtung von gesamtwirtschaftlichen Plandaten extrapoliert. In der Phase III erfolgt die Verstetigung der Ertragerwartung unter Zugrundelegung eines zeitlich unbefristeten Fortbestands. Details zur Werthaltigkeitsprüfung sind unter Punkt (20) Immaterielle Vermögenswerte dargestellt.

Vorräte

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Abwertungen werden vorgenommen, sofern der Anschaffungswert über dem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag liegt oder wenn aufgrund eingeschränkter Verwertbarkeit oder langer Lagerzeit eine Wertminderung der Vorräte eingetreten ist.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Bedingung wird nur dann als erfüllt angesehen, wenn die Veräußerung hochwahrscheinlich ist, der Vermögenswert (oder die Veräußerungsgruppe) in seiner (ihrer) Beschaffenheit für einen sofortigen Verkauf verfügbar ist und sich der Vorstand zu einer Veräußerung verpflichtet hat. Weiters muss der Veräußerungsvorgang innerhalb von zwölf Monaten abgeschlossen sein.

Langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, werden zum niedrigeren Betrag aus ihrem ursprünglichen Buchwert bzw. dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Ergebnisse aus als zur Veräußerung gehalten klassifizierten langfristigen Vermögenswerten oder Veräußerungsgruppen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Sollte der Wertminderungsaufwand der Veräußerungsgruppe den Buchwert der Vermögenswerte, die in den Anwendungsbereich des IFRS 5 (Bewertung) fallen, übersteigen, gibt es in den IFRS keine spezielle Regelung hinsichtlich der Behandlung dieser Differenz. Diese Differenz wird als sonstige Rückstellung in dem Bilanzposten „Rückstellungen“ erfasst.

Für den Fall, dass sich der Konzern zu einer Veräußerung verpflichtet hat, die mit einem Verlust der Beherrschung über ein Tochterunternehmen einhergeht, werden sämtliche Vermögenswerte und Schulden dieses Tochterunternehmens als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, sofern die oben genannten Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Dies gilt unabhängig davon, ob der Konzern nach der Veräußerung einen nicht beherrschenden Anteil an dem früheren Tochterunternehmen zurückbehält oder nicht. Ergebnisse von aufgegebenen Geschäftsbereichen werden separat als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Details zu Veräußerungsgruppen gemäß IFRS 5 sind unter Punkt (23) Sonstige Aktiva dargestellt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn der Konzern eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis hat und es sowohl wahrscheinlich ist, dass er verpflichtet sein wird, diese zu erfüllen, als auch eine verlässliche Schätzung des Betrags möglich ist. Der angesetzte Rückstellungsbetrag ist der am Bilanzstichtag bestmögliche Schätzwert für die Leistung, die unter Berücksichtigung der der Verpflichtung zugrunde liegenden Risiken und Unsicherheiten hinzugeben ist, um die gegenwärtige Verpflichtung zu erfüllen. Risiken und Unsicherheiten sind bei der Schätzung berücksichtigt. Wird eine Rückstellung auf Basis der für die Erfüllung der Verpflichtung geschätzten Zahlungsströme bewertet, sind diese Zahlungsströme abzuzinsen, sofern der Zinseffekt wesentlich ist.

In der Bilanz werden diese Arten von Rückstellungen unter dem Posten „Rückstellungen“ ausgewiesen. Die Zuführung zu den unterschiedlichen Rückstellungsarten erfolgt über verschiedene Posten der Erfolgsrechnung. Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten werden unter den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen, die Restrukturierungsrückstellungen und die Rückstellungen für Rechtsrisiken sowie die sonstigen Personalvorsorgen in den Verwaltungsaufwendungen verbucht. Zuführungen zu Rückstellungen, die nicht dem entsprechenden Verwaltungsaufwand zuzuordnen sind, werden grundsätzlich zulasten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses gebildet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Sämtliche leistungsorientierten Sozialkapitalrückstellungen (Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder) werden gemäß IAS 19 – Employee Benefits – nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für alle Sozialkapitalrückstellungen der österreichischen Konzerneinheiten die AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler in der Ausprägung für Angestellte herangezogen. In anderen Ländern werden vergleichbare aktuarische Rechnungsgrundlagen verwendet.

Weitere Angaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finden sich unter Punkt (27) Rückstellungen.

Beitragsorientierte Pensionsvorsorge

Im Rahmen beitragsorientierter Vorsorgepläne entrichtet das Unternehmen festgelegte Beiträge an eine Pensionskasse. Die Zahlungen werden in der Erfolgsrechnung als Personalaufwand erfasst.

Mitarbeitervergütungspläne

Variable Vergütung – spezielle Vergütungsgrundsätze

Im Konzern wird die variable Vergütung anhand von Bonus-Pools auf Bank- bzw. Profitcenter-Ebene gesteuert. Jedes variable Entlohnungssystem sieht eine definierte Mindest- sowie Maximalzielerreichung vor und legt somit Maximalauszahlungswerte fest.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 werden die nachfolgend beschriebenen speziellen Grundsätze für die Zuteilung, den Anspruchserwerb und die Auszahlung variabler Vergütungen (einschließlich der Auszahlung zurückgestellter Teile von Boni) für die Vorstandsmitglieder der RBI AG und bestimmter Konzerneinheiten sowie für bestimmte Funktionsträger („Risikopersonal“) angewendet:

- 60 Prozent bzw. für besonders hohe Beträge 40 Prozent des jährlichen Bonus werden zu 50 Prozent sofort bar ausbezahlt (Up-Front) und zu 50 Prozent im Weg eines Aktien-Phantom-Plans (Details s. u.) berücksichtigt, der die Zahlung nach einer Behaltefrist (Retention Period) von einem Jahr vorsieht. Eine Ausnahme bilden die Konzerneinheiten in Bulgarien mit 40 Prozent Up-Front-Anteil und einer Behaltefrist von zwei Jahren sowie jene in der Tschechischen Republik mit einer Behaltefrist von 1,5 Jahren.
- 40 Prozent bzw. 60 Prozent des jährlichen Bonus werden je nach lokaler Gesetzeslage über einen Zeitraum von drei (in Österreich fünf) Jahren (Deferral) zurückgestellt (Rückstellungsperiode). Die Auszahlung erfolgt auf proportionaler Basis, davon jeweils 50 Prozent bar und 50 Prozent im Weg des Aktien-Phantom-Plans.

Eine variable Vergütung, einschließlich eines zurückgestellten Anteils, wird nur dann zugeteilt, gezahlt oder übertragen, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Dies ist auf der Ebene der RZB/RBI und/oder der RBI AG auf der Grundlage einer Entscheidung der zuständigen Aufsichtsbehörde (z. B. durch die Europäische Zentralbank für die RZB/RBI) nicht verboten.
- Dies ist nach der Finanzlage der RZB/RBI und der Finanzlage der RBI AG insgesamt tragbar und nach Maßgabe der Leistung des Konzerns, der RBI AG, der Geschäftseinheit und des betreffenden Einzelnen gerechtfertigt.
- Die Mindestanforderungen, die nach der lokalen Gesetzgebung für die Zuteilung oder Bezahlung einer variablen Vergütung auf die RBI AG Anwendung finden, werden erfüllt.
- Die gesetzlich vorgeschriebene CET 1 Ratio der RZB/RBI wird erreicht, die Kapital- und Pufferanforderungen der CRR und der CRD IV für die RZB/RBI werden vollumfänglich eingehalten, und des Weiteren sind weder Zuteilung noch Auszahlung oder Übertragung der variablen Vergütung der Aufrechterhaltung einer soliden Kapitalbasis der RZB/RBI abträglich.
- Die RBI hat die nach Maßgabe des geltenden Rechts einzuhaltenden Mindestanforderungen für das ökonomische und das aufsichtsrechtliche Kapital erreicht, des Weiteren sind weder Zuteilung noch Auszahlung oder Übertragung der Aufrechterhaltung einer soliden Kapitalbasis der RBI abträglich.
- Alle zusätzlichen Kriterien und Vorbedingungen für die Zuweisung und/oder Zahlung einer variablen Vergütung, wie sie zu gegebener Zeit vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat (REMCO) der RZB/RBI definiert werden, werden erfüllt.

Der Verpflichtung aus Z 11 der Anlage zu § 39b BWG, nach der ein Anteil von zumindest 50 Prozent der variablen Vergütung von Risikopersonal in Form von Aktien oder gleichwertigen unbaren Zahlungsinstrumenten auszugeben ist, kommt der Konzern in Form eines Aktien-Phantom-Plans nach: Jeweils 50 Prozent der „Up-Front“- und der „Deferred“-Bonusteile werden durch den durchschnittlichen Schlusskurs der RBI-Aktie an den Handelstagen der Wiener Börse in jenem Leistungsjahr, das als Basis zur Berechnung des Bonus dient, dividiert. Damit wird eine bestimmte Stückzahl an Phantom-Aktien festgelegt und für die gesamte Laufzeit der Rückstellungsperiode fixiert. Nach Ablauf der jeweiligen Behaltefrist wird die festgelegte Anzahl an Phantom-Aktien mit dem wie oben beschrieben ermittelten RBI-Aktienkurs des vorangegangenen Geschäftsjahres multipliziert. Der daraus resultierende Barbetrag wird mit dem nächstmöglichen Monatsgehalt zur Auszahlung gebracht.

Diese Regelungen gelten, solange und sofern nicht lokal anzuwendende Rechtsvorschriften (z. B. in Polen) anderes vorschreiben.

Weitere Erläuterungen zu den Mitarbeitervergütungsplänen finden sich im Lagebericht.

Aktienbasierte Vergütung

In der RBI AG hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats zuletzt für die Jahre 2011, 2012 und 2013 ein Share Incentive Program (SIP) beschlossen, das eine performanceabhängige bedingte Zuteilung von Aktien der Gesellschaft an berechtigte Mitarbeiter im In- und Ausland innerhalb einer vorgegebenen Frist anbietet. Teilnahmeberechtigt sind die bisherigen Vorstandsmitglieder und ausgewählte Führungskräfte der RBI AG sowie Vorstandsmitglieder mit ihr verbundener Bank-Tochterunternehmen und anderer verbundener Unternehmen. Wegen der Komplexität der regulatorischen Vorschriften für variable Vergütung wurde bereits 2014 beschlossen, dieses Programm nicht mehr fortzusetzen.

Die Anzahl der Stammaktien der RBI AG, die letztlich übertragen werden, hängt vom Erreichen zweier Performance-Kriterien ab: vom vorgegebenen Return on Equity (ROE) und von der Wertentwicklung der Aktie der RBI AG im Vergleich zum Total Shareholder Return der Aktien der Unternehmen im DJ EURO STOXX Banks-Index nach Ablauf einer fünfjährigen Halteperiode.

Sämtliche mit dem Share Incentive Program im Zusammenhang stehenden Aufwendungen werden gemäß IFRS 2 (Share-Based Payment) im Personalaufwand erfasst und gegen das Eigenkapital verrechnet. Sie werden unter Punkt (32) Eigenkapital näher dargestellt.

Nachrangkapital

Im Bilanzposten „Nachrangkapital“ werden Nachrangkapital und Ergänzungskapital ausgewiesen. Verbriefte und unverbrieft Vermögenwerte sind nachrangig, wenn die Forderungen im Fall der Liquidation oder des Konkurses erst nach den Forderungen der anderen, nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden können. Als Ergänzungskapital bezeichnet man eingezahlte Eigenmittel, die einem Kreditinstitut für zumindest acht Jahre von Dritten zur Verfügung gestellt werden, für die Zinsen ausbezahlt werden dürfen, soweit sie im Jahresüberschuss gedeckt sind, und die im Fall der Insolvenz des Kreditinstituts auch erst nach Befriedigung der übrigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Zinsüberschuss

Zinsen und ähnliche Erträge umfassen vor allem Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus festverzinslichen Wertpapieren. Weiters werden laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (im Wesentlichen Dividenden), Beteiligungserträge und Ergebnisse aus Bewertungen at-equity sowie Erträge mit zinsähnlichem Charakter im Zinsüberschuss ausgewiesen. Dividenderträge werden erfasst, wenn der Rechtsanspruch des Anteilseigners auf Zahlung entstanden ist. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen umfassen vor allem Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie für verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Negative Zinsen von Aktivposten werden im Zinsertrag, negative Zinsen von Passivposten werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Provisionsüberschuss

Im Wesentlichen werden im Provisionsüberschuss Erträge und Aufwendungen für Dienstleistungen aus dem Zahlungsverkehr sowie dem Devisen- und dem Kreditgeschäft erfasst. Die Erträge und Aufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst die Händlermarge aus dem Devisengeschäft, das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung sowie alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Weiters sind hier sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zins- und Dividenderträge sowie die auf den Handelsbestand entfallenden Refinanzierungskosten enthalten.

Verwaltungsaufwendungen

In den Verwaltungsaufwendungen werden der Personalaufwand, der Sachaufwand sowie Wertminderungen auf Sachanlagen und auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Ertragsteuern

Die RBI AG und acht ihrer inländischen Tochterunternehmen sind Mitglieder einer steuerlichen Gruppe, als deren Gruppenträger die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft fungiert. Der laufende Steueraufwand wird auf Basis des zu versteuernden Einkommens unter Berücksichtigung der steuerlichen Gruppe (in Form einer Steuerumlage) für das laufende Jahr ermittelt. Die bestehende Steuerumlagevereinbarung wurde im Geschäftsjahr um eine Ergänzungsvereinbarung erweitert. Erbringt die RBI AG ein steuerlich negatives Ergebnis und sind diese steuerlichen Verluste in der Gruppe nicht verwertbar, so ist vom Gruppenträger unmittelbar keine negative Steuerumlage an die RBI AG zu zahlen. Erst bzw. spätestens bei Ausscheiden aus der Steuergruppe hat eine Endabrechnung zu erfolgen. Für verwertbare Verlustanteile der RBI AG ist weiterhin eine negative Steuerumlage vom Gruppenträger an die RBI AG zu zahlen. Das zu versteuernde Einkommen unterscheidet sich vom Jahresüberschuss aus der

Konzern-Gesamtergebnisrechnung aufgrund von Aufwendungen und Erträgen, die in späteren Jahren oder niemals steuerbar bzw. steuerlich abzugsfähig sein werden. Die Verbindlichkeit des Konzerns für die laufenden Steuern wird auf Grundlage der geltenden bzw. aus Sicht des Abschlussstichtags in Kürze geltenden Steuersätze berechnet.

Die Berechnung und Bilanzierung von latenten Steuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12 nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode. Auf alle temporären Differenzen, die aus dem Vergleich zwischen Konzernbuchwerten und steuerlichen Buchwerten resultieren und sich in den Folgeperioden wieder ausgleichen, werden latente Steuern unter Zugrundelegung der landesspezifischen Steuersätze berechnet. Für Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass in Zukunft in derselben Gesellschaft steuerbare Gewinne in entsprechender Höhe erzielt werden. Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird jedes Jahr am Abschlussstichtag geprüft und herabgesetzt, falls es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass genügend zu versteuerndes Einkommen zur Verfügung stehen wird, um den Anspruch vollständig oder teilweise zu realisieren. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Tochterunternehmen vorgenommen. Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen werden in den Bilanzposten „Sonstige Aktiva“ bzw. „Rückstellungen für Steuern“ gesondert ausgewiesen.

Laufende oder latente Steuern werden im Gewinn oder Verlust erfasst, es sei denn, dass sie im Zusammenhang mit Posten stehen, die im sonstigen Ergebnis erfasst werden. In diesem Fall ist die laufende und latente Steuer ebenfalls im sonstigen Ergebnis zu erfassen.

Sonstiges Ergebnis

Im sonstigen Ergebnis sind alle nach den Rechnungslegungsstandards direkt im Eigenkapital zu erfassenden Erträge und Aufwendungen enthalten. Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen, die in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, werden getrennt von direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen, die nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, dargestellt. Dies betrifft die Währungsdifferenzen aus der Umrechnung des in Fremdwährung gehaltenen Eigenkapitals, Veränderungen der Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten (Capital Hedge), den effektiven Teil des Cash-Flow Hedge, die Bewertungsänderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (AfS) sowie die darauf entfallenden latenten Ertragsteuern. Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen werden als im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen, die nicht in die Erfolgsrechnung umgegliedert werden, dargestellt.

Treuhandgeschäfte

Geschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss gezeigt.

Finanzgarantien

Gemäß IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlung entschädigt den Garantiennehmer für einen Verlust, der ihm durch die nicht fristgemäße Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht. Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmals zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss unter marktgerechten Bedingungen ident mit der Prämie. Im Rahmen von Folgebewertungen ist die Verbindlichkeit gemäß IAS 37 als Rückstellung darzustellen.

Versicherungsverträge

Die Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze, der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Pensionsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorher sagen lässt. Aufgrund des Bestehens von Sterblichkeitsrisiken und ermessensabhängiger Überschussbeteiligungen ergibt sich die Notwendigkeit der Anwendung des IFRS 4 zur Bilanzierung der daraus resultierenden Verbindlichkeiten. Alle Vermögenswerte im Zusammenhang mit den Pensionsprodukten werden gemäß IAS 39 bilanziert. Die Verbindlichkeiten werden im Posten „Sonstige Passiva“ dargestellt. Weitere Angaben zu Versicherungsverträgen sind unter Punkt (30) Sonstige Passiva dargestellt.

Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen

In diesem Posten werden im Wesentlichen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Avalkrediten und Akkreditiven sowie Kreditzusagen zum Nominalwert erfasst. Als Bürgschaften sind Sachverhalte auszuweisen, bei denen die meldende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Als unwiderrufliche Kreditzusagen sind Verpflichtungen auszuweisen, aus denen ein Kreditrisiko entstehen kann. Dazu gehören Verpflichtungen, Darlehen zu gewähren, Wertpapiere zu kaufen oder Garantien und Akzente bereitzustellen. Die Risikoversorge für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Eigene Aktien

Die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien der RBI AG werden direkt vom Eigenkapital abgesetzt. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral verrechnet.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestands im Konzern durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung bzw. Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital und Partizipationskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Angaben zur Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung sind im Kapitel „Segmentberichterstattung“ dargestellt.

Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken

Neben den Informationen zu Risiken aus Finanzinstrumenten in den einzelnen Anhangangaben enthält insbesondere das Kapitel „Risikobericht“ ausführliche Darstellungen zu den Themen Kreditrisiko, Länderrisiko, Konzentrationsrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko.

Kapitalmanagement

Angaben zum Kapitalmanagement sowie zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln und den Risikoaktiva sind unter Punkt (47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach BWG dargestellt.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

IAS 19 (Arbeitnehmerbeiträge; Inkrafttreten 1. Februar 2015)

Mit den Änderungen werden die Vorschriften klargestellt, die sich auf die Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen oder Beiträgen von dritten Parteien, die mit der Dienstzeit verknüpft sind, zu Dienstleistungsperioden beziehen. Darüber hinaus wird eine die Bilanzierungspraxis erleichternde Lösung gewährt, wenn der Betrag der Beiträge von der Anzahl der geleisteten Dienstjahre unabhängig ist. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2010–2012 (Inkrafttreten 1. Februar 2015)

Die jährlichen Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2010–2012 umfassen eine Vielzahl von Änderungen an verschiedenen Standards. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IAS 1 (Darstellung des Abschlusses; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Die Änderungen zielen darauf ab, Hürden zu beseitigen, die Ersteller in Bezug auf die Ausübung von Ermessen bei der Darstellung des Abschlusses wahrnehmen. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IAS 16/IAS 38 (Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Mit den Änderungen werden Leitlinien zur Verfügung gestellt, welche Methoden bei der Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten angewendet werden können. Dies betrifft insbesondere erlösorientierte Abschreibungsmethoden. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IAS 16/IAS 41 (Landwirtschaft: Fruchtragende Pflanzen; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Mit den Änderungen werden fruchtragende Pflanzen, die nicht länger deutlichen biologischen Änderungen unterworfen sind, in den Anwendungsbereich von IAS 16 einbezogen, sodass sie analog zu Sachanlagen bilanziert werden können. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderungen an IAS 27 (Equity-Methode im separaten Abschluss; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Durch die Änderungen wird die Equity-Methode als Bilanzierungsoption für Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im separaten Abschluss eines Investors wieder zugelassen. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung von IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28 (Investmentgesellschaften: Anwendung der Konsolidierungsausnahme; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Diese Änderungen stellen klar, dass ein Unternehmen die Konsolidierungsausnahme auch dann anwenden kann, wenn sein Mutterunternehmen eine Investmentgesellschaft ist, die ihre Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert in Übereinstimmung mit IFRS 10 bilanziert. Die Änderungen stellen weiterhin klar, dass eine Investmentgesellschaft ein Tochterunternehmen, das Dienstleistungen erbringt, die sich auf die Anlagetätigkeit des Mutterunternehmens beziehen nur dann zu konsolidieren hat, wenn das Tochterunternehmen selbst keine Investmentgesellschaft ist. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI, da der Konzern keine Investmentgesellschaft im Sinne des IFRS 10 darstellt.

Änderungen an IFRS 11 (Gemeinsame Vereinbarungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Die Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an einer gemeinsamen Geschäftstätigkeit wird mit den Änderungen an IFRS 11 dergestalt modifiziert, dass der Erwerber von Anteilen an einer gemeinsamen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb darstellt, wie in IFRS 3 definiert, alle Prinzipien in Bezug auf die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen aus IFRS 3 und anderen IFRS anzuwenden hat, solange diese nicht im Widerspruch zu den Leitlinien in IFRS 11 stehen. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2012–2014 (Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Änderungen und Klarstellungen an verschiedenen IFRS. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen (EU-Endorsement ist bereits erfolgt)

Von der vorzeitigen Anwendung der nachstehenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die zwar verabschiedet wurden, deren Anwendung aber noch nicht verpflichtend ist, wurde abgesehen.

IFRS 15 (Erlöse aus Verträgen mit Kunden; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Dieser Standard regelt, wann und in welcher Höhe Erlöse zu erfassen sind. IFRS 15 ersetzt IAS 18 (Erlöse), IAS 11 (Fertigungsaufträge) und eine Reihe von erlösbezogenen Interpretationen. Die Anwendung von IFRS 15 ist für alle IFRS-Anwender verpflichtend und gilt für fast alle Verträge mit Kunden – die wesentlichen Ausnahmen sind Leasingverhältnisse, Finanzinstrumente und Versicherungsverträge.

IFRS 9 (Finanzinstrumente; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

IFRS 9 enthält Vorschriften für den Ansatz, die Bewertung und die Ausbuchung sowie für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Das IASB hat die finale Fassung des Standards im Zuge der Fertigstellung der verschiedenen Phasen am 24. Juli 2014 veröffentlicht, diese wurde durch die EU-Kommission durch Annahme der Verordnung (EU) Nr. 2016/2067 vom 22. November 2016 endgültig in das EU-Recht übernommen. Die wesentlichen Anforderungen des IFRS 9 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Nach IFRS 9 werden alle finanziellen Vermögenswerte entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Schuldtitel, die im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung es ist, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen, und dessen vertragliche Zahlungsströme ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen, sind in den Folgeperioden zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren. Alle anderen Instrumente müssen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

IFRS 9 enthält auch ein später nicht mehr revidierbares Wahlrecht, nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts eines (nicht zu Handelszwecken gehaltenen) Eigenkapitalinstruments im sonstigen Ergebnis darzustellen und ausschließlich die Dividenderträge in der Gewinn- und Verlustrechnung zu zeigen.

Im Hinblick auf die Bewertung (als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designierter) finanzieller Verbindlichkeiten verlangt IFRS 9, dass die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus Veränderungen des Ausfallrisikos des bilanzierenden Unternehmens ergeben, im sonstigen Ergebnis auszuweisen sind. Die aufgrund der Veränderung des eigenen Ausfallrisikos im sonstigen Ergebnis erfassten Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts dürfen später nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht werden.

IFRS 9 sieht bei der Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, drei Stufen vor, welche die Höhe der zu erfassenden Verluste und die Zinsvereinnahmung künftig bestimmen. In der ersten Stufe sind bereits bei Zugang erwartete Verluste in Höhe des Barwerts eines erwarteten Zwölf-Monats-Verlusts zu erfassen. Liegt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos vor, ist die Risikovorsorge bis zur Höhe des erwarteten Verlusts der gesamten Restlaufzeit zu erhöhen (Stufe 2). Mit Eintritt eines objektiven Hinweises auf Wertminderung hat die Zinsvereinnahmung in Stufe 3 auf Grundlage des Nettobuchwerts zu erfolgen. Neben Übergangsvorschriften ist IFRS 9 auch mit umfangreichen Offenlegungsvorschriften sowohl bei Übergang als auch in der laufenden Anwendung verbunden. Neuerungen ergeben sich vor allem aus den Regelungen zu Wertminderungen. Der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt von IFRS 9 wird der 1. Jänner 2018 sein.

Die RBI führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand und vom Risikovorstand des Konzerns gesponsertes IFRS-9-Programm („IFRS 9 Implementation“) durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT-Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS-9-Steuerungskomitee („Steering Committee IFRS9 Business Policy & Group Implementation“), in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung gemeinsam mit den jeweiligen zuständigen Vorständen vertreten sind. Richtlinien und Trainings zu IFRS 9 werden für alle Konzerneinheiten und Konzernfunktionen als Teil des IFRS-9-Programms zur Vorbereitung auf das Inkrafttreten von IFRS 9 für den Konzern zum 1. Jänner 2018 bereitgestellt. Weiters hat die RBI während des Geschäftsjahres 2016 die jeweiligen Fachkonzepte und die darauf basierenden Umsetzungsrichtlinien weiterentwickelt. Im Rahmen des Projekts wurde konzernweit damit begonnen, iterative Auswirkungenanalysen in Bezug auf Klassifizierung und Bewertung („SPPI-Test“ bzw. „Benchmark-Test“) und Wertminderungen von Finanzinstrumenten durchzuführen. Die RBI wird die Analysen im Jahr 2017 schrittweise abschließen und das Projekt in die Implementierungsphase überführen.

Die RBI geht weiterhin davon aus, dass die künftige Anwendung von IFRS 9 die Darstellung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Schulden des Konzerns beeinflussen könnte. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer Erhöhung des Risikovorwarnniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Forderung des Ansatzes einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten zwölf Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstantritt nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „Lifetime Expected Loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Weiters geht die RBI davon aus, dass IFRS 9 Auswirkungen auf die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten haben wird. Nach eingehender Analyse wurde in Bezug auf Klassifizierung und Bewertung festgestellt, dass bei bestimmten vertraglichen Zahlungsströmen von finanziellen Vermögenswerten das Risiko besteht, Teile des Portfolios als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ neu bewerten zu müssen.

IFRS 9 räumt in Bezug auf die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen Wahlrechte ein. Die RBI plant, die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 weiterhin anzuwenden, jedoch unter Berücksichtigung der Änderungen in den Anhangangaben nach IFRS 7. Darüber hinaus wird die RBI die Struktur des Konzernabschlusses aufgrund der Erstanwendung von IFRS 9, daraus resultierender Änderungen in IFRS 7 sowie regulatorischer Anforderungen (insbesondere FINREP) anpassen.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen (EU-Endorsement ist noch nicht erfolgt)

Änderungen an IAS 7 (Angabeninitiative; Inkrafttreten 1. Jänner 2017)

Die Änderungen folgen der Zielsetzung, dass ein Unternehmen Angaben zu leisten hat, die Adressaten von Abschlüssen in die Lage versetzen, Änderungen in den Finanzschulden zu beurteilen.

Änderungen an IAS 12 (Latente Steuern; Inkrafttreten 1. Jänner 2017)

Die Änderungen stellen klar, dass nicht realisierte Verluste bei schuldrechtlichen Instrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, deren steuerliche Basis aber die Anschaffungskosten sind, zu abzugsfähigen temporären Differenzen führen. Dies gilt unabhängig davon, ob der Halter erwartet, den Buchwert des Vermögenswerts dadurch wieder zu erlangen, dass er diesen bis zur Fälligkeit hält und sämtliche vertragliche Zahlungen vereinnahmt, oder ob er ihn zu veräußern beabsichtigt. Weiters stellt der Buchwert eines Vermögenswerts nicht die Obergrenze für die Schätzung wahrscheinlicher, zukünftig zu versteuernder Gewinne dar. Bei Schätzungen zukünftig zu versteuernder Gewinne sind Steuerabzüge aus der Umkehrung abzugsfähiger temporärer Differenzen herauszurechnen, und ein Unternehmen hat einen latenten Steueranspruch in Kombination mit anderen latenten Steueransprüchen zu beurteilen. Wenn das Steuerrecht die Realisierung steuerlicher Verluste beschränkt, hat ein Unternehmen einen latenten Steueranspruch in Kombination mit anderen latenten Steueransprüchen der gleichen (zulässigen) Art zu beurteilen.

Änderungen an IFRS 2 (Anteilsbasierte Vergütung; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Die wesentlichste Änderung bzw. Ergänzung besteht darin, dass in IFRS 2 nun Vorschriften enthal-

ten sind, die die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der aus anteilsbasierten Vergütungen resultierenden Verpflichtungen betreffen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden noch analysiert.

Änderungen an IFRS 4 (Versicherungsverträge; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen zielen darauf ab, die Auswirkungen aus unterschiedlichen Erstanwendungszeitpunkten von IFRS 9 und dem Nachfolgestandard zu IFRS 4 vor allem bei Unternehmen mit umfangreichen Versicherungsaktivitäten zu verringern. Eingeführt werden zwei optionale Ansätze, die bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen von Versicherern genutzt werden können: der Überlagerungsansatz und der Aufschubansatz. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden noch analysiert.

Änderungen zu IFRS 15 (Erlöse aus Verträgen mit Kunden; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Das IASB hat 2016 Klarstellungen zu IFRS 15 veröffentlicht. Die Änderungen adressieren drei der fünf identifizierten Themen (Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Erwägungen und Lizenzen) und zielen auf Übergangserleichterungen für modifizierte Verträge und abgeschlossene Verträge ab. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden noch analysiert.

IFRS 16 (Leasingverhältnisse; Inkrafttreten 1. Jänner 2019)

Für Leasingnehmer sieht der neue Standard ein Bilanzierungsmodell vor, das auf eine Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Mietleasing verzichtet. Künftig werden die meisten Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sein. Für Leasinggeber bleiben die Regelungen des IAS 17 (Leasingverhältnisse) weitgehend bestehen, sodass hier auch künftig zwischen Finanzierungs- und Mietleasingvereinbarungen zu unterscheiden ist – mit entsprechend unterschiedlichen Bilanzierungskonsequenzen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden noch analysiert.

Jährliche Verbesserungen an den IFRS – Zyklus 2014–2016 (Inkrafttreten 1. Jänner 2017/2018)

Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

- IFRS 1 (Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards): Streichung der verbliebenen befristeten Erleichterungsvorschriften für erstmalige Anwender.
- IFRS 12 (Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen): Klarstellung, dass die Angabevorschriften des Standards – mit Ausnahme von IFRS 12.B10-B16 – auch für Anteile gelten, die in den Anwendungsbereich des IFRS 5 fallen.
- IAS 28 (Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen): Klarstellung, dass das Wahlrecht zur Bewertung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, das von einer Wagniskapitalgesellschaft oder einem anderen qualifizierenden Unternehmen gehalten wird, je Beteiligung unterschiedlich ausgeübt werden kann.

Die Änderungen an IFRS 12 sind ab dem 1. Jänner 2017, die Änderungen an IFRS 1 und IAS 28 ab dem 1. Jänner 2018 anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig.

IFRIC 22 (Währungsumrechnung bei Anzahlungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Diese Interpretation zielt darauf ab, die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen klarzustellen, die den Erhalt oder die Zahlung von Gegenleistungen in fremder Währung beinhalten.

Änderungen an IAS 40 (Klassifizierung unfertiggestellter Immobilien; Inkrafttreten 1. Jänner 2018)

Die Änderungen dienen der Klarstellung der Vorschriften in Bezug auf Übertragungen in den oder aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. Insbesondere geht es darum, ob im Bau oder in der Erschließung befindliche Immobilien, die vorher als Vorräte klassifiziert wurden, in die Kategorie der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umgegliedert werden können, wenn es eine offensichtliche Nutzungsänderung gegeben hat.

Änderungen an IFRS 10/IAS 28 (Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Durch die Änderungen wird klargestellt, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture das Ausmaß der Erfolgserfassung davon abhängt, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

IFRS 14 (Regulatorische Abgrenzungsposten; Inkrafttreten 1. Jänner 2016)

Nur Unternehmen, die IFRS-Erstanwender sind und die nach ihren bisherigen Rechnungslegungsvorschriften regulatorische Abgrenzungsposten erfassen, ist gestattet, dies auch nach dem Übergang auf die IFRS weiterhin zu tun. Der Standard ist als kurzfristige Zwischenlösung gedacht, bis das IASB sein längerfristiges grundlegendes Projekt zu preisregulierten Geschäftsvorfällen abschließt. Die Europäische Kommission hat beschlossen, den Übernahmeprozess für diesen Übergangstandard noch nicht zu beginnen und auf den finalen IFRS 14 zu warten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Außerordentliche Hauptversammlung stimmt Verschmelzung mit RZB zu

Die außerordentliche Hauptversammlung der RBI stimmte am 24. Jänner 2017 der Verschmelzung mit der RZB mit klarer Mehrheit zu. Die mit der Verschmelzung verbundene Kapitalerhöhung wurde von den Aktionären ebenfalls genehmigt. Das Grundkapital der RBI wird durch die Ausgabe von 35.960.583 neuen auf Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien (Stammaktien) von € 893.586.065,90 um € 109.679.778,15 auf € 1.003.265.844,05 erhöht. Die Anzahl der begebenen Aktien wird sich dadurch auf 328.939.621 erhöhen.

Das fusionierte Unternehmen wird – wie bisher die RBI – als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse gelistet sein.

Wien, am 28. Februar 2017

Der Vorstand



Dr. Karl Sevelda



Dr. Johann Strobl



Dkfm. Klemens Breuer



Mag. Martin Grill



Mag. Andreas Gschwenter



Mag. Peter Lennkh

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

**Raiffeisen Bank International AG,
Wien,**

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden
- Bewertung von Derivaten
- Bewertung von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden werden in der Bilanz mit einem Betrag in Höhe von EUR 70,5 Mrd ausgewiesen. Sie betreffen mit EUR 44,2 Mrd Forderungen gegenüber Firmenkunden, mit EUR 25,6 Mrd Forderungen gegenüber Retailkunden und mit EUR 0,7 Mrd Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor.

Für diese Forderungen bestehen zum Bilanzstichtag Risikovorsorgen (Einzelwertberichtigungen und Portfolio-Wertberichtigungen) im Ausmaß von EUR 4,9 Mrd, wovon EUR 3,1 Mrd Firmenkunden und EUR 1,8 Mrd Retailkunden betreffen.

Der Vorstand beschreibt den Prozess zur Überwachung des Kreditrisikos und die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen in den Kapiteln "Risikobericht" und "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang.

Die Bank überprüft im Rahmen der Kreditüberwachung, ob eine Ausfallsgefährdung vorliegt und damit Einzelwertberichtigungen zu bilden sind. Dies beinhaltet auch die Einschätzung, ob Kunden die vertraglich vereinbarten Rückzahlungen in voller Höhe und ohne Verwertung von Sicherheiten leisten können.

Bei Ausfallsgefährdung werden bei Forderungen an Firmenkunden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls nach konzernerheitlichen Maßstäben gebildet. Diese wird dann angenommen, wenn die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge einschließlich Zinszahlungen unter Berücksichtigung der vorhandenen Sicherheiten unter dem Buchwert der Forderung liegen. Die Beurteilung ist wesentlich von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung der Kreditsicherheiten sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts dieser Rückflüsse beeinflusst.

Bei den Retailkunden werden die Einzelwertberichtigungen nach dem sogenannten "Internal Rating Based Approach" unter Verwendung der Ausfallsdefinition des Internen Ratingsystems oder – bei einer Konzerneinheit - nach dem sogenannten "Delinquency Bucket Based Approach", bei dem alle Forderungen mit einer Überfälligkeit von mehr als 180 Tage zur Gänze einzeln wertberichtigt werden, ermittelt.

Für alle als nicht ausfallsgefährdet eingestuften Firmenkundenkredite werden abhängig von ihrem jeweiligen Risikoprofil (Ratingstufe) Portfolio-Wertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen werden zentral errechnete historische Konzern-Ausfallraten je Ratingstufe und Risikomodell unter Berücksichtigung von vorhandenen Sicherheiten sowie auf statistischen Annahmen und Erfahrungswerten basierende Parameter verwendet.

Im Retail-Bereich erfolgt die Bildung der Portfolio-Wertberichtigungen grundsätzlich unter Verwendung einer auf Ausfallswahrscheinlichkeiten und tatsächlichen Ausfällen beruhenden Berechnung. Diese Parameter werden auf Basis von Erfahrungswerten und statistischen Auswertungen festgelegt.

Der Ermittlung der Risikovorsorgen für Kundenforderungen liegen in bedeutendem Ausmaß Annahmen und Schätzungen zu Grunde. Die damit verbundenen Schätzunsicherheiten stellen ein Risiko der Fehldarstellung im Abschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zur Vergabe, Überwachung und Risikovorsorgenbildung von Firmenkunden- und Retailkundenkrediten erhoben sowie analysiert, ob diese Prozesse geeignet sind, eine Ausfallsgefährdung zu erkennen und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Zudem haben wir die relevanten Prozessabläufe sowie wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse getestet. Dabei haben wir die Kontrollen auf ihr Design, ihre Implementierung und Effektivität überprüft.

Im Bereich der Einzelwertberichtigungen haben wir auf Basis von Stichproben geprüft, ob eine Ausfallsgefährdung und somit Indikatoren für Wertminderungen von Krediten vorliegen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Im Zuge dessen wurden die Einschätzungen der Bank zu Höhe und Zeitpunkt der Rückflüsse einschließlich Wertansätze der Sicherheiten kritisch hinterfragt, ob die in der Berechnung verwendeten Annahmen angemessen und von internen oder externen Nachweisen ableitbar sind. Das Auswahlverfahren für die Ermittlung der Stichprobe erfolgt einerseits risikoorientiert auf Basis von Kundenratings, andererseits – bei Kundenkrediten mit geringem Ausfallsrisiko – unter Verwendung eines zufallsorientierten Ansatzes. Im Hinblick auf die internen Sicherheitenbewertungen haben wir überprüft, ob die in die Modelle eingeflossenen Annahmen adäquat sind und mit Marktdaten verglichen. Dazu haben wir auch Bewertungsspezialisten hinzugezogen.

Bei der Prüfung der PortfolioWertberichtigungen haben wir uns mit den verwendeten Modellen und den zur Anwendung gelangten Parametern hinsichtlich ihrer Eignung zur Ermittlung angemessener Vorsorgen auseinandergesetzt. Wir haben in Stichproben überprüft, ob im Firmenkundenbereich die verwendeten Ausfallraten je Ratingstufe korrekt ermittelt wurden. Zur Überprüfung der Angemessenheit der verwendeten Parameter und der zur Anwendung gelangten Modelle haben wir Spezialisten eingesetzt. Diese haben die verwendeten Modelle und die Parameter – unter Berücksichtigung von durchgeführten Backtestings – dahingehend gewürdigt, ob diese geeignet sind, die Vorsorgen in angemessener Höhe zu ermitteln.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben im Anhang zum Konzernabschluss zur Ermittlung von Wertberichtigungen von Kundenforderungen angemessen sind.

Bewertung von Derivaten

Das Risiko für den Abschluss

Der Konzern hat Derivate zu Handels- und Sicherungszwecken im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit abgeschlossen. Die Zuordnung eines Derivats zum Handels- oder Bankbuch und die Vornahme von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) sind wesentlich für den bilanziellen Ausweis und die Folgebewertung.

Der Vorstand der Bank beschreibt die Vorgehensweise bei derivativen Finanzinstrumenten, der Bildung von Sicherungsbeziehungen und der Ermittlungen von beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten im Anhang im Kapitel "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden".

Bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Instrumenten, für die keine Marktkurse und keine ausreichend beobachtbaren Marktdaten für eine Bewertung vorliegen, ist die Bewertung aufgrund der Verwendung von internen Bewertungsmodellen und

den darin enthaltenen Annahmen und Parametern ermessensbehaftet. Aufgrund der den Derivaten inhärenten Hebelwirkung können die Marktwerte von Derivaten großen Schwankungen unterliegen.

Für die Vornahme von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) sind Anforderungen an die Dokumentation der Sicherungsbeziehung, sowie die Effizienz derselben zu erfüllen. Bankbuchderivate können bei Vorliegen einer entsprechend dokumentierten Strategie als Sicherungsinstrumente für Mikro-Hedges und Portfolio-Hedges designed werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Zuordnung der Derivate und den Ausweis in der Bilanz in Stichproben nachvollzogen. Wir haben unter anderem die Prozesse zur Geschäftserfassung, zum Settlement, zur Bewertung, zur Risiko- und Limitüberwachung, zum Clearing und zum internen Datenmanagement erhoben. Das Design und die Implementation wesentlicher Kontrollen in den Prozessen wurden von uns kritisch beurteilt und die Effektivität dieser Kontrollen getestet.

Zum Zwecke der Würdigung der von der Bank ermittelten beizulegenden Zeitwerte haben wir unsere Bewertungsspezialisten hinzugezogen. Wir haben die verwendeten Bewertungsmodelle und die zugrundeliegenden Bewertungsparameter auf ihre Angemessenheit hin geprüft. Dafür haben wir die verwendeten Parameter mit Marktdaten verglichen. Weiters haben wir in Stichproben die Berechnungsannahmen und die Berechnung der Zeitwerte nachvollzogen.

Das Vorliegen von Sicherungsbeziehungen haben wir stichprobenweise durch Einsichtnahme in die Dokumentation der Sicherungsbeziehung beurteilt und insbesondere geprüft, ob die Sicherungsabsicht und Dokumentation gegeben war. Wir haben weiters die von der Bank durchgeführten Effektivitätstests auf ihre Angemessenheit hin geprüft. Zudem haben wir die Erfassung von Basis Adjustments in der Bilanz und in der Erfolgsrechnung in Stichproben nachvollzogen.

Abschließend wurde beurteilt ob die Angaben im Anhang betreffend die Darstellung der Bewertungsmethoden, die Zuordnung in die Fair Value Hierarchie und die Bildung von Sicherungsbeziehungen vollständig und angemessen sind.

Bewertung von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

Das Risiko für den Abschluss

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rund EUR 2,8 Mrd, wovon EUR 0,7 Mrd nachrangig sind, werden zum Bilanzstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Neben den allgemeinen Marktrisikofaktoren wird ihr beizulegender Zeitwert insbesondere vom eigenen Kreditrisiko der emittierenden Einheit (Credit Spread) beeinflusst.

Der Vorstand der Bank beschreibt die Vorgehensweise der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, im Anhang im Kapitel "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" und im Punkt 40.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von eigenen Emissionen, für die keine aktuellen Marktpreise vorliegen, sowie anderen Verbindlichkeiten erfolgt mit internen Bewertungsmodellen. Mit Hilfe eines Discounted Cash Flow Modells wird unter Verwendung von geschätzten Credit Spreads der beizulegende Zeitwert bestimmt. Die im Modell verwendeten Credit Spread-Kurven werden dabei von anderen vorhandenen Marktdaten abgeleitet.

Die Bestimmung der Credit Spread-Kurven ist wesentlich für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, und beinhaltet auf Grund des teilweise indikativen Charakters der Preisquotierungen das Risiko einer Fehldarstellung im Abschluss.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben unter anderem den Prozess zur Geschäftserfassung, zur Bewertung, zur Risiko- und Limitüberwachung von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten erhoben. Das Design und die Implementation wesentlicher Kontrollen in den Prozessen wurde von uns kritisch beurteilt und die Effektivität dieser Kontrollen getestet.

Die Angemessenheit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten beurteilt. Die ins Modell einfließenden Daten haben wir mit vorhandenen Marktdaten verglichen und beurteilt, ob sie adäquat sind. Die Herleitung der Credit Spread-Kurven haben wir unter Einbindung der zuständigen Mitarbeiter und durch Einsicht in die vom Treasury zur Verfügung gestellten Unterlagen dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, als Basis für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, verwendet zu werden. In einer Stichprobe wurde die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte nachvollzogen.

Zudem haben wir die Angemessenheit und Vollständigkeit der Angaben im Anhang zu den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten beurteilt.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.

- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Konzernlagebericht nicht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir geben keine Art der Zusicherung darauf ab.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen und zu überlegen, ob es wesentliche Unstimmigkeiten zwischen den sonstigen Informationen und dem Konzernabschluss oder mit unserem während der Prüfung erlangten Wissen gibt oder diese sonstigen Informationen sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir, basierend auf den durchgeführten Arbeiten, zur Schlussfolgerung gelangen, dass die sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten. Wir haben diesbezüglich nichts zu berichten.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Wilhelm Kovsca.

Wien, am 28. Februar 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Wilhelm Kovsca

Wirtschaftsprüfer

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzern-Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzern-Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, am 28. Februar 2017

Der Vorstand



Dr. Karl Sevelda

Vorstandsvorsitzender mit Verantwortung für die Bereiche Group Compliance¹, Group Communications, Group Strategy, Human Resources, Internal Audit, International Banking Units, Legal Services, Management Secretariat sowie Marketing & Event Management



Dr. Johann Strobl

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender mit Verantwortung für die Bereiche Credit Management Corporates, Financial Institutions, Country & Portfolio Risk Management, Retail Risk Management, Risk Controlling, Risk Excellence & Projects sowie Special Exposures Management



Dipl.-Kfm. Klemens Breuer

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Business Management & Development, Consumer & Small Business Banking, Group Capital Markets, Institutional Clients, Investment Banking Products, Premium & Private Banking, Raiffeisen Research sowie Retail Strategy & Products



Mag. Martin Grill

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Active Credit Management, Group Investor Relations, Participations, Planning & Finance, Tax Management sowie Treasury



Mag. Andreas Gschwentner

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Group & Austrian IT, Group Efficiency Management, Group Procurement, Cost & Real Estate Management, Head Office Operations sowie Project Portfolio & Security



Mag. Peter Lennkh

Vorstandsmitglied mit Verantwortung für die Bereiche Corporate Customers, Corporate Finance, Corporate Sales Management & Development, International Business Support, Leasing Steering & Product Management sowie Trade Finance & Transaction Banking

¹ Ausgelagert an die RZB/berichtet an den Gesamtvorstand

Service

Glossar	242
Alternative Leistungskennzahlen (APM)	243
Adressen	244
Impressum	246

Glossar

Ausfallrisiko – Gefahr, dass ein Vertragspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und dadurch bei dem anderen Partner finanzielle Verluste verursacht.

Backtesting – Rückvergleich der ermittelten VaR-Werte mit den tatsächlich eingetretenen Ergebnissen zur Beurteilung der Qualität eines Modells.

Basel III – Um Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erweitertes Basel-II-Regelwerk mit dem Ziel, eingegangene Risiken besser auf die Risikotragfähigkeit einer Bank (abgeleitet aus Höhe und Qualität des Eigenkapitals) abzustimmen.

Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie ohne Anwendung der Übergangsbestimmungen gemäß Teil 10 CRR bzw. CRR-Begleitverordnung der FMA (425. Verordnung, ausgegeben am 11. Dezember 2013).

Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Cross Selling – Verkaufsstrategische Maßnahme, bei der bestehenden Kunden weitere Produkte und Dienstleistungen aktiv angeboten werden.

EBRD – European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Fördert den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und privates sowie unternehmerisches Handeln in den Ländern Zentral- und Osteuropas. Unterstützt durch ihre Investitionen die Tätigkeit des Privatsektors und stärkt Finanzinstitute, Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt.

Eigenmittelquote – Die gesamten Eigenmittel in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Einzelwertberichtigungen – Für die bei Kunden- und Bankforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls gebildet. Eine Ausfallgefährdung wird dann angenommen, wenn – unter Berücksichtigung der Sicherheiten – die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge und Zinszahlungen unter dem Buchwert der Forderung liegen.

Ergebnis je Aktie – Konzernergebnis dividiert durch die in der Berichtsperiode durchschnittlich im Umlauf befindlichen Stammaktien.

Funding – Sämtliche der Refinanzierung dienenden Maßnahmen von Banken.

Handelsbuch – Bankaufsichtlicher Begriff für Positionen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

Im Jahresvergleich – Verglichen mit dem Zeitpunkt bzw. dem Zeitraum, der ein Jahr vor dem Betrachtungszeitpunkt bzw. -zeitraum liegt, z. B. das erste Halbjahr 2016 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 bzw. der 30. Juni 2016 verglichen mit dem 30. Juni 2015.

Im Quartalsvergleich – Verglichen mit dem Quartal, das dem betrachteten jeweils vorhergeht, z. B. das vierte Quartal 2016 im Vergleich zum dritten Quartal 2016.

IRB – Internal Ratings Based. Ansatz zur Bewertung der Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken gemäß Basel III. Mit der Anwendung des IRB-Ansatzes wird die Eigenmittelunterlegung nach interner Bonitätseinschätzung festgelegt. Dabei werden kreditnehmer- und krediterspezifische Merkmale berücksichtigt. Die Ratings müssen von einer unabhängigen Instanz vorgenommen werden.

Kreditobligo – Umfasst alle bilanziellen (Forderungen, Schuldverschreibungen) und außerbilanziellen (Garantien, Kreditlinien) Obligi, bei denen die RBI ein Kreditrisiko trifft.

Kreditrisiko – Siehe Ausfallrisiko.

Länderrisiko – Umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko bzw. das politische Risiko.

LCR – Liquidity Coverage Ratio (Liquiditätsdeckungsquote). Eine angemessene LCR fördert die kurzfristige Widerstandskraft des Liquiditätsrisikoprofils von Banken, indem sichergestellt wird, dass sie über ausreichend lastenfreie, erstklassige liquide Aktiva (HQLA) verfügen, die in Barmittel umgewandelt werden können, um den Liquiditätsbedarf auch unter äußerst ungünstigen Umständen für zumindest 30 Kalendertage zu decken.

Leverage Ratio – Relation des Tier-1-Kapitals zu den Aktivposten in der Bilanz und zu den außerbilanziellen Posten, berechnet gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Liquiditätsrisiko – Risiko, dass ein Kreditinstitut seine gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig bzw. nicht zeitgerecht erfüllen kann. Es entsteht durch die Gefahr, dass z. B. die Refinanzierung nur zu sehr unvorteilhaften Konditionen erfolgen kann oder gänzlich unmöglich ist.

Marktkapitalisierung – Ergibt sich aus der Multiplikation des Aktienkurses zu einem bestimmten Stichtag mit der Anzahl der aktuell ausgegebenen Aktien.

Markttrisiko – Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Schwankungen der Marktpreise verändert. Dabei können solche Fluktuationen auf Faktoren zurückzuführen sein, die für ein individuelles Wertpapier oder seinen Emittenten charakteristisch sind, oder auch auf solche, die alle im Markt gehandelten Wertpapiere betreffen.

Monte-Carlo-Simulation – Numerische Methode der Risikoaggregation zur Bewertung von Einzelrisiken hinsichtlich ihres Einflusses auf entsprechende Posten in der Erfolgsrechnung.

NSFR – Net Stable Funding Ratio (Strukturelle Liquiditätsquote). Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zur erforderlichen stabilen Refinanzierung.

Operationelles Risiko – Risiko von unerwarteten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können.

Portfolio-Wertberichtigungen – Wertberichtigungen auf Kreditportfolios mit gleichem Risikoprofil, die unter bestimmten Voraussetzungen gebildet werden.

Premium Banking – Betreuung von vermögenden Kunden mit zusätzlichen und v. a. individuelleren Produkten verglichen mit der gewöhnlichen Beratung von Privatkunden.

RBI – Raiffeisen Bank International. RBI-Konzern im Gegensatz zur RBI AG.

Risikogewichtete Aktiva (RWA Kreditrisiko) – Diese Bemessungsgrundlage ist die Summe der gewichteten Forderungswerte und umfasst Forderungen in Form von Aktivposten und außerbilanziellen Geschäften sowie das CVA-Risiko.

Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationellem Risiko.

RZB – Raiffeisen Zentralbank Österreich. RZB-Konzern im Gegensatz zur RZB AG.

RZB-Kreditinstitutsgruppe – Die RZB-Kreditinstitutsgruppe besteht gemäß § 30 BWG aus allen Kreditinstituten, Finanzinstituten, Wertpapierfirmen und Unternehmen mit banknahen Dienstleistungen, an denen die RZB als übergeordnetes Institut mittelbar oder unmittelbar mehrheitlich beteiligt ist oder auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt.

Scorecard – Im Risikomanagement eingesetztes statistisches Instrument zur Einschätzung von Risikoparametern, typischerweise zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit oder der Verlustquote.

(Credit) Spread – Renditedifferenz zwischen Anleihen bester Bonität (i. d. R. Staatsanleihen) und Anleihen gleicher Restlaufzeiten, aber geringerer Schuldnerqualität.

Stresstest – Mit Stresstests wird versucht, extreme Schwankungen der Marktparameter zu simulieren, weil diese in der Regel über VaR-Modelle nicht adäquat berücksichtigt werden (VaR-Werte prognostizieren maximale Verluste unter normalen Marktbedingungen).

Tier 1 Ratio (transitional) – Tier-1-Kapital in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Überdeckungsquote (Eigenmittel) – Eigenmittelüberdeckung in Relation zum gesamten Eigenmittelerfordernis.

VaR – Value at Risk. Potenzieller Verlust, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent innerhalb der Haltedauer im betrachteten Portfolio nicht überschritten wird.

Wholesale Funding – Refinanzierung von Banken über externe Quellen, d. h. nicht über ihre Eigenmittel oder die Einlagen ihrer Kunden.

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlusspositionen ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Bestehen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und dem laufenden sonstigen betrieblichen Ergebnis (d. h. sonstiges betriebliches Ergebnis abzüglich Bankenabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten, Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge und bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen).

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit jener anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Betriebserträgen. Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und dem laufenden sonstigen betrieblichen Ergebnis (sonstiges betriebliches Ergebnis abzüglich Bankenabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten, Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge und bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen).

Effektive Steuerquote – Das Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Gewinn vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Gibt Auskunft über die Fähigkeit einer Bank, ihre Kredite durch Einlagen anstatt durch Wholesale Funding zu refinanzieren; errechnet sich aus den Forderungen an Kunden abzüglich Kreditrisikovorsorgen in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (jeweils abzüglich der Ansprüche und Verpflichtungen aus (Reverse-)Repogeschäften und Wertpapierleihen).

Loan to Local Stable Funding Ratio (LLSFR) – Diese Kennzahl bildet ein breites Spektrum an Refinanzierungsmöglichkeiten ab und gibt Auskunft darüber, inwieweit eine Bank auch weiterhin stabil finanziert sein wird. Sie dient als Maß für die vorsichtige Gebarung einer Bank und gibt im Fall der RBI die lokale Refinanzierungsstruktur von Tochterbanken an. Errechnet wird die LLSFR aus der Summe der Forderungen an Kunden abzüglich der Kreditrisikovorsorgen auf Forderungen an Kunden, dividiert durch die Summe der Einlagen von Nicht-Banken, Funding über supranationale Institutionen, Kapital von Dritten und die gesamten ausstehenden Schuldverschreibungen (mit einer ursprünglichen Laufzeit von mindestens einem Jahr, die von einer Tochterbank an Investoren außerhalb des Konsolidierungskreises der Bank emittiert wurden).

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtkтива abzüglich Handelsaktiva, derivative Finanzinstrumente, immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Relation zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden.

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Ein Kredit wird als notleidend eingestuft, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist (die RBI hat dafür zwölf Indikatoren definiert).

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden. Die Definition des Begriffs „notleidend“ wurde aus Regulierungsstandards und -vorschriften übernommen und betrifft Kunden, bei denen eine Rückzahlung der Forderungen zweifelhaft ist und eine Verwertung der Sicherheiten erwartet wird und die daher in das Ratingsegment für ausgefallene Kunden eingestuft wurden. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; „durchschnittlich“ bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital der nicht beherrschenden Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital der nicht beherrschenden Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Tangible Equity (ROTE) – Rendite auf das um immaterielle Vermögenswerte reduzierte Eigenkapital; errechnet sich aus dem Konzernergebnis abzüglich Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und abzüglich Firmenwertabschreibungen in Relation zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital abzüglich der immateriellen Vermögenswerte. Das durchschnittliche Eigenkapital wird anhand der Monatsendzahlen für den betrachteten Zeitraum berechnet.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Übrige Ergebnisse – Beinhalten das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten, das Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die Aufwendungen für Bankenabgaben, die Wertminderungen auf Firmenwerte, die Erträge aus der Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge, das Ergebnis aus Endkonsolidierungen sowie bankgeschäftliche Belastungen aus staatlichen Maßnahmen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen sind.

Adressen

Raiffeisen Bank International AG

Österreich

Am Stadtpark 9
1030 Wien
Telefon: +43-1-71 707-0
Fax: +43-1-71 707-1715
www.rbinternational.com
ir@rbinternational.com
communications@rbinternational.com

Bankennetzwerk

Albanien

Raiffeisen Bank Sh.A.
„European Trade Center“
Bulevardi „Bajram Curri“
Tirana
Telefon: +355-4-23 8 100
Fax: +355-4-22 755 99
SWIFT/BIC: SGSBALTX
www.raiffeisen.al

Belarus

Priorbank JSC
V. Khoruzhey str. 31-A
220002 Minsk
Telefon: +375-17-28 9-9090
Fax: +375-17-28 9-9191
SWIFT/BIC: PJCBBY2X
www.priorbank.by

Bosnien und Herzegowina

Raiffeisen Bank d.d.
Bosna i Hercegovina
St. Zmajca od Bosne bb
71000 Sarajevo
Telefon: +387-33-287 100
Fax: +387-33-21 385 1
SWIFT/BIC: RZBABA2S
www.raiffeisenbank.ba

Bulgarien

Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD
55 Nikola I. Vapzarov Blvd.
Business Center EXPO 2000 PHAZE III,
floor 5,
1407 Sofia
Telefon: +359-2-91 985 101
Fax: +359-2-94 345 28
SWIFT/BIC: RZBBBGSF
www.rbb.bg

Kosovo

Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C.
Rruga UÇK, No. 51
10000 Pristina
Telefon: +381-38-22 222 2
Fax: +381-38-20 301 130
SWIFT/BIC: RBKOKKPR
www.raiffeisen-kosovo.com

Kroatien

Raiffeisenbank Austria d.d.
Magazinska cesta 69
10000 Zagreb
Telefon: +385-1-45 664 66
Fax: +385-1-48 116 24
SWIFT/BIC: RZBHHR2X
www.rba.hr

Polen

Raiffeisen Polbank
Ul. Grzybowska 78
00-844 Warschau
Telefon: +48-22 347 7000
Fax: +48-22 22 347 7001
SWIFT/BIC: RCBWPLPW
www.raiffeisen.pl

Rumänien

Raiffeisen Bank S.A.
Calea Floreasca 246C
014476 Bukarest
Telefon: +40-21-30 610 00
Fax: +40-21-23 007 00
SWIFT/BIC: RZBRROBU
www.raiffeisen.ro

Russland

AO Raiffeisenbank
Smolenskaya-Sennaya 28
119002 Moskau
Telefon: +7-495-72 1-9900
Fax: +7-495-72 1-9901
SWIFT/BIC: RZBMRUMM
www.raiffeisen.ru

Serbien

Raiffeisen banka a.d.
Djordja Stanojevic 16
11070 Belgrad
Telefon: +381-11-32 021 00
Fax: +381-11-22 070 80
SWIFT/BIC: RZBSRSBG
www.raiffeisenbank.rs

Slowakei

Tatra banka, a.s.
Hodžovo námestie 3
P.O. Box 42
85005 Bratislava 55
Telefon: +421-2-59 19-1000
Fax: +421-2-59 19-1110
SWIFT/BIC: TATRSKBX
www.tatrabanka.sk

Tschechische Republik

Raiffeisenbank a.s.
Hvezdova 1716/2b
14078 Prag 4
Telefon: +420-412 446 400
Fax: +420-234-402 111
SWIFT/BIC: RZBCCZPP
www.rb.cz

Ukraine

Raiffeisen Bank Aval JSC
9, vul Leskova
01011 Kiev
Telefon: +38-044-490 8888,
Fax: +38-044-295-32 31
SWIFT/BIC: AVALUAUK
www.aval.ua

Ungarn

Raiffeisen Bank Zrt.
Akadémia utca 6
1054 Budapest
Telefon: +36-1-48 444-00
Fax: +36-1-48 444-44
SWIFT/BIC: UBRTHUHB
www.raiffeisen.hu

Leasinggesellschaften

Österreich

Raiffeisen-Leasing International GmbH
Am Stadtpark 3
1030 Wien
Telefon: +43-1-71 707-2071
Fax: +43-1-71 707-76 2966
www.rli.co.at

Albanien

Raiffeisen Leasing Sh.a.
„European Trade Center“
Bulevardi „Bajram Curri“
Tirana
Telefon: +355-4-22 749 20
Fax: +355-4-22 32254
www.raiffeisen-leasing.al

Belarus

„Raiffeisen-Leasing“ JLLC
V. Khoruzhey 31 A
220002 Minsk
Telefon: +375-17-28 9-9394
Fax: +375-17-28 9-9974
www.rl.by

Bosnien und Herzegowina

Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo
Zmajca od Bosne bb.
71000 Sarajevo
Telefon: +387-33-254 354
Fax: +387-33-212 273
www.rlbh.ba

Bulgarien

Raiffeisen Leasing Bulgaria OOD
32A Cherni Vrah Blvd. Fl.6
1407 Sofia
Telefon: +359-2-49 191 91
Fax: +359-2-97 420 57
www.rlb.g

Kasachstan

Raiffeisen Leasing Kazakhstan LLP
Shevchenko Str. 146, flat 1
050008 Almaty
Telefon: +7-727-378 54 30
Fax: +7-727-378 54 31
www.rlkz.at

Kosovo

Raiffeisen Leasing Kosovo
Gazmend Zajmi n.n., Sunny Hill
10000 Pristina
Telefon: +381-38-22 222 2
Fax: +381-38-20 301 103
www.raiffeisenleasing-kosovo.com

Kroatien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Radnicka cesta 43
10000 Zagreb
Telefon: +385-1-65 9-5000
Fax: +385-1-65 9-5050
www.rl-hr.hr

Moldau

I.C.S. Raiffeisen Leasing S.R.L.
Alexandru cel Bun 51
2012 Chişinău
Telefon: +373-22-27 931 3
Fax: +373-22-22 838 1
www.raiffeisen-leasing.md

Rumänien

Raiffeisen Leasing IFN S.A.
Calea Floreasca 246 D
014476 Bukarest
Telefon: +40-21-36 532 96
Fax: +40-37-28 799 88
www.raiffeisen-leasing.ro

Russland

OOO Raiffeisen-Leasing
Smolenskaya-Sennaya sq. 28
119121 Moskau
Telefon: +7-495-72 1-9980
Fax: +7-495-72 1-9901
www.raiffeisen-leasing.ru

Serbien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Djordja Stanojevic 16
11070 Belgrad
Telefon: +381-11-220 7400
Fax: +381-11-228 9007
www.raiffeisen-leasing.rs

Slowakei

Tatra-Leasing s.r.o.
Černyševského 50
85101 Bratislava
Telefon: +421-2-59 19-3053
Fax: +421-2-59 19-3048
www.tatraleasing.sk

Slowenien

Raiffeisen Leasing d.o.o.
Letališka cesta 29a
SI-1000 Ljubljana,
Telefon: +386 1 241 -6250
Fax: +386 1 241 -6268
www.rl-sl.si

Tschechische Republik

Raiffeisen-Leasing s.r.o.
Hvezdova 1716/2b
14078 Prag 4
Telefon: +420-2-215 116 11
Fax: +420-2-215 116 66
www.rl.cz

Ukraine

LLC Raiffeisen Leasing Aval
Moskovskiy Prospect 9
Build. 5 Office 101
04073 Kiev
Telefon: +380-44-590 24 90
Fax: +380-44-200 04 08
www.rla.com.ua

Ungarn

Raiffeisen Corporate Lizing Zrt.
Akadémia ut. 6
H-1012 Budapest
Telefon: +36-1-477 87 09
Fax: +36-1-477 87 02
www.raiffeisenlizing.hu

Filialen und Repräsentanzen – Europa

Deutschland

RBI Frankfurt Branch

Wiesenhüttenplatz 26
60329 Frankfurt
Telefon: +49-69-29 921 924
Fax: +49-69-29 921 922

Frankreich

RBI Representative Office Paris

9-11 Avenue Franklin D. Roosevelt
75008 Paris
Telefon: +33-1-45 612 700
Fax: +33-1-45 611 606

Großbritannien

RBI London Branch

Leaf C 9th Floor, Tower 42
25 Old Broad Street
London EC2N 1HQ
Telefon: +44-20-79 33-8000
Fax: +44-20-79 33-8099

Schweden

RBI Representative Office Nordic Countries

Drottninggatan 89, 14th floor
11360 Stockholm
Telefon: +46-8-440 5086
Fax: +46-8-440 5089

Filialen und Repräsentanzen – Asien und Amerika

China

RBI Beijing Branch

Beijing International Club Suite 200
2nd floor
Jianguomenwai Dajie 21
100020 Beijing
Telefon: +86-10-65 32-3388
Fax: +86-10-65 32-5926

RBI Representative Office Zhuhai

Room 2404, Yue Cai Building
No. 188, Jingshan Road, Jida,
Zhuhai, Guangdong Province
519015, P.R. China
Telefon: +86-756-32 3-3500
Fax: +86-756-32 3-3321

Indien

RBI Representative Office Mumbai

501, Kamla Hub, Gulmohar Road, Juhu
Mumbai - 400049
Telefon: +91-22-26 230 657
Fax: +91-22-26 244 529

Korea

RBI Representative Office Korea

#1809 Le Meilleur Jongno Town
24 Jongno 1 ga
Seoul 110-888
Republic of Korea
Telefon: +82-2-72 5-7951
Fax: +82-2-72 5-7988

Singapur

RBI Singapore Branch

One Raffles Quay
#38-01 North Tower
Singapur 048583
Telefon: +65-63 05-6000
Fax: +65-63 05-6001

USA

RB International Finance (USA) LLC

1133 Avenue of the Americas,
16th Floor
10036 New York
Telefon: +1-212-84 541 00
Fax: +1-212-94 420 93

RZB Austria Representative Office New York

1133 Avenue of the Americas,
16th Floor
10036 New York
Telefon: +1-212-59 3-7593
Fax: +1-212-59 3-9870

Vietnam

RBI Representative Office Ho-Chi-Minh-Stadt

35 Nguyen Hue Str.,
Harbour View Tower
Room 601A, 6th Floor, Dist. 1
Ho-Chi-Minh-City
Telefon: +84-8-38 214 718,
+84-8-38 214 719
Fax: +84-8-38 215 256

Raiffeisen

Zentralbank Österreich AG

Österreich

Am Stadtpark 9
1030 Wien
Telefon: +43-1-26 216-0
Fax: +43-1-26 216-1715
www.rzb.at

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
Fax: +43-1-71 707-1715
Internet: www.rbinternational.com

Redaktion: Group Investor Relations

Redaktionsschluss: 28. Februar 2017

Konzept/Design: gantnerundenzi.at

Lektorat: be.public

Produktion: Hausintern produziert mit Redaktionssystem Firesys

Druck: Bösmüller

Anfragen an Group Investor Relations

Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
Internet: www.rbinternational.com → Investor Relations

Anfragen an Group Communications

Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
Internet: www.rbinternational.com → Presse

Den Geschäftsbericht finden Sie im Internet unter
<http://gb2016.rbinternational.com>
Der Bericht ist auch auf Englisch verfügbar:
<http://ar2016.rbinternational.com>

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Geschäftsbericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Geschäftsbericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Geschäftsbericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.



Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.

www.rbinternational.com
<http://gb2016.rbinternational.com>

